



Plenarprotokoll

73. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 10. Dezember 1998

Regierungserklärung zum Thema „Rahmenbedingungen und Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein“

Heide Simonis, Ministerpräsidentin	5289
Martin Kayenburg [CDU].....	5297
Lothar Hay [SPD].....	5306
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5313
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5318
Anke Spoorendonk [SSW]	5322
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	5326

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Schleswig-Holstein zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1818

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/1831

Uwe Eichelberg [CDU], Berichterstatter	5328
Beschluß: Verabschiedung.....	5328

Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/355

Bericht und Beschlußempfehlung des Umweltausschusses
Drucksache 14/1762

Frauke Tengler [CDU], Berichterstatterin.....	5328
Konrad Nabel [SPD].....	5329
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	5330
Holger Astrup [SPD]	5330
Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]...	5330
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5331

Beschluß: Kenntnisnahme..... 5332

Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1799

Beschluß: Annahme 5332

Änderung der 10. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung (10. BtMÄndV)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1788

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5332
Konrad Nabel [SPD].....	5334

Frauke Tengler [CDU].....	5335
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5336
Anke Spoorendonk [SSW]	5338
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	5339
Beschluß: Annahme	5340

Internationales Jahr der Senioren

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/1800	
Kläre Vorreiter [CDU].....	5340
Frauke Walhorn [SPD]	5341
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5342
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5343
Anke Spoorendonk [SSW]	5343, 5345
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	5344
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5345
Thorsten Geißler [CDU].....	5345
Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß	5345

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1520	
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 14/1802	
Klaus-Peter Puls [SPD], Berichterstatter	5345
Thorsten Geißler [CDU].....	5347
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5348
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5349
Anke Spoorendonk [SSW]	5350
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten	5351
Beschluß: Verabschiedung.....	5352

Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1809	
---	--

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1832	
Ingrid Franzen [SPD].....	5352
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	5353
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5354
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5356
Anke Spoorendonk [SSW]	5357
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales.....	5358
Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß.	5359

Stärkung der Position des Bahnverkehrs

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1810	
Gerhard Poppendiecker [SPD]	5359
Uwe Eichelberg [CDU]	5361
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5362, 5366
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5364
Anke Spoorendonk [SSW]	5365
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	5366
Beschluß: Annahme	5367

Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel

Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1813 (neu)	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	5368
Bernd Schröder [SPD].....	5369
Peter Lehnert [CDU]	5370
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5371
Anke Spoorendonk [SSW]	5372
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5372
Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	5373
Beschluß: Annahme	5374

Gemeinsame Beratung

a) Plutonium-/Americium-Funde in der Umgebung des Atomkraftwerks Krümmel

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1814	
---	--

b) Haltung der Landesregierung zur Betriebssicherheit des Kernkraftwerks Krümmel

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1819

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	5374, 5390
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5377
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	5379
Roswitha Müllerwiebus [SPD].....	5382
Reinhard Sager [CDU]	5384
Anke Spoorendonk [SSW]	5386
Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5388
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5389
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	5390
Beschluß: Für erledigt erklärt.....	5390

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Erkrankt sind die Abgeordneten Birgit Küstner und Hans Siebke. Wir wünschen ihnen von hier aus noch einmal gute Besserung.

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Realschule Tarp.

(Beifall)

Ich rufe jetzt Punkt 2 der Tagesordnung auf, wobei ich um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten möchte:

Regierungserklärung zum Thema „Rahmenbedingungen und Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein“

Das Wort erteile ich Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es gibt - wie wir aus den politischen Diskussionen hier wissen - viele Themen, die für die Menschen und für uns Politiker im Alltag wichtig sind. Ich möchte Sie heute aber gern einladen - Sie hier im Parlament und alle, die sich für Politik interessieren, ganz besonders die jungen Menschen - zu einem Diskurs über die **Zukunft** unserer Gesellschaft und unseres Landes, zu einer Diskussion über die entscheidenden **Orientierungspunkte** für unseren Weg ins neue Jahrtausend, zu einer Diskussion über die Ideen und Projekte, die Schleswig-Holstein einen guten Platz in der globalen Gesellschaft der Zukunft sichern, und zu einer Diskussion darüber, wo **Prioritäten** verändert und Akzente verschoben werden müssen, um mit knappen Mitteln das Bestmögliche für unser Land zu bewirken.

Ich ergreife diese Initiative heute aus drei Gründen. Erstens deshalb, weil ich die Landesregierung neu formiert habe und jeder wissen soll: Es handelt sich nicht nur um Personalien auf wichtigen Positionen; es geht auch um neue programmatische Akzentuierungen. Zweitens ergreife ich diese Initiative deshalb, weil die Macht in Bonn gewechselt hat - für ein Land in unserem föderalen System ist dies ein ganz gewichtiger Faktor -, und drittens deshalb, weil wir jetzt einen Anlauf in das 21. Jahrhundert nehmen müssen.

Die Öffentlichkeit will und soll wissen, wohin dieses Land steuern will. Mit meiner Initiative möchte ich

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

eine Debatte über die Zukunftsfragen unseres Landes forcieren, weil sich die Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein und Europa drastisch ändern werden. Ich habe dabei die große Hoffnung, daß wir einmal nicht im simplen Dafür oder Dagegen steckenbleiben. Ich hoffe auf einen konstruktiven Dialog über das Land Schleswig-Holstein von übermorgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Menschen sehen der Zukunft mit zwiespältigen Gefühlen entgegen. Positive Erfahrungen und Besorgnisse, Zuversicht und Angst liegen dicht beieinander. Das beste Beispiel für Zuversicht und Zukunftsorientierung finden wir vor unserer eigenen Haustür. Lange war die Ostsee das Meer mit den meisten Kriegsschiffen und Atomwaffen. Heute ist die **Ostseeregion** von Frieden und Verständigung geprägt, von neuen Ideen und wirtschaftlichem Aufschwung.

Natürlich stoßen wir in unserer täglichen Arbeit auch auf Risiken und Unsicherheit. Anscheinend unkontrollierbare internationale Finanzmechanismen, die globalen Klimatendenzen, aber auch andere, viel näherliegende Sorgen, die sich die Menschen zum Beispiel um Renten und Arbeitsplätze machen, beunruhigen uns.

Für die **Rahmenbedingungen** ist im wesentlichen die **Bundesregierung** verantwortlich. Das galt vor dem Regierungswechsel in Bonn, und das gilt auch heute.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Viele Rahmenbedingungen in Bonn haben sich mit der Abwahl der alten Regierungskoalition aus unserer Sicht erheblich verbessert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir ja sehen! - Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Darf ich jetzt wieder der Frau Ministerpräsidentin das Wort erteilen?

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Die Zeit des politischen Stillstands ist endgültig vorbei. Dennoch werden wir nicht nachlassen, selbstbewußt die schleswig-holsteinischen Interessen auch gegenüber der neuen Regierung zu vertreten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hört denn noch jemand auf Sie?)

Die Ministerpräsidenten aller Länder haben in der letzten Woche den Beschluß gefaßt, mit der Bundesregierung über die **Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung zu diskutieren**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja schön!)

Die Verteilung von Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen muß kritisch überprüft und neu geordnet werden. Dies gilt insbesondere für den Länderfinanzausgleich und alle anderen Finanzströme, auch die zu den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Dafür, daß dies zu einem fairen Ergebnis führt, wird sich diese Landesregierung stark machen.

Die Bonner Regierung kann auf unsere Unterstützung bauen. Wir unterstützen ihre Initiativen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, bei der Entlastung der Arbeitskosten durch eine ökologische Steuerreform, die diesen Namen auch verdient,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was heißt das denn?)

bei der Reform der Alterssicherung und bei der Modernisierung des Beamtendienstrechts.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir sind uns sicherlich alle schnell einig darin, daß die **Staatsverschuldung** insgesamt viel zu hoch ist. Wenn es uns nicht gelingt, dafür Lösungen zu finden, werden uns die nächsten Generationen zu Recht den Vorwurf der Tatenlosigkeit machen. Die Einigkeit über diesen Tatbestand kann aber schnell dahin sein, wenn es zu Taten kommt.

Am Beispiel der von mir geforderten **Dienstrechtsreform** wird dies sehr schnell deutlich. Die Beamten, die wir heute statt Angestellte einstellen, mögen kurzfristig finanzielle Entlastung im Landshaushalt bringen. Die Rechnung muß jedoch später irgendwie von irgend jemandem bezahlt werden. Man muß den jungen Menschen sagen, daß sie das sein werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe deshalb den neuen Bundesinnenminister gebeten, mit den Ländern möglichst schnell über eine Dienstrechtsreform zu reden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch wichtiger ist jedoch die **Steuerreform**. Ich hoffe, daß es uns im Bundesrat gelingen wird, sie so auszugestalten, daß nicht nur die privaten Haushalte

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

entlastet werden, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Steuerausfälle, die über die im Steuerentlastungsgesetz genannten 15 Milliarden DM hinausgehen, verkraften die öffentlichen Haushalte nicht mehr.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun schränken Sie das schon wieder ein! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht Clement ganz anders!)

Da ist die Frage erlaubt: Wäre es zur Gegenfinanzierung nicht sinnvoller und gerechter, hohe private Vermögen wieder steuerlich zu belasten,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

wenn dadurch im Gegenzug die zusätzliche steuerliche Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen vermieden werden kann?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dafür wird die Bundesregierung die Unterstützung der schleswig-holsteinischen Landesregierung bekommen, selbst wenn es dagegen Widerstand geben sollte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die will das doch gar nicht mehr!)

Ich hoffe, daß die von der neuen Bundesregierung eingesetzten Kommissionen zur Reform der Umsatzsteuer und der Vermögensteuer ihre Ergebnisse bis zur Sommerpause 1999 vorlegen werden.

Doch auch Einnahmen aus der Vermögensteuer würden unsere grundsätzlichen Probleme nicht lösen. Denn - wie die Bundesbank richtig sagt - wir haben es mit einer „Erosion der Steuereinnahmen“ in Deutschland zu tun. Das ist das eigentliche Problem.

Bei der finanziellen Situation dieses Landes und aller anderen Länder gibt es nichts schönzureden. Unsere bisherigen äußerst schwierigen **Sparanstrengungen** haben uns Atempausen, nicht aber dauerhaft Luft verschafft. Ein Blick in die Länder zeigt, daß dies für alle gilt. Ohne diese Erkenntnis wäre auch die Kommission nicht möglich gewesen, die wir gemeinsam einrichten wollen.

Weiterhin gilt aber auch, daß wir unsere Haushalte zu allererst selbst ins Gleichgewicht bringen müssen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr schön! - Thorsten Geißler [CDU]: Das ist ja ganz neu! - Weitere Zurufe von der CDU)

Einen Königsweg dazu gibt es nicht, aber es gibt Schritte zu einer gemeinsam wahrgenommenen Verantwortung.

Bereits Ende März wird das Kabinett die Eckwerte des Haushalts 2000 und die neuen Eckwerte der mittelfristigen Finanzplanung diskutieren, dies auch im Lichte der dann vom Bundesfinanzminister vorgelegten Zahlen. Dabei sind die konjunkturellen Risiken und die Auswirkungen der Bonner Entscheidungen für die nächsten Jahre genauestens zu berücksichtigen.

Außerdem werde ich zusammen mit Claus Möller und einer Runde externer Experten Vorschläge zu weiteren strukturellen Entlastungen beraten. Auf dieser Grundlage werde ich rechtzeitig vor Regierungsentscheidungen über den Haushalt 2000 zu fraktionsübergreifenden Gesprächen einladen

(Meinhard Füllner [CDU]: Ach, jetzt kommen die Hilferufe! - Klaus Schlie [CDU]: Das haben wir vor zwei Jahren auch schon gehört!)

mit dem Ziel einer gemeinsam getragenen **Konsolidierungsstrategie**, die notwendig ist, wenn es uns gelingt, wirklich ein „Bündnis für Arbeit“ zu formulieren und wirklich eine ökologische Steuerreform durchzusetzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Dabei geht es nicht um kleine Einzelentscheidungen; die müssen die Parteien selber fällen. Bei allem notwendigen Streit um die politischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre sollte uns doch die Notwendigkeit verbinden, für die künftigen Generationen wieder finanzielle Handlungsspielräume zu öffnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn wir den Investitionsanteil im Landeshaushalt wirklich erhöhen wollen, wenn wir noch stärker als bisher die Ausgaben für Personal und Zuwendungen wirklich kürzen wollen, dann geht dies nur in gemeinsamen Anstrengungen über die Fraktionsgrenzen hinweg.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Die gravierenden Änderungen einer Steuerreform und die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern machen es geradezu zur Pflicht,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

daß wir uns gemeinsam Gedanken über die Zukunft unseres Landeshaushalts und unseres Landes machen.

(Klaus Schlie [CDU]: Große Koalition! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hätten Ihr gern!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Einfluß der Bundespolitik ist das eine, Impulse für Innovation und regionales Wachstum können wir in Schleswig-Holstein jedoch auch selbst auslösen. Das haben wir getan, und wir werden diese Politik weiter massiv verstärken. Beschäftigung als Existenzgrundlage bleibt unser Thema Nummer eins, weit über das Jahr 2000 hinaus. Wenn Kinder heute immer noch an der Suppenküche anstehen, zeigt das: Die Folgen der **Arbeitslosigkeit** werden vererbt und vererbt und vererbt.

Damit wir das ändern, müssen wir vor allem drei Aufgaben lösen: Arbeit neu schaffen, Arbeit besser verteilen, Brücken bauen für die, die von allein auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen können.

Seit zehn Jahren lautet unsere Philosophie: Heute zukunftssträchtige Technologien fördern, weil sie morgen und übermorgen rentable Arbeitsplätze schaffen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gentechnologie vor allem!)

in der Produktion, vor allem aber in der produktionsnahen und qualifizierten Dienstleistung.

In diesem Sinne haben wir in den vergangenen Jahren geackert und gesät, und die Ernte läßt sich durchaus sehen. Der Anteil technologisch anspruchsvoller Erzeugnisse ist in Schleswig-Holstein im Vergleich zu den anderen westdeutschen Ländern schon jetzt weit überdurchschnittlich. **High-Tech aus Schleswig-Holstein** ist in vielen Branchen ein Begriff. Wir haben Kompetenzen in neuen Branchen entwickelt. Wir können Arbeitsplätze durch ökologische Modernisierung schaffen. Die Solartechnologie beispielsweise ist für unsere mittelständischen Betriebe interessant. Schon jetzt sind die Meerestechnik, die Medizintechnik und die Mikroelektronik besonders erfolgreich. Darauf werden wir uns nicht ausruhen dürfen, sondern wir werden darauf aufbauen müssen.

Itzehoe ist mittlerweile ein international beachteter Mikroelektronikstandort geworden.

(Zuruf von der CDU - Empörung bei der SPD)

Das Fraunhofer-Institut ISiT schafft in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Vishay hervorragende

Bedingungen für weitere Ansiedlungen im Bereich Mikroelektronik, Mikrosystemtechnik und Sensorik.

1999 werden wir mit unserem Programm „Innovation schafft Arbeit“ maßgeschneiderte Angebote an geeignete Unternehmen machen.

(Klaus Schlie [CDU]: Was ist denn mit der Biotechnologie?)

„Innovation schafft Arbeit“ ist unsere Antwort auf die Erkenntnis: Die Innovativen überholen die Schlafmützen. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Schlafmützen in diesem Land die Überhand gewinnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe von der CDU)

Wir haben in Schleswig-Holstein viele schnelle, innovative kleine und mittelständische, aber auch größere Unternehmen. Damit sie es bleiben und damit es noch mehr werden, arbeiten wir an unserem **Innovationsnetz**. Wenn es in der Zukunft ebenso erfolgreich sein soll wie heute, muß es neue Anforderungen aufnehmen. Fragen wie Qualifizierung, Arbeitsorganisation, Finanzierung und Marketing gewinnen an Bedeutung für erfolgreiche Innovation. Die Idee allein reicht nicht aus. Darauf werden wir das Technologie-Transfer-System und unsere gesamte Wirtschaftsberatung neu einstellen. Ich kann mir vorstellen, daß dazu ein Stück mehr Wettbewerb zwischen den beteiligten Institutionen durchaus sinnvoll ist.

Eine neue Kompetenz des Standortes Schleswig-Holstein liegt im Bereich **Telekommunikation und Multimedia**. Hier sind in den vergangenen Jahren Tausende von Arbeitsplätzen bei uns entstanden, und keinem anderen Sektor werden so gute Wachstumsschancen vorhergesagt. Davon wollen wir in Schleswig-Holstein soviel wie möglich realisieren.

Deshalb wird die Landesregierung den elektronischen Geschäftsverkehr fördern. Das erhöht die Wettbewerbsfähigkeit auch traditioneller Branchen, schafft neue Absatzwege und neue Absatzpotentiale.

Die Landesregierung will die Telearbeit ausbauen. Das ist beschäftigungspolitisch und ökologisch von großer Bedeutung, insbesondere in einem Land mit hohen Pendlerzahlen und zentrumsfernen Regionen. Wir werden den Ausbau der Infrastruktur für Information und Kommunikation in den Kommunen fördern. Das verbessert die elektronische Kommunikation zwischen den Verwaltungsebenen, mit den Bürgerinnen und Bürgern und steigert die Effizienz und Akzeptanz.

Auch für das Thema **Informationsgesellschaft** gilt: Die neuen Medien sollen bei uns nicht nur consu-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

miert, sondern auch entwickelt und produziert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine zentrale Rolle wird dabei das **Schleswig-Holstein-Forum** spielen. Wir stellen demnächst diese Internet-Plattform mit privatem Kapital und Know-how auf eine neue Basis. Wir bauen einen Motor für die Entwicklung der Informationsgesellschaft im ganzen Land. Wir werden zum Beispiel allen Kommunen - auch den kleinsten Gemeinden - einen kostenlosen Startauftritt im Internet ermöglichen. Alle diese Maßnahmen werden helfen, auch den ländlichen Raum zu entwickeln, diesen zukunftsfähig und bekannt zu machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles dient dem einen Ziel: Arbeit schaffen und sichern in Schleswig-Holstein!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausbildung und **Arbeit** für alle ist ein Ziel, das man kaum - jedenfalls nicht in diesen Zeiten - hundertprozentig erreichen kann. Man muß es mit aller Kraft verfolgen, und alle Anstrengungen werden um so erfolgreicher sein, je vereinter die Kräfte ans Werk gehen.

Wenn wir wiederholen können, was wir in Schleswig-Holstein mit dem „Bündnis für Ausbildung“ geschafft haben, brauchen wir uns um die Jugendlichen keine Sorgen zu machen, dem Ziel, einen Ausbildungsplatz für alle zu schaffen, ein ganzes Stück näherzukommen.

Die neue Bundesregierung schmiedet gerade ein „Bündnis für Arbeit“. Die Landesregierung strebt mit einem „Bündnis Arbeit für Schleswig-Holstein“ gleiches an.

Unser 130-Millionen-DM-Programm „Arbeit, Bildung, Innovation“ verstehen wir als einen Beitrag dazu. Ich darf Ihnen nur einige Elemente dieses Zukunftsprogramms nennen.

Wir stocken die Wagniskapitalförderung auf, die für die Beteiligung an technologisch interessanten Unternehmen wichtig ist. Wer eine vielversprechende Idee hat, aber kein Geld, soll die Chance bekommen, diese Idee umzusetzen. Das soll zu einer Gründerwelle führen, wie wir sie hier im Land schon erlebt haben und die nicht abebben darf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden das Kompetenzzentrum „Wohnen - Arbeiten - Informations- und Kommunikationstechnologie“ weiterentwickeln. Das ist überbetriebliche Ausbildung als Angebot an alle, die den Anschluß nicht verlieren wollen.

Wir bauen die Hochschulinfrastruktur aus, beispielsweise beim Fachbereich Elektrotechnik der Fachhochschule Kiel.

Wir statten die Berufsbildungsstätten und Volkshochschulen mit zeitgemäßer Multimediatechnik aus, um die Menschen fit für die Zukunft zu machen. Denn Medienkompetenz, das ist einer der wichtigen Faktoren für die Zukunft.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Aus allen Vorhaben dieses Zukunftsprogramms ergeben sich direkt oder indirekt neue Arbeitsplätze oder zumindest neue Chancen für Arbeitsuchende.

Was wir ebenfalls wollen und was wir müssen und was uns gelingen muß: allen eine Chance zum Berufseinstieg zu bieten! Alle jungen Menschen müssen ein Angebot zur Ausbildung bekommen. Das ist noch keine Garantie für Arbeit und Berufserfolg. Aber ohne Ausbildung ist jedem Jugendlichen der Weg ins Abseits vorgezeichnet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, daß kein Jugendlicher länger als ein halbes Jahr nach der Schule auf der Straße steht. Wir werden gemeinsam dafür sorgen, daß alle ein Angebot bekommen. Wir werden aber nicht für diejenigen sorgen können, die das Angebot ohne Gründe zurückweisen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir kümmern uns um diejenigen, die sich auf dem Karussell der modernen Arbeitswelt nicht halten können, weil sie irgendwann den Mut oder die Kraft verloren haben. Wir können ihnen helfen, diese wiederzufinden, um wieder fit zu werden.

Wie Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen können, erproben wir im Moment in einem bundesweit einmaligen Modellprojekt. In Elmshorn entsteht in diesen Tagen eine serviceorientierte **Koordinationsstelle**, die den Betrieben vor Ort Beratung und finanzielle Hilfen zur Einstellung von **Arbeitslosen** oder **Sozialhilfeempfängern** ermöglicht. Das wirklich Neue daran ist: Alle beteiligten öffentlichen und privaten Stellen koppeln ihre Ressourcen und machen

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

aus diesem gemeinsamen Topf das Beste für die Betroffenen. Ich bin zuversichtlich, daß dieser wegweisende Modellversuch in unserem Land und darüber hinaus Nachahmung findet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was könnte mehr auf die Zukunft gerichtet sein als das, was in Schule, Hochschule, Weiterbildung und Forschung geleistet wird? Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturpolitik zielt auf neues Wissen und Erneuerung und zählt deshalb zu den wichtigsten Zukunftsfaktoren unseres Landes überhaupt. Dazu braucht die **Bildungspolitik** allerdings Bündnispartner im **Land** selbst, wo wir die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft intensivieren werden, und im **Bund**, wo ich nach dem Wechsel die Chance für einen neuen bildungspolitischen Aufbruch durchaus sehe. Ich wünsche mir hier, wo die Länder originär zuständig sind, einen konstruktiven Föderalismus mit Hilfe durch den Bund. Wir brauchen auch Bündnispartner in Europa, insbesondere rund um die Ostsee, wo es auf Landes- und Schulebene bereits zahlreiche Kooperationen gibt, die wir verstärkt fördern werden.

Mehr denn je muß Schule zukunftsorientierte Schlüsselqualifikationen vermitteln und ihren gesellschaftlichen Bezug stärken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werden wir in zwei, drei Jahren sämtliche **Schulen** Schleswig-Holsteins ans **Internet** angeschlossen haben und den kompetenten Umgang mit neuen Medien in die Fächer integrieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Deshalb bekommen die Schulen die Möglichkeit, spielerische Grundformen des Fremdsprachenunterrichts - zum Beispiel in Englisch und Dänisch - schon von der dritten Klasse an anzubieten.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Deshalb wollen wir, daß die Schulen selbst eigene Schulprogramme entwickeln. Das ist eine neue Chance, auf gesellschaftliche Herausforderungen flexibel zu reagieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir mehr Eigenverantwortung in der Schule. Das bedeutet: Lehrer sollen sich um Pädago-

gik kümmern können. Schulleiter haben Führungsaufgaben, aber keine Verwaltungsaufgaben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie wahr, wie wahr!)

Deshalb wollen wir auch möglichst wenig ministerielle Erlasse und möglichst viel **Entlastung von Verwaltungsaufgaben** durch den Einsatz von **Schulassistenten** garantieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ursula Röper [CDU]: Wer soll das finanzieren?)

Deshalb legen wir Wert auf die Weiterbildung als vierte Säule des Bildungswesens. Wir stärken diese Säule durch ein qualitätsorientiertes **Weiterbildungskonzept**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bravo!)

Wir beschleunigen auch den Aufbruch an den Hochschulen des Landes. Ab 2000 gibt es Globalhaushalte, und ich hoffe, daß sie diese Chance der Eigenverantwortung, des Wettbewerbs und der Flexibilität voll nutzen werden.

Aber es geht gar nicht nur um Finanzen. Wir wollen an unseren Hochschulen internationale Abschlüsse wie Bachelor und Master, wir wollen einen europaweiten Leistungswettbewerb, und wir wollen Studiengänge stärker in Einzelbausteinen organisieren - wie schon überall sonst in Europa -, damit sie flexibler auf neue Anforderungen hin kombiniert werden können und Mobilität erlauben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissenschaft und Forschung sind entscheidende Aktivposten für die ökonomische und ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft in Schleswig-Holstein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Deshalb hat dieses Land in den vergangenen Jahren seine Forschungslandschaft ausgebaut. Schwerpunkte waren die Umwelt- und Wirtschaftsforschung sowie die Biowissenschaften.

Alle fünf schleswig-holsteinischen Forschungsstätten der Blauen Liste sind vom Wissenschaftsrat überprüft worden und haben sehr gute Qualitätsbewertungen erzielt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Institut, das Forschungszentrum GEOMAR, ist zur Aufnahme in die Blaue Liste der über-

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

regional bedeutenden Einrichtungen empfohlen worden.

Vielleicht können wir uns an dieser Stelle einmal auf einen gemeinsamen Satz einigen: Schleswig-Holstein ist ein Forschungsstandort, der weit über unsere Grenzen hinaus bedeutende Beiträge zur Zukunftsgestaltung leistet. Es ist ein interessanter und guter Standort für Wissenschaftler, Nachwuchswissenschaftler und Studenten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Gesellschaft, die morgen noch lebenswert sein soll, braucht innere Sicherheit -

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist eine richtige Erkenntnis!)

nicht nur durch eine konsequente und spürbare **Strafverfolgung**, sondern auch durch sozialen Ausgleich und durch eine erfolgreiche **Kriminalitätsbekämpfung**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Das heißt: soziale und polizeiliche Prävention und im Ernstfall wirksame und schnelle Sanktion!

Wir werden dem Wohnumfeld in gefährdeten Siedlungen mehr Aufmerksamkeit widmen. Wer die Verwahrlosung von Menschen verhindern möchte, darf der Verwahrlosung ihrer Alltagsumwelt nicht tatenlos zusehen.

Aber auch das ist klar: Die Strafe muß der Tat auf dem Fuß folgen, gerade in der Jugendkriminalität.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der kleinen und mittleren Jugendkriminalität haben wir sichergestellt, daß schneller als bisher reagiert werden kann.

Wir werden die hervorragende Arbeit der Polizei durch mehr Beförderungen im mittleren Dienst weiter anerkennen.

(Klaus Schlie [CDU]: Ach so! - Martin Kayenburg [CDU]: Wo finden wir das im Haushalt?)

Vor wenigen Tagen schrieb mir ein Bürger unseres Landes aus Norderstedt, Opfer eines Einbruchs, von der Hilfe der Polizei als sachlich sehr nützlich und menschlich sehr angenehm. Wichtiger noch ist, so schrieb er, daß wir uns in Schleswig-Holstein aufmerksam betreut fühlen. Das heißt, das Zutrauen der Menschen zu unserer Polizei und das **Vertrauen**

unserer **Polizei**, daß wir sie politisch stützen, ist gegeben und führt zu einem solchen erfreulichen Brief.

(Beifall bei der SPD)

Es ist für eine friedliche und humane Gesellschaft mit Chancen wichtig, daß die **innere Sicherheit** garantiert ist. Wir werden dafür sorgen, daß die Polizei diesen wichtigen Dienst weiter leisten kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer wird Ihnen das noch glauben?)

Eine Landesregierung kann um so mehr ausrichten, je mehr Menschen sich für die Entwicklung des Landes engagieren. Wir brauchen nicht in jedem Detailpunkt einen hundertprozentigen Konsens. Das würde die Bürger eher erschrecken. Was wir aber brauchen, ist ein Wir-Gefühl aus gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Werten.

Da gibt es durchaus positive Ansätze gemeinschaftlichen Denkens. Die vielfach vorhandene **Bereitschaft zum ehrenamtlichen Einsatz** - etwa zum Lehren oder Betreuen - läßt sich noch mehr als bisher nutzen, wenn sich mehr bereit erklären, dieselben Aufgaben zu übernehmen, die heute leider nur wenige machen.

Wer sich beispielsweise über die gerade neu geschaffene Kieler Freiwilligenagentur engagiert, erhält nicht nur soziale Kontakte und unter Umständen eine sinnvolle Freizeitgestaltung als Gegenleistung. Auf diese Weise kann er sich auch weiterqualifizieren, zum Beispiel für eine Tätigkeit in den klassischen Beschäftigungssektoren.

Ich erwarte dann allerdings auch, daß bei Einstellungsentscheidungen für einen Arbeitsplatz nicht nur Zeugnisnoten von Bewerbern eine Rolle spielen, sondern auch deren ehrenamtliches Engagement und die Tatsache, daß diese Menschen offenbar bereit sind, mehr von ihrer Freizeit für die Allgemeinheit zu opfern als manch anderer.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Solche Tätigkeiten müßten gerechterweise auch den **Schutz der Sozialversicherung** erfahren. Es ist nicht einzusehen, daß ehrenamtlich Aktive der Behindertenhilfe oder humanitäre Helfer im Auslandseinsatz im Krankheitsfall und erst recht am Lebensabend schlechter gestellt sind als Menschen, die in derselben Zeit nach Feierabend für den eigenen Geldbeutel noch einen zweiten Job angenommen haben.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Wenn wir das schaffen, haben wir ein wichtiges Stück Bürgergesellschaft auch mit unseren privaten Unternehmen geschaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wollen Sie das bei den Sozialkassen schaffen?)

Wir wollen ein solidarisches Miteinander. Wir werden uns erneut für die Einführung eines **kommunalen Wahlrechts** für die hier lebenden **Ausländerinnen und Ausländer** einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso vonnöten wäre in unserem manchmal geradezu gnadenlosen **Ausländerrecht** eine **Härtefallklausel**, die wirklich greifen kann.

(Zuruf von der CDU: Schönen Gruß von Otto Schily! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Länder brauchen endlich eine Regelung, um in schwierigen Einzelfällen humanitär entscheiden und unnötige Härten vermeiden zu können.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Machen Sie doch eine Bundesratsinitiative! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wäre es mit einer Bundesratsinitiative?)

Das Entwicklungsthema der nächsten Jahre heißt **Ostseekooperation**. Schleswig-Holstein hat sich dabei eine Schlüsselposition erarbeitet, und die wollen wir behalten. Wir haben zweifellos schon eine Menge erreicht, aber es liegen noch gigantische Aufgaben vor uns. Mit Nachdruck arbeiten wir an der Umsetzung der 14 Leitprojekte, die wir im Juli dieses Jahres beschlossen haben. Das betrifft unter anderem die internationale Vernetzung der Hochschulen, die Harmonisierung der Studien- und Schulzeiten und als Ziel auch die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse. Wir werden außerdem die „Ars Baltica“ zu einem internationalen Netzwerk der Kultur ausbauen helfen.

Wir arbeiten mit höchster Dringlichkeit an der Beseitigung der Hindernisse für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt im deutsch-dänischen Grenzraum und der Erweiterung der wissenschaftlichen und technologischen Kooperation. Schließlich das Wichtigste: Die Entwicklung des neuen Wirtschaftsraums und die Verbesserung der Mobilität stehen hoch oben an.

Mit unseren Nachbarn in Hamburg, in der Øresund-Region, West-Seeland und in Storstrom werden wir in den kommenden zwei Jahren einen Aktionsplan zur Entwicklung der südwestlichen Ostseeregion ausarbeiten.

Die EU-Gremien haben vor wenigen Tagen dem sogenannten String-Projekt und sieben weiteren **Ostseeprojekten** mit schleswig-holsteinischer Beteiligung den Zuschlag gegeben. Es ist immer so witzig festzustellen, daß unsere Leistungen im Ausland und außerhalb von Schleswig-Holstein anerkannt werden, was hier im Lande wohl nicht möglich ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin wird dafür die nicht unerhebliche Summe von 3,8 Millionen Ecu zur Verfügung gestellt. Und das gibt man dann nicht in ein Projekt, das nicht gut ist.

Diese Projekte zielen auf die Förderung des Tourismus, auf die internationale Kooperation der Schifffahrt und auf den Aufbau von Netzwerken in der Energiepolitik und bei der Raumordnung. Hier liegen Chancen für jeden einzelnen in jeder Region unseres Landes. Ich kann nur jeden auffordern mitzumachen, weil man nicht noch einmal 3,8 Millionen Ecu so schnell bekommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre vermessen, die Ostseeregion als den Nabel deutscher Außenpolitik anzusehen, aber für uns ist sie wichtig. Wir setzen darauf, daß die deutsche und finnische **EU-Ratspräsidentschaft** im nächsten Jahr die positive Entwicklung in der Ostseeregion durch neue Impulse unterstützen.

Schleswig-Holstein kann nämlich nur dann das Tor zur Ostseeregion sein, wenn die **Transport- und Kommunikationswege** von Norden nach Süden über unser Land laufen. Nicht ohne Grund sind die Nord-Süd-Magistralen Hamburg-Flensburg-Dänemark und Hamburg-Lübeck-Kopenhagen Bestandteil des trans-europäischen Netzes der Europäischen Union.

Das heißt konkret: Die Vogelfluglinie muß gestärkt werden. Wenn die Machbarkeits- und Finanzierungsstudien zu einer festen Fehmarnbeltquerung ein positives Ergebnis bringen, werden wir uns gemeinsam mit unseren Partnern in Dänemark und Schweden für eine solche Querung einsetzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Im Vorgriff auf eine spätere Hochgeschwindigkeitsverbindung Kopenhagen - Hamburg kämpfen wir gemeinsam mit Hamburg für die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck.

(Beifall bei der SPD)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Die Fortführung der A 20 bis zu einer Querung nordwestlich von Hamburg wird sowohl den Engpaß Hamburg bei der Straßenverbindung von Dänemark in Richtung Süden und Westen entlasten als auch den Westen Schleswig-Holsteins stärker an den östlichen Ostseeraum - an Rostock, Stettin und die baltischen Staaten - anbinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Langanhalten-der Beifall bei den Grünen!)

Dies alles sind Weichenstellungen für die Zukunft in einem Europa selbstbewußter Regionen, in denen wir allerdings auch für uns selber sorgen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Bonn muß begreifen, daß die großen Infrastrukturprojekte des Nordens keine regionale Angelegenheit sind, sondern Projekte von nationaler und übernationaler Bedeutung. Dies um so mehr, als die Bundeshauptstadt demnächst in den Norden gerückt sein wird. **Ostseekooperation** ist keine regionale Marotte **Schleswig-Holsteins**, sondern liegt im Interesse ganz **Deutschlands** und damit auch **Europas**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Die Zukunft“, sagt ein amerikanisches Sprichwort, „ist die Zeit, in der du bereust, daß du das, was du heute tun kannst, nicht getan hast.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb haben Sie auch Zukunft!)

Das wird und darf uns nicht passieren!

Anfang 1999 werde ich die Spitzen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Initiativkreis Ostsee für gemeinsame Zielabsprachen und wichtige ostseepolitische Entscheidungen versammeln. Wir müssen miteinander reden, und wir müssen gemeinsam an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dann kommt nicht als einziger Beitrag der Opposition wieder die Frage nach den Reisekosten eines solchen Unterfangens.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Schon im September 1997 haben wir als erstes Land in der Bundesrepublik Deutschland - auch da waren wir einmal wieder Spitze - **Projekte** für die **EXPO 2000** angemeldet, zum Teil auch gegen Widerstand hier aus dem Parlament, zum Teil von unterschiedlicher Seite. Bis heute sind 17 Projekte für die Weltausstellung registriert, und sie sind alle sehr gut. Dies ist die Leistung vieler wichtiger gesellschaftlicher

Gruppierungen, die mit großem Engagement bei der Sache sind, um unser Land im Jahr 2000 der Welt vorzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Was für die EXPO richtig ist, gilt für die gesamte Landespolitik. Wir laden alle ein, uns auf diesem Weg zu begleiten und mit uns Zukunftsperspektiven zu entwickeln: Verbände, Vereine, Institutionen, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, insbesondere aber die Jugendlichen, die von uns dieses Land bekommen werden, wenn wir nicht mehr da sind. Im Juli veranstalte ich deshalb einen **Zukunfts- und Jugendkongreß** zum Bild Schleswig-Holsteins im Jahre 2010.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das neue Jahrtausend birgt die Chancen für ein sozial gerechtes, sich gut entwickelndes Land, in dem alle selbstbewußt und möglichst selbstbestimmt leben können. Diese Landesregierung will den Weg dahin aktiv gestalten - gemeinsam mit den Menschen in Schleswig-Holstein und allen gesellschaftlichen Kräften, die uns dabei zur Seite stehen wollen, auch wenn sie uns kritisch zur Seite stehen wollen. Ich glaube an dieses gemeinsame Ziele, und ich glaube an eine erfolgreiche Zukunft für das Land Schleswig-Holstein, das wir aus eigener Kraft gestalten können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Oppositionsführer.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Simonis, wenn wir Sie nicht besser kennen würden, würde ich einen Zwischenruf von eben aufgreifen, ob Ihre Rede nicht in Teilen ein Angebot für eine Große Koalition hätte sein sollen.

(Lachen bei der SPD)

Allerdings kennen wir Sie besser, und deswegen kann ich nur sagen, es ist das Eingeständnis des Scheiterns Ihrer bisherigen Politik.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Selten habe ich eine so unverfrorene Übernahme von Politikpositionen des politischen Gegners gesehen, und das ohne Quellenangabe!

Eines will ich gern auch noch sagen: Wer die Weihnachtsgans beim politischen Gegner klaut und mit

(Martin Kayenburg)

sozialistischen Umverteilungsgewürzen à la Lafontaine würzt, dem wird der Braten nicht bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie wollten uns heute über Ziele und Rahmenbedingungen etwas berichten und Perspektiven aufzeigen. Ich meine, dazu gehört dann auch ein Stück **Bestandsaufnahme**. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, regieren in diesem Land seit elf Jahren. Unter Ihrer Führung hat sich die Haushaltslage drastisch verschlechtert.

(Unruhe - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie, Frau Simonis, völlig zu Recht die **Staatsverschuldung** beklagen - sie ist unstrittig zu hoch -, dann frage ich Sie allerdings, welche Antworten Sie geben. Ich habe keine Rezepte erkannt.

(Beifall bei der CDU)

Die Steuereinnahmen sind kontinuierlich gestiegen, seit 1988 bis einschließlich 1997 immerhin um nahezu 50 %, und 1998 werden wir Einnahmen haben, die die 10-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. In der gleichen Zeit aber haben Sie die Ausgaben nicht den Einnahmen angepaßt; das ist das ganze Geheimnis Ihrer Staatsverschuldung. Sie haben die Steuergelder in einer hemmungslosen Ausgabenpolitik vergeudet.

(Lachen bei der SPD)

Ergebnis: Der Schuldendienst liegt heute mit 1,8 Milliarden DM deutlich über der tatsächlichen **Nettoneuverschuldung**, und Sie geben 500 Millionen DM mehr für Zinsen aus, als Sie an Krediten aufnehmen. Sie haben dieses Land also in eine nicht mehr verantwortbare Überschuldung getrieben.

Wenn es uns als letztem westdeutschen Bundesland im Oktober auch gelungen ist, die Trendwende am Arbeitsmarkt zu schaffen, so frage ich Sie dennoch, wie die Zahlen aussehen. Wir haben eine **Arbeitslosenquote** von 9,7 %, die noch deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt von 8,8 % liegt. Zum Vergleich möchte ich Ihnen gern auch noch die Zahlen aus Bayern und Baden-Württemberg mit 6,4 % beziehungsweise 6,7 % vorhalten, zwei Länder mit CDU-Ministerpräsidenten, mit einer Wirtschaftspolitik, die auch bisher schon auf Wachstum gesetzt hat und die die Privatisierungserlöse zur Wirtschaftsförderung und für Investitionen einsetzt.

Es ist zwar richtig, daß das schleswig-holsteinische Bruttosozialprodukt meistens dem Bundesdurchschnitt entspricht. Es ist aber genauso die Wahrheit, daß dies eine Folge der Wertschöpfung zum Beispiel

aus den Kernkraftwerken ist, die die Grünen abschalten wollen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU:
Hört, hört! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Sollen sie machen!)

Natürlich hat sich **Schleswig-Holstein** in den letzten Jahren wegentwickelt von einem **Agrarland**; in der Wirtschaftsstruktur haben wir uns dem Bundesdurchschnitt angenähert, und Sie haben völlig recht, daß Itzehoe mittlerweile ein international beachteter Mikroelektronikstandort ist. Aber die Weichenstellung - das muß auch gesagt werden dürfen - ist in den achtziger Jahren unter der CDU-Regierung erfolgt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Ja, ja! - Zuruf der Abgeordneten Ursula
Kähler [SPD])

Und wenn wir heute die Entwicklung hin zu einem High-Tech-Land haben, so muß man nach den Quellen fragen, Frau Kähler, und darf sich nicht mit fremden Federn schmücken. Ich will dabei nicht verschweigen, daß auch diese Landesregierung versucht, **Schleswig-Holstein** als **Technologiestandort** zu vermarkten, und daß sie sogar einige Programme dazu plant.

Allerdings stehen seit 1988 - das ist das Fatale - bei dieser Landesregierung nicht die Investitionen, sondern Versorgung und Konsum im Vordergrund. Dies ist der eigentliche Mangel und der eigentliche Grund für die Staatsverschuldung.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-
Nissen [CDU])

Wie hat das begonnen? Sie haben begonnen mit der Schaffung von **Stabsstellen** im Jahre 1988. Sie haben eine Vielzahl von unnützen Stellen für **Beauftragte** mit vielen Mitteln ausgestattet,

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen
[SPD])

Sie stützen Ihre Klientelvereine durch Projektförderung,

(Zuruf von der SPD: Und Milliarden für den
Transrapid!)

womit natürlich diese überflüssigen Institutionen erst lebensfähig beziehungsweise langlebig werden. Ich erwähne nur den Verein Mixed Pickles, das Frauennetzwerk FNW oder auch die BSH.

Wir erleben heute in Bonn übrigens das gleiche, das wir 1988 hier in Schleswig-Holstein erlebt haben. In Bonn werden heute teure, erfahrene Fachleute in den

(Martin Kayenburg)

Vorruhestand versetzt und durch eigene Parteigänger ersetzt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das haben Sie 1982 in Bonn auch gemacht! - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Herr Neugebauer, ich bestreite überhaupt nicht, daß politische Beamte ausgetauscht werden müssen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die sind doch vorher noch gut versorgt worden! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und was hat die CDU mit der Bundesbahn gemacht? - Weitere Zurufe)

Aber wenn Sie auf die Regierung Helmut Kohl gucken, stellen Sie fest, daß da nicht einmal die Hälfte der Positionen ausgewechselt worden ist, die Sie heute auswechseln, nämlich insgesamt 72 Personen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben die Leute doch vorher alle befördert! - Weitere Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dies alles auf Kosten der Steuerzahler!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieweit das geht, Frau Heinold, möchte ich Ihnen deutlich machen. Da ist der famose frühere Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Müntefering, an der Spitze seiner Kollegen. Er hat die verantwortlichen Mitarbeiter herausgeworfen mit der Konsequenz, daß es bei der „Pallas“-Affäre nicht einmal mehr einen Ansprechpartner in diesem Ministerium gab. Das ist Ihre Personalpolitik in Bonn!

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: So ist es! - Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] - Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, bemühen Sie sich nicht; ich lasse keine Zwischenfragen zu.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Frau Simonis hat sich im Bundestagswahlkampf als Anwalt der neuen Mitte dargestellt. Sie sind aber nur Anwalt Ihrer Parteifreunde, und das kostet das Geld.

(Widerspruch bei der SPD)

Genauso, wie Sie hier in Schleswig-Holstein nicht mit dem Geld umgehen können und schlecht umgegangen

sind, wird es Ihnen und uns leider nach der Regierungsübernahme in Bonn passieren: Das ist bereits in den letzten vier Wochen deutlich geworden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diese Logik geht nicht auf, Herr Kayenburg! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und vergessen Sie eines nicht: Die angedachte **Steuerreform in Bonn** wird auch den **Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein** belasten. Das ist das Problem. Schleswig-Holstein ist durch eine mittelständische Wirtschaftsstruktur geprägt. Aber ich habe den Eindruck, Ihre Partei versteht unter Mittelstand etwas ganz anderes, etwa den kleinen Handwerksmeister mit zwei Kindern, der nicht mehr verdient als sein Geselle. Der profitiert von der Steuerreform.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das schlecht? - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gut so! - Ingrid Franzen [SPD]: Das ist doch richtig! - Ursula Kähler [SPD]: Ist das verkehrt?)

- Es ist sicherlich nicht verkehrt, daß der kleine Handwerksmeister entlastet wird, wenn Sie aber zusätzliche Arbeitsplätze schaffen wollen, müssen Sie den Mittelstand insgesamt entlasten, der die Arbeitsplätze schafft. Das ist das Geheimnis wirtschaftlicher Entwicklung.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und da ist doch Ihre Steuerpolitik kontraproduktiv. Wenn Frau Simonis selber sagt, das müsse bei 15 Milliarden DM gedeckelt werden, dann ist das eine gigantische Umverteilungsmaschinerie,

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

aber verdammt noch einmal doch keine Steuerreform.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Dabei hätte diese Landesregierung das alles besser wissen können. Wir haben einmal eine Große Anfrage zur Situation der kleinen und mittleren Unternehmen im Lande eingebracht. Ich empfehle Ihnen, sich diese Antworten einmal anzusehen. Da gab es einen richtigen Ansatz für den Mittelstand. Schicken Sie das Papier einmal nach Bonn, vielleicht wird die Steuerreform dort dann sachgerechter.

Und nun meine Frage, weil hier der Zwischenruf „Mittelstand“ kam: Was passiert denn mit der An-

(Martin Kayenburg)

sparabschreibung? Damit wird jegliche Existenzgründung, wie Sie sie zu Recht eingefordert haben, fast unmöglich, vor allem dann, wenn beispielsweise Teilwertabschreibungen und ähnliches, die den gesamten Mittelstand hart treffen, in die Tat umgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Sie planen ja - das ist das Fatale - zeitgleich keine entsprechende Erleichterung bei der Einkommensteuer. Ich bestätige ja gern: Wir brauchen eine Kultur für Existenzgründungen, aber so werden Sie sie nicht schaffen.

(Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Kubicki, über gestern. Wenn heute und hier über die Steuerreform diskutiert würde, dann hätten wir Frau Simonis ein paar Anregungen mitgeben können, wie sie sich im Bundesrat in der **Diskussion** über die **Steuerreform** einlassen muß.

(Beifall bei der CDU)

Sie als Anwalt sollten folgendes genau wissen: Wenn ein Urteil erst einmal in der Welt ist, wenn der Bundesrat und der Bundestag erst einmal entschieden haben, dann wird es schwer, dagegen anzustinken. Wir hätten die Chance gehabt, hier zu diskutieren und dieser Regierung endlich die Augen zu öffnen, wo der richtige Weg in eine wirtschaftliche Entwicklung geht.

(Rhythmischer Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Es werden Geschenke an Bürger mit weniger als 20.000 DM Einkommen finanziert. Das ist ja auch richtig, wenn man sich deren soziale Struktur anschaut. Aber - das haben nicht wir gesagt, sondern das hat Herr Bareis gesagt - auch diejenigen, die zwischen 20.000 DM und 60.000 DM verdienen - die angeblich von Ihnen doch so hofierte „Neue Mitte“ -, werden durch die Steuerreform belastet. Solche Schnellschüsse aus Bonn werden wirtschaftliche Entwicklungen in diesem Lande erschweren.

Nun komme ich wieder zurück ins Land: Wie war das eigentlich beim **Duty Free**? Wann sind Sie denn wach geworden? Wir haben Anträge gestellt. Herr Steinbrück ist irgendwann auf den Zug aufgesprungen,

(Unruhe bei SPD - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

hat dann sehr schnell die Flinte ins Korn geworfen, und nachdem es Entlassungen bei der Langeland-Linie gab, kam von ihm überhaupt nichts mehr. Jetzt,

wo in Flensburg Entlassungen anstehen, sind Sie - vielleicht ist das ja Herrn Hay zu verdanken - endlich wach geworden. Ich bin gespannt, wie der neue Wirtschaftsminister seine markigen Worte umsetzen wird. Er hat gesagt, die Küste brauche keine Sterbehilfe aus Brüssel, sondern Arbeitsplätze. Selbstverantwortete Standortpolitik kann ich bei dieser Regierung jedenfalls nicht feststellen.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schleswig-Holstein hat in Brüssel Duty Free abgeschafft! Jetzt sage einmal!)

- Herr Hentschel, daß Sie das nicht kapierten, ist uns schon lange klar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer war es denn? Das war der Herr Bundesfinanzminister! Das wissen Sie doch genau! Von einer bayerischen Regionalpartei! - Glocke der Präsidentin)

- Daß Sie davon nichts verstehen, haben Sie gestern bewiesen. Sie haben die Chance, Ihre Unkenntnis heute vor diesem Hohen Hause noch einmal zu dokumentieren.

Frau Simonis hat nach gemeinsamen Zielen und gemeinsamen Ansätzen gefragt. Wir haben das Angebot des öfteren gemacht. Wir haben gesagt, wir wollten bestimmte Dinge gemeinsam regeln. Wenn Sie in unseren **Antrag „Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert“** hineinschauen, dann sehen Sie, was für den Standort Schleswig-Holstein wichtig ist, und zwar in allen Politikbereichen. Übernehmen Sie das. Wir können auch Dinge anpassen. Machen Sie deutlich, daß dies ein Vorschlag der CDU ist, und schon werden wir die Strukturen im Lande so verändern, daß wir dies auch vor der Jugend und vor der künftigen Generation verantworten können.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da steht doch sonst nichts drin!)

Aber was haben Sie gemacht? Sie haben diesen Antrag in die Ausschüsse verschoben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tragen Sie es doch einmal vor!)

Nachdem ich heute diese sogenannte Regierungserklärung gehört habe, kann ich mir fast denken, warum. Sie haben ihn da nicht behandelt. Sie haben ihn verschoben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil Frau Schmitz-Hübsch zweimal im Wirtschaftsausschuß nicht an-

(Martin Kayenburg)

wesend war! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie Ihren Antrag nicht vertreten können!

- Sie haben geschoben. Der Innen- und Rechtsausschuß hat es beispielsweise überhaupt abgelehnt, sich mit unseren Anträgen zu befassen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU-Vertreterin war im Wirtschaftsausschuß nicht anwesend! Deswegen ist es vertagt worden!)

Dies ist Ihr demokratischer Umgang, dies ist Ihr Demokratieverständnis! So gehen Sie mit Anträgen der Opposition um!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch im Ausschuß nicht da! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren zur Verhandlung Ihres eigenen Antrages im Ausschuß gar nicht da! Deswegen ist es vertagt worden!)

- Herr Hentschel, erzählen Sie nichts!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war so! I c h war da!)

Es waren zig Ausschüsse, es gab zig Verschiebungen und Nichtbehandlungen. Außer dem Wirtschaftsausschuß waren auch andere Ausschüsse angesprochen. Jetzt rufen Sie plötzlich nach neuen Strukturen im Lande.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war der federführende Ausschuß! Sie waren nicht da, und jetzt beklagen Sie sich!)

Ich denke, Politik sollte vorausschauend sein. Dies, Frau Simonis, gilt im übrigen auch für die **Zusammenarbeit mit Hamburg**. Wir haben immer eine norddeutsche Zusammenarbeit gefordert. Sie haben auch inzwischen zusammengessen. Aber diese Position fehlt in Ihrem heutigen Papier. Wo ist denn da die zukunftsweisende Zusammenarbeit?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nun ist es ja offensichtlich, daß Sie mit Herrn Runde etwas besser auskommen als mit Herrn Voscherau. Ich denke, das ist auch ein vernünftiger Ansatz. Aber mir ist es nicht genug, wenn wir beispielsweise für die DASA-Ausweitung in Schleswig-Holstein Ausgleichsflächen zur Verfügung stellen. Natürlich ist die DASA für den gesamten Wirtschaftsraum wichtig, auch für Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Aber

wo ist denn eigentlich das Entgegenkommen Hamburgs?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was sagen denn die Grünen dazu, daß dort mehr Flugzeuge gebaut werden sollen?)

Was ist bei der Elbvertiefung passiert? Oder wenn die S-Bahn Hamburg GmbH der AKN und deren schleswig-holsteinischen Fahrgästen zu Weihnachten verweigert, bis nach Hamburg hineinzufahren - ist das Ökologie? Die fahren nämlich jetzt wieder mit dem Auto, Herr Hentschel! Wo ist denn da die Zusammenarbeit?

(Beifall bei der CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Schwachsinn der Stadt! Das haben wir doch nicht zu verantworten!)

Hier hätten Sie in Ihren Gesprächen Abhilfe schaffen können. Und wie ist das eigentlich mit dem von Ihnen geforderten Schienenanschluß nach Fuhlsbüttel? Fehlanzeige, kann ich nur sagen!

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, ähnliches gilt auch für das gemeinsame norddeutsche Hafenkonzert. Wir haben das schon seit langem gefordert. Ich erinnere an die Sitzungen im Januar und Juli 1998. Sie sind jetzt dabei nachzudenken.

Ich will überhaupt nicht verschweigen, daß Ansätze vorhanden sind. Aber in Ihrer Rede, Frau Simonis, vermissem ich die arbeitschaffenden und arbeitsichernden Aspekte dieser Zusammenarbeit. Sie erklären zwar sehr deutlich Ihren Willen zur Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck, die für das gemeinsame Hafenkonzert wichtig ist, zur Finanzierung haben Sie allerdings nichts gesagt. Unsere Anträge zu diesen Fragen liegen im übrigen seit Sommer im Ausschuß und werden geschoben.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles, was nicht funktioniert, muß die Landesregierung hinkriegen, aber wenn es dann funktioniert, dann war es die Wirtschaft!)

Solange gemeinsame Gespräche nur Ankündigungen sind, müssen wir dies als Lippenbekenntnis und nicht als neue Politik ansehen.

Wenn wir über Rahmenbedingungen für Schleswig-Holstein reden, geht es natürlich auch um **Verkehrspolitik**. Die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck habe ich bereits angesprochen. Aber Sie

(Martin Kayenburg)

schauen auch völlig zu Recht und ängstlich in die boomende **Øresund-Region**.

(Lothar Hay [SPD]: Nein, nicht ängstlich!)

- Um so besser, Herr Hay.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind ein schlechter Psychologe!)

Die bevölkerungsschwachen Länder Schweden und Dänemark haben nämlich erkannt, wie man entwickelt, und Sie scheinen es nun auch erkannt zu haben. Aber ich frage mich: Stehen die Regierungsfractionen hinter der Erklärung von Frau Simonis hinsichtlich der **Fehmarnbeltquerung**? Was sagen denn die Grünen dazu? Und selbst wenn ich Ihre Partei sehe: Wie lauten denn die Einlassungen von Herrn Poppendiecker und Herrn Zahn?

(Lothar Hay [SPD]: Herr Zahn hat das befürwortet! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jetzt erst!)

Ich kann diese Einvernehmlichkeit noch nicht feststellen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“ auch eher zu begrüßen!)

Ich denke, wir haben nur dann eine Chance, wenn die Realisierung der Fehmarnbeltquerung, so wie dies auch der Europaminister in seinem Dezember-Eurobrief erneut fordert, nun tatsächlich erfolgt. Denn dann würde die Region östlich der Linie Kiel - Lübeck auch von dieser Entwicklung profitieren. Hierzu fehlen uns die wichtigen Ansätze.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

In einem zusammenwachsenden Europa müssen wir alle Chancen ergreifen, die wirtschaftliche Entwicklung im Lande möglich zu machen. Eine entsprechende verkehrliche Anbindung ist erforderlich. Dazu gehört - ich bin gespannt darauf, was der Wirtschaftsminister dazu sagen wird - auch der dreistreifige Ausbau der **A 7**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ihr Bekenntnis dazu mag da sein, aber das der Ministerpräsidentin fehlt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das der Grünen auch!)

Sonst besteht die Gefahr, daß wir vom Hamburger Hafen teilweise abgekoppelt werden und daß Schleswig-Holstein im Güterverkehr links liegengelassen

wird. Der Hafen Esbjerg wird, wie Sie genau wissen, ausgebaut. Die Dänen sind auf einem guten Wege. Da soll keiner sagen, es würde keine Wirtschaftskraft aus Hamburg und auch aus Schleswig-Holstein abgezogen.

Vergleichbares gilt für den Bau der **A 20**. Ohne diesen wird es Nachteile für die nachgelagerten Industrien und für wirtschaftliche Entwicklungen geben. Der Hafen Rostock bietet sich jetzt schon an. Verkehre aus dem Ostseeraum müssen nicht zwingend über Lübeck und durch Schleswig-Holstein geführt werden; sie können auch an uns vorbeigehen. Dann wären wir die schöne grüne Insel, die Ihr grüner Koalitionspartner gern hätte. Mindestens unsere Westküste hätte das Nachsehen. Unser Denken in Kleinststaatelei behindert im übrigen eine sinnvolle grenz- und länderübergreifende Entwicklung. Nicht einmal hierzu sind in Ihren Konzepten vernünftige Ansätze enthalten.

Sie sprechen seit 1988 von großen **Entwicklungschancen im baltischen Raum**. Nach der Öffnung der Grenzen zu allen Anrainerstaaten und dem Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU haben sich die Chancen vervielfacht. Aber was machen wir daraus? Welche augenfälligen Entwicklungen zeichnen sich ab?

Frau Simonis, bei unserer Anfrage ging es überhaupt nicht um Ihre Reisekosten. Die mögen Sie hier zigmal erwähnen. Uns ging es darum, was bei Ihrem Besuch im Baltikum an wirtschaftlicher Entwicklung, an Vorteilen für Schleswig-Holstein herausgekommen ist.

(Zurufe von der SPD)

Sie sind mit einer Journalistin des NDR, zwei IHK-Geschäftsführern und zwei Gewerkschaftern dort hingefahren. Unternehmer waren bei dieser Reise nicht dabei. Daß ein solcher Besuch immer Vorteile bringt, daß er Kontakte bringt und positiv beurteilt wird, bezweifle ich ja gar nicht. Für mich stellt sich aber die Frage: Welche faßbaren Ergebnisse für Schleswig-Holstein hatte diese Reise? Solche kann ich bis heute nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU)

Die Aktivitäten der IHK in diesem Zusammenhang will ich überhaupt nicht kleinreden. Im Gegenteil; da wird eine Menge getan. Es gibt Partnerschaften, Büros sind eröffnet, und dies ist auch für langfristige positive Entwicklungen erforderlich. Aber stimmen denn die Rahmenbedingungen, um solche Verbindungen zu schaffen? Was geschieht denn im Bildungsbereich? Wie sieht es im Verkehrsbereich aus? Was machen Sie bei den Steuern? Hieran fehlt es mir.

(Martin Kayenburg)

Diesbezüglich sind Ihre Ansätze eher dünn und nicht zukunftsweisend.

Herr Minister Walter hat recht, wenn er konstatiert - und er ist realistisch -, daß die Ostseekooperation nur soviel Wert sei wie die Umsetzung zu Hause. Dies sollten Sie beherzigen und bei Ihren Planungen berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Die Gefahr des Abgehängtwerdens ist deutlich. Ich weise nur auf die Abwanderung von Finnjet nach Mecklenburg-Vorpommern hin. Im übrigen wird Schleswig-Holstein Chancen haben. Solche Abwanderung können wir in dem Umfang vermeiden, in dem Berlin zur Metropole Deutschlands wird. Diese Chancen müssen wir jedoch erkennen. Für Berlin führt der Weg in den **Ostseeraum** eben nicht über Schleswig-Holstein. Allerdings wird Berlin als Zentrum Deutschlands weitere Chancen bieten - vorausgesetzt, wir greifen zu. Dieser Ansatz ist bei Ihnen völlig unter den Tisch gefallen.

Berlin kann den Weg in den **Nordseeraum** sehr wohl über Schleswig-Holstein und Hamburg gehen. Das heißt, daß wir in Zukunft nicht nur die Ostseekooperation - die wir ohne Wenn und Aber begrüßen, ohne Wenn und Aber unterstreichen - auf die Agenda setzen dürfen. West- und Nordeuropa liegen auch an der Nordsee. Dies ist von uns bisher vernachlässigt worden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig!)

Wir brauchen also eine Nordseekooperation.

(Beifall bei der CDU)

Hier gibt es überhaupt keinen Hinweis in diese Richtung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie von mir übernommen, nicht?)

- Frau Fröhlich, wenn Sie das hier gesagt haben, dann will ich das gern unterstreichen und freue mich zumindest in diesem Punkt über Gemeinsamkeit.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch ein blindes Huhn findet manchmal ein Korn!)

Die Wirtschaft hat es erkannt. Es gibt die erste Fährverbindung von Kiel nach Großbritannien. Das ist aber nur ein erster Schritt, und die notwendigen Kontakte fehlen.

In diesen Zusammenhang gehört natürlich auch ein **norddeutsches Hafenkonzep**t, der Ausbau des Hafens Brunsbüttel und die Einbeziehung dieses Hafens als Tor zum Westen in unsere Entwicklungsüberlegungen. Sie mögen das als zu optimistisch ansehen. Ich glaube aber, daß gerade dies für die Entwicklung der Westküste unseres Landes unverzichtbar ist.

Im übrigen brauchen wir - da gebe ich Ihnen recht, Frau Simonis - eine **Stärkung des Dienstleistungssektors**, besonders im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnologien. Leider haben wir in Deutschland keine Spitzenposition, auch wenn Sie uns das immer wahr machen wollen. Zum Beispiel ist über unseren Antrag zu Innovations- und Gründerzentren in Sachen Biologie noch immer nicht entschieden. Unterstützen Sie diesen doch zum Vorteil unseres Landes! Ein solches Zentrum könnte auch eine Nahtstelle zwischen Forschung und Anwendung sein und Entwicklungsimpulse geben, die unser Land an vielen Stellen dringend nötig hat.

Schleswig-Holsteins Wirtschaft ist es im übrigen wieder einmal gelungen - auch dies soll nicht verschwiegen werden -, Angebot und Nachfrage im **Ausbildungsbereich** auszugleichen. Sie haben es anerkannt. Auch ich will an dieser Stelle der Wirtschaft für diese Kraftanstrengung danken.

(Beifall bei der CDU)

Aber was ist mit den Anschlußjobs? - Daran mangelt es! Nun soll doch keiner glauben, daß das 100.000-Stellen-Programm des neuen Bundesarbeitsministers hier Stellen schaffen wird. Gucken Sie einmal nach Frankreich! Wie sind denn da die Erfahrungen? Das ist ein Programm, aber keine dauerhafte Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Zu dauerhaften Arbeitsplätzen verhilft uns nur - ich hatte bereits darauf hingewiesen - eine **neue Kultur der Existenzgründungen**.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen neue Existenzgründer in neuen Märkten für neue und junge Arbeitskräfte. Die fragen nämlich in weit größerem Umfang junge Arbeitskräfte nach, als es die etablierten Unternehmen tun. Die derzeitige Bonner Politik wirkt da bisher eher abschreckend.

Frau Simonis, ein Investitionsfonds, wie er im Sommer von Ihrer Regierung vorgestellt wurde, kann - da besteht überhaupt kein Zweifel - ein hilfreiches Instrument der Kapitalbeschaffung für junge Unternehmer sein. Sie haben diesen Fonds wieder einmal

(Martin Kayenburg)

so vorgestellt, als sei es ein schleswig-holsteinischer Fonds, unter anderem getragen von dieser Regierung. Ich gestehe, das Marketing war nicht ungeschickt. Wieder einmal mehr haben Sie sich aber mit fremden Federn geschmückt. Landesgelder habe ich jedenfalls bisher nicht in diesem Fonds finden können.

(Zuruf von Minister Rainer Steenblock)

Natürlich soll die Wirtschaft sich auch selbst helfen. Ich habe bestätigt, daß dies ein angenehmes und sinnvolles Marketing ist. Aber dann soll man sich bitte schön nicht - wie diese Regierung es tut - mit fremden Federn schmücken, sondern deutlich darauf hinweisen, daß hier die Wirtschaft aus eigener Kraft die richtige und entsprechende Entwicklung forciert.

(Beifall bei der CDU)

Die Tatsache, daß wir allen jungen Menschen, die eine Ausbildung suchen, in diesem Lande auch eine Ausbildung geben können, spricht positiv für die Wirtschaft und für Schleswig-Holstein. Sie garantiert gut ausgebildete Fachkräfte. Das Potential im Land ist hervorragend. Wir wissen seit langem, daß dies ein ganz wesentlicher Punkt im Wettbewerb ist, und er wird noch wichtiger werden. Wir dürfen diese Vorteile aber nicht aufs Spiel setzen, indem wir zum Beispiel unsere Schulen so schlecht mit Lehrern versorgen.

(Beifall bei der CDU)

Diese müssen wir entsprechend ausstatten, und Sie vernachlässigen die Ausstattung der **Schulen mit Lehrern** schon seit langem. Nicht zuletzt die Klagen der Lehrherren über die mangelnden schulischen Kenntnisse in den Grundtechniken sind ein schlagender Beweis für diese Fehlleistung der Landesregierung.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß der lobenswerte Versuch der neuen Kultus- und Bildungsministerin, Mittel für zusätzliche **Lehrkräfte** freizubekommen, indem sie forderte, die **Entbeamtung** zu stoppen oder zurückzunehmen,

(Beifall bei der CDU)

von den sturen Ideologen Ihrer Fraktion, Frau Simonis, die Sie offenbar in dieser Sache persönlich tragen und stützen, nachhaltig torpediert wurde. Ich hätte Frau Erdsiek-Rave an dieser Stelle jedenfalls auch einen besseren Einstieg in ihr neues Amt gewünscht.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Statt dessen gehen Sie - und das ist dann Ihr Teil der Verwaltungsmodernisierung - darauf ein, daß Sie im Bundesrat hinsichtlich des Dienstrechts neue Planun-

gen vorlegen würden. Glauben Sie denn allen Ernstes, daß das Dienstrecht, so wie Sie das hier gestaltet haben, vom Bund und den anderen Bundesländern übernommen werden könnte? Ich kann für diesen Optimismus jedenfalls keinen Ansatz erkennen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eher ausgeschlossen!)

Herr Neugebauer, zu den Ministerien: Frau Simonis, es gibt in Ihrer Rede eine einzige Passage, in der Sie ganz zu Anfang darauf hinweisen, daß diese Kabinettsumbildung etwas Zukunftsweisendes sein sollte.

Ich frage mich, welche personellen Perspektiven es in dieser Landesregierung überhaupt gibt. Ich weise darauf hin, daß in Ihrer Amtszeit bis zum heutigen Tag neun Minister und 13 Staatssekretäre verschlissen wurden.

(Zurufe von der CDU)

Ich denke, daß dies für eine so kurze Regierungszeit wirklich eine noch nie dagewesene Fehlleistung ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist mir gar nicht aufgefallen! Das ist ja ein ganzes Kabinett!)

- Frau Fröhlich, ich will das ja gar nicht allein Frau Simonis anlasten. Sie kommen ja jedenfalls - jedenfalls im Moment noch - relativ gut dabei weg, weil Sie da ganz stabil sind.

Ich frage mich: Haben Sie eigentlich so viele falsche und unfähige Leute ausgewählt, oder war der Führungsstil so, daß man es in Ihrem Kabinett nicht mehr ausgehalten hat? - Peer Steinbrück hat das Weite gesucht, Frau Böhrk kam mit ihrem Rücktritt dem Rauswurf zuvor, und - ich habe eben darauf hingewiesen - die Demontage der neuen Bildungsministerin hat bereits begonnen.

Was ist eigentlich mit dem neuen Wirtschaftsminister? Der muß erst einmal zeigen, was er kann.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Das vorgestellte **Programm „Arbeit, Bildung und Innovation“** ist - und das wissen Sie genauso gut - ein groß angelegtes Täuschungsmanöver. Was ist denn mit den 130 Millionen DM in seinem Arbeitsbereich? Da müssen Sie einmal genau rechnen. 11,5 Millionen DM für Investitionen im eigentlichen Sinne entfallen auf seinen Bereich, 12,9 Millionen DM gehen in die Ausbildungszentren an der Westküste, der ganze Rest

(Martin Kayenburg)

findet sich in anderen Ressorts. Das nenne ich Trick und Täuschung und kein Programm!

(Beifall bei der CDU)

Was machen Sie eigentlich mit den 15 Millionen DM aus der Technologiestiftung?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Gott sei Dank sollen die entzogenen 15 Millionen DM in den darauffolgenden zwei Jahren zurückgeführt werden. Ich finde aber nur 7,5 Millionen DM im Haushalt wieder. Nach der Satzung der Technologiestiftung frage ich, wo in Ihrem Dreijahresprogramm die Auszahlung ist. Dann wird es mies und trickreich, Herr Neugebauer: Die Auszahlung erfassen Sie nicht, die Rückzahlung setzen Sie aber als Investitionen ein. - Das ist doch Roßtäuscherei!

(Beifall bei der CDU)

Auch noch nicht vom Tisch ist die Frage, ob das Regionalprogramm für die ländlichen Räume über 1999 hinaus überhaupt weitergeführt wird. Minister Steinbrück hat das in der Debatte über **Regionalförderung** deutlich gemacht. Ich denke, sein Nachfolger könnte an dieser Stelle noch arg gerupft aussehen. Außerdem ist auch die GA-Förderung, in die erhebliche EU-Mittel einfließen, mit der Agenda 2000 in Frage gestellt.

Auch hier erkenne ich bei Ihnen überhaupt keine Vorsorge. Aus diesem Topf fließen - das sollten wir bei aller wirtschaftlichen Entwicklung nicht unberücksichtigt lassen - die Mittel für die **einzelbetriebliche Förderung**. Hier müssen Sie einmal sagen, wie Sie die ersetzen wollen. Bei der Werftenhilfe sind Sie ja endlich einen vernünftigen Weg gegangen, bei der einzelbetrieblichen Förderung kann ich jedenfalls keine positiven Ansätze erkennen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wie wollen Sie ohne EU-Mittel Unternehmen wie zum Beispiel Motorola in Schleswig-Holstein halten? Das, was Sie uns hier vorgelegt haben, ist keine Perspektive. Das ist ein einziges großes Fragezeichen.

Wenn Sie hier gern Gemeinsamkeiten wollen, so wollen wir denn auch gern über Gemeinsamkeiten reden. Wir haben ja noch zwei weitere Minister in Ihrem Kabinett: Den **Finanzminister** Möller, der den finanzpolitischen Anforderungen an ihn in keiner Weise gewachsen ist und der für 1999 erneut einen **Haushalt** mit vielen Fragezeichen vorgelegt hat, der so mit Sicherheit keinen Bestand haben wird.

(Beifall bei der CDU)

Neben den hausgemachten Risiken werden neue aus Bonn hinzukommen. Bisher zeichnen sich rund 180 Millionen DM an zusätzlicher Belastung ab, die als Fehlbetrag aufgrund der neuen Steuerpläne für Schleswig-Holstein erwachsen werden. Beim Kindergeld sind es allein 60 Millionen DM, bei den 620-DM-Jobs 80 Millionen DM. Herr Möller ist an der Stelle überfordert.

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das wird auch in Ihrer Presseerklärung deutlich. Mal rin, mal rut ut de Kartoffeln.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Sie haben eine Presseerklärung mit dem Inhalt abgesetzt, daß alles in trockenen Tüchern sei, daß Sie das stützten und daß das mit Lafontaine verabredet worden sei. Welch ein Verständnis von Föderalismus ist das eigentlich, wenn die SPD-Finanzminister hintoben, mit dem etwas abkaspeln und das im föderalen Staat als die richtige Steuerpolitik für dieses Land anerkennen?

Drei, vier, fünf Tage später sagte derselbe Herr Möller, daß man noch einmal nachdenken müßte - vielleicht ist er ja schlau geworden, weil die Niedersachsen etwas nachdenklicher sind - und daß man hier vielleicht noch etwas nachbessern müßte.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört! - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Frau Simonis, Ihnen kann ich da überhaupt nicht folgen, denn Sie haben ja offenbar die Hoffnung, daß dies - insofern ist das anders als das, was der Minister dazu in der Presse darstellt - alles auszubügeln sei. Die Deckung dieser Fehlbeträge sehe ich in unserem Haushalt noch nicht, und hier sind Sie gefordert, in der Haushaltsdebatte, die Sie ja nun durchziehen wollen, auch die entsprechenden Vorschläge zu machen.

Wenn Sie auf Seite 4 Ihres Manuskripts von **Konsolidierungsstrategie** sprechen, dann sage ich Ihnen, daß wir natürlich über eine Konsolidierungsstrategie für dieses Land nachdenken müssen. Aber ich frage einmal: Für wie naiv halten Sie uns eigentlich? Sie sagen: 2000 konsolidieren! Das ist ein Wahljahr, und Sie wollen dann so schön unisono - Friede, Freude, Eierkuchen - die Opposition einfangen. Wenn sie Konsolidierung gewollt hätten, dann hätten Sie sie bei unserem letzten Haushaltsantrag haben können, dann

(Martin Kayenburg)

hätten Sie das bei vielen anderen Anträgen haben können.

(Lothar Hay [SPD]: Ach, das war im Finanzausschuß ganz anders, Herr Kayenburg!)

Wir werden uns einer solchen Konsolidierung nicht verweigern - auch aus Verantwortung gegenüber der Zukunft und auch deswegen, weil wir ab 2000 die Verantwortung für dieses Land haben werden.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zurufe von der SPD)

Aber, Frau Simonis, Sie haben doch die Hürde für das Scheitern in Ihre Regierungserklärung längst eingebaut. Sie haben gesagt, Voraussetzung dafür seien ein „Bündnis für Arbeit“ und eine ökologische Steuerreform. Bündnis für Arbeit ja, ökologische Steuerreform mit uns jedenfalls so, wie sie dort gestaltet worden ist, nie und nimmer,

(Holger Astrup [SPD]: Gut für uns!)

weil das Arbeitsplätze kostet und weil das zu Lasten des Landes geht.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der zweite Minister, den es da noch gibt, ist Herr Steenblock. - Herr Hentschel, die Grünen kommen da auch nicht so ganz ungeschoren weg; denn das ist ja wirklich eine Katastrophe. Aber das war ja ganz geschickt von Frau Simonis: Sie hat den Herrn Steenblock vorgeführt und so von dem Versagen von Herrn Möller abgelenkt. Er soll nicht glauben, daß er aus dem Haushaltsdilemma heraus wäre. Sie hat Herrn Steenblock bei der „Pallas“ vorgeführt. Welch ein Klima ist das eigentlich im Kabinett, wenn man nicht einmal in einem Boot zu solch einer Unfallstelle fährt!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber lassen wir das. Der **Umweltminister** ist angeschlagen, und er kann ja froh sein,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

daß „Pallas“ keine richtige Katastrophe, keine ernsthafte Katastrophe war, wie das die Experten sagen. Aber selbst mit dieser kleinen Katastrophe ist er nicht fertig geworden. Große Defizite bei der Gefahrenabwehr!

Herr Steenblock, ich kann nur sagen: Sie sind wie immer der falsche Mann am falschen Platz.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Insgesamt kann ich feststellen, Frau Simonis: Sie haben Ihr Kabinett nicht mehr im Griff, die Kabinettsumbildung war kein großer Wurf, Sie wurschteln herum, Regierungskrisen können und konnten Sie nicht verkleistern, und beim Krisenmanagement hat nicht nur der Umweltminister, sondern da haben auch Sie selbst versagt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Zukunft wird auch nach dieser Regierungserklärung nicht leichter. Ich sehe nicht, wie eine von Frau Simonis geführte Landesregierung die Zukunft meistern kann.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie hat abgewirtschaftet. Aber ich denke, ich habe die positiven Ansätze und die Dinge, bei denen wir gemeinsam Wege gehen können, aufgezeigt. Nur eines ist sicher: Dies wird in der Zukunft des nächsten Jahrtausends unter der Führung dieser Landesregierung adäquat nicht möglich sein.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Erlauben Sie mir den Hinweis, daß Zwischenrufe von der Regierungsbank nicht zulässig sind.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wir haben gar nichts gehört!)

Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hay das Wort.

Lothar Hay [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Frau Simonis, für Ihre sehr nachdenkliche Rede bedanken. Das war eine Simonis, die wir ja auch kennen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich finde, das ist dem Thema angemessen. Ich dachte, wir sollten über die **Zukunftsperspektiven Schleswig-Holsteins** auf dem Weg ins nächste Jahrtausend diskutieren und nicht eine rückwärts gewandte Betrachtung anstellen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Lothar Hay)

Ich möchte zu Beginn meiner Rede ein Zitat von Max Frisch wieder aufnehmen, das ich bereits zur Übernahme meines neuen Amtes als Fraktionsvorsitzender gebraucht habe: „Man muß die Wahrheit hinhalten wie einen Mantel, in den die Leute schlüpfen können, nicht wie einen Waschlappen, den man den anderen um die Ohren haut.“

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen Sie einmal Ihrem Koalitionspartner!)

Ich will mich bemühen, auch in meiner neuen Funktion nicht der Versuchung zu unterliegen, den Mantel der Wahrheit als Deckmantel für die eigenen Fehler zu benutzen. Ich hoffe, daß die Fortsetzung der heutigen Debatte dem Anspruch gerecht wird, den Bürgerinnen und Bürgern 375 Tage vor der Jahrtausendwende zu sagen, wo wir in Schleswig-Holstein stehen und - das vor allem - wohin die Reise im kommenden Jahrtausend geht. Ich hoffe, daß die Debatte am Ende auch diesem Anspruch genügt haben wird.

Nicht nur die neuesten Umfragen zur Zufriedenheit der Schleswig-Holsteiner mit ihrer „Landesmutter“, nein, auch das weit über dem Durchschnitt liegende Wahlergebnis bei der Bundestagswahl zeigen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Welche Umfragen meinen Sie?)

daß diese Regierung, anders als der Eindruck, den Sie hier im Landeshaus zu verbreiten versuchen, quicklebendig ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Ja, beim Auswechseln von Ministern! - Zurufe von der CDU und Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Mit der Regierungsübernahme in Bonn, mit dem Gewinn aller Direktmandate in Schleswig-Holstein, mit der Neuformierung der Landesregierung hat für die SPD der Start ins 21. Jahrhundert begonnen.

Eine Regierungserklärung bietet die Chance, Bilanz über das Erreichte zu ziehen und vor allem Perspektiven auf das zu Erreichende zu eröffnen. Sie sollte Rechenschaft ablegen und sich an den Erwartungen, Wünschen und Zielvorstellungen von jenen messen lassen, denen unsere Politik zu dienen hat, den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein.

Ich glaube, wir können selbstbewußt sagen, wir haben seit unserer Regierungsübernahme 1988 nicht nur vieles anders gemacht, wir haben auch vieles besser gemacht.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Da ist zum Beispiel die **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik**. Ich bitte Sie, jetzt wirklich einmal genau zuzuhören: Hier ist es gelungen, den wirtschaftlichen Rückstand nicht nur aufzuholen - Schleswig-Holstein hatte beim Regierungswechsel die zweitniedrigste Wirtschaftskraft unter den alten Bundesländern -, sondern wir haben heute in unserem Land die niedrigste Arbeitslosenquote unter allen norddeutschen Bundesländern.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Das war damals genauso!)

Wir vollziehen dabei konsequent den ökologischen Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft. Heute kommen in Schleswig-Holstein zwei Drittel von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen aus dem tertiären Sektor. Damit liegen wir an der Spitze aller bundesdeutschen Flächenländer.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hieran hat das **positive Wirtschaftsklima**, welches die Landesregierungen unter Björn Engholm und Heide Simonis durch Kooperation mit Gewerkschaften und Unternehmensverbänden geschaffen haben, maßgeblichen Anteil. Zusammen mit Bayern ist es das beste in der gesamten Bundesrepublik Deutschland.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Für dieses kooperative Verhältnis von Politik und Wirtschaft steht im übrigen auch der von mir sehr geschätzte neue Wirtschaftsminister, Horst Günter Bülck,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dessen unkonventioneller Quereinstieg für eine ebenso unkonventionelle und pragmatische Politik steht. Das ist das Ziel der SPD im 21. Jahrhundert.

(Beifall bei der SPD)

Schleswig-Holstein ist seit dem vergangenen Jahrzehnt bei den Unternehmensneueinsiedlungen, bei den Neugründungen Bundesspitze. Jahr für Jahr haben im Durchschnitt 85 Betriebe ihren Standort bei uns gewählt. In diesen Betrieben finden derzeit 18.000 Menschen Beschäftigung.

Die Ursache für diesen Erfolg liegt aber nicht nur am Wirtschaftsklima allein. Die Landesregierung hat

(Lothar Hay)

unter anderem im Rahmen einer Vielzahl von Programmen durch massive Investitionen im **Forschungs- und Technologiebereich** eine **Infrastruktur** geschaffen, die gerade für junge und innovative Unternehmen den notwendigen Wachstumsrahmen bietet.

Schleswig-Holstein hat pro Kopf die höchste Dichte an Technologie- und Gründerzentren.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine, wir können heute den Bürgerinnen und Bürgern voller Stolz sagen: Schleswig-Holstein ist für das kommende Jahrtausend gut gerüstet -

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und das in doppelter Weise. Denn für das 21. Jahrhundert brauchen wir nicht nur eine Politik der regionalen und wirtschaftlichen Dynamik, der Aktivierung von Innovationen, sondern vor allen Dingen eine Politik, die die Bereiche Arbeit und Umwelt miteinander verzahnt. Wir brauchen eine Politik der Schaffung von Erwerbsarbeit bei gleichzeitiger Wegrationalisierung von Umweltzerstörung. Das ist das Ziel der SPD des 21. Jahrhunderts, nicht etwa umgekehrt das Wegrationalisieren von Arbeit unter Inkaufnahme einer angeblich unvermeidbaren Umweltzerstörung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein ist bereit für die Jahrtausendwende. Stehenbleiben beim Erreichten wollen wir Sozialdemokraten nicht. Der positive Vergleich zu den anderen Bundesländern mag zur Rechtfertigung des eigenen politischen Handelns genug sein, genügen kann er uns nicht.

Eine Situation, in der nördlich unserer Landesgrenze die **Arbeitslosenrate** unter 5 % liegt, während sie südlich, im Landesteil Schleswig, an manchen Orten mit über 15 % fast dreimal so hoch liegt, ist mehr als unbefriedigend. Wenn wir nach den Ursachen fragen, müssen wir sagen - auch wenn Sie das nicht hören wollen -, die Ursache liegt hier vor allem in der gescheiterten Politik der früheren CDU/F.D.P.-Bundesregierung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Politik lebt auch von Alternativen, vom **Wettstreit der Ideen**. Ich stehe für eine geistige und politische Streitkultur, die Vorschläge danach befragt, was sie

für die Zukunft der Menschen zu leisten vermögen, und nicht danach, wo sie politisch herkommen.

Aber Herr Kayenburg, die Menschen in unserem Lande brauchen keinen Lehrmeister, der - wie Sie das in den „Kieler Nachrichten“ getan haben - andere mit Schulnoten bedenkt, sie brauchen auch keinen Zuchtmeister vom „Kaliber 08/15 PKW“.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie, frage ich Sie, will sich die CDU als eine Partei der Zukunft präsentieren, wenn es ihr noch nicht einmal möglich ist, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Wir sind eine Partei der Zukunft!)

Das unwürdige Gezerre in Ihrer Partei - Herr Kayenburg, ich möchte Sie ausdrücklich davon ausnehmen - um die Wehrmachtsausstellung ist hier für mich das sichtbarste Symbol.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erklären Sie doch einmal den Menschen in der Metropolregion Hamburg, in der K.E.R.N.-Region und in Flensburg-Handewitt, welche Zukunft Sie meinen, wenn Ihre Partei in dem Programmentwurf „Schleswig-Holstein 2000“ davon redet, daß die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum wohnt und dies zudem mit Vorstellungen der Sozialromantik des 19. Jahrhunderts unterlegt. Otto Ludwig läßt grüßen! Für diejenigen, die nicht wissen, wer das ist: Das ist ein Dichter der deutschen Romantik.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heiterkeit - Meinhard Füllner [CDU]: Den lese ich jeden Abend!)

Oder darf ich Sie an den „Zukunftsantrag“ Ihrer Fraktion „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“ erinnern, der im übrigen - Herr Kayenburg - immer Gegenstand der Beratung war. Sie können ja fragen, was Ihre Kolleginnen und Kollegen dann dazu gesagt haben. Mir ist das leider entfallen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dieser Antrag der CDU ist 15 Jahre - -

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Stritzl, Sie haben dazu nie etwas gesagt!

(Lothar Hay)

Auch 15 Jahre nach dem Klimagipfel von Rio de Janeiro ist die natürliche Umwelt für die CDU augenscheinlich immer noch eine vernachlässigbare Restgröße.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das Wort **Ökologie** taucht in Ihrem ganzen Antrag nur ein einziges Mal auf, als „Öko-Ideologie“. Wer in dieser Weise einen nach Meinung führender Wirtschaftsforschungsinstitute größten Zukunftsmarkt aus dem Blick verliert, wer unterschlägt, daß heute bereits 13.000 Menschen in Schleswig-Holstein in der **Umweltwirtschaft** arbeiten, der ist gerade nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wessen ideologisches Kind die Zukunftsvorstellungen der CDU sind, das kann man am besten beurteilen, wenn man sich die **Energieposition** der Partei anschaut.

Schleswig-Holstein ist im vergangenen Jahrzehnt nicht nur bundesweit zum „Windland“ Nummer 1 geworden; mehr als 12 % des Gesamtstrombedarfs wird aus den fast 1.500 Windenergieanlagen gedeckt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Windenergie** ist auch ein regionaler Beschäftigungsfaktor, gerade im ländlichen Raum. Fragen Sie einmal die Husumer Abgeordneten! Sie ist außerdem eines der konkurrenzfähigsten Exportprodukte auf dem Weltmarkt.

Wie ist die Position der CDU zu dieser Zukunftstechnologie? - Hierzu heißt es in Ihrem Programmwurf lapidar: „Die Windenergie wird an die ökonomische und ökologische Grenze stoßen.“

Wo sieht die CDU die Zukunftschancen? Sieht sie sie im Ausbau der Erdölförderung im Bereich des Wattenmeeres sowie in der Weiterentwicklung der Kernkraftstandorte? - Dazu kann ich nur sagen: Dies geht mit der SPD des Landes Schleswig-Holstein nicht, Herr Kayenburg!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das werden wir mit der F.D.P. gemeinsam machen!)

Eine Politik, die auf Risikotechnologie setzt, eine Technologie, die von der überwältigenden Mehrheit der Menschen in unserem Lande abgelehnt wird,

(Thorsten Geißler [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

eine Technologie, die das Kind eines der größten Vernichtungstechnologie des 20. Jahrhunderts ist, eine solche Technologie taugt nichts für das nächste Jahrtausend.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie sich einmal die Mühe machen, Zukunftsprognosen des Fraunhofer-Instituts aus Heidelberg anzusehen, würden auch Sie erkennen, daß mit dem Anbruch des 21. Jahrhunderts auch das viel beschworene **Solarzeitalter** anbricht. Wir werden diese Chancen für unser Land mit dem neuen Investitionsprogramm der Landesregierung „Arbeit, Bildung und Innovation“ kräftigen und unterstützen. Wir hoffen, daß das 100.000-Dächer-Programm des Bundes auch in Schleswig-Holstein dazu führen wird, daß sich viele Dächer verändern.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Stritzl, wir setzen auf eine Technik, die nicht verstrahlt, sondern bestrahlt. Das ist die Zukunft, auf die die SPD im nächsten Jahrtausend setzt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte von der Notwendigkeit der Alternativen gesprochen. Schleswig-Holstein braucht keine bessere Regierung, wir brauchen eine bessere Opposition!

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: War das eben eine Anmeldung? - Zurufe von der CDU)

Schleswig-Holstein ist vielleicht für uns - sicherlich aber nicht für die international kooperierenden Unternehmen und Kapitalströme - der Nabel der Welt.

Wir werden deshalb in einem vereinten Europa nur in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen eine machtvolle Stimme im globalen Konzert erhalten können.

Der diesjährige Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ging an den in Cambridge lehrenden Inder Sen, einen Theoretiker, der das Prinzip der Kooperation zur Grundlage seiner Theorie gemacht hat. Die Kooperation hat ja im kommunalen Bereich schon große Erfolge gezeigt. Björn Engholm kommt das Verdienst zu, als erster die sich aus der geopolitischen

(Lothar Hay)

Lage Schleswig-Holsteins ergebenden Chancen - insbesondere im **Ostseeraum** - erkannt zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Zeitvorsprung hat es uns ermöglicht, ein enges Informationsnetz mit unseren Partnern am Mare Balticum aufzubauen. Jetzt gilt es, diese Chancen im nächsten Jahrhundert, dem Jahrhundert der Vereinten Nationen von Europa, in Kapital umzumünzen. Hier muß sich an die Phase der Kontakte die Phase der Kontrakte anschließen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sieht, wie am Øresund ein Kraftzentrum entsteht - da bin ich nun gar nicht bange -, wie Universitäten gemeinsame Forschungsnetze aufbauen, wie der Wohnungs- und Arbeitsmarkt zusammenwächst, dann muß es unser Interesse sein, zu diesem Kraftzentrum und diesem Netzwerk feste Bindungen zu knüpfen.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesen festen Bindungen gehören auch feste Verkehrsverbindungen zu Wasser, zu Land und in der Luft, per Schiene und per Auto. Wer will, daß Schleswig-Holstein ein Zentrum wird, der muß auch daran arbeiten, daß dieses Zentrum zugänglich bleibt. Wir wollen, daß Schleswig-Holstein nicht nur zum Stand-Ort, sondern auch zum Bewegungs-Ort wird.

Wir werden uns offensiv - ich habe dies auch bereits öffentlich getan - mit den Möglichkeiten einer festen **Fehmarnbeltquerung** zu Straße und zu Schiene auseinandersetzen, und wir werden dies in gleicher Weise auch hinsichtlich einer **Elbquerung** westlich von Hamburg tun. Wenn im Bundesverkehrswegeplan nicht genügend Mittel bereitgestellt werden können, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann muß dieses Projekt eben durch eine Privatfinanzierung abgesichert werden.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wer berücksichtigt, daß sich die Verkehrsströme von und nach Skandinavien in den letzten 25 Jahren verdoppelt haben, der weiß, daß hier zügig Entscheidungen zu treffen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es, Herr Hentschel!)

Die Zugänglichkeit aber begreifen Sozialdemokraten ausdrücklich für alle Verkehrsträger. Wir werden mit Hamburg weiter auf eine schnellstmögliche Schnellanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel dringen, auch unter dem Gesichtspunkt, daß die Konkurrenz des

Flughafens Kopenhagen-Kastrup, der derzeit zum Drehkreuz des Nordens ausgebaut wird, schon den entsprechenden Druck besorgen wird, wenn der Druck aus Schleswig-Holstein nicht ausreicht.

Auch bei den **Schienenverkehren** sind die bestehenden Engpässe unverzüglich zu beseitigen. Da bin ich mit Ihnen, Herr Kayenburg, einig: Wenn die AKN an den verkaufsoffenen Sonnabenden nicht zum Hamburger Hauptbahnhof durchfahren kann, dann ist das ein Unding!

(Beifall im ganzen Hause)

Aber das gilt genauso: Wenn sich Güterzüge aus Skandinavien auf dem Teilstück Elmshorn-Hamburg stauen, wenn die elektrifizierten Verkehre in Lübeck und in Itzehoe enden, dann besteht hier Handlungsbedarf, und zwar Handlungsbedarf für die Deutsche Bahn AG und nicht Handlungsbedarf für das Land Schleswig-Holstein, indem wir dies allein finanzieren.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn ich die hier anstehenden Probleme benenne, dann ist das kein Grund für Defätismus. Zu Ihrer Zeit, Herr Stritzl, zuckelte durch Schleswig-Holstein doch noch die Dampflok, die wir als Eisenbahner liebevoll „Steppenwolf“ nannten - das hat aber nichts mit der Musikgruppe „Steppenwolf“ zu tun; das war nicht „Born to be wild“ -,

(Heiterkeit)

während also in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, im Rhein-Main-Gebiet und im Ruhrgebiet, damals schon der TEE fuhr. Heute fährt dank der Investitionen der Landesregierung der modernste Hochgeschwindigkeitszug - der ICE II - zumindest bis nach Kiel.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das war unser Antrag!)

Ich weiß noch, wie umstritten gerade diese Finanzierung war, indem aus dem Regionalplan Mittel für die Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Flensburg zur Verfügung gestellt wurden. Das war nicht unumstritten.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, zukunftsfähige Verkehrspolitik heißt für uns auch, daß die einzelnen Verkehrsträger mit den Kosten - und zwar nicht nur den betriebswirtschaftlichen, sondern

(Lothar Hay)

auch den volkswirtschaftlichen Kosten - belastet werden müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die angesprochenen **internationalen Kooperationschancen** liegen übrigens nicht nur im Ostseeraum. Wir sind das Land zwischen den zwei Meeren, und meine Fraktion wird sich deshalb auch verstärkt um eine Nordseekooperation bemühen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dazu braucht man nun nicht groß in Programme der Sozialdemokraten hineinzugucken; es reicht völlig aus, wenn man einen Blick in den letzten Bericht der Landeszentralbank über die Direktinvestitionen wirft, denn dort ist verzeichnet, daß englische Unternehmen im vergangenen Jahr mit über 600 Millionen DM die größten Investoren in Schleswig-Holstein waren.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

An zweiter Stelle lag mit den Niederlanden wiederum ein Nordseeanrainerstaat mit 211 Millionen DM. Überhaupt sind die Nordseestaaten Großbritannien und Niederlande - ich möchte das aber auch für Dänemark und Norwegen gelten lassen - die erfolgreichsten europäischen Nationen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Ich habe keine Bedenken, von den guten Beispielen anderer auch zu lernen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Damit bin ich bei dem Thema der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit**. Es ist nicht hinnehmbar, daß im nächsten Jahrhundert weite Teile der Bevölkerung von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, von der Arbeitswelt ausgeschlossen sind beziehungsweise sich davon ausgeschlossen fühlen. Die SPD wird das Recht auf Arbeit als Grundsatzforderung für das 21. Jahrhundert nicht aufgeben. Wir werden die Bereitschaft dazu allerdings - ähnlich wie beim dänischen Modell zur Aktivierung insbesondere jugendlicher Arbeitsloser - nicht nur fördern, sondern auch fordern.

(Beifall bei der SPD)

Dem Recht auf ein Angebot muß allerdings auch die Pflicht zur Annahme desselben entsprechen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Klaus Haller [CDU])

Insofern stehen wir in diesem Punkt Seite an Seite mit unserer Sozial- und Arbeitsministerin Heide Moser.

Der Applaus der Menschen in unserem Land ist uns dabei wichtiger als der der Oppositionsparteien - wie gerade eben -; Sie müssen sich doch fragen lassen - wenn Sie dies alles immer schon gefordert haben -: Warum haben Sie in 16 Jahren Regierung in Bonn denn nicht die entsprechenden Beschlüsse gefaßt?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerhard Schröder hat in seiner Regierungserklärung davon gesprochen, daß das soziale Netz zu einem Trampolin werden muß, das einerseits den Sturz des einzelnen auffängt und ihm andererseits die Chance eröffnet, wieder in die gesellschaftliche Mitte zurückzufinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war auch die Rede von Guido Westerwelle!)

Unser Ziel ist es, schon in den nächsten 400 Tagen bis zur Landtagswahl allen Jugendlichen unter 18 Jahren in Schleswig-Holstein ein verbindliches Angebot für einen Ausbildungsplatz oder einen Qualifizierungsplatz zu unterbreiten. In den Folgejahren werden wir daran arbeiten, diese Altersgrenze sukzessive bis auf 25 Jahre hochzusetzen.

(Jürgen Weber [SPD]: Sehr gut!)

Dies kann die öffentliche Hand nicht allein leisten. Wir werden deshalb alle unsere Kraft darauf verwenden, das erfolgreiche **Bündnis für Ausbildung** um ein regionales **Bündnis für Arbeit** zu erweitern.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das Versprechen, das die Sozialdemokraten den Jugendlichen in Schleswig-Holstein für das 21. Jahrhundert geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Blick über den Tellerrand ist aber nicht nur in das europäische Ausland lohnend; wenn man von Kooperation spricht, muß man auch die Kooperation mit den norddeutschen Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen ansprechen. Wir wollen gemeinsam mit den von mir genannten Bundesländern den Norden zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum der Berliner Republik machen.

In der Zusammenarbeit mit Hamburg hat das Kabinett Simonis erste konkrete Erfolge erzielt. Die Vereinbarung über die gemeinsame Schaffung eines Wagnis-

(Lothar Hay)

kapitalfonds sowie insbesondere die Bereitstellung von Ausgleichsflächen, um auch im nächsten Jahrtausend die Airbus-Produktion am Standort Hamburg zu stärken und so Arbeitsplätze für die Menschen in Schleswig-Holstein zu schaffen, sind für uns wegweisend.

Ich werde für die SPD-Landtagsfraktion in der nächsten Woche erste Gespräche in Mecklenburg-Vorpommern aufnehmen - dem zweiten Ostseerainer-Bundesland -, mit dem Ziel, auf dem Gebiet der Verkehrspolitik, aber auch auf den Gebieten Tourismus und Wirtschaftsförderung die Kooperation zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein ist nicht nur Wirtschaftsstandort; wir sind auch ein Urlaubsland

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

- vielen Dank, Herr Kollege! -, und zwar bezogen auf die Einwohnerzahl ist Schleswig-Holstein Urlaubsland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland. Gerade in einer besseren Vermarktung des **Tourismus** über die Jahrtausendwende hinweg liegt ein hohes Wertschöpfungspotential für unser Land, und ich weiß, daß Minister Buß aktiv daran arbeitet.

(Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Der Beifall kommt aber spärlich!)

Schon jetzt ist Schleswig-Holstein, was die Zahl an Übernachtungen pro Einwohner anbelangt, noch vor Bayern das tourismusintensivste Bundesland.

(Martin Kayenburg [CDU]: Pro Kopf der Bevölkerung oder absolut?)

Ein solches zukunftsorientiertes und grenzüberschreitendes Denken fehlt nach meiner Wahrnehmung auf Seiten der Opposition völlig. Sie haben es in zehn Jahren Opposition verschlafen, programmatisch und personell Alternativen darzustellen, so daß Sie heute noch nicht einmal in der Lage sind, einen geeigneten Spitzenkandidaten, geschweige denn eine -kandidatin aus Ihren eigenen Reihen vorzuschlagen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ich bin für Stritzl! - Heiterkeit)

Auch wenn die politische Konkurrenz im Lande schläft, die übrigen Regionen, die internationalen Wirtschaftsunternehmen tun dies nicht. Deshalb brauchen wir eine Atmosphäre der konstruktiven Gemeinsamkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Nicht Händel, sondern Handeln muß die Devise lauten. Ich darf den Oppositionsparteien noch einmal das Angebot unterbreiten, das im Finanzausschuß von unserer Seite schon mehrfach gemacht worden ist, das Angebot zur Kooperation gerade auf dem Gebiet der strukturellen Reformen des Haushaltes, um den Handlungsspielraum der Politik wieder zu vergrößern. Ich bin gespannt, ob Sie dieses Angebot ausschlagen werden.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Stritzl, wir haben schon fast einen Termin gefunden.

(Thomas Stritzl [CDU]: Und warum hat er nicht stattgefunden? Wer hat den Termin abgesagt? - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie! - Weitere Zurufe)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Uns braucht für die Zukunft nicht bange zu sein. Schleswig-Holstein präsentiert sich nach zehn Jahren SPD-Regierung in einem neuen Gewand, einem Gewand, in dem zum Beispiel an die Stelle der traditionellen Landwirtschaft eine ökologisch orientierte Ernährungswirtschaft getreten ist, einem Gewand, in dem an die Stelle der klassischen Werften maritime High-Tech-Unternehmen getreten sind.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Wir können stolz sein auf Schleswig-Holstein, und wir werden das, was wir geschaffen haben, in einem größeren Rahmen, nämlich der EXPO 2000 in Hannover, der Weltöffentlichkeit präsentieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Vergangenheit schiebt, Zukunftsvisionen ziehen. Wir wollen das Zugpferd für das 21. Jahrhundert sein.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe der Meldorfer Gelehrtenschule.

(Beifall)

Das Wort erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Ministerpräsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, Ihre Einladung zum Diskurs über die Zukunft unserer Gesellschaft will ich für die Grünen gern annehmen. Es wird Sie nicht überraschen, daß unser Beitrag dazu vom Gedanken der Nachhaltigkeit und der ökologischen Verträglichkeit durchdrungen ist. Die CDU, insbesondere Herr Kayenburg, nennt dies „Bewahrung der Schöpfung“, wie ich einem Artikel entnehmen konnte, fordert aber zugleich eine Autobahn nach der anderen. Wie das zusammenpaßt, weiß - glaube ich - nicht einmal der Herrgott höchstpersönlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Opposition, es bleibt sowieso Ihr Geheimnis, wie Sie mit Ihren Gedanken durchdringen wollen, wenn Sie sie nicht einmal zur Grundlage einer solchen Erklärung hier nehmen. Aus Ihrem vielbeschworenen Antrag „Schleswig-Holstein im 21. Jahrhundert“ kam jedenfalls so gut wie nichts vor. Daß dieser Antrag nicht abschließend beraten werden konnte, lag an Ihnen selbst, weil die CDU-Vertreter zur abschließenden Sitzung nicht vollständig erschienen waren und die wirtschaftspolitische Sprecherin nicht anwesend war. Das muß einmal gesagt werden, damit hier keine Legenden gebildet werden.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte jetzt zum Thema kommen und nicht zu einem Schlagabtausch. - Schleswig-Holstein liegt an der Nahtstelle zwischen Mitteleuropa und der Ostseeregion. Mit der wachsenden Bedeutung des Ostseeraumes rückt Schleswig-Holstein aus einer peripheren Lage als Grenzregion in eine zentrale Lage, die es historisch zuletzt zur Zeit der Hanse gehabt hat. Der **Ostseeraum** wird in Zukunft an Bedeutung gewinnen, weil im Zeitalter der Globalisierung die Vernetzung der Regionen zunimmt und zugleich im Rahmen einer wachsenden europäischen Union die Regionen stärker gemeinsam auftreten müssen, um ein gemeinsames, eigenständiges Gewicht bilden zu können.

Schon heute gehört das Bruttosozialprodukt pro Kopf in dieser Region zu den höchsten der Welt. Der Ostseeraum hat viele Gemeinsamkeiten und Verbindungen in Historie, Kultur und Mentalität. Das Konzept einer ökologischen Modellregion Schleswig-Holstein findet seine Entsprechung in der schon seit langem an Nachhaltigkeitskriterien geprägten Wirtschaftsweise und -politik der skandinavischen Länder. Sie sind Vorreiter bei der ökologischen Steuerreform, machen vor, wie eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit hohen

sozialen Standards verknüpft werden kann, eine eigenständige Existenzsicherung und Erwerbstätigkeit von Frauen ist für sie seit langen Jahren selbstverständlich, sie schaffen es auf pragmatische Weise, Ökonomie und Ökologie miteinander zu verbinden. Die Glaubenskriege, die wir hier darum kennen, gibt es in den skandinavischen Ländern offensichtlich so nicht.

(Unruhe)

Unser Ziel ist es also, **Innovation, Arbeit und Umwelt** unter einen Hut zu bringen. Die Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist überwiegend durch kleine und mittlere Betriebe geprägt. In den letzten Jahren tritt aber neben die traditionellen Sektoren Tourismus, Handwerk, Landwirtschaft und Bauwirtschaft ein wachsender Sektor von kleineren und mittleren Betrieben aus den Bereichen Kommunikationstechnologien, Softwareentwicklung, Medizintechnik, Umwelttechnik und anderem mehr. Das ist hier schon ausführlich genannt worden.

Wichtig ist uns, das einmalige Naturkapital unseres Landes als Grundlage für Leben und Gesundheit der Menschen, als wichtigen weichen Standortfaktor für unser Land und als Basis für den Tourismus als größten Wirtschaftszweig zu pflegen und zu schützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Strukturen machen das Land weniger krisenanfällig und bieten erhebliche Entwicklungs- und Arbeitsmarktchancen. Sie haben aber auch Nachteile, weil kleine Betriebe häufig kapitalschwach sind, wenig eigene Forschung und Entwicklung betreiben und Schwierigkeiten haben, auf den internationalen Märkten aufzutreten.

Angesichts der Krise der Erwerbsarbeit wird eine neue Definition des Verhältnisses zur Erwerbsarbeit erforderlich. Hier bietet sich ein Erfahrungsaustausch mit dänischen und schwedischen Behörden und Akteuren über innovative Beschäftigungsstrategien und Konzepte an.

Deshalb sollte die Landesregierung aus unserer Sicht bei ihrer weiteren politischen Arbeit die folgenden Punkte berücksichtigen. Erstens. Sie sollte ihr Hauptaugenmerk weiterhin auf die Förderung von kleinen und mittleren Betrieben und vor allem von **Existenzgründungen** richten, insbesondere in den Bereichen der neuen Technologien, des Handwerks und der Dienstleistungen. Dabei sind die spezifischen Belange von Frauen zu beachten. Hierbei ist das Frauenministerium auf dem richtigen Weg, wenn es Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, dafür gewinnen will, durch Frauenförderpläne die Personalentwicklung voranzutreiben. Auch der Initiative „Mann

(Irene Fröhlich)

teilt Zeit - Teilzeit für Männer in Führungspositionen“
wünschen wir viel Erfolg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Das ist zukunftssträchtige Umorientierung des Arbeitsmarktes. Dazu hätten Sie in Bonn 16 Jahre Zeit gehabt. Herr Kayenburg, Sie hatten Zeit dazu, dem Mittelstand zu helfen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das haben wir auch getan! Wer hat denn die Steuerreform blockiert? Sie doch!)

Statt dessen ist der Mittelstand systematisch höher belastet worden durch ständig steigende Lohnnebenkosten. Dafür konnte allerdings Mercedes seine Milliarden Gewinne ins Ausland transferieren. Das jedenfalls ist keine zukunftssträchtige Politik, und das haben die Menschen in diesem Lande auch gewürdigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ingrid Franzen
[SPD])

Teilzeit darf kein Frauenphänomen bleiben, wenn wir Arbeit umverteilen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Schlußfolgerung kann ich überhaupt nicht verstehen!)

Die Landesregierung darf in ihrem Bemühen nicht nachlassen, Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen Chancengleichheit zu verschaffen. Hier liegen insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Hochschule noch Potentiale brach, die zum Wohle des Landes genutzt werden müssen, ganz abgesehen davon, daß die faktische Einlösung eines Grundrechtes - niemand darf wegen seines/ihrer Geschlechts benachteiligt werden - nach wie vor aussteht.

Zweitens. Die Anstrengungen zur Verstärkung des **Technologietransfers** von den Hochschulen in die Wirtschaft und der Technologieentwicklung innerhalb der kleinen und mittleren Betriebe müssen gezielt verstärkt werden. Es muß zudem gewährleistet werden, daß die Technologiezentren ihre Arbeit als Brutstätte für innovative Betriebe auch in Zukunft leisten können.

Drittens. Die Landesregierung tut gut daran, die Anstrengungen der Wirtschaft auf dem Weg zu einer nachhaltigen, ressourcensparenden und emissionsarmen Produktionsweise zum Beispiel durch die Förderung des **Öko-Audits**, von kleinen Betrieben und von ökotechnischen Modellvorhaben weiter zu unterstützen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das glauben Sie allein!)

Das Umweltministerium setzt diese berechnete Forderung um, indem es die erfolgreichen Öko-Audit-Beratungen und Brancheninitiativen insbesondere für mittelständische Unternehmen fortsetzt und auf das Segment Dienstleistungen ausdehnt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Zukunftsorientierter Umweltschutz muß sich auszahlen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Richtig! Dann müssen Sie beim Öko-Audit etwas ändern! Sie müssen die ständigen Prüfungen abschaffen!)

Wir müssen aus der Logik „erst wirtschaften und hinterher die Schäden beseitigen“ heraus, Herr Kayenburg. Das dient der Bewahrung der Schöpfung jedenfalls nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden!)

Aber das haben Sie leider noch nicht begriffen. Deshalb sind für ein erfolgreich absolviertes Öko-Audit weitere Erleichterungen des Ordnungsrechtes im Bereich der Abfall-, Wasser- und Immissionsschutzgesetzgebung vorgesehen. Gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern und anderen Wirtschaftsverbänden soll das Instrument der freiwilligen Vereinbarung gestärkt werden. Effektiver Umweltschutz kann an vielen Stellen durch Einsicht und Überzeugung erst wirklich mit Leben erfüllt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens. Der Wandel der Energiewirtschaft hin zu effektiver Energienutzung durch Kraft-Wärme-Kopplung und Auswahl der regenerativen Energien ist ein bedeutendes Zukunftsprojekt gerade in Schleswig-Holstein. Die Umstellung von Atomkraft in Schleswig-Holstein auf **regenerative Energieversorgung** wäre ein Rieseninvestitionsprogramm für Schleswig-Holstein, noch dazu auch ein Exportprogramm. Dann brauchte man sich keine Sorgen um die Bewahrung der Schöpfung vor unabsehbaren Risiken zu machen. Bloß, diese Sorgen machen Sie sich gar nicht erst, Herr Kayenburg, sondern für Sie steht Wertschöpfung obenan - egal auf welchem Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht mit uns ganz gewiß nicht!

Herr Hay hat sich zum Glück deutlich genug dahin

(Irene Fröhlich)

geäußert, daß das mit der SPD so auch nicht zu machen ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das warten wir mal ab!)

Insofern brauchen wir uns hier auch nicht weiter über Winke mit Zaunpfählen zu unterhalten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben Ihnen kein Angebot gemacht! Das machen wir ab 2000 mit der F.D.P.! Nur damit Sie klarsehen!)

Fünftens. Die **Arbeitsmarktpolitik** sollte stärker auf den ersten Arbeitsmarkt und die aktive Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ausgerichtet werden. Dazu sind innovative Projekte erforderlich. Menschen mit langfristiger Erfahrung als Arbeitslose, deren Arbeitskraftpotentiale auch vernichtet wurden, müssen neue Hoffnung und Selbstachtung gewinnen können. Die Ministerpräsidentin hat ein gutes Beispiel aus Elmshorn genannt. Das Frauenministerium fördert zudem ein Modellprojekt für Sozialhilfeempfängerinnen, das von der Gesellschaft für Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik durchgeführt wird. In einem Bewerberinnen-Office lernen sie die richtige Strategie für ihre Suche nach einem Arbeitsplatz. Manchmal gelingt Frauen das Sich-selbst-Darstellen nicht so gut wie Männern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie helfen, Bewerbungen zu schreiben! Das kennen wir schon von der Bundeswehr!)

Hier wird also konkret geholfen. Das ist gut so.

Sechstens. Die Weiterverarbeitung von heimischen Nahrungsmitteln im Land zu unterstützen, ist eine notwendige Maßnahme zur Stärkung dieses Wirtschaftszweigs.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Vermarktung - leider ist der Landwirtschaftsminister jetzt nicht da; ich wünschte, er würde das hören - von qualitativ hochstehenden und von ökologisch produzierten Nahrungsmitteln ist - ich sage es einmal vorsichtig - ausgesprochen verbesserungsfähig. Wir glänzen hier noch nicht so, wie wir es eigentlich könnten und müßten. Schleswig-Holstein steht für gesunde Luft und gutes Essen. Mit diesem Pfunde könnten wir mehr wuchern als bislang. Ich fordere den Landwirtschaftsminister ganz eindeutig auf, das auch zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Siebtens. Die Werften sind nach wie vor ein wichtiger Industriezweig unseres Landes. Die Landesregierung sollte besonders die Kleinen auf ihrem Weg zu einer international konkurrenzfähigen Hochtechnologieindustrie soweit wie nötig unterstützen. Welchen genauen Betrag das Land dafür investieren muß, werden wir zu prüfen haben.

Achtens. Auch unter den Rahmenbedingungen der Agenda 2000 muß es dem Land gelingen, sich durch eine ausgewogene Regionalförderung weiter für eine gleichmäßige Entwicklung der Regionen einzusetzen.

Ich komme zu einem weiteren wichtigen Themenschwerpunkt, der mit den Stichworten **natürliche Grundlagen, Vernetzung und Infrastruktur** umschrieben werden kann.

Grundlage einer florierenden Wirtschaft in Schleswig-Holstein gerade auch unter dem Stichwort der Bewahrung der Schöpfung im kommenden Jahrhundert ist die Nachhaltigkeit der Produktion, die Erhaltung der Natur als Basis, der Ausbau einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur, die Sicherung der Energieversorgung und die Gewährleistung der erforderlichen Kommunikationsinfrastruktur im ganzen Land. Dies erfordert ein gemeinsames Handeln in Abstimmung sowohl mit den norddeutschen Nachbarländern als auch mit den Staaten rund um die Ostsee. Die Landesregierung hat nach unserer Auffassung die Aufgabe, die natürlichen Grundlagen des Landes und der beiden Meere zu sichern. Dazu gehört eine umweltverträgliche Produktion ebenso wie die Senkung der Emissionen insbesondere aus den Sektoren Abfallwirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft sowie die Sicherung und Vernetzung von Naturräumen.

Eine besondere Bedeutung haben dabei die Novellierung des Nationalparkgesetzes - die Novellierung ist für Ende nächsten Jahres vorgesehen; ich rechne damit, daß wir Anfang nächsten Jahres den ersten Entwurf bekommen -, die abschließende Meldung der FFH- und der Vogelschutzgebiete und die Verabschiedung des Landschaftsprogramms.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Hier sind wichtige Projekte im Umweltministerium für das kommende Jahr ganz konkret in Vorbereitung. Zur Jahrtausendwende sind wir sicherlich ein gutes Stück vorangekommen. Das werden die Fußstapfen für zukünftiges Wirtschaften in Schleswig-Holstein sein. Gerade der Faktor Tourismus wird davon erheblich profitieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

(Irene Fröhlich)

Man muß diese Zukunft sehen und darf sie nicht verschlafen.

In diesem Zusammenhang steht auch die gemeinsame Neugestaltung der **Energiepolitik im Ostseeraum** oben auf der politischen Agenda. Die Energiewirtschaft der Zukunft erfordert einen intelligenten Mix von regenerativen Energien, große Anstrengungen beim Energiesparen und die Durchsetzung der Kraft-Wärme-Kopplung als Standard.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Schweden ist der Atomausstieg beschlossen. Die deutsche Bundesregierung hat ihn sich ebenfalls vorgenommen. In Dänemark hat man mit dem Unsinn gar nicht erst angefangen. Dort liegt der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung bereits bei 60 %. Schleswig-Holstein und Dänemark sind Spitzenreiter bei der Windkraftnutzung. Norwegen hat riesige Wasserkraftpotentiale. Die abgestimmte Nutzung dieser Ressourcen und die frühzeitige Ausrichtung der Netzstrukturen auf zukünftige Erfordernisse unter Einbeziehung der östlichen Anrainerstaaten der Ostsee kann Nordeuropa zum Modell der zukünftigen Energiewirtschaft in Europa machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus ist es unabdingbar, eine gemeinsame Position der Ostseeanrainerstaaten und der norddeutschen Länder über die zukünftige **Verkehrsinfrastruktur** zu entwickeln. Im Zentrum der Verkehrsprojekte müssen die Verkehrsmittel Schiff und Eisenbahn stehen. Wer das verschiebt, hat die Zeichen der Zeit - das muß ich leider sagen - noch nicht erkannt. Straßen fördern sich dort abspielende Verkehre - und Sie steigern den CO₂-Ausstoß.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie Kohlekraftwerke in Brunsbüttel!)

Sie schaffen unabsehbare Folgekosten und unabsehbare Probleme für die Zukunft!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die großen Infrastrukturprojekte müssen sich auch an marktwirtschaftlichen Kriterien messen lassen,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und sie müssen privat finanziert werden.

Für Großprojekte gilt zudem, daß sie ökologisch so verträglich wie nötig und möglich realisiert werden. Das Grundprinzip der nachhaltigen Entwicklung muß insbesondere hier seine Anwendung finden.

Ich verkneife mir jetzt einige konkrete Beispiele, weil ich sonst mit meiner Zeit nicht auskomme.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich dachte, weil es Widersprüche gibt!)

Es ist mir wahnsinnig wichtig, einen wesentlichen Aspekt der Zukunftsorientierung dieses Landes zu nennen. Der besteht in den Stichworten **Bildung und Kultur**.

(Martin Kayenburg [CDU]: Einen so wichtigen Punkt machen sie mit Stichpunkten?)

Der hohe Bildungsstandard sowohl im Bereich der Allgemeinbildung wie auch in der Berufsbildung ist der Standortfaktor Nummer eins in Deutschland.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Roswitha Strauß [CDU])

Er ist auch das wichtigste Kapital für eine Region wie Schleswig-Holstein.

Bildung, Wissenschaft, Kultur sind originäre Aufgabenfelder der Landespolitik. Daher muß die Weiterentwicklung des Bildungswesens die oberste Priorität für die Landespolitik haben.

Der mit der **Schulgesetznovellierung** beschrittene Weg, den Schulen mehr Eigenverantwortung und Profilierungsmöglichkeiten zu geben und den Einfluß der staatlichen Reglementierung zurückzuschrauben, sollte konsequent weiter beschritten werden.

Mittelfristig sollten alle Schulen die Möglichkeit bekommen, ihre Personalangelegenheiten selbständig zu regeln und ihr gesamtes Budget selbst zu verwalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Viele Kommunen haben bereits gute Erfahrungen mit der Budgetierung der Schulen gemacht. Allerdings gehört dazu auch eine Garantie, Einsparungen im Budget der Schulen nicht wieder abzukassieren. Nur dann kann das Modell reformerisch wirken und sozusagen sein eigenes Innovationskapital erwirtschaften.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Unser stetes Bemühen muß zudem darauf gerichtet sein, eine gute Unterrichtsversorgung finanziell sicherzustellen, den Unterrichtsausfall zu begrenzen und eine zuverlässige Halbtagschule zumindest in den Grundschulen sicherzustellen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Irene Fröhlich)

Letzteres ist durch Kooperation von Schulen mit Vereinen auch ohne zusätzliche Lehrerstellen hinzukriegen.

Das beweist zum Beispiel die Helene-Lange-Schule in Pinneberg, die dies durch Öffnung der Schule gegenüber ihrem Umfeld geschafft hat. Mit etwas Kreativität und gutem Willen kann es gelingen, die öffentlichen Schulen gemeinsam mit den Kommunen und Kreisen und unter Einbeziehung anderer Einrichtungen wie Volkshochschulen, Bibliotheken und Vereinen schrittweise zu Zentren **lokaler Bildungskultur** und zu Sportzentren weiterzuentwickeln.

Übrigens, meine Damen und Herren von der Opposition, haben Sie eigentlich wahrgenommen, daß die Unternehmensverbände eine solche Entwicklung ganz massiv unterstützen? Das **Netzwerk „Innovative Schulen“**, das die Bertelsmann-Stiftung unterstützt, wird auch von Unternehmern ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Hier sollten Sie einmal sehen, wo Ihre Kooperationspartner abgeblieben sind.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mit etwas gutem Willen - das sagte ich bereits - sollen Schulen so weiterentwickelt werden. Zugleich ist es im Bildungssektor unseres Landes notwendig, die Hochschulreform in den Universitäten und Fachhochschulen voranzutreiben. Die Selbstverwaltung und Effizienz der Hochschulen muß verstärkt werden, damit der praktische Nutzen der Hochschulen als geistige Zentren des Landes vergrößert werden kann.

Zu der erforderlichen und beabsichtigten Budgetierung der gesamten Mittel gehört aber auch eine innere Hochschulreform, die eine demokratische Entscheidungsfindung sicherstellt, sonst bedienen wir nur altbekannte Seilschaften noch besser als vorher, weil ihre Macht nach wie vor unumschränkt sein wird. Das darf uns nicht passieren. Ich bitte Sie ganz herzlich, hier auch eine gemeinsame Basis zu finden, daß wir ins 21. Jahrhundert kommen.

(Zurufe von der CDU)

Zugleich sollen die schleswig-holsteinischen Hochschulen befähigt werden, sich besser dem europäischen Wettbewerb zu stellen und attraktiver für ausländische Studentinnen und Studenten zu werden. Ausländischen Studierenden werden immer noch zu viele Steine in den Weg gelegt, zum allergrößten Teil durch das ganz verzwickte und schlimme Ausländerrecht in Deutschland.

Deutschland ist grundsätzlich

(Frauke Tengler [CDU]: Das haben wir alles schon einmal gehört!)

- hören Sie gut zu - ein durchaus attraktiver Studienstandort, weil hier keine Studiengebühren erhoben werden. Aber die Internationalisierung der Hochschulstruktur bewegt sich im Schnecken tempo voran. Es besteht die Gefahr, hier den Anschluß an die englischsprachigen Länder zu verlieren. Hinsichtlich der im kommenden Jahr zu beratenden Hochschulgesetznovelle und der Zielvereinbarung mit den Hochschulen wird man aktiv mit diesem Problem umgehen müssen.

Gestatten Sie mir, abschließend noch einen Blick auf die norddeutschen Länder zu werfen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Landesregierung ist gefordert, zielstrebig darauf hinzuarbeiten, in geeigneten Bereichen **gemeinsame Institutionen** der norddeutschen Länder herauszubilden. Dabei ist im Einzelfall zu prüfen, ob Niedersachsen und Bremen einbezogen werden sollen und können. Basierend auf dem Regionalen Entwicklungskonzept muß eine gemeinsame regionale Wirtschaftspolitik entwickelt werden, um die Metropole Hamburg besser in das Umland einzubinden,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

die Abstimmung der Verkehrspolitik zu verbessern und die Koordinierung der Naturschutzpolitik im Hamburger Umland und im Untere lberaum zu erreichen.

Die Landesregierung ist aufgefordert, die Initiative für eine **Ostsee-Hafenkooperation** unter Einbeziehung Hamburgs und Brunsbüttels zu ergreifen. Schließlich gilt es auch, den Studienverbund der Universitäten im Ostseeraum zu fördern. Dazu gehört nicht zuletzt die Fortentwicklung der Bildungswissenschaftlichen Hochschule in Flensburg

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

zu einer Europa-Universität

(Lothar Hay [SPD]: Vor allem mit Inhalt bitte! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Entwicklung einer Kooperation der technischen Fachbereiche zwischen der CAU und TU Harburg.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Wir haben mit Hilfe der neuen Bundesregierung eine reelle Chance, notwendige **Strukturenreformen**, wie etwa die überfällige Änderung des Dienstrechtes und die ökologisch-soziale Steuerreform, durchzusetzen. Und ich sage, wir Grünen haben den Mut dazu, und wir

(Irene Fröhlich)

haben das Know-how im Umgang mit Widerständen. Insofern betone ich: Zukunft ist, was wir daraus machen. Wir arbeiten daran.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr gut! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am heutigen Tage läßt sich in einem schlichten Satz zusammenfassen: „Piep, piep, piep - bitte habt mich lieb.“

(Zurufe von der SPD: Oh! Oh!)

Sie ist offensichtlich nur durch die Schmach zu erklären, die ihrer Ehrenhoheit durch die eigene Partei in diesem Jahr bereitet wurde. Es ist schon bitter, nicht ins Schattenkabinett des Kanzlerkandidaten berufen zu werden, nicht ins wirkliche Kabinett, nicht in eine europäische Institution und nicht einmal in einen Verwaltungsrat auf Bundesebene, obwohl man doch für sich Medienkompetenz beansprucht.

Die finanzpolitische Koordination der SPD-geführten Länder liegt auch woanders. Die bundespolitische Bedeutung von Heide Simonis ist durch die flotten Drei auf Null reduziert. Herr Kollege Kayenburg, Sie hätten heute auf das Rupfen von Heide Simonis gern verzichten können.

Was haben wir an Perspektivischem gehört außer dem, was der Kollege Lothar Hay in seiner Rede als Fraktionsvorsitzender der SPD angesprochen hat? Was ist in der Allgemeinheit der Formulierung nicht bereits bekannt? An wen richtet sich eigentlich die Botschaft der Ministerpräsidentin vom heutigen Tage?

Die Regierungserklärung ist als Weihnachtsmärchen untauglich, auch wenn Heide Simonis „glaubt“, wie Sie am Ende der Regierungserklärung ausgeführt hat. Glaube versetzt bekanntlich Berge, aber da Schleswig-Holstein überwiegend flachländisch geprägt ist, ist hier nicht viel zu versetzen. Für eine wirkliche Auseinandersetzung über die Zukunftsfragen des Landes war und ist die Regierungserklärung untauglich, was beliebig zu demonstrieren wäre. Ich möchte mich, weil wir Wichtigeres zu tun haben, als uns mit der Angst der Ministerpräsidentin vor einem Regie-

rungswechsel zu beschäftigen, nur auf wenige Punkte konzentrieren.

Es ist erfreulich, daß die Ministerpräsidentin jetzt und erstmalig die Menschen unseres Landes, insbesondere die Jugend, zu einem Diskurs über die Zukunft unserer Gesellschaft aufruft. Haben wir denn die letzten zehn Jahre sozialdemokratischer Regierungspolitik vergessen? Bestand nicht jedenfalls in den ersten Jahren der sozialdemokratischen Regierungsverantwortung in diesem Lande im wahrsten Wortsinn eine Gesprächskultur, die unter der Ministerpräsidentin Heide Simonis zum schlechten Management reiner Verwaltungsabläufe degenerierte?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Glaubt denn in diesem Haus wirklich jemand - jedenfalls von den ihre Ehrenhoheit tragenden Regierungsfractionen -, daß man durch die Ankündigung der vielen kleinen Tafelrunden von Prinzessin Heide im nächsten Jahr konkrete Politik ersetzen kann, nachdem Graf Zahl und sein Nachfolger das gesamte Tafelsilber verscherbelt haben?

Es ist beeindruckend, daß wir jetzt feststellen, daß es eine neue Bundesregierung gibt und daß sich trotzdem die geographische Lage des Landes Schleswig-Holsteins, seine Standortprobleme einfach nicht verändert haben. Es ist beglückend zu erfahren, daß auch jetzt - oder erst jetzt - die Interessen des Landes Schleswig-Holstein in Bonn vehement vertreten werden sollen, getreu der von Gerhard Schröder ausgegebenen Devise: Erst das Land, dann die Partei.

Aber hat sich nicht auch etwas verschoben? Ist es denn einfacher geworden, die Blickrichtung der neuen Bundesregierung auf die **Ostseeregion** zu lenken? Hat denn die Stimme Schleswig-Holsteins, hat denn die Stimme Heide Simonis' nunmehr wirklich mehr Gewicht? Ich habe vor einigen Tagen die öffentlichen Ausführungen von Gerd Walter etwas anders verstanden.

In vielen Bereichen, Kollege Hay, holen uns die Versäumnisse der Vergangenheit schlicht ein. Ich teile die Auffassung, daß die Zukunft nur bewältigen kann, wer die Vergangenheit bewältigt. Deshalb müssen wir uns der Vergangenheit logischerweise auch etwas zuwenden.

Selbstverständlich begrüßen wir es, daß es für die Ministerpräsidentin nun - und wohl auch für den grünen Koalitionspartner, der dies in diesem Jahr bis vor kurzem vehement bekämpft hatte - feststeht, daß es eines Baus der A 20 mit einer westlichen Elbquerung bei Glückstadt dringend bedarf oder daß die Fehmarnbeltquerung wohl außer Streit steht. Ich hätte

(Wolfgang Kubicki)

jetzt eine positive Erklärung dieser Art von der Fraktionsvorsitzenden der Grünen auch in diesem Hause gehört. Dann hätte die Regierungserklärung etwas mehr Gewicht gehabt, denn diese Regierung besteht ja jedenfalls bis zum Jahr 2000 aus Rot-Grün.

Aber, Kollege Hay, wieviel Zeit, wieviel Kraft, wieviel Geld ist in den letzten zehn Jahren verlorengegangen, um Sozialdemokraten und vor allem die Grünen zu dieser Erkenntnis zu bringen? Es war doch schon mindestens seit Beginn der neunziger Jahre klar, daß eine **Entwicklung der Ostseeregion** unter Beteiligung Schleswig-Holsteins unmöglich ist, wenn dieses Land zu einem grünen Nadelöhr verkommt. Daß wir nunmehr, weil die Große-Belt-Querung da ist, mehr Verkehr auf der A 7 haben, wen kann das eigentlich überraschen? Was überraschend ist, ist die Tatsache, daß die Verkehrsinfrastruktur Schleswig-Holsteins darauf nicht ausgerichtet wurde und nicht ausgerichtet ist, zusätzlich Verkehr auf der A 7 beispielsweise durch einen dreispurigen Ausbau ab Bordschholmer Kreuz - worüber wir ja auch Anfang der neunziger Jahre diskutiert hatten - sicherzustellen.

Schleswig-Holstein soll als **Wissenschaftsstandort** weiterentwickelt werden. Aber was haben Sie in der Vergangenheit zu Wege gebracht? Die gerade ins Amt gekommene neue Bildungsministerin muß in einem Kraftakt die Reformen der schulischen Ausbildung der Vergangenheit zurücknehmen, weil festzustellen ist, daß schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler mit ihrem Abschluß bundesweit nichts werden können und daß es doch dringend nötig ist, Mathematik zumindest bis zum Abitur zu unterrichten.

Frau Ministerpräsidentin, Sie erinnern sich noch an die Debatten über die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems und die Notwendigkeit der Wissensvermittlung und nicht nur der Vermittlung von sozialen- oder Kommunikationstechniken? Was haben Sie eigentlich den letzten vier, fünf oder sechs Abgangsjahrgängen angetan, die ja nicht nur unter Überalterung des Lehrerkollegiums, miserabler Ausstattung ihrer Schulen, unglaublichem Unterrichtsausfall, sondern auch unter einer unzureichenden Wissensvermittlung gelitten haben und nach wie vor leiden?

Haben Sie, verehrte Frau Ministerpräsidentin, nicht zur Kenntnis genommen, was herausragende Wissenschaftler mit weltweitem Ruf, die Schleswig-Holstein zwischenzeitlich verlassen haben beziehungsweise verlassen werden, Ihnen ins Stammbuch geschrieben haben? Ich zitiere:

„Um in Schleswig-Holstein als Wissenschaftler tätig zu sein, muß man seine Mittel offenbar selbst mitbringen.“

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Unerhört!)

Professor Dr. Wolfrum, jetzt einziger deutscher Richter am Internationalen Seegerichtshof und Direktor des Max-Planck-Instituts für öffentliches Recht in Heidelberg, Professor Dr. Haverich, die ich beide sehr gut kenne und für deren Verbleiben in Schleswig-Holstein ich mich selbst sowohl im Bildungsministerium als auch in der Staatskanzlei eingesetzt habe, Professor Dr. Kröhnke und Professor Dr. Hackbusch sind doch beredete Zeugen für das Scheitern der Hochschul- und Wissenschaftspolitik unter Ihrer Führung.

(Zurufe der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

- Frau Kollegin Kähler, ich komme darauf gleich zu sprechen.

Es macht die Peinlichkeit doch nur komplett, daß das Bildungsministerium durch seine Sprecherin offiziell verlautbaren läßt, der Weggang so herausragender Persönlichkeiten sei eine Auszeichnung für den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein. Bisher dachte ich immer, es komme darauf an, möglichst viele herausragende Wissenschaftler zu halten oder anzuwerben, um als attraktiver Standort zu gelten. Wir sind hier eines Besseren belehrt worden.

Und wenn ich diese Logik auf den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein übertragen soll, Herr Minister Bülck, dann müßte es offensichtlich eine Auszeichnung für den **Wirtschaftsstandort** Schleswig-Holstein sein, daß möglichst viele Firmen dieses Land verlassen.

(Unruhe und Zurufe von der SPD)

Allein in dieser Woche sind durch Produktionsverlagerungen von Villeroy & Boch, Johnson & Johnson, Kimberley Clark und jetzt möglicherweise Howmedica mehr Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein verloren gegangen, als durch Neuansiedlungen und Existenzgründungen in einem ganzen Jahr in Schleswig-Holstein geschaffen werden.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Rodust [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Auch diese Landesregierung muß zur Kenntnis nehmen, daß sich international tätige Firmen bei ihren wirtschaftlichen Überlegungen an **Standortfaktoren** orientieren, ja orientieren müssen, wenn sie am Markt überleben wollen, und nicht an politischen Vorstellungen aus der Provinz.

Mit Freude vernehmen wir, daß die Kommunikationstechnologie und die Biotechnologie ein Schwerpunkt künftiger Aufmerksamkeit der Landesregierung sein

(Wolfgang Kubicki)

sollen. Erinnern Sie sich noch an die Debatten über die Frage der Einrichtung eines gentechnologischen Lehrstuhls an der CAU? Wir haben jetzt einen Lehrstuhl für den ökologischen Landbau, einem Wachstumsmarkt ohne Ende.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Aber, Kollege Hay, wenn dieses Land ernstgenommen werden will, damit wir für die wirklichen Wachstumsmärkte und Branchen der Bio- und Gentechnologie ein Standort sein sollen, dann müssen Sie Ihre bisherige Politik - ich meine jetzt nicht die der Sozialdemokraten, sondern insbesondere die Ihres grünen Bündnispartners -, jede Forschung in diesem Bereich als Teufelszeug zu betrachten,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Unsinn!)

aufgeben; denn sonst wird die Veranstaltung nicht glaubwürdig.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich erinnere daran - das ist mir eine besondere Freude -, daß es Herrn Schmid mit MobilCom, dem wachstumsstärksten Unternehmen Schleswig-Holsteins, gar nicht geben würde, wäre die **Liberalisierung** des Telekommarktes nicht von der F.D.P. durchgesetzt beziehungsweise unter ihrer maßgeblichen Beteiligung betrieben worden.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

In diesem Zusammenhang ist es äußerst bedauerlich, daß die Landesregierung von ihrer fixen Idee der Wiedereinführung einer privaten Vermögensteuer nicht lassen will, wohlwissend, daß diese Überlegung mittlerweile auch von Oskar Lafontaine in seinen roten Löchern versenkt worden ist.

Ich erkläre es Ihnen gern separat noch einmal, daß gerade die private Vermögensteuer diejenigen jungen und dynamischen Unternehmen beziehungsweise Unternehmenseigner belastet, die den Börsensprung geschafft haben beziehungsweise schaffen und deren Kurswert in den ersten Jahren in keinem Verhältnis zu den Erträgen des Unternehmens steht. Hören Sie doch auf Herrn Schmid, der Ihnen erklärt, daß er dann, wenn er die private Vermögensteuer, so wie sie geplant ist, entrichten müßte, Unternehmensanteile veräußern müßte, um diese Steuer zu begleichen, weil die Erträge seines Unternehmens gegenwärtig nicht ausreichen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau so ist es!)

Es kann doch nicht Ihre Politik sein, daß wir in diesem Fall durch die Wiedereinführung einer privaten

Vermögensteuer in der von Ihnen skizzierten Form zur Vernichtung von jungen dynamischen Unternehmen beitragen und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, von denen Sie ja soviel halten. Ich bin aber sicher, daß wir hier Oskar Lafontaine mehr vertrauen können als der „Weitsicht“ der Ministerpräsidentin.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Welcher Polizeibeamter, Frau Ministerpräsidentin, soll Ihren Ausführungen über eine rosige Zukunft noch Glauben schenken, nachdem ein simples Versprechen mit erheblichen Auswirkungen für die Betroffenen schlicht gebrochen wurde, nämlich die lange überfälligen Beförderungen im Obermeisterbereich auszusprechen und zu vollziehen? Es wäre doch ein Akt der Glaubwürdigkeit gewesen, nicht nur davon zu reden, daß im nächsten Jahr im mittleren Dienst Beförderungen stattfinden, sondern vielmehr ein Versprechen, das im letzten Jahr gegeben worden ist, endlich einzulösen, Herr Innenminister, das übrigens auch nach den Vorschlägen, die wir eingebracht haben, finanzierbar wäre. Daß Sie das nicht tun, führt dazu, daß Sie in diesem Bereich kein Vertrauen mehr werden zurückgewinnen können. Da können Sie hier Reden halten, wie Sie wollen.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Wer, sehr verehrte Frau Ministerpräsidentin, soll Ihrer Vision eines vernetzten Schleswig-Holsteins und einer **Internetzukunft** dieses Landes eigentlich Glauben schenken, wenn die dafür notwendigen Voraussetzungen bereits im Bereich der Schule an Lächerlichkeit kaum zu überbieten sind. Im Haushaltsjahr 1999 sind ganze 6,5 Millionen DM veranschlagt, um „Schulen ans Netz“ zu bringen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Nächstes Jahr sind es - -)

- Kollege Neugebauer, allein die von Ihnen und dem Kollegen Nagel hier im Hohen Hause vorangetriebene Verkabelung des Landeshauses, um uns internetfähig zu machen, kostete 1,5 Millionen DM, und da sagen Sie uns, dieses Programm reiche aus, um in den nächsten zwei, drei Jahren die Schulen ans Netz zu bringen und internetfähig zu machen. Das ist doch lächerlich, Kollege Neugebauer!

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Kollege Neugebauer, ich will daran erinnern - die

(Wolfgang Kubicki)

Kollegin Erdsiek-Rave ist bedauerlicherweise nicht im Saal - -

(Zurufe von der SPD: Doch! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Doch, hinten in der Ecke! Sie telefoniert!)

- Sie soll sich nicht verstecken. Sie saß mir vor einem Jahr bei dieser Frage gegenüber, als die F.D.P. im Jahr 1997 für das Haushaltsjahr 1998 den Vorschlag unterbreitete, ein 40-Millionen-DM-Programm aufzulegen, um die Schulen schnellstmöglich ans Netz zu bringen und internetfähig zu machen; dies ist von den Mehrheitsfraktionen abgelehnt worden. Und als wir es im Jahre 1998 beraten haben, ist es nicht mehr als schulische Aufgabe betrachtet worden, noch nicht einmal als staatliche Aufgabe. Ich war es, der dann den Sozialdemokraten gesagt hat, daß es die eigene Aufgabe ist, diese Kommunikationsfähigkeit für die jungen Menschen zu ermöglichen, mit der über deren **Zukunftsfähigkeit** und deren Chancen entschieden wird, weil die besserverdienenden Eltern zwar ihren Kindern zu Haus diese Dinge bieten können, für die anderen Eltern es aber unmöglich ist. Damit würden wir eine soziale Differenzierung schaffen, die wir mit keinem noch so großen Aufwand später würden beseitigen können.

Es muß doch im Interesse der Sozialdemokratie auch dieses Landes liegen, daß alle Kinder in diesem Lande die Chance bekommen, schnellstmöglich in der Schule PC- und damit internetfähig und damit auch zukunftsfähig gemacht zu werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Und nun gibt es wieder keinen Sprung ins Internetzeitalter, Kollege Neugebauer, sondern es sind nur kleine Trippelschritte. Auch dies ist etwas, von dem ich sage, Sie versündigen sich hier an den jungen Menschen, mit denen Sie in einen Diskurs eintreten wollen.

(Lachen der Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Die **Dienstrechtsreform** wollen Sie mit Gerhard Schröder erörtern. Spricht denn überhaupt jemand mit Heide Simonis über die Dienstrechtsreform? Was geschieht denn, wenn kein anderes Bundesland, wenn auch der Bund nicht den Vorstellungen der Ministerpräsidentin von der Entbeamtung folgt und das Land Schleswig-Holstein deshalb - Heide allein zu Haus - erneut Jahr für Jahr 50 Millionen DM schlicht „versenkt“?

(Günter Neugebauer [SPD]: Die F.D.P. würde es bestimmt besser machen!)

Ich sage es noch einmal, Kollege Neugebauer: 50 Millionen DM „versenktes“ Geld, das uns an an-

derer Stelle dringend fehlt und von dem niemand in diesem Lande etwas hat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ihr könnt doch eure ganzen Freiberufler verbeamten!)

Das nenne ich eine **Verschwendung von Ressourcen**, die ich in Ermangelung einer gemeinsamen Bund-Länder-Regelung für unverantwortlich halte.

Dankenswerterweise gibt es ja auch Sozialdemokraten, die das in ähnlicher Weise sehen. Ich stehe da nicht ganz allein.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Frau Ministerpräsidentin Simonis, Ihre Behauptung, Angestellte kämen dem Staat bei der **Altersversorgung** günstiger als Beamte, hält einer Lebenszeitbetrachtung nicht stand. Möglicherweise haben Sie bei Ihrer vordergründig plausiblen Rechnung schlicht vergessen, daß in die Rentenversicherung für Angestellte zur Begleichung der Rente ein immer stärker wachsender Anteil des Staates aus Steuermitteln einfließt. Gegenwärtig handelt es sich um einen zweistelligen Milliardenbetrag jährlich, der auch für die Angestellten, sofern sie Rente beziehen, zu einer zusätzlichen Haushaltsbelastung führt.

Auch hier werden öffentliche Mittel aus dem laufenden Haushalt in die Rentenversicherung eingestellt, und es gibt mittlerweile vier wirklich sehr ernst zu nehmende Untersuchungen, die bei einer Lebenszeitbetrachtung zu dem Ergebnis kommen, daß die **öffentlichen Haushalte** bei der Form einer Beschäftigung von Angestellten auf Dauer stärker belastet werden als bei einer Beschäftigung durch öffentlich Bedienstete. Einige Kommunen haben daraus auch schon die Konsequenzen gezogen und wandeln ihre bisherigen Beschäftigungsverhältnisse aus Angestelltenverhältnissen in Beamtenverhältnisse um.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das ist unsolidarisch!)

- Das sind sozialdemokratisch regierte Kommunen, Kollege Neugebauer.

Ich nehme zur Kenntnis, daß Sie meinen Gedanken einer fraktionsübergreifenden Absprache über strukturelle Veränderungen im Haushalt aufgreifen und offensichtlich selbst erkennen, daß auf Dauer der Anteil der **investiven Ausgaben** im Landeshaushalt erhöht werden muß. Es wäre kleinkrämerisch von mir, darüber zu richten, wer denn für die bisherige Haushaltsentwicklung verantwortlich ist. Aber wenn

(Wolfgang Kubicki)

das denn ernstgemeint ist, Kollege Hay, und wenn es wirklich ernstgemeint ist, Kollege Neugebauer,

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja!)

dann müssen auch von Regierungsseite oder von seiten der regierungstragenden Fraktionen die Beschimpfungen aufhören,

(Holger Astrup [SPD]: Was?)

die Vorschläge der F.D.P. oder der CDU seien unsozial, umwelt- oder frauenfeindlich, obgleich sie dann im weiteren Verlauf sämtlich in den eigenen Haushalt eingebaut werden. Dann muß wirklich zurückgekehrt werden zu einer soliden Finanzpolitik, von der man offenkundig heute nicht sprechen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist ja keine Erfindung der F.D.P., Kollege Böttcher. Der neue Fraktionsvorsitzende der SPD, Lothar Hay, und langjähriger Vorsitzender des Finanzausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages, hat diese Forderung „Rückkehr zu einer soliden Finanzpolitik“ in einer seiner ersten öffentlichen Erklärungen erhoben.

Ich will es dabei bewenden lassen und wegen des vorweihnachtlichen Friedens den Mantel der Güte über diese Regierungserklärung legen. Wir werden im nächsten Jahr über die Perspektiven des Landes im Rahmen des beginnenden Wahlkampfes getrost miteinander streiten.

Es wird Sie nicht verwundern, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß ich der festen Überzeugung bin: Das beste **Zukunftsprogramm** für Schleswig-Holstein ist ein Regierungswechsel im Jahre 2000.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] - Lothar Hay [SPD]: Na ja!)

Jeder Mann und jede Frau spürt: So kann es nicht weitergehen. Ich bin dankbar, daß die Ministerpräsidentin bereits öffentlich angekündigt hat, sie werde die SPD in den Landtagswahlkampf des Jahres 2000 führen. Nach dieser Regierungserklärung steht fest: Eine bessere Wahlkämpferin kann sich die F.D.P. nicht wünschen.

(Beifall bei der F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Dünner Beifall!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der Regierungserklärung „Rahmenbedingungen und Perspektiven des Landes Schleswig-Holstein“ ist ein weites Feld. Leider lag uns das Manuskript der Ministerpräsidentin erst gestern vor.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr aber auch!)

Wir alle, denke ich, haben deshalb ein bißchen im Dunkeln gestochert. Ich weiß, daß das die Spielregeln sind, und will dies gar nicht als Vorwurf formulieren.

Genau wie bei dem CDU-Antrag, den der Landtag im Juli beraten hat, geht es heute um **Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert**. Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß es sich bei dem genannten CDU-Antrag um eine ganze Reihe von Einzelanträgen handelte, die wir schon allesamt debattiert hatten. Ob das zukunftsweisend ist, weiß ich nicht. Ich sage das noch einmal deutlich, weil dies schon mehrfach hier angeklungen ist.

Die Ministerpräsidentin lädt uns in ihrer Regierungserklärung zu einem Diskurs über die Zukunft unserer Gesellschaft und unseres Landes ein. Der SSW nimmt diese Debatte über die **Zukunftsfragen** unseres Landes, die ja nicht neu ist, die es aber dennoch verdient, fortlaufend geführt zu werden, gern an. Der SSW ist immer zu einem konstruktiven Dialog bereit. Wir werden aber naturgemäß unsere eigenen Prioritäten setzen.

Die Rubrik „Zitate des Tages“ lesen wir in unseren Zeitungen sicherlich alle gern. Dabei haben wir vom SSW besonders ein Zitat aus der letzten Woche zur Kenntnis genommen. So wurde der von mir sehr geschätzte Landwirtschaftsminister Buß, der im Moment nicht anwesend ist, bei einem Besuch in Dithmarschen wie folgt zitiert: „Politiker sind nicht dazu da, Dänen von deutschem Boden fernzuhalten. Das können Dithmarscher Bauern besser.“

Ich weiß natürlich, daß der Landwirtschaftsminister über dänische Agrarprodukte sprach, und ich habe vorsorglich alle Ironie-Lampen angemacht. Dennoch möchte ich für den SSW feststellen: Die Dithmarscher Bauern können machen, was sie wollen, die Schlacht bei Henningstedt war im Jahre 1500. Seitdem hat sich nichts bewegt. Es gibt immer noch Dänen auf schleswigschem und holsteinischem Boden.

(Lothar Hay [SPD]: Auch Friesen!)

Auf diese wichtige Rahmenbedingung für das Land muß man sich also auch in Zukunft einstellen. Die dänische Minderheit wird Schleswig-Holstein auch in Zukunft erhalten bleiben, genau wie die Minderheiten der Friesen, der Sinti und der Roma nach dem Jahre

(Anke Spoorendonk)

2000 weiter zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins beitragen werden. Damit wird nach Auffassung des SSW die Minderheitenpolitik weiterhin eine wichtige Rolle für das Land spielen müssen.

Nicht zuletzt durch die Verabschiedung des Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten durch den Bundestag haben sich neue Herausforderungen und neue Perspektiven in der **Minderheitenpolitik** ergeben. Durch das Inkrafttreten des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten und die verabschiedete europäische Sprachencharta hat sich die Verpflichtung gegenüber den traditionellen Minderheiten qualitativ geändert. Das heißt, Minderheitenpolitik ist jetzt ebenfalls Aufgabe des Bundes. Dies bedeutet natürlich nicht, daß das Land Schleswig-Holstein aus seiner Verantwortung für die Minderheiten entlassen wird, sondern nur, daß der Bund zusätzlich Verantwortung übernehmen muß.

In diesem Zusammenhang bleibt es langfristig das Ziel des SSW, den Minderheitenschutz in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Konkret kommt es bei der Umsetzung der Sprachencharta darauf an, verstärkt die Gleichstellung der Sprachen im Grenzland zu fördern. Der SSW begrüßt, daß die Landesregierung das Fach Dänisch an den Grundschulen stärker fördern will. Ein weiterer Schritt muß es allerdings sein, die Rahmenbedingungen entsprechend zu ändern.

Ich bin zuversichtlich, daß die Dänisch-Professur in Flensburg zusammen mit einer Neustrukturierung des gesamten Instituts Anfang des nächsten Jahres verwirklicht wird. Ich möchte aber daran erinnern, daß es auch eine unbesetzte Dänisch-Professur an der CAU in Kiel gibt.

Aber auch andere Minderheiten- und Regionalsprachen wie Friesisch, Plattdeutsch oder Niederdeutsch müssen besser gefördert werden. Hinzu kommt, daß Minderheitenpolitik in Zukunft stärker als **Kultur- und Gesellschaftspolitik** zu begreifen sein wird. Das muß sich beispielsweise in der Medienpolitik widerspiegeln.

Als Vertreterin einer nationalen Minderheit begrüße ich es ausdrücklich, daß die Landesregierung erneut für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger eintritt und sich hierfür einsetzen will. Ich möchte daran erinnern, daß wir hier in Schleswig-Holstein schon einmal viel weiter waren, daß es hier schon einmal das kommunale Wahlrecht gab und daß das gekippt wurde, weil die CDU gemeint hat, man müsse damit vor das Bundesverfassungsgericht gehen.

Zu den weiteren wichtigen Rahmenbedingungen gehört die engere Kooperation mit den anderen norddeutschen Bundesländern. In dieser Frage ist die Landesregierung in den letzten Monaten ein gutes Stück weitergekommen. Sowohl die Zusammenarbeit mit Niedersachsen und Hamburg im Rahmen des **Regionalen Entwicklungskonzepts der Metropolregion Hamburg** als auch eine Reihe von Staatsverträgen zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg - heute werden wir ja in zweiter Lesung einen solchen Staatsvertrag beschließen - zeigen, daß Schleswig-Holstein auf dem richtigen Weg ist. Gemeinsame Kabinettsitzungen wie jüngst zwischen den Regierungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins sind ein weiteres Indiz für diese positive Entwicklung.

Diese verstärkte Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Bundesländern sollte auch für gemeinsame Initiativen in der Ostseezusammenarbeit genutzt werden. Die Ostseekooperation ist weiterhin das Prunkstück der Politik der Landesregierung.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Die Vision des **Mare Balticum** bietet eine zukunfts-trächtige Perspektive für die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Schleswig-Holsteins. Aber auch hierfür gilt, daß die anderen nicht schlafen und daß wir uns in Schleswig-Holstein nicht auf den Lorbeeren der bisherigen Erfolge ausruhen dürfen.

In diesem Zusammenhang kann das von der Landesregierung mit Südschweden, Kopenhagen und Süddänemark in Gang gesetzte „Entwicklungskonzept Südliche Ostsee“ für die weitere Entwicklung in der Ostseepolitik Schleswig-Holsteins eine positive Rolle spielen. Eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Ostseerainernstaaten und gemeinsame Projekte sind also ausdrücklich zu begrüßen.

Wenn man zur Lösung der Herausforderungen, vor denen Schleswig-Holstein steht, nach Norden blickt, ist es aus unserer Sicht wichtig, die richtigen Lehren für Schleswig-Holstein aus dem wirtschaftlichen Erfolg Dänemarks und auch aus der sich abzeichnenden Entwicklung in Südschweden zu ziehen. Darauf habe ich bereits in der Juli-Sitzung, bezogen auf den CDU-Antrag, hingewiesen.

Bei der vom neuen SPD-Fraktionsvorsitzenden angestoßenen Diskussion um den Bau einer Fehmarnbeltquerung stimmt es uns als regionale Partei bedenklich, wenn man die Zukunft Schleswig-Holsteins in einer Achse von Südschweden über Dänemark und den Fehmarnsund nach Holstein sieht. Es ist richtig, daß ein großer Teil der Verkehrsströme in Zukunft diesen Weg gehen sollte, ob mit oder ohne Fehmarn-

(Anke Spoorendonk)

beltquerung, und zwar auch, weil die Kapazitäten im Straßen- und Schienenverkehr des nördlichen Landesteils dem zu erwartenden Verkehrsanstieg nicht standhalten können. Denn die Rendsburger Hochbrücke bleibt - trotz der Renovierungsarbeiten, lieber Herr Kollege Neugebauer - ein Engpaß für den Schienenverkehr.

(Günter Neugebauer [SPD]: Da haben Sie völlig recht, Frau Kollegin!)

Deshalb bleibt es für uns wichtig, daß der nördliche Landesteil und die Westküste, wirtschaftlich gesehen, nicht noch mehr abgehängt werden. Daher hat nach dem Ausbau der A 20 der Bau der westlichen Elbquerung mit Straßen- und Schienenanbindung für den SSW weiterhin erste Priorität vor einer möglichen Fehmarnbeltquerung. Wir versprechen uns von diesem Projekt positive wirtschaftliche Impulse für die gesamte schleswig-holsteinische Westküste.

Bei der Finanzierung dieser großen Projekte kann man sich in der Tat auf skandinavische Erfahrungen stützen. Beispielsweise werden sowohl die Querung über den Großen Belt als auch die Øresundquerung voll durch die Maut der Benutzer finanziert.

(Lothar Hay [SPD]: Siehste, geht doch!)

Die Regierungen von Schweden und Dänemark garantieren nur für die Kredite, die zum Bau der Projekte auf dem privaten Kapitalmarkt aufgenommen wurden.

So vermeidet man, daß die Steuerzahler für die Milliarden-Gelder, die für den Bau benötigt werden, aufkommen müssen, und sichert durch die Maut ein vernünftiges und belastbares Verkehrsaufkommen.

(Lothar Hay [SPD]: So sollen wir das auch machen! Das ist der richtige Weg!)

Auch bei den umweltpolitischen Aspekten solcher Großprojekte kann man auf die skandinavischen Erfahrungen zurückgreifen. So wurden bei beiden Projekten umfangreiche **Umweltschutzmaßnahmen** zur Vorbedingung für den Bau gemacht. Der umweltfreundliche öffentliche Verkehr wurde gezielt bevorzugt, indem beschlossen wurde, dem **Schienenverkehr** einen zeitlichen Vorsprung gegenüber dem **Autoverkehr** zu geben. Der SSW fordert, daß solche Erfahrungen in die Planungen sowohl bei der westlichen Elbquerung als auch bei einer möglichen Fehmarnbeltquerung einfließen müssen.

Aus unserer Sicht wird es aber in Zukunft nicht genug sein, sich nur auf die harten Standortfaktoren wie die Großbauprojekte festzulegen. Ebenso wichtig ist es, die weichen Standortfaktoren wie **Technologieentwicklung** und **Hochschulzusammenarbeit** zu sehen.

Mit den neuen Informationstechnologien wird es verstärkt Neuansiedlungen von Unternehmen geben, für die die Verkehrsinfrastruktur als Standortfaktor nicht mehr allein entscheidend oder ausschlaggebend ist.

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ein gutes Ausbildungs- und Weiterbildungssystem, Technologiezentren sowie eine effiziente öffentliche Verwaltung werden in Zukunft immer wichtiger für die Standortwahl von modernen Unternehmen werden. Das heißt, unabhängig von der geographischen Lage haben auch weit abgelegene Regionen gute Chancen, Unternehmen anzuziehen, wenn sie bei den oben erwähnten Standortfaktoren etwas anzubieten haben.

Für den **Landesteil Schleswig** wird es darauf ankommen, die Hochschullandschaft und die Technologieentwicklung besser zu fördern, aber auch die Effizienz der kommunalen oder der öffentlichen Verwaltungen in der Region ist zu verbessern. Dabei muß auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen unserem Landesteil und Sønderjyllands Amt besonders im Universitäts- und Hochschulbereich stark verbessert werden. Es gibt zwar bereits viele positive Ansätze, beispielsweise zwischen der BU Flensburg und Handelshøjskole Syd in Sønderborg, doch vieles ist noch ausbaufähig.

In diesem Zusammenhang kann ich mir - vor dem Hintergrund dessen, was der Herr Kollege Kubicki vorhin sagte - eine Anmerkung nicht verkneifen. Es kann doch nicht angehen, daß wir - genau wie beim Profifußball - einen Forscherkult entwickeln. Wenn wir Forscher-Stars wollen, dann können wir doch - -

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Es geht nicht um Stars! Es geht um Experten! Es geht nicht um Starkult!)

- Das ist es doch! Wenn die so hochgejubelt werden, werden sie wie Stars behandelt. Wir erwarten, daß sich auch Experten für die Region engagieren, in der sie tätig sind.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Aber dafür sollen sie Bedingungen kriegen!)

- Die sind doch auch da.

Für den Landesteil Schleswig gilt - bei der konkreten Umsetzung der genannten Möglichkeiten -, daß weiterhin die konkrete Unterstützung der Landesregierung gefragt ist. Das ist auch der Grund dafür, warum sich der SSW vehement für die Weiterentwicklung und die Weiterführung der **Regionalprogramme** auch nach dem Jahre 2000 einsetzt und insgesamt für eine starke regionale Wirtschaftsförderung in den

(Anke Spoorendonk)

strukturschwachen Gebieten und im ländlichen Raum eintritt.

Die Eckpunkte des zukünftigen Regionalprogramms 2000, die die Landesregierung in ihrem Bericht zur Zukunft der regionalen Wirtschaftsförderung vorgestellt hat, betrachtet der SSW als eine gute Arbeitsgrundlage. Aber es wird entscheidend darauf ankommen, wie die Landesregierung dieses neue Instrument der Regionalförderung konkret einsetzen wird.

Wir warnen weiter davor, die Regionalpolitik allein von Vorgaben der EU-Kommission abhängig zu machen. Der SSW setzt sich auch für die Jahre nach 2000 für eine aktive und eigenständige Regionalpolitik ein, in der es weiter möglich ist, die Entwicklung der strukturschwachen Regionen des Landes mit eigenen Konzepten und auch mit eigenen finanziellen Mitteln ohne Vorgaben aus Bonn, Berlin oder Brüssel zu fördern. Es muß weiter möglich sein, Mittel in indirekte Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstandorte zu investieren. Ich denke dabei an **kulturelle Projekte**, den Um- und Ausbau von Ausbildungseinrichtungen oder die Förderung des Fremdenverkehrs.

Solche Projekte - ich möchte hier beispielhaft die „Phänomenta“ in Flensburg oder „artefact“ in Glücksburg nennen - können maßgeblich dazu beitragen, die Attraktivität der strukturschwachen Gebiete zu erhöhen, und somit zur Standortverbesserung dieser Regionen beitragen.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen
[SPD])

Gerade Faktoren wie gute Kultur-, Ausbildungs- und Freizeitangebote für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Wirtschaft werden in Zukunft bei Neuansiedlungen und auch bei der Entscheidung der Unternehmen, in der Region zu bleiben, eine wichtige Rolle spielen.

Genauso wie die verschiedenen Regionen Schleswig-Holsteins weiterhin von den Vorgaben aus Kiel abhängig sein werden, ist der Handlungsspielraum des Landes von äußeren Faktoren beeinflusst. Die Pläne der EU - die Agenda 2000 - unter anderem zur Neuordnung der Regionalförderung wurden bereits erwähnt. Aber auch Bonn ist für viele der zukünftigen Rahmenbedingungen verantwortlich. Viele der notwendigen Initiativen - zumal die wichtigsten Infrastrukturausbauprojekte wie die A 20, die westliche Elbquerung oder die Fehmarnbeltquerung - werden ohne tatkräftige Unterstützung des Bundes nicht umgesetzt werden können.

Das Land wird also für seine Visionen in Bonn Partner finden müssen. Dabei können wir hoffen, daß sich

die Regierungsbeteiligung von Rot-Grün in Bonn, Hamburg und Schleswig-Holstein auf diese Projekte positiv auswirken wird, auch wenn die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen Bund und Ländern im finanziellen Bereich und auch in der Zielrichtung weiter bestehen bleiben.

Ein sehr wichtiger Punkt unter dem Stichwort „Rahmenbedingungen und Perspektiven“ ist dabei für Schleswig-Holstein, wie die finanziellen Probleme der **öffentlichen Haushalte** gelöst werden können; denn der Gestaltungsspielraum der Politik wird von den finanziellen Problemen immer mehr eingeengt und geht somit gegen Null. Um die finanziellen Probleme der öffentlichen Hand langfristig auch nur annähernd lösen zu können, müssen wir bei der Bekämpfung der **Arbeitslosigkeit** und bei der Bekämpfung der **sozialen Probleme** in unserem Land entscheidende Fortschritte machen.

In diesem Zusammenhang kann ich mir zwei Bemerkungen nicht verkneifen. Wenn ich bedenke, wie oft wir im Finanzausschuß zu der Konklusion gekommen sind, daß Probleme nur gemeinsam, parteiübergreifend gelöst werden können, dann fühle ich mich bei dem Beitrag des Herrn Oppositionsführers mehrfach im falschen Film. Insgesamt denke ich nicht, daß wir weiterkommen, wenn wir zum wiederholten Mal den Wettlauf zwischen Hase und Igel nachspielen.

Lieber Kollege Kayenburg, der von Ihnen gedrehte Film lief - so glaube ich - dann auch noch rückwärts ab.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg
[CDU]: Sie haben nicht richtig geguckt!)

Nur wenn es uns gelingt, die Zahl der Arbeitslosen und der Sozialhilfeabhängigen zu reduzieren, wird es möglich sein, die öffentlichen Haushalte - auch in Schleswig-Holstein - wirksam zu entlasten. Das sagte ich bereits. Das gilt gleichermaßen für Bund, Länder und Kommunen.

Weiter müssen die **Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen** langfristig, spätestens mit einer Finanzreform im Jahre 2005, neu geordnet werden. Beispielsweise wäre eine Eigenverantwortlichkeit bei den Steuereinnahmen des Landes eine Möglichkeit, finanzielle Spielräume zurückzugewinnen.

Letztlich kommt dem Bund die wichtigste Rolle bei der Lösung dieser Probleme zu. Ein **Bündnis für Arbeit** unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Unternehmer ist aus unserer Sicht ein entscheidender Faktor, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Der SSW hofft, daß der neue Anlauf der Bundesregierung von Erfolg gekrönt wird. Was in Dänemark und den Nie-

(Anke Spoorendonk)

derlanden möglich ist, muß auch in Deutschland gelingen können,

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

nämlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, getragen von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen zum Wohle der Arbeitslosen und letztlich auch zum Wohle unserer Gesellschaft.

Niemand wird meinen, man könnte einfach Modelle übertragen. Es gibt keinen Königsweg; darin sind wir uns ja auch alle einig. Aber ich denke, wir müssen voneinander lernen können.

Als vor einigen Wochen in der „Zeit“ das **niederländische Modell** für ein Bündnis für Arbeit vorgestellt wurde, ging es genau um diesen Aspekt, also darum: Was können wir voneinander lernen? Als Handreichung für die neue Bundesregierung wurden dabei zwei Erfahrungen hervorgehoben.

1. Alle Beteiligten an solch einem Bündnis müssen als Gewinner dastehen. Der Erfolg hat bekanntlich immer viele Mütter und Väter.

2. Man muß in Ruhe - auch das war eine niederländische Erfahrung - verhandeln können. Man muß miteinander reden können, ohne daß gleich alles zwischendurch in den Medien breitgetreten wird. Da es zu einer - so sage ich einmal - bundesdeutschen Untugend gehört, im politischen Leben alles immer gleich rhetorisch auszubeuten, ist es aus meiner Überzeugung dieser letzte Punkt, der eigentlich darüber entscheiden wird, ob das Bündnis für Arbeit gelingen wird oder nicht.

Zusammenfassend gilt also aus unserer Sicht: Es gibt keine Alternative zu einem Bündnis für Arbeit. Die Ausgrenzung großer Teile der Bevölkerung kann nur dadurch beendet werden. Ein entscheidender Gradmesser für eine erfolgreiche Zukunft Schleswig-Holsteins ist aus der Sicht des SSW eine Gesellschaft, in der Menschen gleichermaßen ihre Fähigkeiten zum Wohl der Gemeinschaft einsetzen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich noch einmal etwas zum traurigen Schicksal des wirklich visionären An-

trages der CDU „**Schleswig-Holsteins Zukunft im 21. Jahrhundert**“ sagen möchte.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, ich würde mich freuen, wenn Sie Herrn Hentschel Bescheid sagen würden, damit er sich anhört, was ich dazu zu sagen habe.

(Holger Astrup [SPD]: Das kann er nachlesen! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hört unten mit, glaube ich!)

- Ach, es wäre schon schön, wenn er hier präsent wäre, wenn das hier im Haus debattiert wird.

Dieser Antrag ist von der CDU am 19. Juni 1998 eingebracht worden. Er ist im Landtag am 2. Juli 1998 behandelt worden. Wir schreiben heute den 10. Dezember 1998.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt alles!)

- Ich sage immer das, was stimmt, Herr Astrup.

(Lachen bei der SPD)

Er ist bis heute nicht abschließend beraten worden. Wir haben damals beantragt, über ihn in derselben Sitzung des Landtages in der Sache abzustimmen.

(Holger Astrup [SPD]: Dazu war er nicht gut genug!)

Das hat unser Fraktionsvorsitzender gesagt, das hat Herr Geißler wiederholt.

(Holger Astrup [SPD]: Das hat auch nichts geholfen!)

Das ist abgelehnt worden. - Richtig, es hat nichts geholfen, weil Sie es verschleppen wollten, Herr Astrup.

(Holger Astrup [SPD]: Im Gegenteil!)

Sie haben in Aussicht gestellt - Sie sind ja noch einmal nach vorn gegangen; ich habe mir das Plenarprotokoll geholt und das nachgelesen -, daß das Thema in den beteiligten Ausschüssen schnell beraten werden würde und es möglicherweise in die September-Tagung des Landtages komme. Es gab einen Zwischenruf, der berechtigt war, von Frau Erdsiek-Rave: „Wie wollen wir das denn schaffen?“. - Dann haben Sie gesagt: Ja, aber auf jeden Fall in der Herbstsitzung zusammen mit dem Ostseebericht!

(Holger Astrup [SPD]: Ja, wenn es geht!)

Der Ostseebericht ist hier im Oktober beraten worden, der Antrag noch lange nicht.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Der Wirtschaftsausschuß wurde zum federführenden Ausschuß bestellt, was auch richtig gewesen ist; er hat am 16. September regulär getagt. Er sollte am 28. Oktober tagen. Meine Damen und Herren, diese Sitzung ist von Ihnen, von der SPD-Fraktion, abgesagt worden, weil Sie eine Sondersitzung der Fraktion hatten. Es ging nämlich um die Regierungsumbildung. Also ist diese Sitzung abgesagt worden.

Am 18. November war wieder eine reguläre Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Dort ist auf Wunsch der SPD dieses Thema nicht auf die Tagesordnung gekommen, weil noch Beratungsbedarf bestehe.

(Holger Astrup [SPD]: Stimmt!)

Wir hätten dieses Thema also sowohl Ende Oktober als auch im November abschließend beraten können. Das ist aber auf Ihren Wunsch hin nicht geschehen.

Ich habe daraufhin am 18. November angemahnt, daß dieser Antrag zu Ende beraten wird, obwohl noch nicht alle beteiligten Ausschüsse ihr Votum abgegeben haben.

(Holger Astrup [SPD]: Das geht doch gar nicht!)

Ich habe darauf bestanden, daß wir den Antrag in der darauffolgenden Sitzung am 25. November beraten, weil für den Wirtschaftsausschuß im Dezember keine Sitzung angesetzt war. Diese Beratung sollte mit dem Besuch in Lübeck gekoppelt werden.

Das, was an jenem Tag in Lübeck gewesen ist, wissen alle, die dort gewesen sind. Es war der Tag des großen Schneefalls in Holstein.

(Holger Astrup [SPD]: Also, Sie waren nicht da!)

- Ich habe mich von Flensburg aus auf den Weg gemacht - das ist richtig -, habe bis Neumünster die doppelte Zeit wie sonst gebraucht, habe dann den Ausschußvorsitzenden, Herrn Eichelberg, angerufen und habe gefragt, wie es in Lübeck aussieht, ob es dort noch schlimmer sei; ich habe dann kehrngemacht.

(Holger Astrup [SPD]: Dann können wir doch den Antrag nicht ohne Sie beraten! Das tun wir nicht!)

Das gleiche hat die Frau Kollegin Hars gemacht, die aus Husum kam; sie ist bis Jevenstedt gefahren, hat dann auch kehrngemacht und ist zurückgefahren.

(Holger Astrup [SPD]: Und was sagt uns das nun?)

Meine Damen und Herren, diese Nichtteilnahme - witterungsbedingt - nun zum Anlaß zu nehmen, ausgerechnet mir die Verantwortung zuzuschreiben,

(Holger Astrup [SPD]: Wer war das?)

daß dieser Antrag so lange vertagt wurde, ist wirklich eine Chuzpe.

(Ursula Kähler [SPD]: Da sehen Sie einmal, wie wichtig Sie in Ihrer Fraktion sind! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, daß Sie das nachreden, kann ich verstehen; Sie glauben eben alles, was Ihnen Herr Hentschel sagt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch selber so wahrgenommen! Sie bestätigen das doch!)

Aber Sie hätten vielleicht doch einmal hinterfragen sollen, welche Gründe es gibt, daß eine Sprecherin einer Fraktion zu einer Ausschußsitzung nicht kommt, auf der sie selbst Themen behandelt haben wollte. Ich hatte gute Gründe,

(Glocke des Präsidenten)

und ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat ja niemand bezweifelt!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, nach der Tagesordnung müßten wir jetzt den Punkt 18 aufrufen. Das würde aber bedeuten, daß wir eine Viertelstunde in die Mittagspause hineingehen müßten. Da die Mittagspause aber ohnehin verkürzt wird, glaube ich, daß man das lieber nicht machen sollte.

Ich schlage deshalb vor, daß wir jetzt die beiden Tagesordnungspunkte behandeln, zu denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist.

(Holger Astrup [SPD]: Genau! Das wäre auch mein Vorschlag gewesen!)

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 12 auf:

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta)

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Schleswig-Holstein zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/1818

Bericht und Beschlußempfehlung des Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/1831

Das Wort hat der Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Finanzausschuß und Wirtschaftsausschuß haben über die Vorlage gesprochen und sind einstimmig der Meinung, daß der Gesetzentwurf vom Landtag unverändert angenommen werden sollte.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr guter Bericht!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Weil eine Aussprache nicht vorgesehen ist, lasse ich über den Gesetzentwurf der Landesregierung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann - einen Moment! -

(Holger Astrup [SPD]: Tagesordnungspunkt 22 !)

Tagesordnungspunkt 34 auf:

Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/355

Bericht und Beschlußempfehlung des Umweltausschusses
Drucksache 14/1762

Das Wort hat die Berichterstatterin des Umweltausschusses, Frau Abgeordnete Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das **Eider-Treene-Sorge-Projekt** verdient es, daß darüber etwas länger berichtet wird. Fast auf den Tag genau ist es zwei Jahre her, daß der Landtag den Bericht der

Landesregierung zum Eider-Treene-Sorge-Projekt federführend dem Umweltausschuß und mitberatend dem Agrarausschuß überwiesen hat.

Heute nun legt Ihnen der Umweltausschuß im Einvernehmen mit dem Agrarausschuß die einstimmig gefaßte Beschlußempfehlung vor, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen. Im Hinblick darauf, daß eine Aussprache im Landtag über diese Beschlußempfehlung nicht vorgesehen ist, lassen Sie mich bitte aus Sicht des Ausschusses nur einige Aspekte der ausführlichen Beratungen dieses Themas erwähnen.

In der ersten Phase beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Bericht der Landesregierung selbst und mit dem Konzept, das dem Projekt zugrunde liegt. Dabei wurde deutlich, daß sinnvolle Lösungen entscheidend von gemeinsamen Gesprächen und Abstimmungen der Ämter und Kreise in der Eider-Treene-Sorge-Region abhängen und daß - wie der Ausschuß einmütig feststellte - die engagierten Vertreter der Landesplanung dazu einen hervorragenden Beitrag leisten.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Der Umweltausschuß wie auch der beteiligte Agrarausschuß waren sich darüber einig, daß die in der Praxis weitgehend schon sehr gut laufenden Prozesse vor Ort weiterentwickelt und gefördert werden sollten.

Im August dieses Jahres verschaffte sich der Ausschuß im Rahmen einer Bereisung ins Eider-Treene-Sorge-Gebiet vor Ort und unter Beteiligung des örtlichen Abgeordneten

(Holger Astrup [SPD]: Bei gutem Wetter, Frau Kollegin!)

- bei gutem Wetter; es war der einzig gute Tag im Eider-Treene-Sorge-Gebiet - ein Bild von einzelnen Maßnahmen und erörterte die Situation mit Vertretern der Kommunen und der örtlichen Naturschutzverbände.

Bei dieser Gelegenheit wurden ihm auch eine Reihe von Anregungen und Wünschen vorgetragen, die ich hier nicht alle aufzählen möchte, die aber sicherlich ihren Niederschlag in konkreten Initiativen finden werden.

Beispielhaft möchte ich nur die Gedanken erwähnen, in Anbindung an das Naturschutzzentrum in Bergenhusen auf einer Fläche von etwa 10 ha, die der Stiftung Naturschutz gehört, eine Einrichtung für schulpädagogische Betreuung zu schaffen und auf bestimmten brachliegenden Naturschutzflächen den

(Frauke Tengler)

Reetanbau zu ermöglichen. Statt qualitativ hochwertiges Reet quasi vor der Haustür anbauen zu können, muß es derzeit für Häuser im ETS-Gebiet aus Südafrika bezogen werden. Eine weitere Anregung bezog sich darauf, ein Netz von Radwanderwegen durch die Eider-Treene-Sorge-Niederung anzulegen.

Bei dem Eider-Treene-Sorge-Projekt handelt es sich um ein Projekt der **integrierten Regionalentwicklung**. Ein Kernbereich dieses Projektes ist der Naturschutz in einer strukturschwachen Region, die über außerordentlich wichtige Naturschutzschätze verfügt.

Im Mittelpunkt muß aber die wirtschaftliche Existenz der dort lebenden Menschen stehen. Kommunen, Ämter, Kreise und Verbände sollten sich deshalb über die Grenzen hinweg zusammentun, um die wirtschaftlichen Zielsetzungen abzustimmen. In diesen Prozeß sollte nach Auffassung des Ausschusses nicht zu stark eingegriffen werden. Er sollte vielmehr im wesentlichen den Menschen der Region selbst überlassen bleiben.

Wesentliche Anstöße sind bisher von den Vertretern der Landesplanung ausgegangen. Dies sollte auch weitergeführt werden, wobei sich das inzwischen eingerichtete **Regionalbüro** als eine nützliche Einrichtung erwiesen hat. Die Menschen vor Ort sollten aber stärker als bisher in die Gestaltung mit einbezogen werden. Insbesondere sollten auch die örtlichen Naturschutzinitiativen und die Verbände entsprechend gewürdigt und ernstgenommen werden, besonders durch das Naturschutzzentrum Bergenhusen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Wann haben wir das denn beschlossen?)

Gerade angesichts der zunehmenden Ablösung von reiner landwirtschaftlicher durch nicht landwirtschaftliche Nutzung sollte das Bewußtsein der **Bevölkerung** für die Notwendigkeit verstärkter Ausrichtung auf den Fremdenverkehr geschärft werden.

Ich möchte zum Abschluß noch zwei Punkte erwähnen, die in der abschließenden Bewertung des Ausschusses eine Rolle gespielt haben. Ein wichtiges Ziel muß es - wie erwähnt - sein, wirtschaftliche Existenzen in der Region zu sichern und aufzubauen. Die Landwirtschaft ist in dieser Region nach wie vor unentbehrlich. Sie gerät aber in Bedrängnis, wenn die Landwirte Flächen von der Stiftung Naturschutz zu hohen Preisen zurückerpachten können, die besonders bei lang anhaltenden ungünstigen Wetterlagen - wie wir sie in diesem Jahr erlebt haben - eine rentable Bewirtschaftung nicht mehr zulassen.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Das ist uns in Ihrem Beisein vorgetragen worden!

Ein Appell an die Stiftung Naturschutz, diesen Aspekt noch einmal zu überdenken, erscheint deshalb angebracht. Wenn es nicht gelingt, die Betriebe in der Region lebensfähig zu halten, wird das gesamte Projekt scheitern. Das heißt im Klartext - und das ist die Forderung aus der Region, die ich hier vortrage -: Keine Pacht für Flächen der Stiftung Naturschutz im Eider-Treene-Sorge-Gebiet, da die notwendige Bewirtschaftung für die Landwirte nur unter großem Aufwand stattfinden könnte.

(Ursula Kähler [SPD]: Ich dachte, das sollte der Bericht des Ausschusses sein!)

- Das ist ein Bericht zur Behandlung des Themas im Ausschuß. Das ist uns so vorgetragen worden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Die Eider-Treene-Sorge-Region ist vom Bundesministerium bereits als Region der Zukunft ausgezeichnet worden.

(Glocke des Präsidenten)

Es tut sich etwas in der Region. Die Landesregierung sollte das weiter unterstützen. Ich wiederhole die Empfehlung der Ausschüsse, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der hier gerade vorgelegte Bericht war nicht der Bericht, der im Umweltausschuß abgestimmt worden ist. Es ist im Umweltausschuß in der Tat über die hier vorgetragenen Themen geredet worden, aber die politische Wertung, Frau Kollegin Tengler, die sollten wir in einer Aussprache zu diesem Thema durchführen und nicht in Form eines Berichtes. Deshalb werden wir uns vorbehalten, in einer der nächsten Landtagssitzungen hier erneut eine Aussprache zum Thema Eider-Treene-Sorge-Projekt durchzuführen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Im Namen der SPD-Fraktion sage ich: Es geht nicht an, daß Sie in einem Ausschußbericht eine derartige

(Konrad Nabel)

politische Wertung vorbringen, die nicht vom Ausschuß unterstützt wird.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das Wort zum Bericht hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke der Vorsitzenden des Umweltausschusses ausdrücklich dafür, daß sie sehr inhaltsreich und ohne Wertung

(Beifall bei der CDU)

über die Arbeit im Ausschuß berichtet hat. Ich bedanke mich, daß wir dadurch diesen Tagesordnungspunkt nicht einfach sang- und klanglos haben untergehen lassen, sondern noch einmal genau gehört haben, worauf es in dieser Region angekommen ist und weshalb in dieser Region erfolgreich **Naturschutz** betrieben wird.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich dachte eigentlich, daß auch von der linken Seite dieses Hauses anerkannt wird, daß in dieser Region erfolgreich Naturschutz betrieben wird.

(Beifall bei der CDU)

Dies sollte auch hier im Landeshaus gewürdigt werden. Die Spielregeln sind die, daß wir im Landtag über die Dinge sprechen, die die Menschen draußen vor Ort bewegen.

(Zurufe von der SPD)

Das ist ein Thema, das die Menschen draußen vor Ort bewegt.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen, Herr Kollege Nabel, freuen wir uns auf einen Antrag der SPD zum Thema Eider-Treene-Sorge-Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Tengler, ich bestätige Ihnen, daß Sie überwiegend das dargestellt haben, was im Ausschuß besprochen wurde, aber auch, daß das erstens nicht beschlossen wurde und daß Sie zweitens die zweite Hälfte schlicht unterschlagen haben.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Wenn Sie beispielsweise -

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen nur Ihre Wortwahl angemessen treffen! Was Sie sagen, ist eine Frechheit! - Zurufe der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

- Ich habe Ihnen zugehört, Frau Kollegin, jetzt hören Sie mir einfach mal zu.

Frau Happach-Kasan, wenn wir von den Menschen vor Ort reden, kann ich nur sagen: Ich bin einer von denen.

Es ist in der Tat gesagt worden - insbesondere von der landwirtschaftlichen Seite, aus deren Sicht auch völlig zu Recht -, daß sich die **Landwirtschaft** bedrängt fühlt. Es ist aber keineswegs vom Ausschuß festgestellt worden, daß sie auch bedrängt wird, und es ist schon gar nicht in der Landschaft gängige Meinung, daß sie bedrängt ist. Es ist mittlerweile vielmehr so - das bitte ich als Ergänzung zu Ihrem Bericht zu würdigen -, daß die Landwirtschaft in unserer Region mittlerweile in weiten Teilen - auch außerhalb des Bauernverbandes - begriffen hat, daß das Thema Naturschutz eine Chance für sie selbst sein kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie einen Bericht über eine Ausschußsitzung geben, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie das noch einmal bestätigen könnten.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

- Dann hat Frau Abgeordnete Todsens-Reese das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie etwas zu sagen haben, gehen Sie doch nach vorn,

(Herlich Marie Todsens-Reese)

aber Sie brauchen meine Aussage nicht vorwegzunehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Ich finde es außerordentlich bedauerlich, Herr Kollege Nabel, daß wir hier zu einem Projekt, für das wir in weiten Teilen eine gemeinsame positive Bewertung haben

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- ich denke, das hat die Kollegin Tengler hier auch deutlich gemacht -, jetzt noch in eine kontroverse Debatte einsteigen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich finde das außerordentlich bedauerlich.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, Sie können ja gleich noch einmal nach vorn kommen.

Wenn Frau Tengler hier Wünsche und Anregungen vorträgt - so hat sie das formuliert -, die aus der Region vorgetragen worden sind - das können wir ja noch einmal nachlesen -, dann ist das ausgesprochen wichtig.

(Frauke Walhorn [SPD]: Das ist nicht ihre Aufgabe!)

Denn dieses Projekt ist nicht nur uns in der Opposition, sondern auch Ihnen in der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch der Regierung sehr wichtig.

(Frauke Walhorn [SPD]: Sie hat nur den Beschluß des Ausschusses vorzutragen, nichts anderes!)

Ich halte es dann für sehr gut, wenn hier einmal allen Kollegen, die zum Teil nicht dabei waren, ein Bericht gegeben wird, in dem mitgeteilt wird, worüber wir dort informiert und welche Wünsche vorgetragen worden sind.

(Zurufe und vereinzelter Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Herr Nabel, wir können uns gern in einer weiteren Debatte hierüber austauschen, denn natürlich gab es auch ein paar kontroverse Punkte.

(Konrad Nabel [SPD]: Eben! - Weitere Zurufe)

Wir bewerten die Sorgen der **Landwirtschaft** in der Tat offensichtlich anders als Sie. Ich habe darauf verzichten können, daß das hier in epischer Breite deutlich gemacht wird. Wenn es um die **Pachtfragen** ging - das wurde auch dort draußen deutlich - oder um das Anliegen der örtlichen Naturschutzverbände, zum Beispiel vom Bergenhusener Zentrum stärker eingebunden zu werden, hatten wir dazu sehr unterschiedliche Meinungen.

Dies alles können wir gern unter einem ordentlichen Tagesordnungspunkt hier noch einmal beraten.

(Holger Astrup [SPD]: Zum Bericht!)

Ich sage es noch einmal, Herr Kollege Astrup: Ich finde das sehr schade. Mir liegt daran, daß wir das Projekt „Eider-Treene-Sorge“ insgesamt gemeinsam weiter voranbringen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich weise noch einmal darauf hin, daß wir uns jetzt in der Aussprache über den Bericht befinden.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es!)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

(Konrad Nabel [SPD]: Frau Tengler ist angesprochen!)

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor mir liegt die Vorbereitung auf die heutige Sitzung; darin steht, daß es einen Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt gebe und ich solle diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Den Bericht, der hier gegeben worden ist, kann ich nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen, weil er mir gar keine Auskunft darüber gibt, was in dem Ausschuß passiert ist, sondern pausenlos Wertungen enthalten hat, Wertungen, Äußerungen und Wünsche wiedergegeben hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können das ja nachlesen und schriftlich zustimmen!)

Ich kann also nicht - wie vorgesehen - in der Tagesordnung fortfahren. Ich meine, daß wir das irgendwie anders regeln müssen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Irene Fröhlich)

Das, was wir uns vorgenommen haben, hat hier nicht stattgefunden. Deswegen sehe ich mich auch nicht in der Lage, hier entsprechend abzustimmen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Frau Fröhlich, waren Sie denn überhaupt im Ausschuß? - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich einmal eine Bemerkung dazu machen, Frau Abgeordnete Fröhlich. Der Antrag, der gestellt worden ist, geht dahin, daß der Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/355, zur Kenntnis genommen wird. Wir stimmen nicht über den Bericht der Ausschußvorsitzenden ab. Gegenstand der Beschlußfassung ist der Bericht der Landesregierung. Es geht darum, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sehe im Augenblick keine weiteren Wortmeldungen. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Dann können wir jetzt über die Empfehlung abstimmen, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/355, zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einmütig so beschlossen.

(Zahlreiche Abgeordnete erheben sich, um den Saal zu verlassen)

- Einen kleinen Moment, meine Damen und Herren! Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich dahin verabredet, daß Punkt 22 der Tagesordnung ebenfalls ohne Aussprache behandelt wird. Ich rufe also auf:

Punkt 22 der Tagesordnung:

Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1799

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich wäre nur dankbar, wenn mir jetzt eine Beschlußempfehlung übermittelt würde. Soll in der Sache abgestimmt werden?

(Zurufe: Ja!)

- Dann stimmen wir jetzt in der Sache ab. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/1799, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einmütig so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Vormittagsitzung. Um 14:00 Uhr wird die Sitzung mit dem Aufruf des Tagesordnungspunktes 18 fortgesetzt.

(Unterbrechung: 13:04 bis 14:02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Änderung der 10. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung (10. BtMÄndV)

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1788

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

(Beifall bei der F.D.P.)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zum 1. Februar 1998 trat die 10. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung in Kraft. Eines der Ziele war die Regelung des in begründeten Einzelfällen zulässigen **Verschreibens** von Substitutionsmitteln für Betäubungsmittelabhängige nach einem einheitlichen Standard. Danach dürfen als Substitutionsmittel Methadon, Levomethadon, ein anderes zur Substitution zugelassenes Arzneimittel, oder in anders nicht behandelbaren Ausnahmefällen Codein oder Dihydrocodein (DHC) verschrieben werden.

Frau Ministerin Moser teilte mir in einem Schreiben vom 9. März 1998 mit, gegen die Verwendung der Stoffe Codein/DHC mache der Bundesgesetzgeber grundsätzliche Bedenken geltend, so daß diese Stoffe überhaupt nur noch zulässig sein sollen, wenn dokumentierte medizinische Gründe die Behandlung mit einem anderen Substitutionsmittel ausschließen.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe rechnet bundesweit mit bis zu 17.000 Patienten, die derzeit mit Codein beziehungsweise DHC substituiert werden.

Nach Ablauf der Übergangsfrist zum 31. Dezember 1998 können hinsichtlich der Unterstellung von **Codein** die obersten Landesgesundheitsbehörden nähere Festlegungen hinsichtlich der sogenannten „anders nicht behandelbaren Ausnahmefälle“ treffen.

Im Rahmen eines Vortrages „Rechtsfolgen der neuen Betäubungsmittelverschreibungsverordnung“ von Oberstaatsanwalt Dr. Körner, Leiter der Zentralstelle für die Bekämpfung der Betäubungsmittelkriminalität

(Christel Aschmoneit-Lücke)

in Frankfurt, appelliert Dr. Körner unter anderem an den Gesetzgeber:

„Anstelle einer sinnlosen Repression, die den vom Gesetz abweichenden Arzt bestraft beziehungsweise mit einem Bußgeld belegt, sollte der Gesetzgeber zukünftig die ärztliche Therapiefreiheit, die ärztliche Erfahrung und Verantwortung stärken.“

(Beifall bei der F.D.P.)

Mit der **Unterstellung von Codein** beziehungsweise DHC in die **Anlage III des Betäubungsmittelgesetzes** und der damit einhergehenden restriktiven **Verschreibungsverordnung** für diese Substitute wurde die ärztliche Therapiefreiheit eingeschränkt. Obwohl weitgehend unbestritten ist, daß Methadon derzeit das Mittel der ersten Wahl im Rahmen einer qualifizierten Substitutionsbehandlung ist, bleibt in Fachkreisen ebenso unbestritten, daß der Einsatz von Codein/DHC bei einem Teil der Patienten medizinisch sinnvoll und notwendig sein kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In einer Stellungnahme vom 19. November 1998 nennt der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Flenker, folgende Fälle, die hierunter zu subsumieren sind: erstens Patienten mit einer Methadon-Unverträglichkeit, zweitens die zeitlich begrenzte Behandlung vor Antritt einer feststehenden stationären Entzugs- oder Entwöhnungsmaßnahme sowie drittens Patienten, die lange Zeit mit Codein beziehungsweise DHC qualifiziert substituiert worden sind.

Im einzelnen wird ausgeführt:

„Gerade zum letzten Punkt zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, daß Codeinbeziehungsweise DHC-Patienten sich in der Regel in stabileren sozialen Lebenssituationen befinden als Methadon-Patienten.“

(Beifall bei der F.D.P.)

„Bei der Definition der Ausnahmefälle muß nach meiner Auffassung die bereits erreichte berufliche und soziale Stabilisierung eine starke Berücksichtigung finden. Ein als wirksam erwiesenes therapeutisches Setting sollte, wie bei der medikamentengestützten Behandlung psychischer Störungen und Probleme generell, auch bei der Behandlung der Opiatabhängigkeit nur im Einverständnis mit dem Patienten umgestellt werden.“

Auch für Dr. Flenker stellen Methadon beziehungsweise Levomethadon aufgrund ihrer pharmakologischen Eigenschaften das geeignetere Substitutionsmittel dar. Er macht allerdings auch darauf aufmerksam, daß für die vorhin genannten Ausnahmefälle gezeigt werden konnte, daß die Ergebnisse bezüglich Haltequoten, psychosozialer Stabilisierung und Beikonsum mit denen der Methadonbehandlung durchaus vergleichbar sind.

Die F.D.P.-Fraktion vertritt die Auffassung, daß allein der behandelnde Arzt beurteilen kann, welches Substitut im jeweiligen Einzelfall zu einem optimalen Ergebnis der Substitutionsbehandlung führt.

Neben der psychosozialen Stabilisierung Opiatabhängiger gilt dies natürlich auch für die Abwägung der pharmakologischen Wirkung der zur Substitution zur Verfügung stehenden Stoffe. Wir wollen, daß die **ärztliche Entscheidung** nicht dadurch behindert wird, daß die Verschreibung von Codein beziehungsweise Dihydrocodein de facto nach dem 31. Dezember 1998 nicht mehr möglich ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Zu spät!)

Neben Methadon und Levomethadon sollen auch diese beiden Stoffe dem behandelnden Arzt als Substitute ohne die in § 5 Abs. 3 Satz 2 normierten Einschränkungen zur Verfügung stehen. Eine solche Regelung, die sowohl der Therapiefreiheit des Arztes Rechnung trägt als auch den Grundgedanken des Gesetzgebers, einen einheitlichen Standard für die Verschreibung von Substitutionsmitteln zu schaffen, unberührt läßt, halten wir für wesentlich sinnvoller

(Beifall bei der F.D.P.)

als eine möglicherweise von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich restriktive Auslegung des Begriffs „nicht behandelbarer Ausnahmefälle“.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ein letztes Wort zur Drogenpolitik allgemein, die sich auch hier wieder manifestieren kann: Lassen Sie uns endlich aufhören zu bestrafen und zu verurteilen!

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Lassen Sie uns statt dessen in der Drogenpolitik endlich anfangen zu helfen!

(Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20. Oktober 1998 ist unter der Überschrift „Neue Wege in der Drogen- und Suchtbekämpfung“ unter anderem folgender Text zu finden, den ich einmal zitieren möchte:

„Eine zukunftsweisende Politik der Drogen- und Suchtbekämpfung umfaßt die Elemente Prävention und Hilfe für Drogenabhängige sowie Strafverfolgung des kriminellen Drogenhandels. Sucht ist Krankheit. Darum ist zusätzlich die Suchtkrankenhilfe und Behandlung der Abhängigen von illegalen Drogen, Alkohol und Medikamenten weiterzuentwickeln mit dem Ziel, eine effektive und qualitätsorientierte Suchtbehandlung und gesundheitliche Versorgung sicherzustellen und zu finanzieren.

Das Betäubungsmittelgesetz wird mit dem Ziel überarbeitet, Modelle wie in Hamburg oder Frankfurt rechtlich möglich zu machen. Zudem werden die Initiativen des Bundesrates (Modellversuche zur ärztlich kontrollierten Originalstoffvergabe mit wissenschaftlicher Begleitung, ähnlich wie dies in der Schweiz durchgeführt wurde; Rechtssicherheit für staatlich anerkannte Drogenhilfestellen) aufgegriffen. Die Substitution durch Methadon oder Codein wird unterstützt. Damit wird zugleich dem Beschaffungsdruck und der Beschaffungskriminalität entgegengewirkt.“

Es ist schön, daß sich auch die F.D.P. dieses Hohen Hauses mit Teilen unseres Koalitionsvertrages identifiziert

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und heute den vorliegenden Antrag zur Änderung der 10. Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung eingebracht hat mit dem Ziel, auch **Codein** ohne weitere Einschränkungen zur Substitution zuzulassen.

Ich habe die Koalitionsvereinbarung deshalb in aller Ausführlichkeit zitiert, um zum einen darauf hinzuweisen, daß Sie mit Ihrem Antrag weit offene Türen einrennen, zum anderen aber auch, um darauf hinzuweisen, daß Ihr Antrag leider etwas zu kurz greift, wenn Sie ernsthaft ab heute die Umsetzung aller Ihrer an sich vernünftigen Vorstellungen in diesem Bereich vorantreiben wollen. Ich erinnere nicht zum ersten Mal daran, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., daß Sie bis zum September dieses Jahres 16

Jahre lang an dieser unsäglichen Bundesregierung beteiligt waren

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir saßen hier im Landtag!)

und nicht an einem Punkt die Chance genutzt haben, Ihre in Schleswig-Holstein immer wieder vorgetragenen Ansichten in der Drogenpolitik umzusetzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt auch nicht!)

Sie wissen, daß die neue Koalition in Bonn die Zuständigkeiten für die Drogen- und Suchthilfe ins Gesundheitsministerium übertragen hat, um mit dieser Zuordnung unserer Überzeugung Nachdruck zu verleihen, daß es sich bei Sucht vor allem um ein **gesundheitliches Problem** handelt und nicht um ein strafrechtliches oder gar eines der inneren Sicherheit.

Sie wissen vielleicht auch - ich weiß nicht genau, ob Sie es wissen -, daß im Gesundheitsministerium in Bonn bereits mit Hochdruck an der Veränderung des Gesamtkomplexes gearbeitet wird. Noch in diesem Jahr werden erste Anhörungen stattfinden, um möglichst schnell zu einer fundierten Änderung des BtMG, der zugehörigen Listen und der Verordnungen zu kommen.

Auch wenn wir Ihren Antrag ein wenig als Aktionismus ansehen und als Versuch, sich einmal wieder mit fremden Federn zu schmücken, werden wir Ihrem Antrag zustimmen, weil auch wir die **Substitution mit Codein** für vernünftig halten und hier in diesem Hohen Haus auch immer wieder gefordert haben.

Die SPD in Schleswig-Holstein hat dies auch auf einem Parteitag so beschlossen.

Angesichts der kurzen Redezeit kann ich nicht alle Maßnahmen ansprechen, die zu einer neuen Drogen- und Suchthilfepolitik im Sinne unseres Bundes-Koalitionsvertrages gehören, nicht alle Hindernisse und Probleme, die bei der Umsetzung auftreten werden, und auch nicht alle Punkte, die noch nicht auf der Agenda der neuen Bundesregierung stehen. Wir werden aber die seit 1988 in unserem Land geradlinig fortentwickelte Drogen- und Suchthilfepolitik fortsetzen und auch hier im Haus weiter diskutieren. Als Stichworte nenne ich Ihnen dazu: Ausbau der Prävention - ganz oben an -, Ausbau eines niedrigschwelligen Angebots, Gesundheitsräume, Verabreichung von Originalstoffen, Entkriminalisierung von Drogenbenutzerinnen und -benutzern und weitere Schritte zur Trennung der Märkte. Außerdem wollen wir die legalen und nichtstofflichen Suchtmittel nicht vernachlässigen.

(Konrad Nabel)

Unser wichtigstes Ziel bleibt die gesellschaftliche Integration der Suchtkranken, die Anerkennung der **Sucht als behandlungsbedürftige Krankheit** bei allen Sozialhilfeleistungsträgern und damit die konsequente Anwendung des Regelsystems der gesundheitlichen Versorgung in vollem Umfang auf Suchtgefährdete und Suchtkranke.

Wenn die heutige Debatte trotz Ihres Aktionismus - wie bereits gesagt - dazu einen kleinen Beitrag leisten kann, dann hat sie sich gelohnt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Tengler.

Frauke Tengler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die F.D.P. fordert mit ihrem Antrag eine Änderung der am 20. Januar 1998 in Kraft getretenen Änderung des Betäubungsmittelrechts. Grundlage dieser Änderung war unter anderem das Ziel - mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich -, „das Verschreiben aller substitutioneller Mittel für Betäubungsmittelabhängige nach rechtlich einheitlichen Standards zu regeln und damit insgesamt zu einer Verbesserung der substitutionsgestützten Behandlung Opiatabhängiger beizutragen“.

Die Änderungsverordnung zum BtMG § 5 Abs. 3 Satz 2 beinhaltet, daß **Codein** nur noch in besonderen Ausnahmefällen verabreicht werden darf. Um diese Änderung umzusetzen, hat die Gesundheitsministerin von Schleswig-Holstein bei der Drogenhilfe in Kiel im März 1998 eine landesweite **Kontaktstelle für Codeinsubstituierte** geschaffen. Hier können sich Betroffene und Angehörige über die neue rechtliche Situation informieren.

Weiter unterstützt die Kontaktstelle die Betroffenen bei der Aufnahme in das Methadon-Programm und vermittelt Entziehungs- und Entwöhnungskuren. Die Ministerin forderte zusätzlich die codeinsubstituierten Drogenabhängigen auf, die Übergangszeit zur **Umstellung auf Methadon** zu nutzen.

Diese Übergangszeit wurde vom 1. Juli 1998 auf den 31. Dezember 1998 verlängert. Die Praktiker in der Drogenhilfe und Erziehungstherapie - außer eventuell Dr. G. aus K. - haben die Veränderungsverordnung begrüßt, da Codeinsubstituierte das Codein quasi als unkontrollierbare Droge konsumierten, ohne Zeitlimit, ohne psychosoziale Betreuung.

Die sogenannte **Codeinsubstitution** unterlief und unterläuft die Ziele der Substitution, die im Vertrag

der Krankenkassen und der Gesundheitsministerin zum medikamentengestützten Therapiekonzept niedergelegt sind.

Diese Ziele der Substitutionsbehandlung, die die CDU-Fraktion voll unterstützt, möchte ich in Erinnerung rufen. Sie sind, eine dauerhafte Abstinenz zu erwirken und zu erhalten, körperliche und seelische Störungen weitgehend zu beheben und auszugleichen - das ist die psychosoziale Begleitung - und die möglichst dauerhafte Wiedereingliederung in Arbeit, Beruf und Gesellschaft zu erreichen.

Die Praktiker in der Drogenhilfe und der Landesstelle gegen die Suchtgefahren für Schleswig-Holstein lehnen eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes mit dem Ziel, Codein wieder als Substitutionsmittel zuzulassen, ab.

(Konrad Nabel [SPD]: Das stimmt überhaupt nicht!)

- Das stimmt, Herr Nabel! Wir können die Landesstelle gegen die Suchtgefahren gemeinsam aufsuchen. Schade, daß Sie nicht mit ihnen gesprochen haben!

Methadon ist aus der Sicht der Praktiker das beste Substitutionsmittel. Frau Aschmoneit-Lücke hat es auch gesagt. Es ist günstiger als Codein. Es bleibt im Körper länger wirksam. Der Patient benötigt nur eine Gabe am Tag, die er in der Arztpraxis einnehmen kann. Das garantiert eine bessere Kontrolle. Das ist so, Herr Nabel.

(Konrad Nabel [SPD]: Aus Ihrer obrigkeitsstaatlichen Sicht haben Sie recht!)

- Das hat mit obrigkeitsstaatlicher Sicht überhaupt nichts zu tun! Aber schade, daß Ihnen nichts anderes einfällt!

Codein muß mehrfach am Tag eingenommen werden und wird dem Patienten mitgegeben. Das führt zu unkontrollierter Einnahme und zum Verkauf auf dem Schwarzmarkt.

Methadon zeigt nach einem kontrollierten Einstellungsprozeß eine weitaus **bessere Verträglichkeit**. Es kommt ausgesprochen selten zu allergischen Reaktionen und Unverträglichkeiten.

Außerdem ist die Methadonvergabe an die Verpflichtung geknüpft, eine psychosoziale Begleitung verpflichtend wahrzunehmen. Dies wiederum bedeutet eine Einbindung in das Suchthilfesystem mit dem Behandlungsziel der Abstinenz.

Die CDU-Fraktion will Hilfe für die Suchtkranken. Aber: Die lockere Codeinverschreibungspraxis einzelner Ärzte hat dazu geführt, daß eine Behandlung

(Frauke Tengler)

mit dem Ziel der Abstinenz in den seltensten Fällen erfolgreich war und das Medikament sogar zur Drogen- und Finanzmittelbeschaffung benutzt wurde. Das meinen Sie wohl nicht, Frau Aschmoneit-Lücke, mit der **ärztlichen Therapiefreiheit**.

Die CDU-Fraktion lehnt den vorliegenden Antrag der F.D.P.-Fraktion ab, der jetzt wieder das Codein freigeben will, da er weder für opiatabhängige Substitutionswillige noch - das ist das Entscheidende - für Suchthelfer und Therapeuten eine Verbesserung darstellt.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert gemeinsam mit den Praktikern und der Landesstelle gegen die Suchtgefahren eine noch genauere Festlegung der Verschreibungspraxis von Substitutionsmitteln in Verbindung mit einem festgeschriebenen medizinisch-sozialtherapeutischen Rahmen.

(Konrad Nabel [SPD]: Daß die sich von Ihnen instrumentalisieren lassen müssen, ist ganz schön frech!)

Frau Aschmoneit-Lücke, wohin wollen Sie? - Am 17. Februar fordern Sie die Gesundheitsministerin auf, eine Übergangslösung für Codeinsubstituierte auf den Weg zu bringen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch die Gesetzeslage!)

Am 24. März fordern Sie die Grünen auf, die Finanzierung für das Methadon-Programm sicherzustellen. Und jetzt wollen Sie eine erneute Änderung des Betäubungsmittelrechts,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Tengler, schade, daß Sie das nicht nachvollziehen!)

eine Änderung der Änderung.

Leider haben Sie auch keine Konzepte mitgeliefert, wie die erneute Codeinsubstitution für Patienten und Suchthelfer zufriedenstellend geregelt werden kann.

(Konrad Nabel [SPD]: Die wissen, wie man damit umgehen kann!)

Außerdem ist mir kein Bundesland bekannt, das Vorstöße in die Richtung macht, die Sie hier aufzeigen.

(Konrad Nabel [SPD]: Dann wird es langsam Zeit!)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es immer erstaunlich, wie Frau Tengler Experten in aller Gänze für sich in Anspruch nimmt. Es mag natürlich sein, daß es Leute im Drogenhilfebereich gibt, die sagen, Codeinsubstitution sollte nicht gemacht werden. Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Experten, die es für sinnvoll halten. Ich halte es für außerordentlich falsch, sich immer hier hinzustellen und zu sagen: „die Praktiker“, „die Suchthilfe“. Bei Cannabis haben Sie das genauso gemacht. Es hat sich hinterher herausgestellt, daß es „die Experten“, die Ihre Auffassung einhellig bestätigen, nicht gibt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Konrad Nabel [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Meine Fraktion begrüßt den Antrag der Fraktion der F.D.P. Er ist ein Schritt in die richtige Richtung, und er gibt uns Gelegenheit, die neue Bundesregierung in ihrem Kurs zu unterstützen, den sie auch in ihrem Koalitionsvertrag - wie Herr Nabel bereits erwähnt hat - festgelegt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Dieser Antrag bedeutet allerdings keine vollständige Rücknahme der von der alten Bundesregierung vorgenommenen Änderung, denn vorher fiel **Codein** nicht unter das Betäubungsmittelgesetz, sondern es wurde als Arzneimittel eingestuft, was auch eine Reihe von Vorteilen für die Substitution hatte, die nicht unbedingt aufgegeben werden sollten. Deshalb ist das ein wichtiger Schritt.

Die zum 1. Februar dieses Jahres in Kraft getretene Betäubungsmittelverschreibungsverordnung hat die Drogenpolitik vor ein neues Problem gestellt. Die abgewählte Bundesregierung, der bekanntermaßen auch die F.D.P. angehörte - das hat Herr Nabel ebenfalls bereits gesagt -, hat mit der Änderungsverordnung zum BtMG verfügt, daß die **Regelversorgung** Abhängiger mit **Methadon** zu erfolgen hat und die Verordnung von Codein zum Zwecke der Substitution nur noch für definierte Ausnahmefälle zulässig ist.

Das Erstaunliche ist, daß diejenigen Kräfte, die jahrelang jegliche Substitutionstherapien und -behandlungen abgelehnt und bekämpft haben und die Methadonbehandlung schließlich akzeptieren mußten, die Erleichterung in diesem Bereich gegen die **Codeinsubstitution** ausgespielt und sich so die Zustimmung der SPD-regierten Länder im Bundesrat erkaufte haben. Dabei hatte sich die Codeinsubstitution in den vergangenen 20 Jahren in Deutschland so weit

(Konrad Nabel)

etabliert, daß 30.000 Bürgerinnen und Bürger mit dieser Substanz behandelt worden sind. Die Abhängi-

(Frauke Tengler)

gen wurden auf diese Weise so stabilisiert, daß sie in zirka 80 % der Behandlungsfälle ihr physisches und psychisches Befinden verbesserten, keine Kontakte mehr zur Drogenszene benötigten und Beziehungen aufbauen konnten. Auch die **Opiatabstinenz**, Endziel der medikamentengestützten Drogentherapie, konnte bisher von vielen Patienten nach individuell verschiedenen langer Behandlungsdauer erreicht werden. Ein Ziel, in dem wir uns ja einig sind, Frau Tengler.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler
[CDU])

Aber mit der neuen Verordnung ist Codein zur Behandlung betäubungsmittelabhängiger Menschen eben nur noch zu einem Betäubungsmittel zweiter Wahl hinter Methadon degradiert worden. Eine derart verbreitete und vergleichsweise erfolgreiche Therapieform für die Substitutionsbehandlung mit diesem Mittel auf Methadon einzuschränken, ist für mich unverständlich. Ansonsten ist es bei allen anderen medizinischen Behandlungen üblich, daß verschiedene Mittel aufgrund ärztlicher Entscheidung zum Einsatz kommen. Das hat Frau Aschmoneit-Lücke bereits dargelegt.

Bisher ist es meines Wissens nicht gelungen - so wie in der damaligen Debatte impliziert wurde -, die Abhängigen einfach so hoppla hopp innerhalb eines halben Jahres auf Methadon umzustellen, vielmehr wurden die Übergangsfristen verlängert, und die Grauzone wurde vergrößert.

Herr Nabel hat es schon angesprochen: Die neue Bundesregierung hat sich dieses Problems angenommen. Schon am kommenden Montag findet eine Anhörung im Bundesgesundheitsministerium zu diesem Thema statt. Vielleicht ist dann eine schleswig-holsteinische Bundesratsinitiative nicht mehr notwendig. Aber überflüssig ist dieser Antrag nicht, macht er doch deutlich, daß dieser Landtag eine Lösung des Problems, das uns die alte Bundesregierung eingebracht hat, auch für notwendig hält. Vielleicht finden wir - bei der CDU habe ich die Hoffnung aufgegeben -

(Frauke Tengler [CDU]: Das sollte man nie!)

noch weitere Gemeinsamkeiten, wenn es um eine entideologisierte Drogenpolitik geht, bei der die Hilfe für die Abhängigen und nicht deren Strafverfolgung im Mittelpunkt steht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und F.D.P. - Beifall der Abgeordneten Ur-
sula Kähler [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen. Die Einschränkung der **Codeinsubstitution** war falsch. Codein und Dihydrocodein sind sicherlich nicht das Mittel der Wahl, denn Methadon oder Levomethadon scheinen pharmakologisch vorteilhafter zu sein. Aber es ist fragwürdig, ob es ein Mittel der Wahl überhaupt und in der Drogenpolitik sowieso geben kann.

Die wenigen Studien zur Codeinverschreibung deuten auf dieselben positiven Effekte hin, die bei jeder Substitution oder auch bei der Vergabe von Originalstoffen erzielt werden, die körperliche, psychische, soziale Verfassung und die Wohnsituation werden nämlich verbessert, die Kriminalitätsbelastung und der Drogenkonsum werden verringert. Zudem wächst die Distanz zur Drogenszene. Das ist eine nötige Bedingung für den Aufbau eines Lebens, in dem nicht mehr die Drogen im Mittelpunkt stehen. Wenn diese Wirkungen auch nicht in jedem Einzelfall erzielt werden können, so sind die Erfolge doch beachtlich.

Deshalb wäre es begrüßenswert, wenn der Fehler rückgängig gemacht würde. Für die bisher Codein-substituierten muß es die Möglichkeit geben, mit dieser Substanz weiterzumachen. Außerdem sollte den Ärztinnen und Ärzten nicht grundlegend verwehrt werden, auch bei neuen Patienten Codein zu verordnen, wenn sie es aus medizinischer Sicht für richtig halten.

Allerdings wird die von der F.D.P.-Fraktion vorgeschlagene Einordnung des Codeins in die voll substituierfähigen Substanzen nicht annähernd retten können, was durch die 10. Betäubungsmitteländerungsverordnung zerstört wurde. Der Vorteil der früheren Codeinverschreibung lag eben nicht primär in der Substanz, sondern in den Umständen der Verschreibung, in ihrer ausgeprägten Niedrigschwelligkeit. Codein ist ein deutscher Sonderweg in der Drogenpolitik, der maßgeblich beschritten wurde, weil die Politik das Methadon viel zu lange geächtet hat.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Er wurde auch nach der Zulassung der Substitution mit Methadon weiter beschritten, weil sich die Politik nicht zu einer breiteren, weniger voraussetzungs-vollen Form der Substitution durchringen konnte. Nicht umsonst galt die Codeinsubstitution bisher als Indikator für eine restriktive Methadon-Politik. Codein wurde vor allem auch deshalb verschrieben, weil es

(Matthias Böttcher)

nicht unter die Sonderschreibungspflicht mit Betäubungsmittelrezepten fiel.

Diese **Niedrigschwelligkeit** läßt sich durch eine **Gleichstellung mit Methadon** nicht wiederherstellen. In diesem Fall dürfte Codein nämlich nur mit hohen Zugangsschwellen, eng gehaltenen Vergaberegeln und hohen Verhaltensanforderungen vergeben werden. Daran hat auch die prinzipiell begrüßenswerte Lockerung der sogenannten Take-Home-Regelungen für Methadon nicht grundlegend gerüttelt. Der Vorschlag der F.D.P.-Fraktion kommt daher einer Ergänzung der relativ hochschwelligeren Methadonsubstitution um die Substanzen Codein und Dihydrocodein gleich, nicht aber einer Wiederherstellung der niedrigschwelligeren Substitution. Die ist unserer Ansicht nach aber erforderlich, wenn wir so viel Heroinabhängige wie möglich erreichen und zu Verhaltensänderungen bewegen wollen.

Ich möchte nur noch einmal in einem Stichwort darauf hinweisen, daß es hier noch eine andere Diskussion gibt, nämlich die Diskussion über die Freigabe von Heroin für Schwerstabhängige.

Wir fordern nicht, daß die Codeinpräparate zur Substitution jetzt wieder aus dem Betäubungsmittelgesetz ausgegliedert werden. Das wäre ein unrealistisches Ziel. Aber es wäre doch erwägenswert zu fragen, ob nicht die **Barrieren der Substitution** allgemein weiter gesenkt werden könnten. Das muß nicht jeglichen Verzicht auf Kontrolle oder psychosoziale Begleitung bedeuten. Es sollte nur nicht in starre bürokratische Rahmen gegossen werden. Erfahrene Mediziner sind durchaus in der Lage zu entscheiden, ob die Substitutionsbehandlung für die Patienten überhaupt Sinn macht und welche Maßnahmen und Auflagen im Einzelfall erforderlich sind.

Die Substitution kann und muß die jeweils individuelle Drogenkarriere und den individuellen Lebenszusammenhang berücksichtigen, denn der Ausstieg aus der Drogenszene, aus der Abhängigkeit und auch aus dem Drogenkonsum verläuft höchst individuell. Eine solche Hilfe ist durch hochstrukturierte Programme kaum zu leisten. Außerdem wird die Verkettung der Substitution mit der Pflicht zur therapeutischen Begleitung besonders in einem dünn besiedelten Flächenland wie Schleswig-Holstein verhindern, was am dringendsten gebraucht wird, nämlich die soziale und berufliche Integration der Drogenkonsumenten, um ihnen ein menschenwürdiges Leben mit der Abhängigkeit zu erleichtern und ihnen das Finden eines Weges aus der Abhängigkeit zu ermöglichen.

Die Codeinsubstitution war für viele Menschen der letzte Strohalm, an den sie sich klammern konnten. Der ist geknickt worden, weil die CDU das drogen-

politische Motto hat: „Schwimm oder geh unter“. Statt jetzt zu versuchen, diesen Strohalm notdürftig zu flicken, sollten wir lieber den Betroffenen die Hand reichen, ohne Vorbedingungen zu stellen. Aber wir werden den Antrag der F.D.P.-Fraktion natürlich unterstützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei diesem Thema habe ich sehr viel Verständnis dafür, wenn uns Teile der Opposition zur Eile drängen, wenn sie darauf drängen, daß schnelle Änderungen in der Drogenpolitik auch in Bonn vorgenommen werden, auch wenn sich bei genauerem Hinsehen der Antrag vielleicht als nicht unbedingt notwendig erweist.

Im Bonner Koalitionsvertrag steht der schlichte und leicht verständliche Satz: Die Substitution durch Methadon oder Codein wird unterstützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist aber nicht Gesetz!)

Sie kennen auch die entsprechende Passage in unserem Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein zur Liberalisierung der **Methadon- und Codeinsubstitution**, der noch ein wenig stärker in die Richtung geht, die Frau Spoorendonk eben angesprochen hat.

Sie wissen auch, daß ich von vornherein das Anliegen unterstützt habe, diese betäubungsrechtliche Veränderung wieder rückgängig zu machen. Daß ich aber dennoch bei der geltenden Rechtslage Vorkehrungen treffen mußte, versteht sich von selbst, Frau Tengler; das können Sie nicht als Zustimmung zu dieser Rechtsänderung werten.

Ich denke, es hätte uns vielleicht sogar mehr geholfen, Frau Aschmoneit-Lücke, wenn Sie damals öffentlich mit uns in die Bresche gesprungen wären. Aber sei es drum.

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Sucht ist eine Krankheit, und deshalb muß es möglich sein, die aus medizinischer - ich füge hinzu, auch sozialmedizinischer - Sicht vernünftigen und erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

(Anke Spoorendonk)

Wir brauchen die Substitution mit allen ihren Möglichkeiten zur gesundheitlichen Stabilisierung und zur Rehabilitation mit der Chance zur sozialen Reintegration und mit der Chance zur Überwindung des Drogenmißbrauchs.

Das heißt aber nicht, daß wir unter der Substitution etwas verstehen, was sozusagen einzig und allein ins Belieben jedes einzelnen Arztes zu stellen ist. Es ist deshalb aus meiner Sicht auch nicht damit getan, daß wir jetzt Codein gewissermaßen auf dem Markt wieder zulassen und verfügbar machen. Gerade die eben von mir genannten Zielsetzungen für die Substitution machen es notwendig, daß wir auf eine enge Verzahnung von medizinischen und begleitenden psychosozialen Angeboten achten. Das heißt nicht, daß sie in der Schwelle so hoch bleiben müssen, wie sie jetzt sind, aber es muß ein therapeutisches Setting dasein mit klaren Standards und klaren Qualitätsrichtlinien.

Liebe Frau Tengler, die Verordnung von Codein als unkontrolliert oder als automatisch unkontrolliert zu bezeichnen, ist natürlich etwas verwunderlich; die Kollegin Spoorendonk hat schon darauf hingewiesen. Daß es solche - ich sag es einmal ein bißchen brutal - Auswüchse bei der Codeinsubstitution gegeben hat, ist doch allein der Tatsache zuzuschreiben, daß die Drogenpolitik, die Sie mit zu verantworten haben, lange Jahre keine Möglichkeit für eine vernünftige Substitution zugelassen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Neben dieser Änderung, die die F.D.P. im einzelnen mit ihrem Antrag vorschlägt, sind wir gehalten, grundlegende Überlegungen über die Weiterentwicklung der Substitution und die Schwelligkeit der Substitution anzustellen.

Im übrigen - das will ich hinzufügen - müssen wir uns natürlich darum kümmern, die sogenannten NUB-Richtlinien anzupassen. Diese Richtlinien sind entscheidend wichtig für wirkungsvolle Substitutionsangebote, und sie sind vor allen Dingen auch entscheidend wichtig für die leistungsrechtliche Absicherung der Substitution. Denn was nützt uns eine betäubungsmittelrechtliche Regelung, wenn sich die Krankenkassen nach wie vor weigern können, die Substitution zu bezahlen?

Wir müssen dahin kommen, daß wir letztlich so etwas wie ein Methadonprogramm in der Form, wie wir es jetzt haben, nicht mehr brauchen, weil auch leistungsrechtlich geregelt ist, daß die Substitution eine Therapie zur Bekämpfung einer Krankheit ist.

Meine Damen und Herren, in all diesen Punkten habe ich den brieflichen und direkten persönlichen Kontakt zur Bundesgesundheitsministerin aufgenommen. Ich finde es durchaus hilfreich, daß uns das schleswig-holsteinische Parlament auf diesem Weg kräftig unterstützt und - wie ich hoffe - dauerhaft begleitet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zuruf von der SPD: Nicht alle!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1788, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW gegen die Stimmen der CDU.

(Zuruf von der SPD: Oh, oh! Gegen die Menschlichkeit! - Anhaltende Unruhe)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

Internationales Jahr der Senioren

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1800

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Vorreiter.

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Kläre Vorreiter [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Am 17. September dieses Jahres wurde die Eröffnung des Internationalen Jahres der Senioren mit einem Festakt in der Bonner Beethovenhalle gefeiert. Unter dem Motto „eine Gesellschaft für alle Lebensalter“ werden alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Initiativen und Maßnahmen für ältere Menschen gestalten, deren Wirkung bis in das neue Jahrtausend hineinreichen soll.

Nach dem Willen der Vereinten Nationen soll das Jahr dazu genutzt werden, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Rolle und die Situation der älteren Menschen zu lenken.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

(Ministerin Heide Moser)

Dies wird sicherlich von uns allen begrüßt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

und deshalb wollen wir, die CDU-Fraktion, gern wissen, ob es seitens der Landesregierung bereits Überlegungen gibt, welche inhaltlichen Beiträge Schleswig-Holstein dazu leisten wird, denn uns ist bis heute nichts bekannt geworden, außer daß 30.000 DM in den Haushalt eingestellt werden sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Immerhin!)

Da wir nicht so besonders gute Erfahrungen mit dem letzten Landesaltenplan aus dem Jahre 1995 und den daraus zu ziehenden Konsequenzen gemacht haben, wollten wir bei diesem Thema schon gern wissen, was Sache ist.

Übrigens hätte der **Landesaltenplan** - gestatten Sie mir diese Anmerkung an dieser Stelle - schon lange fortgeschrieben werden müssen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es!)

Ich komme noch einmal auf das Motto „Eine Gesellschaft für alle Lebensalter“ zurück. Die Schwerpunkte sollen sich auf die Bereiche soziale Absicherung, Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben, gesicherte Gesundheitsvorsorge und Pflege sowie Selbstverwirklichung und Würde beziehen. Die derzeit zu all diesen Sachgebieten in Bonn von der neuen Bundesregierung geführten Diskussionen so nach der Melodie „Rin in de Kantüffeln un wedder rut“ führen natürlich zu einer großen Verunsicherung bei der älteren Generation.

(Beifall bei der CDU)

Es interessiert schon, meine Damen und Herren, ob man mit 60 Jahren bei vollen Bezügen in Rente gehen kann oder nicht oder wie die zukünftige Regelung bei den 620-DM-Jobs sein wird. Auch dies ist ein Thema, das besonders für ältere alleinstehende Frauen von großer Bedeutung ist.

Die Erwartungen, die die ältere Generation an das Internationale Jahr hat, sind sicherlich unterschiedlich, aber ganz sicher beschränken sie sich nicht auf die herkömmliche Art von Seniorenpolitik, die feststellt, daß das Bild des Alters weitgehend geprägt ist von dem Verlust von Fähigkeiten, Leistungen und Selbständigkeit, geprägt von Krankheit, Gebrechlichkeit und Hilfebedarf.

Ein **Altersbild**, das ältere Menschen primär als Empfänger von Diensten und Versorgungsleistungen sieht, ohne zu berücksichtigen, welche Beiträge die älteren Menschen für die Gesellschaft geleistet haben und noch leisten können, entspricht nicht der gesell-

schaftlichen Wirklichkeit von heute. Die Seniorenpolitik braucht heute einen generationsübergreifenden Ansatz und Integration, eine andere Altenpolitik als im herkömmlichen Sinne.

Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik richtet sich aus demographischen Gründen an einen vielschichtigen Personenkreis mit unterschiedlichen Interessen, Voraussetzungen, Erfahrungen und Beziehungen. Die Lebenssituation älterer Menschen ist heute differenzierter als je zuvor. Insofern hat sich die Seniorenpolitik an unterschiedlichen Bedürfnissen zu orientieren und muß die individuelle Vielfalt von Lebenslagen und Lebenserwartungen berücksichtigen. Sie muß für ein selbstbewußtes Bild des Alters in der Gesellschaft eintreten und die Mitwirkung älterer Menschen an gesellschaftlichen Prozessen fördern und Normalität werden lassen. Für ein geordnetes Miteinander der Generationen ist zu sorgen. Die Isolation dieser Generation darf es in einer modernen Gesellschaft nicht mehr geben.

Gute Ansätze für all diese Probleme gibt es vom Landesseniorenrat und den Wohlfahrtsverbänden. Diese Organisationen sollten in die Überlegungen und Planungen für das Internationale Jahr der Senioren unbedingt mit einbezogen werden.

Bereits in mehreren Bundesländern gibt es konkrete Planungen für das Jahr der Senioren. Wie steht es bei uns damit, Frau Ministerin? Wir schlagen deshalb vor und bitten darum, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Gedanken über mögliche Veranstaltungen und Konzepte zu erarbeiten hat. Wir bieten unsere Mitarbeit gern an.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Walhorn.

Frauke Walhorn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Vorreiter, ich möchte Sie an einen Termin erinnern, den wir in diesem Jahr sozusagen gemeinsam und den ganzen Tag lang bestritten haben. Das war das **Altenparlament** am 1. Oktober. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch über das Internationale Jahr der Senioren gesprochen und festgestellt, daß dieser Termin sozusagen die Auftaktveranstaltung für dieses Seniorenjahr in Schleswig-Holstein war. Ich konzidiere: Wir haben dieses Datum rein zufällig erwischt, aber wir haben es erwischt, und das fand ich gut.

Sie haben darauf hingewiesen: Begonnen hat das Internationale Jahr der Senioren am 7. September. Es wurde von Frau Nolte eröffnet. Drei Monate sind also

(Kläre Vorreiter)

inzwischen vergangen. Bei der Tagung des Altenparlamentes haben zumindest die Mitglieder der Arbeitsgruppe, an der ich teilgenommen habe, auch darüber diskutiert, was zu diesem Seniorenjahr, das fast eineinhalb Jahre dauern soll, geplant und getan werden könnte. Bei dieser Gelegenheit haben die Mitglieder des Vorstandes des Landesseniorenrates über die mit dem Sozialministerium beziehungsweise vom Sozialministerium für 1999 geplanten Veranstaltungen zu diesem Thema berichtet.

Die Forderung nach der Erarbeitung eines Konzeptes zur Gestaltung und zur Begleitung des Seniorenjahres kommt, denke ich, ein wenig zu spät, Frau Vorreiter. Nach meiner Auffassung ist es darüber hinaus auch nicht Aufgabe des Ministeriums, über eine Auftaktveranstaltung hinaus - diese ist für den 13. Januar 1999 in Bad Segeberg geplant; wie ich höre, sind auch alle Mitglieder des Hohen Hauses eingeladen - Veranstaltungen dieser Art vorzubereiten und zu planen. Etwas anderes - da stimme ich Ihnen zu - ist die Begleitung und Förderung einzelner **Projekte** - zum Beispiel des Projektes „Sport im Alter“, das in Zusammenarbeit mit dem Landessportverband, mit dem Landesseniorenrat, mit den Krankenkassen und anderen durchgeführt wird, zum Beispiel von Projekten an den Volkshochschulen, gemeinsam entwickelt vom Landesverband der Volkshochschulen und dem MAGS - sowie die Unterstützung vieler Einzelveranstaltungen. Hier nenne ich insbesondere das Projekt „Internationale Seniorenpolitik im Ostseeraum“, das in Kiel vorbereitet wird, und natürlich auch die Unterstützung und Förderung anderer seniorenrelevanter Vorhaben in den einzelnen Regionen des Landes. Zur Unterstützung solcher öffentlichen Maßnahmen wollen die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Haushaltsansatz für seniorenpolitische Maßnahmen um 30.000 DM erhöhen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Kläre Vorreiter [CDU]: Sehr schön!)

Ich finde es dennoch wichtig, daß Sie dieses Thema heute angesprochen haben, denn angesichts der demographischen Realitäten kann es nur nützen, die Situation älterer und auch alter Mitbürger und Mitbürgerinnen in diesem Hause immer wieder zu diskutieren, um eventuell auch hier im Hause bestehende Informationsdefizite abzubauen.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Gratulation aussprechen. Der Vorsitzende des Landesseniorenrates, Horst Vanselow, ist im September zum Vorsitzenden der Bundesseniorenvertretung gewählt worden. Ich wünsche ihm im Namen meiner Fraktion und

vorausschauend, wenn ich das darf, auch im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In Ordnung!)

sehr viel Erfolg bei seiner Arbeit.

(Beifall - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sind Sie jetzt Fürsprecherin der Grünen geworden?)

Ich gehe davon aus, daß dieses neue Amt auch Auswirkungen auf unsere gemeinsame Arbeit für die Interessen der Senioren und Seniorinnen, zu denen wir ja irgendwann auch alle gehören werden, Herr Jensen-Nissen, haben wird und nur nützlich sein kann.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren, auch als Jüngster meiner Fraktion begrüße ich es natürlich, daß sich auch die CDU des Internationalen Jahres der Senioren angenommen hat.

Ich will es ganz kurz machen. Erstens. Frau Walhorn hat es bereits gesagt: Wir haben darauf schon entsprechend reagiert und wollen in den Landeshaushalt 1999 zusätzlich 30.000 DM für das Internationale Jahr der Senioren einstellen.

Zweite Bemerkung. Die Äußerungen Frau Vorreiters hoben sich durchaus vom Antragstext ab. Zunächst war ich ziemlich erschrocken, da die Landesregierung mit dem Antrag dazu aufgefordert werden sollte, ein Konzept zur Gestaltung und Begleitung des Internationalen Jahres der Senioren vorzulegen. Sie, Frau Vorreiter, haben deutlich gemacht, daß dies nicht so gemeint ist, daß das Ministerium ein Konzept vorlegt, und die Alten müssen es dann umsetzen.

(Heiterkeit)

Mein Anspruch ist es auch, die älteren Mitbürger hieran zu beteiligen. Wir haben ja ein Landesaltenparlament, das sehr aktiv ist, wir haben einen **Landesseniorenrat**, wir haben kommunale Seniorenbeiräte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

(Frauke Walhorn)

Diese sind durchaus in der Lage, Vorschläge zu entwickeln und zu unterbreiten. Dabei kann man sie von seiten der Landesregierung durchaus unterstützen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ausgezeichnet!)

Aber man sollte nicht sagen: Wir erarbeiten ein Konzept für die Alten. Die Alten sind in der Lage, selber Ideen zu entwickeln. Ich glaube, hierüber sind wir uns einig, und dann werden wir das im Sozialausschuß sicherlich auch so beschließen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts der Tatsache, daß wir in der Beratung der Tagesordnung schon eineinhalb Stunden im Zeitplan zurückliegen, möchte ich mich sehr kurz fassen. Drei Bemerkungen also zu diesem Antrag.

Erstens. Die F.D.P.-Fraktion stimmt Ihrem Antrag zu, Frau Vorreiter. Zweitens. Da entsprechende Mittel in den Haushaltsplanentwurf für 1999 bereits eingestellt worden sind, gehen wir davon aus, daß es ein Konzept zur Begleitung und Gestaltung - darauf lege ich Wert - der Landesregierung gibt und daß dieses auch vorgelegt werden kann. Drittens. Sollte das nicht der Fall sein, wovon wir, wie gesagt, nicht ausgehen, wäre es jetzt in der Tat etwas spät, ein solches Konzept zu entwickeln. Auch wir, Herr Kollege Böttcher, setzen übrigens darauf, daß sich insbesondere die Senioren selbst an der Gestaltung dieses Jahres beteiligen.

(Beifall bei F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wußte nicht, daß die Bemühungen der neuen Bundesregierung, dieses Projekt „mit 60 in Rente“, eigentlich ein Beitrag zum Internationalen Jahr der Senioren sein sollten. Frau Vorreiter hat mich aber eines Besseren gelehrt, wofür ich natürlich sehr dankbar bin.

(Martin Kayenburg [CDU]: Bitte!)

Ansonsten hat uns dieser Antrag ein wenig überrascht, weil Frau Vorreiter - oder die CDU-Fraktion - scheinbar der Meinung ist, daß die Landesregierung das Internationale Jahr der Senioren verschlafen hat. Ein Anruf beim Sozialministerium hätte da vielleicht doch einiges bewirken können, denn die Vorbereitungen laufen ja.

Ich kann nur wiederholen, was der Kollege Böttcher sagte. Es wird ja jetzt nicht gesagt: „Liebe Senioren, jetzt macht mal, was wir euch als Landesregierung hier vorturnen!“ Die Vorbereitungen laufen, sie laufen auch von seiten der Bundesregierung schon lange, denn - auch das ist bereits gesagt worden - das Internationale Jahr der Senioren wurde am 7. September 1998 offiziell eröffnet.

Schwerpunkte sind also schon von der alten Bundesregierung vorgegeben worden. Das Konzept steht; wir können dieses Konzept nicht mehr verändern. Wir können uns informieren lassen, wir können Veranstaltungen unterstützen, und wir können Veranstaltungen begleiten und unseren Beitrag dazu leisten, daß das Internationale Jahr ein Erfolg wird.

Eine Herausforderung sehe ich darin - das möchte ich im Ernst noch sagen -, das Motto in die Tat umzusetzen. Das Motto der UNO „towards a society of all ages“ wurde in der Schweiz mit „eine Gesellschaft für alle Generationen“ übersetzt. Ich denke, daß diese Übersetzung gängiger ist als das deutsche Motto „eine Gesellschaft für alle Lebensalter“.

Es muß darauf ankommen, dieses Motto in die Tat umzusetzen und wirklich auch jüngere Menschen dazu zu bewegen, sich mit dem Thema „Altern“ auseinanderzusetzen. Für junge Menschen besteht das Thema bisher nur aus ein paar reißerischen Schlagzeilen zum Thema Aufkündigung eines Generationenvertrages. Wir sollten uns also nach Kräften darum bemühen zu vermitteln, daß Altern, daß Älter werden alle betrifft.

Ich hoffe, daß das Internationale Jahr der Senioren in Schleswig-Holstein anders aussehen wird als das, was von der alten Familienministerin vorgegeben worden ist, weil diese Vorgaben eigentlich ein Konzept von oben nach unten deutlich machten.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Ich hoffe, daß viele Menschen daran teilnehmen. Die Ankündigungen beziehungsweise die Anmeldungen im Sozialministerium machen bereits deutlich, daß sich viele daran beteiligen wollen. Als Beispiele seien die AWO, die Seniorenverbände, der Landessport-

(Matthias Böttcher)

verband genannt. Anträge liegen noch und nöcher vor.

Am meisten hoffe ich, daß dieses Internationale Jahr der Senioren zu einem Treffen des Ungleichen wird, denn nur dadurch kann etwas Fruchtbares und Neues entstehen. Ich hoffe, daß Generationen miteinander in einen Dialog treten, auch wenn die Aussichten - fern aller Sonntagsreden - eher klein sind. Ich hoffe, daß Stadt und Land miteinander ins Gespräch kommen, denn es dürften immer noch ganz unterschiedliche Bedingungen des Alterns herrschen. Damit ist fruchtbarer Boden für einen Austausch gegeben.

Ich hoffe, daß wir mehr über die Lebenslagen älterer Mitbürgerinnen oder Mitbürger lernen, die ausländischer Herkunft sind. Ihr Altern sieht, kulturell bedingt, ganz anders aus, als es heute von der Politik in Deutschland - trotz einiger Ansätze auch immer noch viel zu wenig - berücksichtigt wird. Aber ich bin zuversichtlich. Ich denke auch, daß wir uns im Sozialausschuß darüber noch einmal unterhalten können, was denn jetzt schon ansteht. Ich stimme einer Überweisung an den Sozialausschuß zu.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Liebe Damen und Herren!

Erstens! Liebe Frau Vorreiter, wenn es Ihnen um Informationen geht, dann hätte in der Tat ein Anruf oder ein Briefchen genügt, und wir hätten Ihnen umfassender, als ich das jetzt in fünf Minuten tun kann, sagen können, was alles schon im Rahmen des Internationalen Jahres der Senioren im Lande Schleswig-Holstein geplant ist.

Zweitens! Wenn es jetzt erst um eine Konzeptentwicklung ginge, dann wäre es reichlich spät, denn dann kriegten wir nämlich nichts mehr in Gang, da - wie gesagt - schon ein Vierteljahr um ist.

Drittens! Halten Sie es denn wirklich für eine ministerielle Aufgabe - bei aller Diskussion um Verwaltungsver schlankung und Modernisierung -, daß ein Ministerium ein Konzept für die Durchführung eines solchen Jahres entwickelt?

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich halte es eher für wichtig, daß wir - was ja hier auch schon geschehen ist - dem Eindruck entgegen treten, daß eine Auseinandersetzung mit Seniorenpolitik immer nur auf Druck von oben stattfindet. Ich finde, wir sollten stolz darauf sein, daß dies hier im Lande wirklich nicht nötig ist. Wir brauchen einen solchen Antrag nicht, um Leute aufzurütteln.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Es braucht auch keine konzeptionelle Bevormundung dieser engagierten Menschen, die sich um dieses Thema und die Vielfalt dieses Themas kümmern, um die vielfach ehrenamtlich Tätigen in die Gänge zu bringen.

Im übrigen haben wir zur Vorbereitung einer Sammlung von Projekten und Vorhaben schon am 9. Juli 1998 ein Rundschreiben an die Verbände und möglichen Akteure geschickt und um konkrete Vorschläge gebeten, weil wir uns in der Tat in einer Art Moderatorenrolle und natürlich Finanziersrolle sehen.

Für landesweite beziehungsweise internationale Projekte stellen wir dann auch Fördermittel zur Verfügung, zum Beispiel für die gemeinsame öffentliche Auftaktveranstaltung von Ministerium und Landes seniorenrat am 13. Januar 1999.

Liebe Frau Vorreiter, wenn Sie darauf Wert legen, daß wir sozialpolitische Vorhaben größeren Zuschnitts unter seniorenpolitischen Gesichtspunkten einordnen, will ich das gern als Hinweis auf mein Grundsatzreferat zu diesem Termin mitnehmen, und es dann auch tun.

Außerdem ist das Projekt „Sport im Alter“ in Verbindung mit Landessportverband vorgesehen. Auch der Landes seniorenrat hat seine Kooperation zugesagt. Das Land fördert mit 135.000 DM. Sie mögen daraus ersehen, daß diese 30.000 DM, die zusätzlich auf den Titel kommen, nur ein Zubrot sind. Selbstverständlich ist der Titel „Seniorenpolitische Maßnahmen“ ganz im Zeichen der Ausgestaltung dieses Jahres zu sehen.

Der Landesverband der Volkshochschulen führt einen Projektwettbewerb durch, und auch hier kooperiert der Seniorenrat, und wir fördern mit 47.000 DM.

Die Stadt Kiel ist Projektträgerin zum Thema Internationale Seniorenpolitik im Ostseeraum. Weitere Akteure bei diesem Thema sind die CAU, sehr viele Verbände, Vereine, Bildungs- und Kulturträger, und auch hier ist die Auftaktveranstaltung schon für den März terminiert, und auch hier sind schon sehr viele Einzelveranstaltungen geplant. Hier fördern wir mit 15.000 DM.

(Anke Spoorendonk)

Für die Förderung weiterer Projekte stehen noch Entscheidungen des Bundesministeriums über Anträge aus, die dort gestellt worden sind.

Ich denke, diese wenigen Hinweise genügen, um deutlich zu machen, daß wir in Schleswig-Holstein auf allen Ebenen gut gerüstet sind, um dieses Jahr auch wirklich für die Weiterentwicklung von Themen und Vorschlägen zu nutzen.

Meine Damen und Herren von der CDU, deshalb kann ich Sie eigentlich nur bitten: Steigen Sie ein ins Boot! Es kann losgehen und ist im Grunde schon losgegangen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Mich hat das sehr überzeugt.

Ich beantrage deswegen auf der Grundlage dieses Berichts der Ministerin, den Antrag der CDU für erledigt zu erklären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Zunächst ist Ausschlußüberweisung beantragt worden. Der Antrag bleibt bestehen. Dann müssen wir zunächst darüber abstimmen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Bitte schön, zur Geschäftsordnung!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich hatte Ausschlußüberweisung beantragt, aber ich denke, daß der Bericht der Ministerin eigentlich schon der Bericht war, und ziehe meinen Antrag zurück.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Zur Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Geißler das Wort.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Dann beantrage ich für meine Fraktion Ausschlußüberweisung.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das war auch schon beantragt worden und wurde nicht zurückgezogen. Wir stimmen zunächst darüber ab, den Antrag der CDU, Drucksache 14/1800, dem Sozialausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt Damen und Herren des Deutschen Roten Kreuzes aus Heiligenhafen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1520

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/1802

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innen- und Rechtsausschuß hat den Entwurf eines Landesgesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung des Bundes in zwei Sitzungen beraten. Wir schlagen drei Änderungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung vor; sie betreffen erstens den Aufgabenkreis der geeigneten Personen und Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren, insbesondere die Erweiterung der Beratungs- und Vertretungsbefugnisse anerkannter Schuldnerberatungsstellen, zweitens eine Vereinfachung des Anerkennungsverfahrens durch Konzentration und Vereinheitlichung der Anerkennungszuständigkeit beim Sozialministerium und drittens die Unterstellung aller Personen und Stellen, die im Insolvenzverfahren als geeignet für die Beratung und Vertretung von Schuldnerinnen und Schuldnern anerkannt werden, unter das Landesdatenschutzgesetz.

Im Einvernehmen mit dem beteiligten Wirtschaftsausschuß empfiehlt der Innen- und Rechtsausschuß

(Ministerin Heide Moser)

dem Landtag einstimmig, den Gesetzentwurf mit den drei Änderungen anzunehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Einzelberatung.

Sie haben wieder das Wort, Herr Abgeordneter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Insolvenzordnung des Bundes tritt am 1. Januar 1999 in Kraft. Durch ein neues Verfahren wird das bislang geltende Konkurs- und Vergleichsrecht ersetzt. Neben Wirtschaftsunternehmen wird erstmalig auch **Privatpersonen** in großem Umfang die Möglichkeit eröffnet, eine **geordnete Schuldenbereinigung und Restschuldbefreiung** zu erreichen. Das Verfahren ist dreistufig. In der ersten Stufe soll eine außergerichtliche Einigung zwischen Schuldner und Gläubiger versucht werden mit aktiver Unterstützung einer geeigneten Beratungsperson oder -stelle, beispielsweise einem Rechtsanwalt oder einer Schuldnerberatungsstelle. Scheitert das außergerichtliche Einigungsbegehren, kann mit einer entsprechenden Bescheinigung in einer zweiten Stufe die Eröffnung eines gerichtlichen Einigungsverfahrens beantragt werden. Lehnen die Gläubiger auch in diesem Verfahren einen konkreten Schuldenbereinigungsplan ab, wird in dritter Stufe das eigentliche gerichtliche Insolvenzverfahren eröffnet. In diesem Verfahren wird dann vom Gericht ein Treuhänder bestellt, der sieben Jahre lang die pfändbaren Einkommensteile der Schuldner einzieht und an die Gläubiger auskehrt. Nach der siebenjährigen sogenannten Wohlverhaltensphase können dem Schuldner dann durch Gerichtsbeschluß die restlichen Schulden erlassen werden.

Das alles ist neues Bundesrecht. Das Ausführungsgesetz des Landes zur Insolvenzordnung bestimmt, welche **Personen und Stellen** geeignet sind oder als geeignet anerkannt werden können zur **Schuldnerberatung und -vertretung**. Rechtsanwälte, Steuerberater oder -bevollmächtigte, Wirtschafts- und Buchprüfer sind danach ohne weiteres kraft ihrer beruflichen fachlichen Qualifikation als geeignet anzusehen. Kommunale Einrichtungen oder Stellen der freien Wohlfahrtsverbände, die ihre Eignung nachgewiesen haben, insbesondere die rund 40 Schuldnerberatungsstellen im Land Schleswig-Holstein, werden vom Sozialministerium die formelle Anerkennung als geeignete Stellen erhalten.

Die SPD-Landtagsfraktion hat Wert darauf gelegt, an der Anhörung zum Gesetzentwurf möglichst alle im Lande aktiven Schuldnerberatungsstellen über ihre Trägerverbände und Arbeitskreise zu beteiligen. Zwei wesentliche Bedenken sind aus dem Kreis der Schuldnerberatungsstellen an uns herangetragen worden:

Erstens. Der Gesetzentwurf der Landesregierung sah zunächst für Schuldnerberatungsstellen nur die **außergerichtliche Beratung** und Vertretung der Schuldnerinnen und Schuldner vor. Dem Wunsch der Schuldnerberatungsstellen, die einmal begonnene Betreuung und Begleitung auch während der oft langwierigen Gerichtsverfahren fortsetzen zu dürfen, haben wir durch Änderung des Gesetzentwurfs entsprochen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Als zweites Bedenken ist der durch die neue Aufgabe entstehende zusätzliche Personal- und damit **Kosten- und Finanzierungsbedarf** vorgetragen worden. Hier hielten wir eine Finanzierungsregelung im Gesetz selbst nicht für sachgerecht. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich jedoch in den Haushaltsberatungen der nächsten Jahre dafür einsetzen, daß die Schuldnerberatungsstellen im Land auch durch einen Finanzierungsbeitrag des Landes in die Lage versetzt werden, die neue Aufgabe angemessen zu erfüllen.

Schon im Haushalt 1999 werden wir dafür sorgen, daß die Landesmittel zur Förderung der Schuldnerberatungsstellen von gegenwärtig jährlich 550.000 DM auf zunächst 1,35 Millionen DM erhöht werden, und in den Folgejahren werden wir, wenn nötig, die Mittel weiter aufstocken. Wir wollen, daß die bewährten Schuldnerberatungsstellen die neue Aufgabe übernehmen, und wir wollen dann natürlich auch - wir sind dazu bereit - im Rahmen des neuen Verbraucherinsolvenzverfahrens die anfallenden qualitativen und quantitativen Mehraufwendungen mit finanzieren.

Um Mißverständnissen vorzubeugen - das als Schlußbemerkung -, möchte ich aber auch betonen, daß es sich dabei nicht um die Erfüllung einer Finanzierungsverpflichtung des Landes, sondern um freiwillige Leistungen handelt. Das in diesem Zusammenhang auch immer wieder fälschlich zitierte Konnexitätsprinzip kann hier keine Zahlungsansprüche begründen, weil es eben nicht um die Übertragung von Aufgaben durch das Land geht, für die Kostenausgleich zu leisten wäre. Durch Landesgesetz wird Schuldnerberatungsstellen - kommunalen und nicht kommunalen - lediglich das Recht eingeräumt - nicht die Pflicht auferlegt -, eine neue bundesgesetzlich formulierte Aufgabe zu übernehmen. Das ist ein An-

(Klaus-Peter Puls)

laß mehr, auch an dieser Stelle erneut für eine Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz zu werben.

Meine Damen und Herren, die SPD-Landtagsfraktion hat sich im Ausschuß auch für die **Konzentration der Landeszuständigkeit für die Anerkennung geeigneter Betreuungsstellen** beim Sozialministerium - nicht auch noch im Justizministerium - und für den **Schutz** der in den öffentlichen und privaten Schuldnerberatungsstellen gesammelten, häufig sehr sensiblen **privaten und persönlichen Daten** der Schuldnerinnen und Schuldner ausgesprochen. Wir werden dem Gesetzentwurf mit allen drei vorgetragenen und vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 1. Januar 1999 werden die Konkursordnung und die Vergleichsordnung von der neuen Insolvenzordnung des Bundes abgelöst. Das neue rechtliche Instrument verfolgt das Ziel, einerseits die Zahl der Firmenkurse zu verringern, andererseits wird gleichzeitig angemessen auf die bedauerlicherweise große Zahl von Verbraucherinsolvenzen reagiert.

Das Verfahren wird vereinfacht, und es wird die Möglichkeit für eine sogenannte **Restschuldbefreiung** geschaffen. Damit ist zum erstenmal die Möglichkeit gegeben, **natürliche Personen** von den im Insolvenzverfahren - das haben Sie ja dargestellt, Herr Kollege Puls - nicht erfüllten Verbindlichkeiten zu befreien.

Mit dem heute in zweiter Lesung zu beratenden Ausführungsgesetz wird geregelt, welche Personen und Stellen als geeignet angesehen werden, Schuldnerberatung und -vertretung durchzuführen und nach erfolglosen Einigungsversuchen mit den Gläubigern die dann entsprechende Bescheinigung auszustellen.

Die vom Innen- und Rechtsausschuß und dem mitberatenden Wirtschaftsausschuß durchgeführte Anhörung hat zahlreiche wertvolle Hinweise und Anregungen gegeben, und es ist fraktionsübergreifend gelungen, den Gesetzentwurf an einigen Stellen noch zu verbessern.

Während nämlich der Ursprungsentwurf der Landesregierung beispielsweise den als geeignet im Sinne

von § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung anerkannten Personen oder Stellen lediglich die außgerichtliche Besorgung von Rechtsangelegenheiten von Schuldnern erlauben wollte, wird nunmehr im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen auch die **gerichtliche Besorgung von Rechtsangelegenheiten** zugelassen. Diese Regelung entspricht im übrigen der in den meisten anderen Bundesländern.

Die **Aufspaltung der Zuständigkeit für die Anerkennung** geeigneter Stellen konnte aufgehoben werden. Hierfür ist nunmehr ausschließlich das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zuständig. Ich halte es auch für sehr zweckmäßig, daß eine Aufspaltung der Zuständigkeiten an dieser Stelle vermieden werden konnte.

Meine Damen und Herren, schließlich konnte eine **datenschutzrechtliche Regelung** aufgenommen werden. Wir haben es - so glaube ich - gemeinsam bedauert, daß der Datenschutzbeauftragte nicht frühzeitig in die Vorbereitung des Gesetzentwurfs eingebunden worden war.

Wir als CDU-Landtagsfraktion werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Nach Auskunft der Landesregierung gibt es in Schleswig-Holstein zirka 50.000 bis 60.000 überschuldete Haushalte, von denen etwa 10 % für das Schuldenbereinigungsverfahren in Frage kommen könnten. Dieses Verfahren verursacht naturgemäß auch Kosten. Zum einen verursacht es **Kosten** durch die Ausweitung der **Tätigkeit der Schuldnerberatungsstellen**. Herr Kollege Puls, auch wenn wir hier keine Kostenregelung ins Gesetz aufnehmen, so stimmen wir doch darin überein - so hoffe ich -, daß das Land schon in einer Verpflichtung steht, den Kreisen und Kommunen bei der Finanzierung dieser Schuldnerberatungsstellen behilflich zu sein, auch wenn wir das nicht ausdrücklich im Gesetz verankern. Denn wenn die Kreise und Kommunen diese Beratungsstellen nicht einrichten, läuft diese gesetzliche Norm leer.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Das können wir nicht verantworten. Ich sehe schon, daß Sie dann vermutlich die Kreise und Kommunen mit Vorwürfen überziehen würden. Deshalb sind wir als Land hier in einer Finanzierungsverpflichtung. Ich freue mich, daß Sie signalisiert haben, daß die Mittel aufgestockt werden sollen. Das werden wir auf jeden Fall mittragen.

Aber es werden zum anderen auch neue Richterstellen, Rechtspflegerstellen und **Stellen im Servicebe-**

(Klaus-Peter Puls)

reich benötigt. Das heißt, es werden Mehrkosten in erheblichem Umfang auf das Land zukommen.

Lassen Sie mich dazu feststellen: Alle Parteien haben die Reform des Insolvenzrechts mitgetragen. Sie stellt in der Tat - gerade sozialpolitisch - einen großen Fortschritt dar. Aber die Zustimmung des Bundesrates wurde auch deshalb erzielt, weil es im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag eine Zusage auf Kompensation für die Bundesländer gegeben hat.

Ich erwarte von der Landesregierung, die ja in der Vergangenheit mehrfach die Einhaltung dieser Zusage angemahnt hat, daß sie das trotz des Regierungswechsels in Bonn konsequent fortsetzt. Das werden wir sehr genau beobachten, Herr Minister Walter. Wir werden sehen, ob sich die neue Bundesregierung an die Zusage, die seinerzeit dem Bundesrat gegeben wurde, gebunden sieht und den Bundesländern Ausgleichszahlungen zur Verfügung stellen wird. In diesem Fall wäre das in der Tat nur recht und billig, denn hier hat der Bund eine gesetzliche Änderung vollzogen, die den Ländern Mehrkosten verursacht. Da wären Ausgleichszahlungen das geeignete Mittel, um das finanziell wieder ins Lot zu bringen.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie jetzt nicht noch einmal mit Zahlen über diejenigen, die in diesem Lande verschuldet sind, langweilen. Richtig ist aber, daß durch das neue Insolvenzrecht erstmals auch **Privatverbraucherinnen und -verbraucher** die Möglichkeit gegeben wird, den Teufelskreis der **Verschuldung** zu verlassen und eine zweite Chance zu bekommen, anstatt ein Leben lang an ihren Schulden festzuhängen. Das finde ich, ist ein sehr wichtiges Signal.

In der Insolvenzordnung ist außerdem - was ich auch für sehr wichtig halte - eine **außergerichtliche Einigung** zwischen Schuldner und Gläubigern ausdrücklich vorgesehen. Auch das halte ich für äußerst begrüßenswert. Außergerichtliche Einigungen sind gegenüber Entscheidungen der Justiz in der Regel vorteilhaft, weil sie erstens kostengünstiger sind, zweitens schneller sind und drittens bei den Beteiligten auf größere Akzeptanz stoßen.

Über eins sind wir uns im Ausschuß auch einig gewesen: Das sozialpolitische Ziel der Insolvenzordnung

kann nur erreicht werden, wenn die überschuldeten Personen ausreichende Beratung erhalten. Überschuldung entsteht auch oft aufgrund persönlicher Probleme und schafft Folgeprobleme, die neben der juristischen Beratung auch **sozialpsychologische Lebenshilfe** erfordert. Aus diesem Grund ist es notwendig, daß die Schuldnerinnen und Schuldner während des gesamten Sanierungsverfahrens betreut und beraten werden, und zwar möglichst von derselben Stelle und nicht immer wieder von wechselnden Personen, weil sonst kein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden kann.

Daher haben wir im Rahmen der Anhörung die Bedenken der Wohlfahrtsverbände - das wurde hier auch schon gesagt - aufgenommen und einstimmig darüber beschlossen. Nun müssen wir uns auch verpflichtet sehen, den Behörden und Beratungsstellen durch eine angemessene Finanzierung die notwendige Arbeit zu ermöglichen, damit dieses Insolvenzrecht nicht ganz ins Leere läuft.

Deshalb haben wir im Haushaltsentwurf 1999 800.000 DM zusätzlich für die Schuldnerberatungsstellen bereitgestellt. Das ist angesichts der Haushaltssituation ein erklecklicher Betrag. Hinzu kommt ja auch noch, daß für das gerichtliche Verbraucherinsolvenzverfahren zirka 60 zusätzliche Stellen in der Justiz geschaffen werden mußten. Es ist ja nicht so, daß das Land kostenfrei ausgeht und nur die Kommunen die Kosten haben. Man muß auch noch einmal deutlich sagen, daß das Land sich hier erheblich engagiert.

Wenn wir die sozialen Folgekosten betrachten, die die Verelendung durch Verschuldung nach sich zieht, ist dieses Geld sicherlich gut angelegt.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ganz zum Schluß möchte ich noch einmal meine Erwartung an die Banken zum Ausdruck bringen: Sie sollten dem Beispiel der Kreissparkassen, des Sparkassen und Giroverbandes folgen und sich auch an den Kosten der Schuldnerberatung beteiligen.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Banken verdienen viel Geld in diesem Land. Das können sie gern machen. Aber ich denke, auch beim Geldverdienen sollte die soziale Verantwortung nicht ganz in Vergessenheit geraten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

(Thorsten Geißler)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den letzten Satz des Kollegen Böttcher aufgreifen. Natürlich haben Sie recht mit der Feststellung, daß die Banken in diesem Land viel Geld verdienen, genauso wie manche Gläubiger auch. In aller Regel ist es aber so, daß bei Insolvenzen die Gläubiger auch viel verlieren, jedenfalls meistens. Das darf nicht außer Betracht bleiben. Ab und zu gibt es auch einmal **Verschuldungen ohne Not**, aber in vielen Fällen ist die **Verschuldung nicht ohne Not** entstanden. Das darf jedoch nicht für die Erklärung ausreichen, wir wollen den Menschen lebenslang keine Chance mehr geben, weil sie selbst aus der Schuldenfalle nicht mehr herauskommen können. Aber ich möchte auch nicht, daß hier die Schiefelage entsteht, als sei es sozusagen schicksalhaft, daß jemand in Not gerät, und als sei es Aufgabe der Gesellschaft, im Zweifel der Gläubiger, für die Beseitigung der Not Sorge zu tragen.

Wenn das Sprichwort zutrifft, daß, wer A sagt, auch B sagen muß, dann greift der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ausführung der Insolvenzordnung auch nach den Beratungen im Innen- und Rechtsausschuß zu kurz. Denn dann müßte der Gesetzentwurf nicht nur a) allgemeine Bestimmungen enthalten, welche **Personen und Stellen** künftig als geeignet anzusehen sind, die für die **Durchführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens** erforderlichen Bescheinigungen auszustellen, und ihr Aufgabenfeld zu umschreiben, sondern der Gesetzentwurf würde dann auch konkrete Aussagen enthalten, wer b) die Bezahlung dieser Personen und Stellen übernimmt. Sprichwörter treffen aber nicht immer zu, und so haben wir es heute mit einem Gesetzentwurf zu tun, bei dem nur geregelt wird, wer die Musik spielen darf, nicht jedoch, wer diese Musik bezahlt.

Ich möchte an dieser Stelle gar keinen Hehl daraus machen, daß die Musik zweifelsohne von Bonn bestellt worden ist. Denn die zusätzlichen Verfahren und die damit verbundenen zusätzlichen Kosten, die durch die erweiterten Aufgaben für die bestehenden Schuldnerberatungsstellen und Gerichte entstehen, erwachsen bereits unmittelbar aus der zum 1. Januar 1999 geänderten Insolvenzordnung des Bundes. Sie entstehen nicht erst aus dem Ausführungsgesetz.

Gleichwohl ist es der Knackpunkt des Gesetzentwurfes, daß er kein Sterbenswörtchen zu den mit den zusätzlichen Aufgaben verbundenen Kosten enthält.

Detailliert - und wenn Sie mich fragen, zum Teil sehr detailliert - wird dargelegt, welche Personen und Stellen für die künftigen **Verbraucherinsolvenzverfahren** geeignet sein sollen. Über die **Finanzierung** der damit verbundenen notwendigen personellen bis sachlichen Ausstattung findet sich dagegen keine Regelung.

Auf den ersten Blick muß deshalb die bloße Anmerkung zu den Kosten ein Schlag ins Gesicht für alle Betroffenen sein, seien es die Schuldnerberatungsstellen selbst oder die sie tragenden Kommunen, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen oder - wenn wir die Anwälte, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater einbeziehen wollen - möglicherweise die Gerichte, die sich Gedanken darüber machen müssen, ob solche Geschichten nicht im Rahmen von vergleichbaren PKH-Verfahren oder anderen Dingen geregelt werden können.

Herr Kollege Puls, lapidar heißt es im Gesetzentwurf: „Für den Landeshaushalt entstehen keine zusätzlichen Kosten.“ Der Finanzminister sieht sich ganz offenbar nicht in der Pflicht. Die Landesregierung stellt sich im Gegenteil sogar auf den Standpunkt, „daß das Ausführungsgesetz tendentiell zu Einsparungen führt, indem es einen Teil der durch die Insolvenzordnung verursachten Kosten vermeidet“.

Lassen Sie mich bei den Sprichwörtern bleiben und dieses Mal bei einem, das zutrifft: Bellende Hunde beißen nicht. Als wir uns im letzten Jahr im Sonderausschuß „Verfassungsreform“ darüber unterhalten haben, unter welchen Voraussetzungen das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung verankert werden soll, bestand ursprünglich Streit, ob nur unmittelbar vom Land übertragene Aufgaben oder auch vom Bund über das Land übertragene Aufgaben von der Kostendeckung erfaßt werden sollen. Wir konnten uns damals darauf einigen, daß das Konnexitätsprinzip auch im letztgenannten Fall Sinn macht. Genauso haben wir das in die Verfassung aufgenommen.

Es kann deshalb heute überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß selbstverständlich die **Finanzierung** der mit dem neu eingeführten Verbraucherinsolvenzverfahren verbundenen zusätzlichen Kosten **Sache des Landes** ist - unabhängig von der Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, in einer gemeinsamen Aktion wenigstens einen Teil davon vom Bund zurückzuholen. Das gilt ausdrücklich für die von den Kommunen getragenen Schuldnerberatungsstellen, es muß aber auch für die von Wohlfahrtsverbänden und Kirchen getragenen Stellen gelten. Kollege Puls, ich glaube nämlich nicht, daß sich sehr viele Anwälte danach reißen werden, solche Insolvenzverfahren durchzuführen, solange die Kostenfrage nicht geklärt ist - bei

aller sozialen Verantwortung, die Anwälte auch haben.

Verwirrende Begründungen im Gesetzentwurf hin oder her, von Verfassungen wegen muß Minister Möller zahlen. Er muß bald zahlen, auch wenn ihm das bei dem gegenwärtigen Haushaltsstand nicht lieb sein kann.

Der erwartete Ansturm auf die Schuldnerberatungsstellen hat doch bereits begonnen. Da die erforderliche Bescheinigung über den erfolglosen Einigungsversuch zur Einleitung des Verbraucherinsolvenzverfahrens nicht älter als ein halbes Jahr sein darf, sind die Schuldnerberatungen bereits seit dem 1. Juli dieses Jahres mit vermehrten Nachfragen von Schuldnerinnen und Schuldnern beschäftigt.

Die weiteren Punkte der Kritik der F.D.P-Fraktion an dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung - seien es der **Aufgabenbereich** oder der **Datenschutz** - konnten nach den Beratungen und der Überarbeitung im Innen- und Rechtsausschuß im wesentlichen ausgeräumt werden.

Wir werden dem Gesetzentwurf in seiner neuen Gestalt daher zustimmen können. Ich weise an dieser Stelle aber auch darauf hin, daß wir die Kostenfrage anhand der Festsetzungen im Haushalt, Herr Kollege Böttcher, sehr genau im Auge behalten werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf um die Ausführungsbestimmungen der vom Bund beschlossenen Insolvenzordnung. Erstmals in der deutschen Rechtsgeschichte können auch privaten Schuldnerinnen und Schuldnern die **Restschulden** erlassen werden. Nach dem Prinzip des Vergleichs- oder Konkursverfahrens bei Unternehmen soll nun auch hochverschuldeten **Privatpersonen** ein wirtschaftlicher Neubeginn ermöglicht werden. Das neue Gesetz hat zum Ziel, durch ein vereinfachtes Verfahren eine außergerichtliche Schuldenbereinigung zwischen Gläubigern und Schuldnern zu erreichen. Gelingt dies nicht, können Verbraucherinnen und Verbraucher in einem speziellen Verbraucherinsolvenzverfahren eine Restschuldbefreiung erlangen.

Obwohl dieses neue Verfahren also rechtshistorisch ein großer Fortschritt ist, äußerten sowohl Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände als auch Gewerk-

schaften und Schuldnerberater in einer gemeinsamen Stellungnahme ihre Bedenken gegen das Gesetz. So dürften sich nach Aussagen der Experten nur maximal 30 % der Betroffenen langfristig Hoffnungen machen, daß das Gesetz ihnen hilft, und kaum mehr als 3 % werden im ersten Jahr konkrete Anträge zum Schuldenbereinigungsverfahren stellen können. Die Kritik gilt besonders den **scharfen Auflagen**, die die Gläubiger erfüllen müssen, um für dieses Verfahren überhaupt in Betracht zu kommen. Auch die dann folgende siebenjährige „Wohlverhaltensperiode“, in der das gesamte Einkommen des Schuldners von einem Treuhänder verwaltet wird, ist problematisch, denn dem Schuldner bleibt während dieser Zeit kaum mehr als das pfändungsfreie Existenzminimum. Erst danach winkt ihm am Ende die Lossprechung von alten Schulden.

Bei dem neuen Gesetzeswerk handelt es sich also allenfalls um einen Anfang, mehr nicht, aber um einen Anfang, den wir begrüßen. Denn eine **funktio-nierende Schuldenbereinigung** ist für die Allgemeinheit von immer wichtigerer Bedeutung. Wir leben längst in einer Kreditgesellschaft, und viel zu viele Leute kommen - selbstverschuldet, aber auch ohne eigene Schuld - dabei unter die Räder. Die wirtschaftliche Entwicklung mit dem großen Anstieg der Arbeitslosigkeit hat das ihre dazu getan. Mehr als 2 Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet, und weitere Millionen stehen an der Schwelle. Schuldnerberatungsstellen zum Beispiel in den Kreisen schreiben für die Gemeinschaft schwarze Zahlen, und Gespräche mit Schuldnerberatern machen immer wieder deutlich, daß Schwarzweißmalerei hier nicht angesagt ist. Man kann nicht einfach sagen: Die Leute haben selbst schuld. Darum ist es richtig zu fordern, daß auch die Banken, die Sparkassen und Kreditinstitute mit in die Pflicht genommen werden.

Da ist ein geordnetes Schuldenbereinigungsverfahren schon lange ein Gebot der Stunde. Übrigens ist Deutschland - auch dies sollte man einmal anführen - meines Wissens eines der letzten Länder in West- und Nordeuropa, in dem man ein solches Verfahren einführt. Wenn man wieder einmal über die Grenze schaut, dann sieht man, daß dort Schuldenbereinigungsverfahren von viel kürzerer Dauer sind, daß dort Menschen viel schneller wieder auf eigenen Füßen stehen können. Ich denke, daß man von dort vielleicht auch noch etwas lernen kann.

Soviel zur neuen Insolvenzordnung auf Bundesebene! Die Zulässigkeitsvoraussetzung für den Antrag auf ein Verbraucherinsolvenzverfahren ist die Bescheinigung einer geeigneten **Person oder Stelle**, aus der sich ergibt, daß eine außergerichtliche Einigung über

(Wolfgang Kubicki)

die Schuldenbereinigung gescheitert ist. Nach § 305 der Insolvenzordnung können die Länder bestimmen, welche Personen oder Stellen zur Ausstellung der Bescheinigung in Frage kommen. Genau diese Zielsetzung verfolgt der vorliegende Gesetzentwurf. Die Landesregierung schlägt dabei vor, Rechtsanwälte und Steuerberater sowie übrige Personen der in § 3 des Steuerberatungsgesetzes genannten Art für die Eignung zu bejahen. Dazu werden **Mindeststandards und ein Anerkennungsverfahren** eingeführt, dem sich die auf dem Gebiet der Schuldnerberatung tätigen Einrichtungen stellen müssen, wenn sie solche Bescheinigungen an Schuldnerinnen und Schuldner erteilen wollen. Dies betrifft die bisherigen Schuldnerberatungsstellen, die es überall in Schleswig-Holstein gibt, sei es in der Trägerschaft von Gemeinden oder Kreisen, Kirchen oder Wohlfahrtsverbänden. Diese Bestimmungen erscheinen uns vernünftig.

Der SSW begrüßt, daß die vom Landesbeauftragten für den **Datenschutz** vorgebrachten Ergänzungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf durch die Ausschüßberatungen in den endgültigen Gesetzestext eingeflossen sind, denn gerade die Daten von Schuldnerinnen und Schuldner sind sehr sensibel zu behandeln und bedürfen eines besonderen Datenschutzes. Damit eine umfassende Anwendung des Datenschutzrechts von den geeigneten Stellen beachtet wird, war es sinnvoll, den § 5, der die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Gegenstand hat, hinzuzufügen. - Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ingrid Franzen [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Walter.

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß Sie mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit einverstanden sind, wenn ich die Rede, die dort auf meinem Platz liegt, nicht halte.

(Heiterkeit und Widerspruch)

- Nun gut, Langfassung und Kurzfassung - es ist alles möglich!

Ich wollte gern ein Wort zu der freundlichen Unterstützung von Herrn Geißler für die Anforderungen an Bonn, jetzt mit Kompensationen „herüberzukommen“, sagen. Es wäre schön gewesen, man hätte diese Unterstützung bereits in der Vergangenheit gehabt, verehrter Herr Geißler.

(Beifall bei der SPD)

Damit sich hier aber kein falscher Ton einschleicht, möchte ich festhalten: Die Länder haben nie von Ausgleichszahlungen geredet; es ging immer - ich bin in der fraglichen Sitzung des Vermittlungsausschusses mit der damaligen Bundesjustizministerin dabei gewesen - um das Feld der **Rechtspflegeentlastung**. Was wir kritisieren, ist, daß die Gesetzentwürfe des Bundesrates zum Gesamthema der Rechtspflegeentlastung, die auch unter schleswig-holsteinischer Beteiligung zustande gekommen sind - das war ein breites Spektrum von Dingen -, vom letzten Bundestag immer wieder verzögert wurden und nicht Wirklichkeit geworden sind. Zuletzt geschah das durch die Draufsattelung des Themas „Privatisierung des Handelsregisters“. Trotz einer im Prinzip vorhandenen Einigung sind die Entwürfe im alten Bundestag dann doch noch gescheitert.

Es ist ganz schön, daß es die jetzt hoffentlich durchstehende einvernehmliche Verabredung zwischen der neuen Bundesjustizministerin und allen Landesjustizministerinnen und -justizministern gibt, das im Prinzip fertige Gesetz zur Rechtspflegeentlastung Anfang des Jahres sehr schnell über die Hürden zu heben. Dann hätten wir einen Teil dessen, was sich die Länder gewünscht haben, endlich realisiert.

Ich möchte - gerade, wenn es um Konsequenzen geht - an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß das Land Schleswig-Holstein ja in einer durchaus ungewöhnlichen Kraftanstrengung - wenn man sie mit anderen Ländern in der Bundesrepublik Deutschland vergleicht - im Bereich der Justiz selbst nicht unwesentliche Personalverstärkungen vorsieht und zur Zeit realisiert, um diese Insolvenzordnung im Justizbereich am Ende auch verwirklichen zu können.

Im übrigen beschränke ich mich auf drei Feststellungen.

Erstens: Die Änderungen, die der Landtag vorzunehmen im Begriff ist, sind auch aus meiner Sicht sehr sinnvoll.

Zweitens: Die **Förderung der Schuldnerberatungsstellen** in Schleswig-Holstein wird deutlich verstärkt. Auch der Sparkassen- und Giroverband trägt übrigens ein wenig dazu bei. Und auch Herr Kubicki sei beruhigt: In der Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung ist - es wäre ja auch verwunderlich, wenn es anders wäre - seit dem 1. Oktober die Regelung enthalten, daß auch Rechtsanwälte für diese Tätigkeit liquidieren können.

(Holger Astrup [SPD]: Aha!)

(Anke Spoorendonk)

Insoweit war der Bundesgesetzgeber etwas schneller, als Herr Kubicki hat lesen können.

Meine dritte Bemerkung schließlich: Der Minister dankt für die konstruktive Beratung dieses Gesetzesentwurfs im Landtag und im Ausschuß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/1520, in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf:

Erleichterung der Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1809

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/1832

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Frau Abgeordnete Franzen.

Ingrid Franzen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit einem Berichtsantrag an die Landesregierung über die Erleichterung der **Mobilität** von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grenzgebiet richten SPD und Grüne ihren Blick nach Norden, und zwar zum Schwerpunktthema Arbeit. Das begrüßen wir.

Ich mache einen kurzen Spot in das **Grenzland** und sage: Blühende Länder in Sønderjylland - da muß sich Herr Kohl verguckt haben -, niedrige Arbeitslosenzahlen - Herr Hay hat darauf hingewiesen -, südlich der Grenze der strukturschwache Landesteil Schleswig-Flensburg mit der Spitzenreiterfunktion bei den Arbeitslosenzahlen seit über einem Jahrzehnt und eine extrem niedrige Zahl der Grenzpendler insbesondere von Deutschland nach Dänemark im Verhältnis zu anderen deutschen Grenzregionen und im Verhältnis zu europäischen Regionen. Also ein Thema, um das es sich zu kümmern lohnt.

Wir wissen die Landesregierung gut an der Arbeit; drei Punkte des Berichtsantrages sind direkt aus einem Arbeitsprogramm übertragen worden. Der erste Punkt ist neu. Wir übernehmen auch gern den Punkt der F.D.P.

Zum Verfahren schlagen wir vor, den Antrag an den Wirtschaftsausschuß zu überweisen, weil Frau Schmitz-Hübsch mir signalisiert hat, daß es von seiten der CDU Erweiterungswünsche gibt. Auch der Bericht soll an den Ausschuß überwiesen werden. Wir planen dann Anhörungen und Gespräche vor Ort, vielleicht auch jenseits der Grenze.

Der Landtag sollte dabei aufpassen - das sage ich mit großem Ernst -, nicht als Besserwisser vor Ort dazwischenzufunken, sondern sollte sich informieren, sollte zuhören, sollte sich das aufladen lassen, was auf Landes- oder Bundesebene zu tun ist, und sollte helfen bei dem, was vor Ort zu regeln ist.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es gibt bereits viele Initiativen - ich habe nicht die Zeit, sie alle aufzuzählen. Ich weiß vom Hexenfrühstück, daß auch Sie es drinhaben, Frau Ministerin; vielleicht können wir gemeinsam ein bißchen zur Aufklärung beitragen. Ich nenne zwei Institutionen: Es gibt Proga, Projektbüro für grenzüberschreitende arbeitsmarktpolitische Entwicklungen in Flensburg, gefördert durch INTERREG, und eine Institution des DGB und der LO Sønderjylland, der dänischen Gewerkschaftsbewegung. Dazu gab es einen sehr interessanten Kongreß in Apenrade am 26. Oktober. Es gibt seit Jahren deutsch-dänische Bürgermeisterkonferenzen, es gibt den Regionalrat der Region Schleswig-Sønderjylland, und eine Arbeitsgruppe befaßt sich speziell mit dem Problem der Sprachbarrieren, das allerdings - das sage ich in Richtung F.D.P. - eher diesseits der Grenze auftritt. Wer davon spricht, diesseits und jenseits der Grenze bestehe ein Sprachproblem, kennt die Grenzregion schlecht.

(Widerspruch der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Bei der Fortsetzung der Aufzählung möchte ich mich auf die Rolle der Minderheiten beschränken. Die Minderheiten dies- und jenseits der Grenze haben große Verdienste um die Grenzregion. Sie sind miteinander ins Gespräch gekommen und haben uns Anstöße gegeben, es ihnen als Mehrheit nachzutun. Das gilt auch für unser Minderheitengremium des Landtages. Meine Damen und Herren von der CDU, das gilt auch für den Grenzlandbeauftragten. Überdenken Sie doch einmal Ihren Antrag auf Kürzung in

(Minister Gerd Walter)

diesem Bereich! Das ist doch beschämend für uns da oben!

(Beifall bei SPD und SSW)

Das gilt auch für die Bildungswissenschaftliche Universität.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Ostseeuniversität! - Lothar Hay [SPD]: Erst einmal den Inhalt reinpacken und dann den Namen! - Martin Kayenburg [CDU]: Das wäre wirklich wichtig!)

Das gilt auch für die BU Flensburg, die sich mit drei deutsch-dänischen Studiengängen - einer davon Kulturmanagement - dieser Frage widmet.

Bevor der Bericht erarbeitet ist, möchte ich mich in diesem Bereich nicht weiter austoben, aber ich möchte auf ein „weiches“ Hindernis hinweisen, das man weder mit Gesetzen noch mit Verordnungen in den Griff kriegt, schon gar nicht mit parlamentarischen Beschlüssen. Das ist das Bewußtsein der Menschen im Grenzland. Wir sind geprägt durch eine lange gemeinsame geschichtliche Zusammengehörigkeit. Flensburg war länger dänisch als deutsch. Wir sind geprägt durch eine demokratische Grenzziehung, allerdings mit großen Auseinandersetzungen. Unsere Grenze ist übrigens die einzige Grenzziehung aus dieser Zeit, die noch existiert. Wir sind geprägt durch die **Minderheitenpolitik**, die sogar bei der EXPO ein Projekt sein wird, was ich sehr begrüße. Wir sind geprägt durch Spätfolgen der Nazizeit, die immer noch aufgearbeitet werden muß und die dem kleinen Dänemark eine große Angst vor dem großen Deutschland gemacht hat. Das kann man immer noch spüren; das wird auch vererbt, das stirbt nicht aus. Wir sind schließlich geprägt durch unterschiedliche Gangarten in Sachen EU. Früher wurden wir mit einem Flensburger Kennzeichen an der Grenze überhaupt nicht angehalten, inzwischen werden wir wieder kontrolliert.

(Lothar Hay [SPD]: Was?)

- Ja, jedesmal muß ich meinen Ausweis rausholen.

(Lothar Hay [SPD]: Das muß an Ihrem Auto liegen!)

Das ist das „weiche“ Kriterium.

Wir als SPD sind hochmotiviert, wir sind zur Hilfestellung bereit, aber wir sind auch sensibel und werden die Arbeit vor Ort achten und einbeziehen.

Letzte Bemerkung! Frau Ministerin, machen Sie einen schlanken Bericht! Weisen Sie uns Abgeordnete darauf hin, was es alles schon gibt! Eines habe ich mitgenommen: Wer etwas über das Grenzland wissen

will, sollte einmal die Grenzlandberichte lesen. Dann versteht er sehr viel mehr von dem, was ich versucht habe, hier in fünf Minuten zu sagen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

(Unruhe)

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung soll über die Aktivitäten berichten, mit denen sie Beschäftigungshemmnisse von deutschen und dänischen Arbeitnehmern auf beiden Seiten der Grenze abbauen will. Hoffentlich kann die Landesregierung überhaupt etwas darüber berichten. Wenn ja, wäre das ein Novum, denn noch vor einem halben Jahr hat Wirtschaftsminister Steinbrück dazu im Wirtschaftsausschuß erklärt, für den Abbau von Beschäftigungshemmnissen dort sei nicht er, sondern der Bundessozialminister zuständig.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Dabei hätte ihn längst die Tatsache nachdenklich machen müssen, daß die Arbeitslosigkeit in Flensburg 15 % beträgt, nördlich der Grenze aber nur 5 bis 6 %. Da ist etwas faul, aber eben nicht im Staate Dänemark.

In der Tat gibt es an der **deutsch-dänischen Grenze** allerhand zu tun. Denn nicht nur die Mobilität der **Arbeitnehmer** ist erschwert, sondern noch mehr die **Mobilität der Betriebe**. Gerade die deutschen Handwerksbetriebe können ein Lied davon singen, welche geringen Auftragschancen sie in Dänemark haben und in welch großem Umfang dänische Firmen in Schleswig-Holstein bis in den Raum Hamburg hinein tätig sind und als ihre Konkurrenten auftreten. Wir möchten deshalb den Berichtsauftrag an die Regierung gern um den Bericht über die Mobilität der Betriebe erweitern, werden das aber im Ausschuß beantragen.

Im Antrag werden besondere Punkte für den künftigen Bericht aufgeführt, deren Reihenfolge ihrer Bedeutung entspricht. Ich fange einmal von hinten an. Ohne Zweifel gibt es bereits einige Informations- und Beratungsstellen für Arbeitnehmer, die auf beiden Seite der Grenze arbeiten. Sie sind bei den Arbeitsämtern und bei den Gewerkschaftszentralen in Apenrade und Flensburg angesiedelt. Mit finanzieller Unterstützung durch das EURES-Programm ist ein Grenzgängerkompaß entwickelt worden, der ab Janu-

(Ingrid Franzen)

ar über das Internet allen Nutzern zur Verfügung steht.

Auch der Austausch von Stellenangeboten erfolgt von beiden Seiten über das Internet. Zusätzlich kann man diese Angebote im Arbeitsamt Flensburg auch über den Jobkanal abrufen und erhält dann genauere Informationen. Die mangelnde Sprachkompetenz allerdings stellt besonders bei den deutschen Interessenten nach wie vor ein großes Problem dar. Es ist gut, den F.D.P.-Antrag an dieser Stelle einzubeziehen, aber es handelt sich tatsächlich um ein Problem der deutschen und nicht der dänischen Interessenten.

Zu den Berufsabschlüssen ist zu sagen, daß die formale gegenseitige Anerkennung nicht das eigentliche Problem ist. Organisation und Definition bestimmter Berufsabschlüsse sollen laut EU-Beschluß nationale Sache bleiben. Das Problem ist vielmehr, bei Stellenbeschreibungen Angebot und Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen. In Dänemark gibt es circa 100 Berufsabschlüsse, in der Bundesrepublik 300. Das zeigt die Schwierigkeit auf. Regionale Arbeitsvermittler müssen also herausfinden, welche Berufe ähnlich sind, welche sogar gleich sind. Das ist ein mühseliges Verfahren, das aber angegangen werden muß, wenn man Arbeitssuchende vermitteln will.

Das Problem der gegenseitigen Ansprüche an die Sozialversicherungssysteme wird fallweise beziehungsweise nach Berufsgruppen gelöst. Bei der in Dänemark eingeführten Frühverrentung, bei der die Bezüge zwischen dem 60. und 67. Lebensjahr aus unterschiedlichen Töpfen gezahlt werden, gibt es Streit um Finanzierungsanteile, die nach dänischer Auffassung nur Bürgern zustehen, die ihren Wohnsitz im Dänischen Königreich haben. Zur Zeit ist ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof anhängig, und es bleibt abzuwarten, wie das Gericht entscheiden wird.

Um zu einem lebhafteren Wandern von Arbeitnehmern und Betrieben über die Grenze zu kommen, müssen wir uns um die Beseitigung der mentalen Barrieren kümmern, um die Hindernisse, die nach regionalen Kriegen, nach zwei Weltkriegen und nach der Abstimmung von 1920 in den Köpfen und in den Herzen der Bürger entstanden sind.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

Diese mentale Sperre muß abgebaut werden, und zwar auf beiden Seiten der Grenze, damit wir zu einem so lockeren Miteinander kommen, wie zum Beispiel die Menschen im Rheinland bei Kehl und bei Straßburg. Das aber läßt sich nicht verordnen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oder wie wir hier im Landtag!)

- Die mentale Sperre bei uns ist aber nicht durch Kriege entstanden, sondern durch Wahlen, auf ganz demokratische Weise, Herr Hentschel; das ist der Unterschied!

Es läßt sich nicht verordnen. Viele müssen dazu beitragen, und viele arbeiten bereits daran. Es sind die Kommunalpolitiker, die die Region Schleswig-Sønderjylland geschaffen haben. Es sind viele Bürger, viele private Gruppen und Vereine, die die Grenze im Kopf beseitigen wollen und die für eine starke Region Schleswig-Sønderjylland eintreten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir im Ausschuß eine Anhörung machen, sollten wir das ruhig im Grenzgebiet tun. Ich halte das für einen guten Vorschlag, Frau Franzen. Dann sollten wir dazu nicht nur Leute, die Arbeitsplätze anbieten, sondern auch einmal Gruppen einladen etwa gerade aus dem kulturellen Bereich, Vereine, die sich dort betätigen, aus dem Sportbereich, die wirklich Großartiges leisten - was nie in der Zeitung steht.

(Beifall der Abgeordneten Silke Hars [CDU] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich komme zum Schluß. In Flensburg steht geschrieben: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt.“ - Ich würde mich freuen, wenn sich auch die Landesregierung dazu entschließen könnte, zur Lösung der praktischen Probleme im Grenzland beizutragen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und stelle fest, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe Ihnen von meiner Redezeit viereinhalb Minuten geschenkt. Das ist zum 3. Advent!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, Ihnen auch ein Geschenk zu machen.

(Ursula Kähler [SPD]: Ist das eine Drohung?)

Dänemark und Schleswig-Holstein sind durch Tradition und Geschichte, durch Kultur und Mentalität eng miteinander verbunden. Daß wir Schleswig-Holsteiner heute zu Deutschland gehören, ist eher

(Brita Schmitz-Hübsch)

dem Zufall zu verdanken. Immerhin wurden unsere Vorfahren bis zum Einmarsch der Preußen 400 Jahre lang von dänischen Königen regiert, und die Zeit blieb allenthalben doch in recht guter Erinnerung.

(Helmut Plüschau [SPD]: Er fängt doch bei Salomon an!)

In Pinneberg, wo ich zehn Jahre lang gelebt habe, gibt es ein altes Fachwerkhaus. In dessen Garten stand ein hübscher Gartenpavillon. In einem Buch über die Geschichte Pinnebergs las ich, daß dieser Pavillon das Hochzeitsgeschenk einer dänischen Prinzessin an ihre Schulfreundin war. Die war nämlich eine Pinneberger Kaufmannstochter, die mit der Prinzessin zusammen auf einem Internat war - ich glaube, auf Møn. Eine schöne Geschichte, die ich erzähle, weil wir heute über ein Problem sprechen, das wir mit Dänemark haben - vermutlich auch umgekehrt. Da wir alle wissen, daß wir uns noch ein Jahr lang im 20. Jahrhundert befinden, das für das Nationale äußerst empfindlich ist, ist es gut, sich zuvor der Gemeinsamkeiten zu versichern. Das sage ich auch in deine Richtung, Anke.

Die **deutsch-dänische Grenzregion** umfaßt ein Gebiet von 8.000 km². Beide Seiten der Grenzen sind dünn besiedelt, was in der Regel schon ein Strukturnachteil ist. Rechts und links liegt das Meer, so daß dort die Zahl der Arbeitsplätze auch nicht so groß ist - mit Ausnahme von Westerland. Insofern ist es schon von Bedeutung, ob man nur im Süden der Grenze oder in Flensburg nach Arbeit suchen oder ob man seinen Blick auch nach Norden wenden kann.

Seit wir hier im Landtag vertreten sind, erreicht uns eine Reihe von Klagen über Schwierigkeiten und Hindernisse, die der Arbeit auf der anderen Seite im Wege stehen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

Das ist der Anlaß dafür gewesen, daß ich gesagt habe, daß ich mich etwas intensiver damit beschäftigen möchte, und im Frühjahr einen Werkauftrag in Auftrag gegeben habe. Schließlich ist es Ziel der europäischen Integration, **Freizügigkeit** für Arbeitnehmerinnen und **Arbeitnehmer** auch faktisch herzustellen.

Wir wissen, daß es von deutscher Seite nur 1.100 Schleswig-Holsteiner sind, die über die Grenzen fahren, während 1.200 Dänen andersherum fahren und in der Bundesrepublik arbeiten. Das ist bemerkenswert, da die Arbeitslosigkeit auf deutscher Seite mehr als dreimal so hoch ist wie auf dänischer Seite.

Wir haben uns deshalb intensiv mit der Frage beschäftigt, welches die Hemmnisse sind, die zu einer relativ starken Abschottung des dänischen Arbeits-

marktes führen. Dazu gehört selbstverständlich die Sprachbarriere, die von deutscher Seite aus schwerer wiegt. Immerhin besuchen 6.000 Schüler in Deutschland dänische Schulen. Es dürften weit mehr als 20.000 Erwerbstätige in der deutschen Grenzregion geben, die gut dänisch sprechen.

Darüber hinaus gibt es große Unsicherheiten aufgrund der unterschiedlichen Sozialsysteme. Obwohl in der Praxis vieles schon geregelt ist, sind die Unsicherheiten ein großes Hindernis. Es gibt ein reales Versorgungsproblem, das ist die Frühversorgungslücke zwischen dem 60. und 67. Lebensjahr für alle, die vor 67 in Rente gehen. Das heißt, wer in Dänemark arbeitet und in dieses Alter kommt, kann zwischen dem 60. und dem 67. Lebensjahr nicht in Rente gehen; das ist ein reales Problem für denjenigen, der gern früher in Rente gehen möchte. Wenn er das tut, hat er keinen Anspruch auf Versorgung, sondern unterliegt der Sozialhilfe, bis er 67 wird. Das ist ein Problem, das geregelt werden muß.

Das Thema Ausbildungsabschlüsse ist in der Tat ein Problem, Frau Schmitz-Hübsch - ich weiß nicht, wer das noch angesprochen hat -. Es gibt nämlich tatsächlich Probleme bei der Anerkennung. Es ist teilweise so, daß das von der Stelle in Kopenhagen, die für die Anerkennung zuständig ist, ein wenig nach Belieben geht, wie mir berichtet wurde. Die gucken nämlich auch immer nach: Wie ist der Arbeitsmarkt? - Wenn es ihnen paßt, erkennen sie an, wenn es ihnen nicht paßt, erkennen sie nicht an. Solche Spielchen werden natürlich auch auf deutscher Seite gemacht; das wissen wir. Von daher ist das ein Thema, das einer vernünftigen Regelung bedarf.

Die Frage der Kooperation der Arbeitsämter halte ich für außerordentlich wichtig. Voraussetzung ist nämlich, daß vernünftige Kooperationen erfolgen und Beratungen durchgeführt werden. Solange nicht selbstverständlich ist, daß dänische und deutsche Arbeitsämter auf beiden Seiten der Grenze Stellen auf der jeweils anderen Seite der Grenze anbieten können, haben wir ein Problem. Das ist ein reales Hindernis. Das muß man einfach so sehen. Wer fährt schon ständig nach Dänemark oder läßt sich ständig Informationen vom dänischen Arbeitsamt schicken?

Häufig sind es auch nur Unsicherheiten und mangelnde Informationen. Insofern betrachte ich diese Landtagsdebatte und die öffentliche Aufmerksamkeit, die damit in der Grenzregion sicherlich hervorgerufen wird, als einen Beitrag zur Lösung des Problems. Ich glaube, daß gerade die Information wichtig ist, daß auf eine Lösung des Problems hingearbeitet wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Karl-Martin Hentschel)

Wichtig ist auch, daß sich der Landtag mit diesem Thema beschäftigt. Wichtig ist aber auch, daß viele Probleme bereits geregelt sind. Die Leute, die vor Ort auf der anderen Seite der Grenze arbeiten müssen, brauchen keine Angst zu haben. Wir können ihnen sagen: Die wesentlichen Probleme - bis auf das Frühversorgungsproblem - sind gelöst; ihr könnt es ruhig machen, ihr braucht keine Angst davor zu haben.

Das Sozialministerium hat bereits begonnen, sich mit der Situation zu beschäftigen. Das hat uns naturgemäß sehr gefreut.

Wir haben zusammen mit der SPD-Fraktion den Antrag auch deswegen eingebracht, weil wir die Debatte in den Landtag tragen und die Möglichkeit zur Darstellung des Themas in der Öffentlichkeit und zur Diskussion nutzen wollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einem Europa grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist jedes Projekt, das die trennende Wirkung von Grenzen zu überwinden versucht, ein Gebot der Zeit und der politischen Willensbildung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Es muß ein innereuropäisches Ziel sein, die individuelle Handlungsbereitschaft seiner Bürger zu stärken, um ihnen die Möglichkeit zu geben, nationale Grenzen zu überwinden. Auch, wenn die Schlagbäume zwischen Deutschland und Dänemark längst gefallen sind - Barrieren, die der **grenzüberschreitenden Mobilität** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wege sind, gibt es nach wie vor, übrigens nicht nur zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark, sondern zum Beispiel auch zwischen Baden-Württemberg und Frankreich oder Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden.

In einem Europa der 16 Mitgliedstaaten und der 12 Amtssprachen meine ich damit vor allem **Sprachbarrieren**. Gute Sprachkenntnisse sind in einer Dienstleistungsgesellschaft nicht nur zur unmittelbaren Erstellung der Arbeitsleistung notwendig; sie sind Voraussetzung für eine schnelle Integration und Identifikation mit der neuen Umgebung.

Ich habe den vorliegenden Antrag so verstanden, daß nicht nur über den typischen Grenzgänger, der in Dänemark sein Geld verdient, aber in Schleswig-Holstein lebt, berichtet werden soll, sondern auch über diejenigen Arbeitnehmer, die mit ihrem Arbeitsplatz auch ihren neuen Lebensmittelpunkt auf der jeweils anderen Seite der Grenze gefunden haben oder ihn dort finden wollen.

(Ingrid Franzen [SPD]: Genau!)

Neben der Überwindung der Sprachbarrieren sind die genannten Punkte Schließung der Versorgungslücke bei Frühverrentung, Verbesserung der gegenseitigen Anerkennung von Berufsabschlüssen, Austausch von Stellenangeboten der jeweiligen Arbeitsämter sowie verbesserter Informationsfluß für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung für eine Erhöhung der Mobilität.

Es wird Sie sicherlich nicht überraschen, daß die F.D.P.-Fraktion den Antrag der Koalitionsfraktionen nicht nur unterstützt, sondern in diesem Fall tatsächlich gespannt auf den Bericht ist.

Ein Schritt, die individuelle Handlungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, um nationale Grenzen zu überwinden, ist die Nutzung weltweiter Informations- und Kommunikationssysteme wie das Internet. Hier hat jeder die Möglichkeit, sich an einem grenzenlosen Kommunikationsnetz zu beteiligen, Informationen auszutauschen, aktiv an der Welt teilzunehmen. Aus diesem Grunde habe ich im März dieses Jahres auch gern das deutsch-dänische Projekt **„Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt“** - ich darf sagen - mit Erfolg unterstützt. Es wird jetzt von der EU gefördert und ist bereits angelaufen.

Bei diesem Vorhaben wird die individuelle Mobilität auf dem zwischenstaatlichen Arbeitsmarkt beispielhaft unterstützt und somit Eigeninitiative gefördert. So wurde unter anderem eine Datenbank zur grenzüberschreitenden Stellenvermittlung für potentielle Arbeitnehmer und Arbeitgeber diesseits und jenseits der Grenze eingerichtet. Auch bei diesem Projekt geht es unter anderem um Sprachvermittlung, und zwar insbesondere um die Sprachvermittlung für Deutsche in Dänemark, die nach Dänemark gehen wollen. Das Problem auf deutscher Seite ist in der Tat größer als auf dänischer Seite.

Es geht aber um etwas Weiteres. Das sollte man meiner Meinung nach nicht vergessen. Es geht darum, den Menschen, die in ein anderes Land - in diesem Fall nach Dänemark - übersiedeln wollen, auch die kulturellen Grundlagen dieses Landes nahezubringen, denn bei aller Gemeinsamkeit, die wir mit unserem Nachbarland haben, dürfen wir sicherlich nicht ver-

(Karl-Martin Hentschel)

gessen, daß es nicht nur mentale, sondern auch kulturelle Barrieren gibt - auch zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.

Insgesamt sind wir - so glaube ich - mit diesem Projekt auf einem guten Weg. Wir sollten es weiterentwickeln. Ich stimme Ihnen zu, Herr Kollege Hentschel, daß es gut ist, diese Thematik hier im Landtag einmal zu behandeln und in die Öffentlichkeit zu bringen. Ich bedanke mich bei Frau Franzen, die angekündigt hat, daß unser Ergänzungswunsch aufgenommen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich ist es sinnvoll, Hemmnisse für deutsche und dänische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzubauen, die auf der jeweils anderen Seite der Grenze beschäftigt werden wollen. Mit dem Wortlaut des Antrages wird aber der Eindruck erweckt, daß es wesentlich mehr solcher sogenannter Grenzpendler geben könnte. Wir sollten uns aber nicht die falsche Hoffnung machen, daß der hohen Arbeitslosigkeit diesseits der Grenze durch dänische Arbeitsplätze wirksam begegnet werden könnte. Das muß meiner Meinung nach gesagt werden. Wenn man etwas tun will, dann geht es darum, die **Mobilität im Grenzland** zu stärken und etwas für die Menschen im Grenzland zu tun. Wir müssen auch unsere eigenen Hausaufgaben machen, das heißt die Arbeitslosigkeit muß auch hier beseitigt werden.

Zur Zeit sind etwa 2.500 Frauen und Männer Grenzpendler. Selbst wenn bestimmte Ungerechtigkeiten beseitigt würden, ist nicht zu erwarten, daß sich ihre Anzahl wesentlich steigern wird. Die Arbeitsmärkte sind einfach zu verschieden zusammengeschaubt, als daß andere Regionen oder Euroregionen als Beispiel für das Gegenteil herangezogen werden könnten. Hier taugt ein abstrakter Vergleich nicht.

Ich habe viele Anfragen erhalten und habe in Gesprächen mit Grenzpendlern den Eindruck gewonnen, daß für unsere Region konkret zu erwarten ist, daß die meisten Betroffenen ihren Lebensmittelpunkt in den Staat verlagern, in dem sie Beschäftigung finden. Da kann ich Ihnen natürlich recht geben, daß man auch etwas für diese Menschen machen muß, damit sie sich schneller einleben können. Das ist klar.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vor diesem ganzen Hintergrund kann ich Ihnen das von dem Institut für Grenzregionforschung in Åbenrå herausgegebene Buch „**Grenzpendeln** zwischen dem Landesteil **Schleswig** und **Sønderjylland**“ wärmstens empfehlen. Die Verfasser Christian Hansen und Michael Schack haben die Situation der Grenzpendler untersucht und sind anhand der Auswertung von Fragebögen zu belegbaren Ergebnissen gelangt. Eines ihrer Ergebnisse ist, daß die ganz überwiegende Zahl von Grenzpendlern qualifizierte Berufsabschlüsse vorzuweisen hat. Bei Grenzpendlern handelt es sich also in der Hauptsache um eine in beruflicher Hinsicht qualifizierte Minderheit.

Was die Höhe der **Arbeitslosigkeit** anbelangt, herrschen in unserem Nachbarland im Moment zwar paradiesische Zustände, aber wir wissen ja auch, daß es andere Zeiten gegeben hat. Ich möchte vielleicht ein bißchen polemisch hinzufügen, daß wir, falls es einmal wieder umgekehrt aussehen würde, bereit sein müssen, auch so zu argumentieren, wie wir es heute tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Doch dort wie hier bestehen für ungelernete Frauen und Männer weiterhin große Beschäftigungsprobleme. Auch das ist so. Gefragt sind deshalb sowohl eine aktive Arbeitsmarktpolitik als auch der massive Ausbau von Fort-, Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Das war das, was ich vorhin mit den Schularbeiten, die wir selbst erledigen müssen, meinte. Die Arbeitslosigkeit ist unser Problem. Wir können nur etwas begleiten, was für das Grenzland gut ist.

Die Grenzpendler, die ihre Arbeitsstätte in Dänemark, ihren Wohnsitz aber in Deutschland haben, fühlen sich in sozialer Hinsicht diskriminiert. Das ist bereits gesagt worden. Sie haben sich oft auf eine Beschäftigung nördlich der Grenze eingelassen und entdecken erst im Alter, daß sie keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen haben, die ihren in Dänemark lebenden Kolleginnen und Kollegen offenstehen. Ich denke hier natürlich an die Problematik der Vorruhestandsgelälter. Von diesen Leistungen, die dänische Arbeitnehmer erhalten, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wohnsitz in Deutschland haben, ausgenommen. Das hat mit der Kopplung des Anspruchs an den Wohnsitz der Leistungsempfänger zu tun. Wegen der Ungerechtigkeit dieses Wohnsitzprinzips haben einige Grenzpendler beim Europäischen Gerichtshof Klage eingereicht.

Wichtig ist für die Betroffenen, daß von dem Wohnsitzprinzip Ausnahmeregelungen vereinbart werden. Dies kann aber nur im Verhältnis der beiden betroffe-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

nen Staaten zueinander, also durch Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Dänemark geschehen. Auch da sollte man sich keiner Illusion hingeben.

Hier wäre die Erarbeitung eines Modells nötig, das speziell auf die Situation in unserem Grenzland zugeschnitten ist. In diesem Sinne hoffe ich, daß der vorliegende Antrag die Landesregierung ermutigen wird, sich möglicherweise auch in einer vermittelnden Rolle für das Zustandekommen solcher bilateralen Vereinbarungen einzusetzen. Das ist auch ein Weg.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt
den Vorsitz)

Auch der Austausch von Stellenangeboten der dänischen und deutschen Arbeitsämter in der Grenzregion ist verbesserungswürdig. Zwar können Stellenangebote durch das EURES-Netzwerk über das Internet abgefragt werden. Die Systeme, mit denen deutsche Arbeitsämter auf der einen und dänische Arbeitsämter auf der anderen Seite arbeiten, sind aber nicht kompatibel. Auch da muß man natürlich etwas machen. Die vom Arbeitsamt Flensburg geschaffene Stelle eines EURES-Mitarbeiters mußte wegen Erfolglosigkeit gestrichen werden. Das ist sicherlich ein wesentlicher Punkt, an dem für einen besseren Austausch und eine Verbesserung des Miteinander gearbeitet werden muß.

(Glocke des Präsidenten)

Ich komme gleich zum Schluß. - Natürlich spielen auch hier die vorhandenen Sprachbarrieren eine zentrale Rolle. Deshalb tragen wir den Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion gern mit.

Im Antrag geht es auch um die Verbesserung von Beratungsangeboten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeit auf der anderen Seite der Grenze aufnehmen wollen. Die Möglichkeiten haben sich bereits aufgrund der Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Gewerkschaften verbessert. Die Probleme bei der Vorruhestandsregelung deuten aber darauf hin, daß die Beratung wesentlich ist, nicht zuletzt auch, um den Betroffenen Mut zu machen, den Schritt in ein anderes System zu wagen.

Wir stehen dem Antrag aufgeschlossen gegenüber. Wir wollen auch gern, daß diese Mobilität gefördert wird,

(Glocke des Präsidenten)

aber wichtig ist, daß man auf dem Teppich bleibt und konkret denkt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ja, das tue ich auch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Moser das Wort.

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat erst kürzlich in dem Katalog der Aktivitäten zur Verbesserung der **Ostseekooperation** und heute erneut in der Regierungserklärung der Frau Ministerpräsidentin ihre Absicht zur Weiterentwicklung des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes verstärkt dargestellt. Dieser Bericht, der heute hier beantragt wird, wird sicherlich die Gelegenheit geben, einerseits die heute schon vorhandenen Aktivitäten darzustellen, andererseits aber auch die Hemmnisse aufzuzeigen und vor allen Dingen Lösungsmöglichkeiten zur Überwindung dieser Hemmnisse zu diskutieren.

Zur Zeit reden wir - wie auch heute hier - vornehmlich von einem Arbeitsmarktbereich, der durch die rund zweieinhalbtausend Pendler über die Grenze in beide Richtungen dargestellt wird. Das Thema greift aber - das ist jedenfalls meine Wahrnehmung - deutlich darüber hinaus. Es geht auch um ein Stück europäische Freizügigkeit, die wir sozusagen hier regional und auch bilateral pragmatisch vorbereiten und sichtbar machen können und müssen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Vor dieser Dimension schrecken wir nicht zurück, meine Damen und Herren, aber es muß uns gleichzeitig deutlich werden, welche Möglichkeiten wir hier haben, welche konkreten Voraussetzungen für unser landespolitisches Engagement vorliegen.

Erstens müssen wir feststellen, daß die **Grenzregion** zwischen Dänemark und Deutschland zunächst keine klassische Industrie- und Dienstleistungsregion mit einem hohen Bestand an Arbeitsplätzen ist. Schon deshalb ist Ihr relativierender Hinweis, Frau Spoorendonk, daß wir uns von der größeren Mobilität in dieser Region nicht die Lösung der Arbeitsmarktprobleme versprechen und allein darauf bauen können, richtig.

(Anke Spoorendonk)

Zweitens findet der Arbeitsmarktausgleich im Pendlerbereich zwar statt, aber das geschieht in einer Weise, die - unabhängig von den Quantitäten - durchaus verbesserungsbedürftig ist.

Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen, die bereits heute greifen. Frau Franzen hat die Gremien aufgezählt. Ich will kurz noch die Maßnahmen nennen. Es gibt grenzübergreifende Arbeitsmarktkonferenzen, und es gibt Informationsbroschüren für dänische und deutsche Grenzgänger. Es gibt auch eine zweisprachige Studie des Instituts für Grenzregionforschung, die allerdings von 1977 stammt, und die man vielleicht einmal überarbeiten und neu auflegen müßte.

Es gibt Informationen über offene Stellen diesseits und jenseits der Grenze - über das Internet ist schon mehrfach gesprochen worden -, und diese Informationssysteme werden beiderseits der Grenze genutzt.

Ich glaube, daß diese **Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten**, wenn sie ausgebaut werden, auch zum Abbau der mentalen Hemmnisse, von denen mehrfach die Rede war, beitragen können. Aber auch da müssen wir uns sicherlich davor hüten, durch Übereifer und übertriebenen Aktionismus die Hemmnisse eher zu verstärken als sie abzutragen.

Die **Sprachbarriere** ist erwähnt worden. Diese Barriere ist sicherlich noch eher in den Griff zu bekommen als die mentalen Hemmnisse, die wir hier heute mehr oder weniger deutlich angesprochen haben.

Ein weiterer Punkt ist die Diskussion um die Anerkennung der **Bildungsabschlüsse**. Auch hier ist klar geworden, daß es nicht nur um formale Anerkennungsverfahren geht, sondern daß es auch um konkrete Verabredungen geht, wie man mit den unterschiedlichen Systemen - so will ich es hier einmal nennen - umgeht. Auch hier ist Pragmatismus gefordert. Ich denke, hier können wir aus unserer positiven Erfahrung aus diesem Grenzgebiet heraus auch einiges für Europa tun - so will ich es einmal etwas umfassend ausdrücken -, indem wir vormachen, was man ganz praktisch tun kann. Ich denke dabei daran, grenzüberschreitende Bildungsmaßnahmen zu organisieren, wie es beispielsweise schon im kaufmännischen Bereich geschieht, oder Doppelabschlüsse anzubieten, wie man sie an der Universität Flensburg erlangen kann.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meiner Ausgangsbemerkung zurück. Die größte Herausforderung auch für uns bleibt im **Grenzland** die Angleichung der sozialen Systeme. Die Frühverrentung und diese Versorgungslücke sind ein Teil dieses großen Problems. Wir müssen auch hier - das sage ich nun

ein drittes Mal - versuchen, durch kleine pragmatische Lösungsansätze Wege für die Optionen aufzuzeigen, die gesamteuropäisch notwendig sind.

Gestatten Sie mir zum Schluß einen Hinweis. Ich glaube, der Bericht wird nur dann rund, wenn wir nicht nur auf die Aktivitäten der Landesregierung abheben, sondern wir sollten möglichst alle Akteure in diese Berichterstattung mit einbeziehen. Das heißt natürlich auch, daß ich das Parlament bitte, der Regierung ein bißchen Zeit zu geben, damit das möglichst umfassend geschehen kann.

(Beifall bei SPD und F.D.P und von Abgeordneten der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Wollen Sie dem Verfahren widersprechen, daß wir den Antrag plus den Änderungsantrag federführend an den Sozialausschuß überweisen? - Es wird nicht widersprochen. Wird Mitberatung gewünscht?

(Zurufe: Wirtschaftsausschuß!)

- Wirtschaftsausschuß mitberatend. Dem wird nicht widersprochen. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Stärkung der Position des Bahnverkehrs

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1810

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Aussprache. Dabei möchte ich noch einmal an Sie appellieren, die angemeldeten Redezeiten als Höchstredezeiten zu verstehen. Die deutliche Unterschreitung wird dankbar begrüßt.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dat Glück heff ik eigentlich immer, dat bi min Deel Höchstredetieden anseggt wart.

(Heiterkeit)

Schade, Herr Kayenburg ist in diesem Moment nicht da; ich möchte nämlich gern noch einmal auf seine Rede von heute morgen zurückkommen und hätte gern eine oder zwei Bemerkungen dazu gemacht.

Erstens: Kollege Zahn, der heute morgen im Zusammenhang mit meinem Namen genannt worden ist, ist

(Ministerin Heide Moser)

für die **feste Beltquerung**. Ich aber bin nach wie vor ein Gegner der Fehmarnbeltquerung,

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nicht nur vier Fährschiffe stillgelegt werden, sondern weil davon auch 800 Familien betroffen und damit arbeitslos werden. Dies ist für mich eine Begründung zu sagen, wir müssen das nicht haben.

(Zurufe von der CDU)

Zweitens fordern wir laufend den Ausbau der A 20, die westliche Elbquerung, einen Tunnel westlich von Hamburg, die Fehmarnbeltquerung und auch den sechsbahnigen Ausbau der A 7. Ich frage mich wirklich: Sind wir in der italienischen Lirewährung, daß wir alles so ad hoc bezahlen können? Ich glaube nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zurufe von der CDU: Nein! - Weitere Zurufe
und Heiterkeit)

- Ich schlage vor, wir machen eine Prioritätenliste und arbeiten sie Zug um Zug ab, und dann kommen wir auch zum Ziel.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -
Zurufe von der CDU)

Das, was wir heute morgen debattiert haben, war ein Wunschkatalog. Es ist ja nicht so, daß einfach nur die feste Beltquerung gemacht werden kann, sondern es muß auch die gesamte Infrastruktur bis Lübeck mitgestaltet werden. Da gibt es doch nichts. Die Autobahn muß gebaut werden. Die Schiene muß ausgebaut werden. Das alles fehlt noch.

(Zurufe von der CDU: Zum Thema!)

Das können wir doch alles gar nicht bezahlen.

Ich komme nun zum Thema.

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg
[CDU])

- Nein, nein, Kollege Eichelberg, das mußte einmal gesagt werden. Das hilft nichts.

Wir haben den Antrag deshalb gestellt, weil wir festgestellt haben, daß in Zukunft mehr Güter auf die Schiene müssen. Es wurde heute morgen schon in der Debatte erklärt, daß einige Straßen nicht mehr in der Lage sind, die **Verkehrszuwächse** aufzunehmen.

Wenn die Prognosen der EU stimmen, daß wir in etwa zehn bis 15 Jahren die doppelte Verkehrsmenge an Frachtgütern zu verkraften haben, sind wir uns

nach dem, was ich vorhin gesagt habe, glaube ich, einig darüber, daß wir die notwendigen Straßenbaumaßnahmen überhaupt nicht finanzieren beziehungsweise durchführen können - auch vom Zeitfaktor her nicht.

(Widerspruch bei der CDU)

Insofern ist hier die Bahn in Zukunft stärker gefordert, und dies muß auch unser Ziel sein. Daran kommen wir einfach nicht vorbei. Nun wollen wir nicht einfach argumentieren, wie senken einfach die Streckenpreise, um damit die Bahn konkurrenzfähiger gegenüber dem Straßengüterverkehr zu machen. Denn es wäre sicherlich zu einfach, wenn es dabei nur zu einem Kostenausgleich bei der Bahn käme. Dies kann es nicht sein. Ich denke, wir müssen auch über folgendes nachdenken: Wenn die Bahn einem fairen **Wettbewerb** ausgesetzt werden soll, muß der Straßengüterverkehr entsprechend verteuert werden. Ich glaube, da hat die Schweiz einen sehr guten Schritt getan, wenn ich auch meine, daß dieser Schritt nicht unbedingt ad hoc kommen muß, sondern langsam gegangen werden muß. Er muß aber getan werden, weil wir sonst das Problem nicht lösen können; wir saufen dann im Verkehr einfach ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Man kann im übrigen auch zu der Annahme kommen, daß zur Zeit die Streckenpreise der Bahn künstlich hoch gehalten werden, weil die Bahn natürlich fürchtet, Konkurrenz zu bekommen, Konkurrenz insofern, daß private Unternehmen auf die Schiene gehen.

Auch hierfür gibt es erste Anzeichen. Die BASF zum Beispiel wird ihren Güterverkehr in Zukunft mit eigenen Zügen bewältigen, die Post und der United Parcel Service werden dies auch tun. Ich denke, wenn wir eine Umstrukturierung der Streckenpreise herbeiführen können, dann kommen auch mehr Güter auf die Schiene, und dann passiert genau das, was wir wollen.

Zu dem zweiten Teil des Antrages muß ich sagen: Tatsächlich müssen **Fernverkehr** und **Regionalverkehr** besser aufeinander abgestimmt werden. Nur so haben wir die Chance, vernünftige Fahrpläne und eine bessere Streckenausnutzung zu erhalten und vor allem auch zu erreichen, daß mehr Menschen die Eisenbahn benutzen.

(Gerhard Poppendiecker)

Da mir meine Zeit schon wieder wegläuft, noch schnell ein kleines Gedicht:

„Es gibt ‘ne Firma, die heißt Bahn.
Doch vorwärts streben, da geht keiner ran.
-Da kommt ein Mann in ein Büro,
dort sitzt ein anderer einfach so.“

Der erste sagt: Guten Morgen. Mehr sagt er nicht.

Da sagt der andre: Das geht so nicht.
Dies zeigt ganz deutlich das Problem:
Bei der Bahn wird so in Zukunft auch nichts geh'n.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Doch wir, das Parlament, stehen in den Hufen,
um gemeinsam der Bahn laut zuzurufen:
Kommt endlich raus aus eurem Trott;
denn sonst wird diese Firma niemals flott!“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder schön zu erfahren, daß SPD und Grüne ihre eigene Landesregierung zum Handeln auffordern müssen, aber das sind wir ja gewohnt. Außerdem meine ich, daß dieser Antrag, wenn er so umfassend gemeint ist, wie Herr Poppendiecker dies vorgetragen hat, besser in den Bundestag gepaßt hätte. Dann hätten Sie Ihre Bundestagsabgeordneten auffordern können, und dann wäre es besser gelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Nun zum Inhalt. Beim Durchlesen des Antrages fragt man sich schon, ob die Kollegen Hentschel und Schröder, die unterschrieben haben, wirklich der Meinung sind, daß die Straßen von den Nutzern nicht bezahlt werden, während die Bahn hohe **Trassenpreise** zahlen muß. Wissen Sie nicht, daß Mineralöl- und Kfz-Steuern mehr als die Kosten decken, die für Straßenbau und Straßenunterhaltung aufgewandt werden?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt nicht! Das sagt der ADAC, aber der ist ja nicht Ihre Partei! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Das ist eine Legende! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ihre Redebeiträge stehen noch aus. Sie kommen noch an die Reihe.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Das ist keine Legende. - Sie wissen sicherlich, daß sogar die **Regionalisierungsmittel**, die nach Schleswig-Holstein fließen, auch aus der Mineralölsteuer kommen und daß damit der ÖPNV im Lande gedeckt wird. Das bedeutet für Schleswig-Holstein immerhin 330 Millionen DM, und das wissen Sie auch.

Ihre Forderungen, meine Damen und Herren, daß zum Beispiel ICE-Züge zwecks besserer Auslastung als **ÖPNV-Verkehrsträger** eingesetzt werden sollten, sind, würde ich sagen, der Sache weniger dienlich und eher kontraproduktiv. Denn die Zeitverzögerungen treiben nicht nur die letzten Langstreckenfahrergäste aus den Zügen. Sie wissen vielmehr ganz genau, daß derartige Zeitverzögerungen auch von der Kapazität her gar nicht zu verkraften sind.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Eigentlich sollten Sie auch wissen, daß die Haupttrassen von Hamburg nach Süden und nach Westen überhaupt keine zusätzlichen Zugkapazitäten mehr aufnehmen können. Das heißt, Sie müßten eigentlich den Vorschlag machen, die Trassen in Deutschland in erheblichem Umfang auszubauen. Das übersteigt nun wirklich die Kompetenzen unseres Landes.

Sie sollten sich um die Dinge kümmern, die heute morgen bereits angesprochen wurden, und die Engpässe zum Beispiel auf den Trassen Lübeck - Hamburg sowie Hamburg - Neumünster beseitigen, über die die Skandinavier schon sehr verärgert sind.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das ist doch unstrittig!)

- Dann fordern Sie das auch! - Wenn Sie in Ihrer Begründung des Antrages die Ergebnisse der Ausschreibungen von 17 % der **Streckennutzung** für einen großen Erfolg halten, so verwundert uns von der CDU dies schon. Denn es ist nicht nur eine geringe Kostenreduzierung dabei herausgekommen, sondern man muß feststellen, daß gerade die Landesregierung den Wettbewerb verhindert, indem sie die Kooperation von DEG und DBZugBus erzwingt und

(Gerhard Poppendiecker)

auf der Strecke Hamburg - Lübeck für 20 Jahre auf Ausschreibung verzichten will.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Ihr solltet euch besser informieren!)

- Ich bin bestens informiert.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Es geht nicht um die U 1! Das ist der Unterschied!)

- Da Sie sich ja mit der Strecke Hamburg - Fehmarn so gut auskennen: Uns ist beispielsweise Anfang des Jahres zugesagt worden, daß der Ausbau beginne. Ich merke davon aber überhaupt noch nichts. Ich weiß auch nichts von den modernen Zügen. Diese sind in der Kompetenz Schleswig-Holsteins. Davon habe ich noch nichts gehört. Wenn Sie in der Vergangenheit die Zeitung richtig gelesen haben, dann wissen Sie, was für ein Skandal auf dieser Strecke zur Zeit zu verzeichnen ist.

(Beifall bei CDU und der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Übrigens: Wenn Herr Hay und Herr Minister Bülcck erkennen, daß der Ausbau der Strecke Hamburg - Fehmarn von den Dänen sehr gewünscht wird, so muß ich mitteilen, daß mir die Dänen etwas anderes gesagt haben. Sie sind erst einmal daran interessiert, daß der Verkehr über die neue Strecke, über die **Querung des Großen Belts**, läuft, um hinsichtlich der dortigen Investitionen zu rentablen Ergebnissen zu kommen. Der Druck von dort ist also überhaupt nicht vorhanden.

Im Antrag wird über die Metropolregion Hamburg gesprochen, die baltische Familie wird gelobt, und es ist die Rede von der **Zusammenarbeit mit Skandinavien**. Es gibt aber auch einen Schienennahverkehrsplan, der kleine Bahnstrecken wieder mit Leben erfüllen soll. Ich meine, wir sollten erst einmal untersuchen, wie sich unser Land in Europa positioniert und wie die europäischen Anforderungen an unser Land aussehen. Daraus kann sich dann unter anderem ergeben, wie die bahnpolitischen Zielsetzungen aussehen müssen. Das ist wichtiger als kleinkariertes Denken, so wie es mit diesem Antrag vorgeführt wird.

Es ist eigentlich gar nicht einzusehen, daß wir uns in den Ausschüssen lange über Fahrradwege und Halte von Regionalzügen in Dithmarschen streiten, während die anderen Länder Fakten schaffen. Gehen Sie einmal nach Mecklenburg. Das ignorieren wir ja immer. Dort wird Erhebliches für die Trassen und für die Häfen getan. Dort orientiert man sich an den Anforderungen Europas. Ich meine, damit sollten auch

wir anfangen, denn hiermit beginnt die Zukunft unserer Kinder.

Wir lehnen den Antrag ab.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe bei der CDU)

- Keine Angst! - Herr Eichelberg, ich gehe zu Beginn auf einige Ihrer Punkte ein.

Die Schieneninfrastruktur ist Aufgabe des Bundes. So ist es in der neuen Eisenbahnreform vorgesehen. Mecklenburg bekommt seine Strecken bezahlt. Es ist ein Skandal, daß Schleswig-Holstein beim Ausbau der Strecken gezwungen wird zuzuzahlen und diesbezüglich permanent von der Bahn erpreßt werden konnte.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sollten nicht Äpfel mit Birnen verwechseln!)

Es ist ein Skandal, daß Schleswig-Holstein bei der Strecke Hamburg - Lübeck wiederum zuzahlen muß. Dies ist dadurch zustande gekommen, daß die **Bahnreform** einen wesentlichen Fehler enthält. Aus grüner Sicht ist es ein wesentlicher Fehler, der Bundesbahn, die in Konkurrenz zu anderen Bahnen treten soll, als Monopolisten die Strecken zu geben. Das ist ein Konstruktionsfehler. Ich habe es hier schon einmal gesagt: Es ist so, als ob ich Mercedes die Autobahn übereigne und Mercedes dann entscheiden kann, daß zunächst nur Mercedes-Fahrzeuge fahren dürfen und daß, wenn Platz ist, auch einmal VW oder andere Fahrzeuge fahren dürfen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was haben Sie für die Reklame bekommen?)

Diese Situation haben wir zur Zeit bei der Bahn, und ich halte sie für falsch.

Leider haben wir bei der Erarbeitung des Koalitionsvertrages nicht erreichen können, daß dies geändert wird.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Martin Kayenburg [CDU]: Ganz schön schwach!)

Wir haben aber erreichen können, daß eine Unabhängigkeit der Organisation angestrebt werden soll.

(Uwe Eichelberg)

Hierüber werden in den nächsten Wochen Gespräche geführt werden.

Ich glaube weiterhin, daß wir in der Finanzierungsfrage tatsächlich dazu kommen müssen, daß zwischen Straße und Schiene gleichwertige Bedingungen herrschen. Natürlich muß auch ein privater Güterzugunternehmer für einen Diesel Steuern bezahlen. Aber er zahlt Trassengebühren, Mautgebühren, die bei der Straße nicht vorgesehen sind. Es ist sinnvoll, hier zu einer Gleichstellung zu kommen. Wäre es bereits zu einer Gleichstellung gekommen, würde auf den großen Strecken schon seit langem die Situation eingetreten sein, daß der Zug viel rentabler ist. Wir erleben diese Situation in den USA.

Das gleiche gilt auch für den **Personenverkehr**. Wenn es Abstimmungsprobleme zwischen dem Fern- und dem Nahverkehr gibt, erhalten wir von seiten der alten Bundesbahn die alte Antwort: Das sind zwei Produkte. Was interessiert den Kunden, ob dies zwei Produkte sind? Den Kunden interessiert, daß der Verkehr läuft. Wenn das Land bereit ist, für den DB AG-Fernverkehr zuzuzahlen, damit die ICEs, die auf den Endstrecken in Schleswig-Holstein nicht voll ausgelastet sind, für den Pendlerverkehr nach Hamburg geöffnet werden, dann hätten wir die Situation, daß sofort und ohne einen zusätzlichen Zug auf den Hauptstrecken Schleswig-Holsteins ein 30-Minuten-Takt eingeführt würde.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wo lassen Sie die Güterzüge?)

- Ich sagte gerade, daß wir keinen einzigen zusätzlichen Zug bräuchten und trotzdem einen 30-Minuten-Takt hätten. Zur Zeit fahren zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein drei bis vier Züge pro Stunde, aber immer mit unterschiedlichen Produkten. Das ist das Hauptproblem, das wir im Moment haben, weil die Bahn in den Verhandlungen zu unflexibel ist.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

In Mecklenburg hat die Bundesbahn übrigens mittlerweile eine Ausnahme gemacht und eine Ausnahmegenehmigung erteilt. In Schleswig-Holstein bekommen wir sie nicht. Ich weiß aus Gesprächen mit der Regionalbahn, der DB Zug AG, die sich sehr um Flexibilität und Eigenständigkeit bemüht, daß es mit der Bundesbahnzentrale immer wieder Probleme gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Schmitz-Hübsch?

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Herr Hentschel, was glauben Sie, wie viele Kieler Bürger zusätzlich den Zug nehmen werden, wenn sie von Kiel nach Hannover fahren wollen und sie zwischen Kiel und Hamburg grundsätzlich mit der Bummelbahn fahren müssen?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, daß die Zahl der Bürger, wenn sie von Kiel nach Hannover fahren, unverändert bleibt, wenn wir die ICEs, die in Schleswig-Holstein nicht voll ausgelastet sind, auch für den **Regionalverkehr** öffnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nicht, daß das Auswirkungen auf die Zahl der Fahrgäste hat. Die Untersuchungen sagen umgekehrt, daß es - wenn ich zwischen Hamburg und Kiel einen Halbstundentakt einführen würde - für die Anzahl der Fahrgäste die wirksamste Maßnahme wäre, die man in Schleswig-Holstein machen könnte. Das hätte von allem die größten Zuwächse.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gleiche gilt für Lübeck. Mein Traum ist es, daß wir folgendes haben: Die Fern-ICEs, die heute in Hamburg enden, werden in Zukunft als Flügelzüge fahren - das ICE-3-Modell und der neue ICT erlauben das ja. Die Züge trennen sich in Hamburg, und die eine Hälfte fährt nach Kiel und die andere nach Lübeck. Dann hätte man in Schleswig-Holstein einen ganz anderen Verkehr, eine direkte Anbindung an fast alle Regionen in Deutschland und einen optimalen Verkehr. Der muß dann natürlich gemeinsam vom Land und der Bundesbahn AG finanziert werden.

(Glocke des Präsidenten)

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, will ich Besucher begrüßen. Auf der Tribüne sind jetzt Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften der Berufsschule Bad Segeberg eingetroffen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

(Karl-Martin Hentschel)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

(Martin Kayenburg [CDU]: Nun rücken Sie das mal wieder gerade! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das schafft sie nicht!)

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kayenburg, ich muß Herrn Hentschel ausgesprochen recht geben, wenn er sagt, der Halbstundentakt wäre genau das, was wir in der Nord-Süd-Richtung in Schleswig-Holstein bräuchten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Gerhard Poppendieker [SPD])

Allerdings ist das nicht umsonst zu haben. Ich nehme an, daß das auch der Kollege Hentschel weiß.

Rund 80 Milliarden DM haben Autofahrer im letzten Jahr durch Mineral- und Kfz-Steuer zum Staatshaushalt beigetragen. Im Gegenzug wurden im selben Zeitraum etwa 35 Milliarden DM für Bau, Unterhalt und Reparaturen von Straßen ausgegeben. Vor diesem Hintergrund halte ich die Behauptung, Straßen werden den Nutzern kostenlos zur Verfügung gestellt, für sehr gewagt, um es einmal ganz vorsichtig auszudrücken.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Wer einen unmittelbaren Vergleich zwischen **Trassen- und Straßenpreis** will, muß Mineralöl- und Kfz-Steuer abschaffen und ein Road-pricing-System einführen, Herr Kollege! Wenn Sie das wollen, Herr Hentschel, dann müssen sie das klar und deutlich sagen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Bahn muß auch Steuern zahlen!)

- Natürlich muß die Bahn Steuern zahlen, aber es geht hier doch um Trassenpreise. Ich glaube, Sie haben Ihren eigenen Antrag nicht gelesen. Es geht um Trassenpreise und nicht um Streckenpreise.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das hat er noch nicht kapiert! - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lieber Herr Kollege, in Ihrem Antrag stehen Trassenpreise, und dazu spreche ich. Und wenn wir über Trassenpreise sprechen, dann müssen wir doch auch über Straßenpreise sprechen, um das überhaupt vergleichen zu können. Einverstanden? - Gut!

(Beifall bei der CDU)

In einem zweiten Schritt kann man sich dann über die Preisbildung für das Schienennetz unterhalten. Darüber, was Sie unter einer Umgestaltung der Trassenpreise verstehen, werden wir uns - das nehme ich jedenfalls an - noch ausführlich im Wirtschaftsausschuß unterhalten müssen. Ich beantrage jedenfalls für meine Fraktion Überweisung an den Wirtschaftsausschuß.

Ihre Vorstellung quasi administrierter Preise - und nichts anderes verbirgt sich hinter dem Begriff Umgestaltung - ist nur dann gerechtfertigt, wenn es sich beim Schienennetz um ein natürliches Monopol handelt, das heißt, wenn hohe Fixkosten und niedrige Grenzkosten vorliegen. Setzt man dies voraus - und ich glaube, das tun Sie -, dann trifft es in der Tat zu, daß der Preis seine Rolle als Knappheitsindikator in dieser Marktform gar nicht übernehmen kann. Eine Diskussion hierüber darf jedoch nicht vorbelastet sein von der Vorstellung, man brauche bloß die Mineralölsteuer wieder einmal kräftig zu erhöhen, alles andere werde sich dann schon finden.

Für den zweiten Punkt des Antrages habe ich übrigens durchaus Sympathie. Ganz so einfach - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, und zwar auf allen Plätzen!

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Ganz so einfach, wie Sie es sich vielleicht wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, läßt sich das aber noch nicht bewerkstelligen. Wir sollten uns nichts vormachen. Die DB AG stellt mit Sicherheit ihre **Fernzüge** nicht auf den schleswig-holsteinischen Regionalverkehr ein.

Wer von Ihnen glaubt denn ernsthaft daran, daß sich der ICE von Zürich nach Kiel ab Hamburg Dammtor auf die Regionalbahnen nach Heide oder Itzehoe einstellt? Gleiches gilt natürlich auch für alle Intercity- beziehungsweise Eurocityzüge im Fernverkehr der DB AG.

Ein weiteres Problem ist die Benutzung der Fernzüge auf den Endstrecken in Schleswig-Holstein als regionales Verkehrsmittel. Was auf den ersten Blick - ich gebe das zu - sehr plausibel klingt, kostet bei genauem Hinsehen Geld, und zwar das Land. Für den **Regionalverkehr** - und ein Zug, auch ein ICE, der im Regionalverkehr ab Hamburg eingesetzt würde, ist

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Regionalverkehr - zahlt das Land nach dem Grundsatz: Wer bestellt, der bezahlt auch.

Die von Ihnen geforderte bessere Abstimmung ist daher leicht zu Papier gebracht. Hingegen dürfte sich die Umsetzung deutlich schwieriger gestalten.

Selbstverständlich stimmt die F.D.P.-Fraktion der Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zu. Ich habe das bereits gesagt. Herr Kollege Hentschel, selbstverständlich sind wir auch bereit, Ihren Antrag sehr konstruktiv zu begleiten und mitzuberaten. Ich sehe allerdings - wie schon gesagt - in der Umsetzung erhebliche Schwierigkeiten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit über vier Minuten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielen Dank für die Zeitersparnis! Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW kann die Zielrichtung des Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN voll unterstützen. In der Tat gibt es Handlungsbedarf im Bahnverkehr Schleswig-Holsteins und hierbei insbesondere im Regionalverkehr. Der Landtag hat sich in der Vergangenheit schon des öfteren für eine Stärkung des Bahnverkehrs eingesetzt. Beispielsweise haben wir uns für eine Lösung des Engpaßproblems im Schienengüterverkehr, das durch die **Öffnung der Großen-Belt-Querung** entstehen könnte, eingesetzt.

Der SSW hat den ersten landesweiten Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr vom Juni 1997 begrüßt und als eine Chance für den regionalen Bahnverkehr begriffen. Obwohl die LVS schon die Ausschreibung von drei Teilstrecken vorangetrieben hat, muß ich zugeben, daß beim SSW eine gewisse Ernüchterung über die zukünftigen Möglichkeiten des Schienennahverkehrs im Landesteil Schleswig eingetreten ist.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es! Genau!)

Wir hatten unsere Hoffnung darauf gesetzt, daß langfristig eine Wiedereröffnung zum Beispiel der Bahnstrecke Flensburg - Niebüll möglich sein würde, und auch, daß in Flensburg bis zum Jahre 2010 die Bahnhöfe ZOB und Wilhelmental eröffnet werden könnten. Sogar eine Wiedereröffnung der Strecke Niebüll - Tønder für den Personenschienenverkehr -

der Güterverkehr fährt ja wieder auf dieser Strecke - schien nicht unmöglich.

Eine wirkliche Wiederbelebung des **Schienenpersonennahverkehrs** im Landesteil Schleswig schien durch die vom Bund durchgeführte Bahnreform und Regionalisierung des Regionalbahnverkehrs in Reichweite. Diese Pläne und Optionen stehen zwar weiterhin im Landesweiten Schienennahverkehrsplan, ob sie aber angesichts der jetzigen Rahmenbedingungen umgesetzt werden können, bezweifle ich.

Die Bilanz der ersten knapp drei Jahre dieser **Privatisierung des Bahnverkehrs** zeigt uns nämlich, daß die Hürden für die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs nicht nur in Schleswig-Holstein und nicht nur im Landesteil Schleswig, sondern im ländlichen und bevölkerungsarmen Bereich insgesamt sehr hoch sind.

Das Ziel, auch im Schienenverkehr Wettbewerb herzustellen, ist an sich vernünftig, wird aber nach Ansicht des SSW zum Bumerang, wenn nicht gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen Verkehrsträgern herrschen. Daß dies nicht der Fall ist, wissen wir alle. Besonders problematisch wird diese Situation in Gegenden mit kleiner Nachfrage und schlechteren Ausgangsbedingungen in Form von heruntergekommenen Bahnhöfen und schlechten Verbindungen.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Privatisierung der vormals staatlichen Bahnbetriebe sowohl in Dänemark als auch in anderen Ländern zeigen, daß die abgelegenen ländlichen Regionen dabei die Verlierer sein werden und keinen vernünftigen Anschluß ans Schienennetz bekommen.

Im Netzbereich ist das Monopol mit der Überführung des **Schienennetzes** von der Bundesbahn auf die Bahn AG aufrechterhalten worden. Deshalb kann der Verdacht von zu hohen Trassenpreisen nicht von der Hand gewiesen werden, und eine Senkung scheint uns geboten zu sein.

Dazu kann eine bessere Abstimmung zwischen dem Fernverkehr und dem Regionalverkehr, wie sie auch von der Organisation Pro Bahn gefordert wird, die wirtschaftliche Attraktivität erhöhen und das Angebot der Bahn verbessern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die Umsetzung beider Forderungen wäre somit ein kleiner Schritt nach vorn, kann aber von der Landesregierung nur begleitet werden. Die Entscheidungsträger sitzen woanders.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Langfristig kann ein Ausbau des Schienenverkehrs, wie wir ihn uns wünschen, nur verwirklicht werden, wenn zum einen durch eine **ökologische Steuerreform**, die diesen Namen dann auch verdient, wirklich gleiche Wettbewerbsbedingungen für den umweltfreundlichen Verkehrsträger Schienenverkehr erreicht werden und zum anderen mehr Investitionen für eine **Modernisierung des Schienenverkehrs** bereitgestellt werden. Zum Nulltarif ist das nicht zu bekommen.

Mit dem Straßenverkehr kann der Schienenverkehr nur mit attraktiven Angeboten sowohl mit Blick auf den Preis als auch mit Blick auf den Service für die Kunden konkurrieren.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich stimme der Ausschußüberweisung natürlich zu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag muß ich Herrn Abgeordneten Hentschel erteilen.

(Heiterkeit - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich mache es kurz! - Meinhard Füllner [CDU]: Ihre Krawatte sitzt schief!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, es ist in der Tat nicht so, daß wir zusätzliche Kosten haben, sondern in unserem Landesweiten Schienennahverkehrsplan steht ja der Halbstunden-Takt. Nur, der Halbstunden-Takt kommt uns natürlich viel teurer, wenn wir zusätzliche Züge fahren lassen müssen, als wenn wir uns nach dem Mecklenburger Modell beteiligen. Die Mecklenburger machen das ja. Die Genehmigung für Schleswig-Holstein ist zur Zeit nicht möglich.

Das heißt, wir würden gegenüber dem, was sowieso geplant ist, Geld sparen. Das ist die Idee, die dahintersteckt.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann erteile ich jetzt Herrn Minister Bülck das Wort.

(Beifall des Abgeordneten Torsten Geerds [CDU])

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fünfminütigen Redezeit möchte ich mich dem Thema „Stärkung der Position des Bahnverkehrs“ nähern, indem ich speziell auf die Fragestellung Trassenpreise und Auslastung der Züge eingehe. In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein brauchen wir ein attraktives Verkehrssystem, das alle Verkehrsträger optimal miteinander vernetzt und so als positiver Standortfaktor wirken kann.

Im Bereich der Bahn hat das Jahrhundertwerk **Bahnstrukturreform** die Weichen für ein modernes Unternehmen Bahn gestellt. Für den Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein war die Konsequenz: Das Land hat hier Verantwortung übernommen, und in diesem Bereich ist auch schon eine Menge passiert.

Der Landesweite Schienennahverkehrsplan hat zu einer deutlichen Verbesserung der Vernetzung geführt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau!)

Die Umsetzung seiner Maßnahmen ist auf gutem Weg. Das ist nicht zuletzt wichtig wegen der großen Zahl von **Berufspendlern**, die wir in Schleswig-Holstein haben. 183 von 1000 Arbeitnehmern sind in Schleswig-Holstein Berufspendler, und damit nimmt unser Land im bundesrepublikanischen Vergleich eine Spitzenposition ein. Daher wird die Landesregierung weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun, um den **Schienenpersonennahverkehr** attraktiv zu gestalten.

Eines sei hierzu aber auch gesagt: Zuverlässigkeit und Service liegen eindeutig im Verantwortungsbereich des Unternehmens selbst.

Doch nun konkret zum Problem der **Trassenpreise!** Ich sage klipp und klar: Die Bahn muß sich durch unternehmerisches Handeln weitere Kostenspielräume verschaffen. Insbesondere die Querfinanzierung zwischen den einzelnen Bereichen muß aufhören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD - Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Voraussetzung für eine wirtschaftlich faire Konkurrenz ist, daß die externen Kosten des Verkehrs in vernünftiger Weise den einzelnen Verkehrsnachfragern und den Verkehrsverursachern angelastet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

(Anke Spoorendonk)

Oder anders ausgedrückt: Wir müssen uns auch den Preis für die Nutzung der Straße angucken - ich denke da besonders an die Lastkraftwagen - und vielleicht so umgestalten, daß der Preis für die Nutzung der Schiene attraktiv wird.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nur nach billigen Trassenpreisen auf der Schiene zu rufen, würde zu kurz greifen, ist aber eine wesentliche Voraussetzung.

Schon seit längerem wird europaweit über die sehr unterschiedlichen Trassenpreise und Zugangsrechte in den einzelnen Mitgliedstaaten diskutiert. Nach mehreren Versuchen einer Harmonisierung hat die **EU-Kommission** Mitte dieses Jahres ein **Eisenbahninfrastrukturpaket** beschlossen. Damit soll es jetzt gelingen, die Systeme für die Erhebung von Trassenpreisen und die Zugänge zur Eisenbahninfrastruktur in Europa zu harmonisieren. Der Bundesrat wird sich in der nächsten Woche mit dieser Vorlage befassen.

Es wird von allen Verkehrsministern eine kritische Stellungnahme insbesondere zu dem Problem der staatlichen Subventionierung von Trassenpreisen geben. Diese Stellungnahme geht auf einen Antrag Schleswig-Holsteins im Verkehrsausschuß zurück.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Denn eine staatlich fixierte Trassenpreisermäßigung eröffnet nur einen Subventionswettbewerb, und den lehne ich entschieden ab.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum zweiten Teil des Beschlusantrages. Auch wenn ich seinerzeit noch nicht im Amt war, so ist mir das Durcheinander, ob nun **Fernzüge** eingestellt werden oder nicht, wohl bekannt. Die Verhandlungen mit der Bahn AG sind noch nicht abgeschlossen. Schleswig-Holstein ist, was die großen Strecken nach Westerland, Flensburg und Kiel anbelangt, weitgehend nicht betroffen. Kritisch ist dagegen die angedachte Lösung für den Knoten Lübeck und für den weiteren Verlauf nach Puttgarden zu sehen. Da muß noch nachgebessert werden. Unser Ziel ist klar: Im Fernverkehr muß es zu einer langfristigen Verlässlichkeit der Fahrzeiten kommen. Es kann nicht angehen, daß jeder Fahrplanwechsel neue Besorgnisse in den Regionen auslöst.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Die Länder sind die größten Kunden der Bahn, und gute Kunden sollte man pflegen.

Die **Optimierung des Fern- und des Nahverkehrs auf der Schiene** steht bei unseren Gesprächen mit der Bahn ganz oben auf der Prioritätenliste. Schon morgen werde ich ein erstes Gespräch mit einem Vertreter des Bahnvorstandes führen. Ich werde Sie, meine Damen und Herren, selbstverständlich über die Ergebnisse dieses Gesprächs informieren. Ein Landtagsbeschluß würde mich sicherlich darin unterstützen, gute Verhandlungsergebnisse mit der Bahn zu erzielen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Ich habe den Antrag auf Überweisung der Vorlage an den Wirtschaftsausschuß - federführend - gehört.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wir wollen abstimmen!)

- Das mag ja angehen, Herr Abgeordneter, nur, es hat diesen Antrag auf Ausschußüberweisung gegeben. Ich habe über die Ausschußüberweisung vorrangig abstimmen zu lassen.

Wer der Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Überweisungsantrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW abgelehnt.

Damit stimmen wir jetzt in der Sache ab. Wer dem Antrag Drucksache 14/1810 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. angenommen. - Gegenstimmen habe ich nicht gesehen. - Stimmenthaltung wird akzeptiert.

(Unruhe)

- Ich bitte auch dort hinten in der Ecke um etwas mehr Aufmerksamkeit.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1813 (neu)

(Minister Horst Günter Bülck)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vom Hamburger **Flughafen Fuhlsbüttel** kann man in einer Stunde nach München fliegen, nach Brüssel oder Kopenhagen, doch die Frage ist: Wie kommt man nach Fuhlsbüttel? - Die Fahrzeit mit dem Auto ist nicht kalkulierbar, eine Schnellbahnanbindung gibt es nicht.

Trotz gemeinsamer Kabinettsitzungen von Schleswig-Holstein und Hamburg, trotz ellenlanger Papiere über die Entwicklung der Metropolregion Hamburg findet das seit Jahrzehnten dringliche Infrastrukturprojekt einer **Schnellbahnanbindung** an den Hamburger Flughafen -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

- keine Aufnahme in das **Leitbild der Metropolregion Hamburg**.

Ziel der gemeinsamen Planung in der Metropolregion Hamburg ist es doch, Infrastrukturprojekte voranzubringen, an denen ein gemeinsames Interesse besteht und die nur in einem Miteinander verwirklicht werden können. Die Schnellbahnanbindung des Flughafens könnte ein Paradebeispiel für ein Handeln in der Metropolregion Hamburg sein, das sich an den Interessen der Region orientiert.

Wir brauchen die Schnellbahnanbindung, auch wenn es eine Anbindung an einen - von einigen hier im Haus - ungeliebten Flughafen ist. Der bereits gemeinsam beschlossene Antrag - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Müller und Herr Abgeordneter Weber, Zwischenrufe sind guter parlamentarischer Brauch, aber nicht in Form einer Unterhaltung über die Reihen hinweg!

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Der gemeinsam beschlossene Antrag hat bis jetzt keinen konkreten Erfolg gezeigt, daher die erneute Thematisierung in diesem Haus. Von mir ist die Frage der Schnellbahnanbindung auf der letzten Sitzung des **Planungsausschusses der Metropolregion Hamburg** angesprochen worden. Die Hamburger Grünen - und nur diese - haben sich dagegen gewandt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Anbindung ja, aber keine Schienenanbindung - das war die Aussage.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

- Herr Hentschel, das ist nicht wahr. Sie sind nicht dagebewesen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin aber sicher!)

- Nein, das waren Sie nicht. Die Hamburger Grünen haben eindeutig gesagt - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich kenne das Positionspapier!)

- Das mag sein, daß Sie das in dem Positionspapier drin haben, im Leitbild steht eine schienengebundene Anbindung des Flughafens nicht drin; und auf meine Frage in der Sitzung des Planungsausschusses ist von den Hamburger Grünen deutlich gesagt worden, ihnen reiche eine Anbindung, eine Schienenanbindung wollten sie nicht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das gibt es überhaupt nicht! Ich kenne das Positionspapier der Hamburger Grünen!)

- Das interessiert mich nicht. Mich interessiert nicht ein Positionspapier, sondern mich interessiert Ihr konkretes Handeln innerhalb des Planungsausschusses. Darauf kommt es an.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit diesem - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Bitte fragen Sie Ihren Kollegen Böttcher, der selbst dagebewesen ist und meine Aussage bestätigen wird.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Stimmt nicht! Den habe ich ge-

(Präsident Heinz-Werner Arens)

rade gefragt, und der hat mir die Unterlagen gebracht!)

Mit diesem Verhalten wird die Intention der Institutionalisierung der Metropolregion Hamburg ad absurdum geführt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich darf darauf hinweisen, daß jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan das Wort hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung, aber das stimmt doch alles gar nicht!)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Mit diesem Verhalten wird die Intention der Institutionalisierung der Metropolregion Hamburg ad absurdum geführt. Wir brauchen diese Schnellbahnanbindung, und sie muß in das Leitbild der Metropolregion aufgenommen werden - nicht als Anbindung, sondern als Schnellbahnanbindung.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen F.D.P.-Antrag zur **Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel** befaßt sich das Hohe Haus erneut mit einer Angelegenheit, die wir - wie ich meine - in der Vergangenheit bereits intensiv bearbeitet haben. Allein 1998 hat sich der Landtag am 13. Januar, der Wirtschaftsausschuß am 4. Februar, 20. Mai, 24. Juni, 16. September - mit Bericht und Beschlußempfehlung vom 21. September - mit der Anbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel beschäftigt. Am 9. Oktober 1998 hat das Parlament einstimmig - ich wiederhole: einstimmig! - folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Landesregierung wird gebeten, sich in weiteren Verhandlungen mit der Freien und Hansestadt Hamburg für eine Schnellbahnanbindung (Stadtbahn oder S-Bahn) des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel an die

schleswig-holsteinischen Schienenverkehre einzusetzen.“

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn trotz dieser an Klarheit nicht zu überbietenden Aussage - das ist eigentlich immer so in diesem Haus - die F.D.P. einen ersten Antrag am 26. November 1998 einbringt, der Einfluß auf die Aufstellung eines Leitbildes für die Metropolregion Hamburg nehmen will, dann ist das trotz des Respekts, den ich gegenüber den beiden Damen habe, die den Antrag eingebracht haben, schon etwas peinlich.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der geht nicht weit genug!)

Mit einem zweiten Antrag vom 8. Dezember 1998, wenige Tage danach, gibt die F.D.P. zu erkennen, daß sie inzwischen gemerkt hat, daß die Aufstellung eines **Leitbildes für die Metropolregion** bereits geschehen ist, und sie sie zur Kenntnis genommen hat, und will nunmehr - in dem zweiten Antrag (neu) - mit allem Nachdruck das bestehende Leitbild der REK um die Schnellbahnanbindung Flughafen Fuhlsbüttel ergänzen.

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg!

So ganz werde ich das Gefühl nicht los, daß ähnlich wie in der gestrigen Debatte - Stichwort Werftenhilfe - von der F.D.P. zunehmend Anträge zu Themen eingebracht werden, die bereits besetzt sind - wie dieses Thema heute - oder erst nach 16 Jahren eingebracht werden - wie gestern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ohne Frage ist die **Schnellbahnanbindung** auch aus schleswig-holsteinischer Sicht von erheblicher Bedeutung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da stimmen wir doch zu!)

Und es ist auch das Ergebnis der umfangreichen Anhörung, die wir gemeinsam durchgeführt haben, daß eine solche Anbindung von einer ganzen Reihe von Fachleuten empfohlen wird. Fakt ist aber auch, daß die **Planungshoheit** für das Vorhaben bei der Freien und Hansestadt **Hamburg** liegt. Hamburg hat auf der Grundlage der Senatsbeschlüsse vom 21. Januar 1997 zur Schienenanbindung des Flughafens und vom 17. Juni 1997 Eckpunkte für ein marktwirtschaftlich orientiertes Handlungskonzept „Hamburger Luft- und Verkehrspolitik“ beschlossen. Außerdem hat der

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Senat die Feststellung getroffen, daß das Planfeststellungsverfahren für eine S-Bahn-Anbindung des Flughafens abgeschlossen wird, und daß Hamburg seine Entscheidung für den Flughafen und die Flughafen-S-Bahn davon abhängig macht, daß der Betriebshaushalt der Stadt ausgeglichen ist.

Es liegen - auch das ist bekannt - zirka 30 Klagen gegen den **Planfeststellungsbeschluß** vor. Ich empfehle daher allen Beteiligten, sich das Plenarprotokoll der 50. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtages vom Januar 1998 noch einmal anzusehen.

(Lothar Hay [SPD]: Ist das die erste Auflage?)

Zum Thema Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel ist dort auf siebeneinhalb Seiten der nach wie vor aktuelle Sachstand zu diesem Thema beschrieben.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung - hier insbesondere Peer Steinbrück - hat immer wieder in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg auf die Bedeutung der Schnellbahnanbindung hingewiesen und über die Gesprächsergebnisse berichtet.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da war doch gar nichts!)

Zuletzt wurde dieses Thema anlässlich der gemeinsamen Kabinettsitzung von Hamburg und Schleswig-Holstein diskutiert und behandelt. Nachzulesen war in der Presse, daß Schleswig-Holstein auch im Zusammenhang mit dem gestern diskutierten Staatsvertrag eine Lösung der Flughafenbindung erwartet. Es hat auch auf parlamentarischer Ebene erhebliche Bemühungen und Kontakte mit Hamburg gegeben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Noch peinlicher wird es, wenn man zum Beispiel das Protokoll der 31. Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 4. Februar 1998 liest. Dort ist nachzulesen, daß der Abgeordnete Schröder das Ministerium bittet zu prüfen, ob man die Anbindung des Flughafens als norddeutschen Großflughafen nicht zu einem Projekt innerhalb des **REK** anmelden könnte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, und?)

Wenn es nur so wäre, daß Sie jetzt für mich beziehungsweise für die SPD-Fraktion den Antrag gestellt hätten, wäre das noch hinzunehmen. Sie haben aber die Prüfung nicht vollendet. Von daher ist dieser F.D.P.-Antrag schlicht und einfach nicht erforderlich.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Im Regionalen Entwicklungskonzept gibt es das **Leitprojekt Nr. 24**, das den stadtverträglichen Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel zum Inhalt hat. Neben vielen anderen Bereichen, wie Erweiterung des Flughafens, Reduzierung der Lärmbelästigung - Stichwort Lärmkontingent, Schallschutzprogramm, Nachtflugbeschränkung - ist natürlich auch die Erreichbarkeit des Flughafens Hamburg Bestandteil dieses Leitprojektes.

(Glocke des Präsidenten)

Am 16. Dezember tagt in Lüneburg die **Regional-konferenz**.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Schröder, kommen Sie bitte zum Schluß!

Bernd Schröder [SPD]:

Auch dort ist es möglich, das Problem der Schnellbahnanbindung voranzutreiben. Es kann also nicht darum gehen, durch immer neue Anträge die Zahl der Leitprojekte im Regionalen Entwicklungskonzept so nach oben zu treiben, daß man Chancen hat, ins „Guinness-Buch der Rekorde“ zu kommen, sondern es muß schlicht und einfach darum gehen, die bestehenden Leitprojekte mit Leben zu erfüllen und umzusetzen.

Der F.D.P.-Antrag ist nicht erforderlich, er ist aber auch nicht schädlich. Damit im beginnenden Landtagswahlkampf - das war gestern auch schon zu merken - keine Legendenbildung einsetzt, werden wir ihm zustimmen. Damit vermeiden wir auch eine nochmalige Behandlung im Wirtschaftsausschuß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lehnert das Wort.

Peter Lehnert [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Kollegin Happach-Kasan, ich habe Ihren Antrag zur Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel mit großem Interesse studiert.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Wie Sie wissen, diskutieren wir das Thema ja bereits zum wiederholten Mal in diesem Hohen Haus. Meine Fraktion hatte hier bereits Anfang des Jahres die Initiative ergriffen, damit der Hamburger Flughafen

(Bernd Schröder)

endlich an den schleswig-holsteinischen Schienenverkehr angebunden wird. Damals jedoch war es die F.D.P., der - ich zitiere aus einer entsprechenden Pressemitteilung - „der tiefere Sinn“ dieser Initiative „verborgen“ blieb.

(Heiterkeit bei CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Sie greifen praktisch unseren Antrag vom Beginn dieses Jahres erneut auf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das habe ich verstanden! - Heiterkeit)

Allerdings wollen Sie nun nicht nur die betroffenen Länder Schleswig-Holstein und Hamburg an einen Tisch bringen, sondern überdies - man höre und staune! - auch noch die Niedersachsen.

Die CDU-Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, daß bei diesem Thema vor allem eines wichtig ist: daß wir jetzt schnell vorankommen und die Anbindung der schleswig-holsteinischen Schienenverkehre an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel zügig realisieren.

In diesem Sinne werden wir auch in Zukunft handeln. Der jetzt von der F.D.P.-Fraktion neu eingereichte Antrag sieht vor, das bestehende **Leitbild der REK-Metropolregion Hamburg** um die Aufnahme einer Schnellbahnanbindung an den Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel zu ergänzen. Daß damit eine Beschleunigung der Maßnahme verbunden sein wird, kann nicht einmal die F.D.P.-Fraktion ernsthaft glauben. Wichtig sind jetzt konkrete Gespräche des schleswig-holsteinischen Wirtschafts- und Verkehrsministers mit seinem Hamburger Kollegen.

Im Rahmen der regelmäßigen guten Kontakte zwischen den Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg hat unser Wirtschaftsminister dieses Thema sicherlich schon angesprochen. Dabei stärkt ihm der einstimmige Beschluß des Landtages vom 9. Oktober dieses Jahres den Rücken.

(Holger Astrup [SPD]: Ja, richtig, einer der vielen Beschlüsse!)

Herr Minister Bülck wird heute sicherlich die Gelegenheit nutzen, uns einen ersten Zwischenbericht über das bisher Erreichte zu geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Also, es ist ein Novum - das haben wir ja schon festgestellt -, daß man einen Beschluß im Landtag, nachdem man denselben **Beschluß** schon zwei Monate vorher gefaßt hat, noch einmal fassen muß.

Es ist aber auch ein Novum, daß der Antrag - nachdem man das gemerkt hat - dahin korrigiert wird, daß man jetzt das REK mit hineinzieht und ich dann feststellen muß - da kann ich nun wirklich nur schmunzeln -, daß das im REK bereits steht. Ich kann auf die **Berichte des REK** - „Metropolregion Hamburg“ - verweisen; ich habe sie alle hier: erstens Bericht über den Stand der Leitprojekte vom November 1998 - ganz neu -,

(Holger Astrup [SPD]: Vorlesen!)

und zweitens habe ich hier auch den Zwischenbericht über die regionale Zusammenarbeit. Ich könnte das jetzt vorlesen.

(Zurufe: Ja, vorlesen! - Heiterkeit)

Überall wird über das Leitprojekt Nr. 24 ausführlich berichtet, in dem der Anschluß an den Flughafen enthalten ist. Also, das war wirklich gelungen!

Jetzt schlage ich folgendes vor. Damit wir richtig Nachdruck in dieser Sache machen, beschließen wir künftig im Landtag jeden Monat einmal über die Sache!

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Und weil wir das in der letzten Landtagstagung im November nicht beschlossen haben, beschließen wir heute über beide Anträge! Das wäre doch klasse!

(Heiterkeit und Beifall)

Jetzt möchte ich aber doch noch einmal auf die Geschichte mit der **GAL Hamburg** eingehen. Es ist in der Tat nicht so - ich weiß nicht mehr, wer dies sagte -, daß die GAL Hamburg der Meinung wäre, daß wir keinen Schienenanschluß brauchen. Es gibt in Hamburg vielmehr eine Diskussion, die übrigens nicht zwischen der GAL und der SPD geführt wird, sondern die im wesentlichen intern zwischen der Hamburger Hochbahn und der S-Bahn um das Konzept stattfindet. Die einen sagen: Wir bauen eine Stadtbahn für 1 Milliarde DM - zwei Linien - quer durch Hamburg; dieses Projekt würde sich nach den Rechnungen wahrscheinlich kostendeckend tragen. Die anderen sagen: Wir bauen dieses 3 km lange Stück für eine halbe Milliarde DM mit Anschluß an den Flughafen als reine S-Bahn. Das brächte dann im

(Peter Lehnert)

Jahr zusätzlich 10 Millionen DM Defizit, die gedeckt werden müßten. Das ist der eigentliche Hintergrund.

Der Unterschied in der Fahrzeit vom Hamburger Hauptbahnhof bis nach Fuhlsbüttel betrage etwa fünf Minuten - also 23 Minuten gegenüber 28 Minuten. Der Vorteil der Stadtbahnlösung läge darin, daß man einige tausend zusätzliche Fahrgäste am Tag bekäme und damit eine Kostendeckung erreichen würde, die bei der S-Bahn-Lösung nicht zu erwarten ist.

Die S-Bahn-Lösung ist nur kostendeckend zu realisieren, wenn sich der Flughafen bereit erklärte, diese Kosten auf die **Flugpreise** draufzuschlagen, das heißt, das müßte über die Flugpreise finanziert werden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und wie kommen Sie aus Kiel dorthin? Wir brauchen doch den Verkehr von hier dorthin!)

Ich sage es ganz deutlich: Wir als Grüne in Schleswig-Holstein sind für beide Lösungen; je schneller eine Lösung kommt, desto besser ist es. Wir überlassen es den Hamburgern, die ideale Lösung zu finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies also zu diesem Thema!

Ich würde mich freuen, wenn wir das in Zukunft so machen würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erspare mir den ersten Absatz meiner Rede; ich denke, die Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion haben allmählich begriffen, daß wir dies alles schon in der Landtagstagung im Oktober diskutiert haben und daß es dazu einen einstimmigen Beschluß gibt.

Ich möchte nur noch einmal deutlich machen, daß es natürlich ein Trauerspiel ist, daß man sich nach Jahren der Diskussion in Hamburg weiterhin lediglich in der Planungsphase befindet. Daß es auch anders geht, zeigt das Beispiel des **Flughafens Kastrup bei Kopenhagen**. Dort sind von der Planungsphase bis zum konkreten Bau einer City-Metro mit Anschluß an Dänemarks größten internationalen Flughafen nur wenige Jahre vergangen, und dies - wohlgemerkt! -, obwohl es natürlich auch in der dänischen Hauptstadt galt, Rücksicht auf berechnete Einwände und Klagen

von Einwohnerinnen und Einwohnern und von Umweltverbänden zu nehmen.

Das Problem ist bei dieser Frage aber nicht unsere Landesregierung, sondern es geht um interne Hamburger Probleme; auch dies ist, wie ich glaube, deutlich geworden.

Jetzt schlägt die F.D.P.-Fraktion vor, daß sich die Landesregierung mit allem Nachdruck dafür einsetzen soll, die gewünschte **Schnellbahnanbindung** in das bestehende **Leitbild des Regionalen Entwicklungskonzepts** „Metropolregion Hamburg“ aufzunehmen. Nach unseren Informationen wäre es aus planerischer Sicht viel vernünftiger, die Aufnahme in den **Handlungsrahmen des REK** zu fordern. Bei dem konkreten Leitprojekt Nr. 24 geht es - der Kollege Schröder sagte dies ebenfalls schon - um das Konzept eines stadtverträglichen Flughafens in Hamburg. Damit sollen die Ansätze, für den Flughafen Hamburg ein der Siedlungsstruktur angepaßtes Konzept zu entwickeln, weiterverfolgt werden. In diesem Leitbild könnte Schleswig-Holstein konkret die Aufnahme eines Konzepts für eine Schnellbahnanbindung an Fuhlsbüttel fordern. Nach unserer Auffassung hätte es jetzt aber nicht zusätzlich dieses neuen Antrags bedurft, um weiterzukommen. Ich denke, der Landtagsbeschluß vom Oktober müßte eigentlich reichen.

Aber wie die anderen Rednerinnen und Redner - vielleicht mit Ausnahme der Kollegin von der F.D.P., Frau Happach-Kasan - möchte ich sagen: Es kann nicht schaden. Wir werden diesen Antrag unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung muß ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort erteilen.

(Zurufe: Ach nee!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwischenrufe aus den Reihen der regierungstragenden Fraktionen haben mich bewogen, doch noch einmal das Wort zu ergreifen,

(Zurufe: Ach nein!)

weil ich es bemerkenswert finde, daß die Kollegin Happach-Kasan in der Lage ist, den Antrag in zwei Minuten zu begründen, der Kollege Schröder aber sieben Minuten brauchte, um zu begründen, warum der **Antrag** eigentlich überflüssig ist.

(Heiterkeit)

(Karl-Martin Hentschel)

Was die Sache selbst betrifft, so habe ich natürlich die Worte des Fraktionsvorsitzenden der SPD von heute morgen noch genau im Ohr, als es um die Frage von Gemeinsamkeiten oder um das Einbringen von Anträgen ging, denen man in der Sache zustimmen kann, auch wenn sie von den anderen Fraktionen kommen.

Ich habe ja vernommen, daß die Anträge der Opposition grundsätzlich entweder zu früh oder zu spät gestellt werden oder eben zu Themen, die bereits besetzt sind; mit anderen Worten: Nach der Auffassung des Kollegen Nabel ist die Opposition überhaupt schlechthin überflüssig.

Wir haben in anderen Fällen - wenn ich daran erinnern darf -, beispielsweise bei der A 20 oder bei unseren wunderbaren Vorstellungen zu Duty-free oder bei unseren wunderbaren Vorstellungen zur Standortsicherung Schleswig-Holsteins wirklich immer wieder - und zwar in Kontinuität, manchmal sogar monatsweise - Anträge wiederholt oder verabschiedet, um erstens die Landesregierung bei ihren Bemühungen dort, wo sie auf dem richtigen Weg war, zu unterstützen oder zweitens sie anzuhalten, die Initiativen zu ergreifen, um sie auf den richtigen Weg zu bringen.

Ich gebe ja zu, daß es kein Problem der Landesregierung Schleswig-Holsteins ist, über das wir uns hier unterhalten. Es ist aber ein Problem des Verhältnisses zwischen **Hamburg und Schleswig-Holstein**.

Ich spreche für meine Fraktion: Ich halte es im nachbarschaftlichen Verhältnis für äußerst unfreundlich, wenn die Hamburger nach unserer Auffassung nicht alle Bemühungen unternehmen, die Bahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel wirklich schnellstmöglich auch im Sinne des Landes Schleswig-Holstein umzusetzen. Nichts anderes soll dieser Antrag bewirken, als hier darauf hinzuweisen.

Deshalb sollten wir ihn - wie ich denke - erneut gemeinsam verabschieden und dann hören, welche konkreten Schritte die Landesregierung Schleswig-Holsteins unternommen hat, um die Hamburger zu einem wunderbaren Einlenken in dieser Frage zu zwingen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Minister Bülck das Wort.

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man gelegentlich im Stau auf der A 7 steht und sein

Flugzeug nur noch im Laufschrift oder vielleicht auch überhaupt nicht erreicht, dann entwickelt man einen Traum, und dieser Traum lautet natürlich: In einer Stunde von Kiel nach Fuhlsbüttel!

Diesen Traum müssen auch andere gehabt haben. Zumindest beweist dies die Antragslage in diesem Hohen Haus.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung setzt sich bereits seit Jahren für eine **Schnellbahnanbindung des Flughafens Hamburg-Fuhlsbüttel** an die schleswig-holsteinischen Schienenverkehre ein. Das ist Fakt.

Fakt ist auch, daß wir uns auf schleswig-holsteinischer Seite alle einig sind, daß dieses Projekt mit Nachdruck verfolgt werden muß. Ich erinnere an den erst vor wenigen Wochen hier im Plenum beschlossenen Antrag der CDU-Fraktion.

Vor wenigen Tagen hat es am Rande der gemeinsamen Kabinettsitzung mit Hamburg erneute Gespräche gegeben.

Sehr geehrte Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion, wenn man Ihren Antrag liest, fragt man sich, ob es mit dem Projekt Schnellbahnanbindung an den Hamburger Flughafen schneller vorangehen würde, wenn wir es ins **Leitbild des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK)** aufnehmen würden. Ich sage Ihnen: Das würde es nicht, und zwar aus einem einfachen Grund. Das Leitbild des REK beschreibt nur einen generellen Zielrahmen für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in der Metropolregion Hamburg. In diesem Leitbild ist aktuell die Rede von einer guten Erreichbarkeit des Flughafens Hamburg.

Konkrete Projekte werden im sogenannten Orientierungsrahmen des REK beschrieben. Mit dem regionalen Leitprojekt „Stadtverträglicher Flughafen“ ist im Handlungsrahmen der Stand der Vereinbarung zwischen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein über die Schnellbahnanbindung des Flughafens dargestellt.

Außerdem wird auf die geltenden Grundsätze der **Leitlinie für eine norddeutsche Luftverkehrspolitik** hingewiesen, die die norddeutschen Küstenländer 1995 beschlossen haben. Zu den dort beschriebenen Maßnahmen gehört auch die Schnellbahnanbindung des Flughafens Fuhlsbüttel.

Zum aktuellen Sachstand! Der Planfeststellungsbeschluß für eine Flughafen-S-Bahn liegt vor. Zur Zeit laufen noch Gerichtsverfahren. An der Planung wird festgehalten. Die Freie und Hansestadt Hamburg

(Wolfgang Kubicki)

macht ihre Entscheidung davon abhängig, daß der Betriebshaushalt der Stadt ausgeglichen ist.

Zum Fazit! Über die Schnellbahnverbindung des Flughafens Hamburg ist schon viel geredet und noch mehr zu Papier gebracht worden. Neue Anträge führen in der Sache nicht weiter. Was wir brauchen, ist ein klares politisches Bekenntnis zu dem Projekt, das der Bedeutung des Flughafens für Hamburg und für Schleswig-Holstein Rechnung trägt. Und das gibt es hier jedoch.

Für die schleswig-holsteinische Landesregierung kann ich mit Bezug auf die Geschichte vom Hasen und Igel nur sagen: Wi sünn al door.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Anträge sind nicht gestellt worden. Ich lasse in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag Drucksache 14/1813 (neu) seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 28 und 31 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Plutonium-/Americium-Funde in der Umgebung des Atomkraftwerks Krümmel

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1814

b) Haltung der Landesregierung zur Betriebssicherheit des Kernkraftwerks Krümmel

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1819

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Wenn das nicht der Fall ist, kann die Landesregierung vorweg berichten. Wenn Sie damit einverstanden sind, werden wir so verfahren. Das Wort zur Berichterstattung hat Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die am 20. November dieses Jahres veröffentlichte Arbeit der Bremer Physikprofessorin Inge Schmitz-Feuerhake mit dem Titel „Bericht über Plutoniumbestimmungen in der Elbmarsch“ hat beträchtliches Aufsehen und eine erhebliche Besorgnis ausgelöst. Grundlage dieser Arbeit ist die Untersuchung von Hausstaub von

Dachböden aus der Elbmarsch und entsprechender Kontrollproben aus anderen Regionen, übrigens im Auftrag der örtlichen Bürgerinitiativen. Der Inhalt der Arbeit ist weitgehend bekannt und auch öffentlich diskutiert worden. Heute abend wird sich „Panorama“ dieses Themas annehmen.

Aus den Meßergebnissen schließt Frau Professor Schmitz-Feuerhake: In der Elbmarsch finde sich **Plutonium** und **Americium** aus dem Atomkraftwerk Krümmel, weil in den Kontrollregionen Americium und Plutonium nicht oberhalb der Nachweisgrenze vorhanden seien. Unterstellt, diese Ergebnisse seien richtig, würden sie möglicherweise eine gravierende Überwachungslücke und unbekannte Emissionen beim Kernkraftwerk Krümmel aufzeigen. Die Aufsichtsbehörde hat deshalb unverzüglich mit einem am Montag, dem 23. November 1998, festgelegten Sofortprogramm reagiert, mit dem eine umfassende Überprüfung dieser Ergebnisse eingeleitet wurde.

Das Handeln der Aufsichtsbehörden wurde weiterhin stark beeinflusst durch einen überraschenden Umstand vom 25. November 1998: Der Leiter der Landesmeßstelle Bremen, Dr. Gerald Kirchner, legte öffentlich und später gegenüber dem Ministerium dar, daß seine in der Arbeit von Frau Schmitz-Feuerhake verwendeten Meßergebnisse eindeutig auf **Waffen-Fallout** hindeuteten, und vor allem, daß er eine Kontrollprobe aus Bremen alphaspektrometrisch untersucht und hierbei ebenfalls Plutonium festgestellt habe.

Angesichts dieses gravierenden Vorwurfs hat Staatssekretär Voigt Frau Schmitz-Feuerhake öffentlich aufgefordert, diese Widersprüche rückhaltlos aufzuklären, und hat Frau Schmitz-Feuerhake und Herrn Kirchner zu einem aufklärenden Fachgespräch am 2. Dezember 1998 in das Ministerium eingeladen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Einbestellt!)

Wenn uns Herr Voigt in wenigen Minuten verläßt, dann nicht etwa aus Desinteresse an dem Thema, sondern weil er sich heute abend der Diskussion mit den Bürgern in der Elbmarsch stellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ich höre, hat Frau Schmitz-Feuerhake abgesagt.

Was Absagen angeht: Bezüglich des anberaumten **Fachgesprächs** am 2. Dezember bat Frau Professor Schmitz-Feuerhake um die Anwesenheit von Professor Wassermann und des wissenschaftlichen Geschäftsführers der Leukämiekommission Dr. Stevenson. Die Bürgerinitiative Leukämie in der Elbmarsch bat um die Teilnahme von Frau Dr. Diekmann. All diesen Wünschen wurde entsprochen. Daneben nah-

(Minister Horst Günter Bülck)

men zwei der beauftragten Sachverständigen des Ministeriums an der Besprechung teil. Frau Professor Schmitz-Feuerhake sagte indessen ihre Teilnahme kurzfristig und ohne Angabe von Gründen ab.

Dr. Kirchner legte seine Messungen am 2. Dezember im Detail dar. Ein unter den Anwesenden abgestimmter Fragenkatalog wurde der Bürgerinitiative und Frau Professor Schmitz-Feuerhake am 3. Dezember schriftlich zugeleitet. Über die Ergebnisse des Gesprächs wurde die Öffentlichkeit am selben Tage unterrichtet. Auf der Grundlage des Fachgesprächs am 2. Dezember 1998 und des zwischenzeitlich erreichten Aktenstandes in der Reaktorsicherheitsabteilung des Ministeriums ergibt sich derzeit folgendes Bild:

Das Gutachten des TÜV Süd, München, zur gesundheitlichen Gefährdung durch den Staub ergibt eine Strahlenbelastung von maximal 1 Mikrosievert pro Jahr bei einer unterstellten Aufenthaltszeit im staubigen Dachboden von 365 Stunden im Jahr. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Bundesamt für Strahlenschutz. Ein Mikrosievert ist ein 300stel des Jahresgrenzwertes der Strahlenschutzverordnung für Strahlenexpositionen durch kerntechnische Anlagen auf dem Abluftpfad. Eine gesundheitliche Gefährdung durch diesen Staub besteht deshalb für keine Bevölkerungsgruppe.

Zur Arbeit von Frau Professor Schmitz-Feuerhake läßt sich beim gegenwärtigen Kenntnisstand sagen, daß die Schlußfolgerung, es müsse sich bei den gefundenen Nukliden um Reaktorplutonium handeln, nicht belastbar ist. Auf Einzelheiten der Widersprüche zwischen Frau Professor Schmitz-Feuerhake und Herrn Dr. Kirchner sowie begründete Zweifel an der Vergleichbarkeit der fünf Kontrollproben will ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen.

Der Bundesumweltminister hat am 4. Dezember einen Zwischenbericht zur Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz übersandt. Dieser Zwischenbericht wurde überdies im Rahmen einer Fachbesprechung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz und dem Ökoinstitut in Darmstadt überprüft und ergänzt. Das Bundesamt für Strahlenschutz teilt die Bewertungen des Energieministeriums zur **Belastbarkeit** der Arbeit von Frau Schmitz-Feuerhake, nämlich, daß die Interpretation der Meßwerte durch Frau Schmitz-Feuerhake einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhält.

Ich will Frau Professor Schmitz-Feuerhake nicht ihr aufrichtiges Bemühen absprechen, die Häufung der Elbmarsch-Leukämiefälle wissenschaftlich aufzuklären. Doch es läßt sich nicht darüber hinwegsehen, daß ihre Untersuchungen - ich nenne hier nur die Stich-

worte Störfallthese, Edelgasthese und Tritiumthese in Zusammenhang mit den Baumscheibenuntersuchungen - meist wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen sind.

Und noch eines: Die Art und Weise, wie die Theorien von Frau Professor Schmitz-Feuerhake öffentlich gemacht werden - meist zu Beginn des Wochenendes mit einem riesigen Medienrummel -, vermittelt nicht gerade den Eindruck höchster wissenschaftlicher Seriosität. Und das auf dem Rücken der unmittelbar Betroffenen, deren nachvollziehbare Ängste - ich habe mehrere Diskussionen mit den Eltern erkrankter Kinder geführt - in zweifelhafter Weise aufgegriffen werden!

(Beifall bei der SPD)

Insgesamt wirft die Arbeit von Frau Professor Schmitz-Feuerhake vor dem bisherigen Ergebnis unserer Überprüfungen die Frage auf, ob die Wissenschaftlerin weiterhin als Sachverständige an strahlenbiologischen Gutachten mitwirken kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wohl kaum!)

Wir werden deshalb ihre Stellungnahme - die haben wir erbeten, weil sie persönlich ja nicht gekommen ist - zu der Kritik an ihrem Gutachten abwarten und dann entscheiden.

Aus allem zieht das Ministerium aktuell folgende Schlußfolgerungen:

Es bleiben derzeit ungeklärte Meßergebnisse bezüglich des Americiums. Diese Meßergebnisse sind nach Einschätzung des Ministeriums derzeit nicht sicher belastbar. Sie begründen deshalb keine Zweifel an der Emissionsüberwachung des Atomkraftwerks Krümmel. Sie müssen aber nachvollziehbar aufgeklärt werden.

Aus diesem Grund hat das Ministerium für Finanzen und Energie entschieden, selbst Staubproben zu nehmen und im Hinblick auf Americium und Plutonium auswerten zu lassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Ministerium, oder wie?)

Nach eigener Überzeugung und im Einklang mit den Kommissionsbeschlüssen muß hier bis zu einer Situation ermittelt werden, die keine Zweifel mehr erlaubt. Außerdem hat die Aufsichtsbehörde am 4. Dezember das Kernkraftwerk Krümmel und die GKSS aufgefordert, künftige Regenwasserproben sowie vorhandene Rückstellproben von 1997 und 1998 auf Americium 241 zu untersuchen.

Ich möchte diese Landtagssitzung nutzen, um zugleich die Ergebnisse einer anderen Untersuchung zur

(Minister Claus Möller)

Belastung der Umgebung des Kernkraftwerks Krümmel mitzuteilen. Dabei wurden **Belastungen der Luft** durch Tritium und Kohlenstoff 14 in der Elbmarsch untersucht. Da sich Tritium und Kohlenstoff 14 in das Holz von Bäumen einlagern, hatten die Kommissionen empfohlen, Jahresringe von Bäumen aus der Elbmarsch und in Referenzgebieten - also weit weg vom Kernkraftwerk - zu untersuchen.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würgassen!)

- Oder auch bei einem anderen Kernkraftwerk; das ist richtig!

Als Ergebnis ist festzustellen, daß keine relevanten Unterschiede zwischen Elbmarschbäumen und den Bäumen in den Referenzgebieten existieren. Die Referenzgebiete waren in Celle und in der Nähe eines anderen Kernkraftwerkes.

Mit Blick auf den Antrag der F.D.P. möchte ich noch zu einigen anderen aktuellen Aspekten der **Betriebs-sicherheit** des Kernkraftwerks Krümmel Stellung nehmen. Das Kraftwerk wurde am 19. Juni zur jährlichen Revision abgefahren. Es sollte nach Plan Mitte August wieder in Betrieb gehen. Es ergaben sich bei der Prüfung und Inspektion allerdings zwei sicherheitsrelevante Mängel, nämlich befundbehaftete Schweißnähte und gelockerte Sicherungsmuttern an zwei Steuerstabantriebsgehäuserohren innerhalb des Reaktordruckgefäßes. Beide Vorkommnisse begründen den langen, noch andauernden Stillstand der Anlage.

Mit Blick sowohl auf die Revision als auch auf die Arbeit von Frau Schmitz-Feuerhake gilt: Voraussetzung für ein Wiederanfahren der Anlage ist, daß die Betriebs- und Störfallsicherheit außer Frage steht. Ist dies der Fall, kann die Zustimmung zum Wiederanfahren nicht verweigert werden.

Ich möchte abschließend zur politische Bedeutung aus der Sicht des Ministeriums für Finanzen und Energie als Aufsichtsbehörde und aus der Sicht der Landesregierung mit dem festen Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie folgendes sagen:

1. Die Debatte um die Seriosität der aktuellen Arbeit und einer kritischen Wissenschaft schlechthin haben allein Frau Schmitz-Feuerhake als Autorin und die BI gegen Leukämie in der Elbmarsch als Auftraggeberin der Studie zu verantworten - ebenso die politische Diskussion unter dem Titel „Freispruch für Krümmel“.

2. Ich weise ausdrücklich den seit Jahren vermittelten Eindruck zurück, es gebe verschwiegene Störfälle

und Leckagen in Krümmel, und die Reaktoraufsicht täte nichts dagegen.

3. Die Abteilung Reaktorsicherheit des Energieministeriums ist eine Behörde mit einem gesetzlich klar festgelegten Auftrag. Sie überprüft die Vorwürfe aus dem politischen Raum ebenso, wie sie die tägliche Aufsicht über die Atomkraftwerke engagiert und präzise ausübt. Entscheidend ist immer, ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten.

4. Mit Blick auf die Opposition ist zu sagen:

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, da die Redezeit abgelaufen ist, frage ich: Wieviel Punkte kommen noch?

(Heiterkeit)

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Drei Punkte! Ich rede auch gleich zu zwei Anträgen, Herr Präsident!

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Mit Blick auf die Opposition ist zu sagen: Die **Leukämiefälle in der Elbmarsch** sind ebenso eine Tatsache wie die naheliegenden Atomanlagen Krümmel und GKSS. Es ist ebenfalls eine Tatsache, daß die **Ursachen** nicht geklärt sind. Angesichts dieser Lage ist es die Pflicht der Landesregierung, an der Ursachenklärung in alle Richtungen weiterzuarbeiten.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber in jede Richtung!)

Die Bevölkerung in der Elbmarsch hat einen Anspruch darauf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In jede Richtung!)

- In jede Richtung! Es ist dann aber auch festzuhalten, wenn Zwischenergebnisse in eine bestimmte Richtung gehen.

5. In der Zuständigkeit des Umweltministeriums läuft zur Zeit die große **Fallkontrollstudie**. In meiner Zuständigkeit sind unter dem Blickwinkel der Reaktorsicherheit im vergangenen Jahr ein strahlenbiologisches und ein anlagentechnisches Gutachten vergeben worden. Sie verfolgen das Ziel, die verbliebenen technischen Widersprüche und Erkenntnislücken zu schließen und zu überprüfen, ob aktuelle Erkenntnisse Anlaß zur Überarbeitung der geltenden Strahlenschutznormen geben.

(Minister Claus Möller)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es gibt viele gute Gründe, aus der **Atomenergienutzung** auszusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Über die regionale Diskussion hinaus sind es zwei Hauptgesichtspunkte:

Eine letztlich nicht beherrschbare Technologie ist - wie ich meine - ethisch nicht vertretbar.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Das immer größer werdende ungelöste Problem des Atommülls und fehlende Zukunftsperspektiven begründen ebenfalls das Ausstiegsziel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, schauen wir mal!)

Daraus ergibt sich im Ergebnis zweierlei: Wir werden die Bundesregierung bei der Umsetzung ihrer Vereinbarung, aus der Atomenergie auszusteigen, nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange Atomkraftwerke betrieben werden dürfen, gibt es eine strenge, ausschließlich sicherheitsorientierte Aufsicht über die Atomanlagen nach Recht und Gesetz. Dafür steht die Reaktorsicherheitsbehörde in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, ich habe das Bengalische Feuerwerk auf Ihrem Rednerpult abstellen lassen, um Sie nicht zu verunsichern. Ich wollte damit nur signalisieren, daß ich auch bei den Fraktionsbeiträgen bezüglich der Redezeiten großzügig sein werde.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich danke Ihnen für den Bericht. Wir kommen zur Aussprache. Ich erteile zunächst Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich denke, er ist Tierarzt!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich broch och nie so lang. - Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Möller, ich möchte eingangs Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen Dank für den Bericht

aussprechen. Zunächst einmal kann man feststellen, daß die Abteilung Reaktorsicherheit und Herr Staatssekretär Voigt nach Kenntnisnahme aus der Presse - nicht aus dem Gutachten selber - unverzüglich und angemessen reagiert haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen einer Wahr-Unterstellung wurde eine **Eiluntersuchung** in Auftrag gegeben, um der Frage nach einer möglichen gesundheitlichen Auswirkung nachzugehen.

Dann wurde insbesondere der Frage nachgegangen, ob die Plutonium-/Americiumfunde im Zusammenhang mit einer möglichen Emission aus den kerntechnischen Anlagen in der Nähe der Fundorte stehen könnten. Zur Zeit zeichnet sich aus meiner Sicht ab, daß solch ein Zusammenhang eher nicht zu vermuten ist.

Nun hatten sich die Gutachterin und die sie beauftragende Bürgerinitiative in der Sache eindeutig auf einen Kausalzusammenhang zwischen Plutoniumfunden und dem Betrieb des AKW Krümmel festgelegt.

Herr Professor Harder, der in der Leukämiekommission seit langem mit Frau Professor Schmitz-Feuerhake zusammenarbeitet, kommentierte das nüchtern und fair, daß seine Kollegin so etwas wie die kreative Seele der Kommission sei und immer wieder Anregungen gegeben habe, in welche Richtung man untersuchen könne.

Im Laufe der Zeit sind eine ganze Reihe von Theorien untersucht worden. Der Minister hat das in seinem Bericht auch erwähnt. Sämtlichen Theorien wurde nachgegangen. Es wurde auch umfangreich dokumentiert. Ich halte es auch aus Sicht der Anti-Atombewegung für einen regelrechten Fehler, diese Dinge ständig zu wiederholen.

Tatsache bleibt aber, daß man die **Ursachen des Leukämieclusters** in der Umgebung des AKW Krümmel bisher nicht aufklären konnte. Insofern kann ich der Kollegin Happach-Kasan in ihrer Forderung nicht folgen, die Kommission aufzulösen. So konnte ich es jedenfalls ihrer Pressemitteilung vom 3. Dezember entnehmen. Für diese Forderung ist ja auch nicht der aktuelle Fall ausschlaggebend. Vielmehr ist es ganz offensichtlich so, daß die bestehenden Fronten noch einmal verfestigt werden sollen. Sie wärmen die Suppe zum zehnten Mal auf.

Sie unterstellen, Frau Kollegin, die Bemühungen zur Aufklärung der Leukämiehäufungen würden nur wegen der politischen Forderungen nach einem **Ausstieg** aus der Atomenergie angestrengt. Das war und

(Minister Claus Möller)

ist so nicht richtig. Es wird nach allen denkbaren und möglichen Ursachen geforscht.

Wenn Sie in Ihrer Presseinformation der Landesregierung unterstellen, sie treibe ein „politisches Spiel auf dem Rücken der betroffenen Menschen in der Elbmarsch“,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

dann fällt dieser Vorwurf auf Sie selber zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Im Hinblick auf die Americium-/Plutoniumfunde glaube ich, daß der Journalist Eckhard Stengel in seinem Kommentar in der „Frankfurter Rundschau“ am 1. Dezember 1998 richtig liegt, wenn er schreibt:

„Vielleicht hat Schmitz-Feuerharke sich zu sehr darauf versteift, unbedingt Krümmel als Verursacher der Leukämiehäufung dingfest zu machen. Deshalb ist sie womöglich nicht mehr in der Lage, differenziert genug hinzuschauen, womit sie ungewollt die gesamte Anti-AKW-Bewegung in Mißkredit bringt.“

Und Stengel fährt dann fort:

„Dennoch sollten die Verantwortlichen nicht nachlassen, den Ursachen der Leukämiehäufung weiter nachzuspüren.“

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Am Schluß seines Kommentars fordert er sogar - wie Teile der Anti-AKW-Bewegung es auch regelmäßig tun -, der Atommeiler Krümmel sollte solange abgeschaltet bleiben, bis eindeutig feststeht, daß sein Betrieb garantiert unschädlich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Abschaltung auf Verdacht, der noch nicht erhärtet ist, und auf Zuruf, gibt der rechtliche Rahmen des Atomgesetzes allerdings nicht her, was verständlicherweise von manchen Außenstehenden schwer nachzuvollziehen ist.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gott sei Dank!)

Das **Nichtanfahren aus dem Revisionsstillstand** kommt atomrechtlich dem Herunterfahren aus dem laufenden Betrieb gleich.

Aber ich komme zurück zum Thema: Leukämieaufklärung hat also nicht unmittelbar etwas mit Anti-Atompolitik zu tun, Frau Kollegin Happach-Kasan. Ihnen wird aufgefallen sein, daß sich beide Regierungsparteien dieses Hohen Hauses auf Landes-

Bundesebene auf eine Beendigung der Atomenergie festgelegt haben.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

Neben dem AKW Krümmel schließt das alle übrigen Atomkraftwerke ein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So lange wird sie nicht regieren!)

Auch dafür, Herr Kubicki, hat die letzte Bundestagswahl einen eindeutigen Wählerauftrag zum Ergebnis gehabt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann warten Sie ab, wie das in zwei Jahren hier aussieht! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich verstehe, daß Sie das ärgert. Die Atompartei F.D.P. hat ihre Monopolstellung als Dauerkoalitionspartner und Regierungspartei in Bonn verloren,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aus meiner Beurteilung mit sehr absehbaren Folgen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Ich kann Ihren Ärger gut nachfühlen, wir waren selbst über lange Jahre in der Opposition, und ich bin hoch erfreut, Sie jetzt auf Bundesebene in dieser Rolle wiederzufinden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Ursachen für die Leukämiecluster** sind also nach wie vor nicht aufgeklärt. Damit ist auch das AKW-Krümmel nicht entschuldigt. Die Landesregierung bearbeitet dieses Problem mit System. Der Minister hat das ausgeführt. Neben der erwähnten Leukämiekommision und der Fallkontrollstudie wird mit einem anlagentechnischen Gutachten der Frage bisher nicht detektierter Emissionspfade nachgegangen und es werden die Fragen des Nuklidspektrums untersucht. In einem strahlenbiologischen Gutachten sollen die Auswirkungen lang einwirkender radioaktiver Niedrigstrahlung neu beleuchtet werden.

Diese Politik wird von der Landtagsmehrheit getragen und insbesondere durch die finanzielle Ausstattung dieses Programms unterstützt. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 2000!)

(Detlef Matthiessen)

Zum Antrag der F.D.P.-Fraktion möchte ich sagen, die Betriebssicherheit von KKW's hat etwas mit Schweißnähten und gelockerten Sicherungsmuttern an zwei Steuerstabantriebsgehäuserohren, was immer auch genau das ist, zu tun.

(Helmut Plüschau [SPD]: Aber es klingt gut!)

Der zweite Satz Ihres Antrages ist solch eine banale Selbstverständlichkeit! Wenn die Betriebssicherheit in einem AKW nicht gegeben ist, wird es abgefahren. Das ist doch klar und ich denke auch, der erste Satz Ihres Antrages ist mit diesem Bericht hinreichend abgearbeitet und erledigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister Möller, ich danke Ihnen ausdrücklich für Ihren hier ausgesprochen sachlich vorgetragenen Bericht. Ich bedanke mich dafür, daß Sie dies in dieser Form mit Kürze und ohne Schärfe gemacht haben. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Gleichzeitig möchte ich ausdrücklich sagen, die Fraktion der F.D.P. hat zu keiner Zeit in Abrede gestellt, daß in der südlichen Elbmarsch in Niedersachsen in den Jahren 1990 und 1991 ein Leukämiecluster aufgetreten ist. Wir haben bei aller Kritik an der anfänglichen Arbeit der **Leukämiekommission** die Arbeit dieser Kommission bis ins Jahr 1994 politisch mitgetragen. Wir selbst haben unterstützt und auch gefordert, daß das Ökoinstitut in Darmstadt eine Untersuchung des KKW vornimmt. Erst danach sind wir zu der Auffassung gelangt, daß die Arbeit in der Kommission nicht mehr der Erforschung der Ursachen der Leukämie diene. Erst dann haben wir die Aufforderung an Sie gerichtet, diese Leukämiekommission aufzulösen, weil wir der Auffassung waren, daß sie ihre Position nutzt, um Anti-Kernkraftpolitik zu betreiben, aber nicht um wissenschaftliche Untersuchungen voranzutreiben. Dies möchte ich eindeutig feststellen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich möchte einen weiteren Punkt hinzufügen. Bei aller Ruhe Ihres Berichtes, das eine ist doch wohl bemerkenswert. Bemerkenswert ist nämlich die Geduld, mit der es diese Landesregierung zugelassen hat, daß eine von ihr berufene Gutachterin Fehlgutachten am laufenden Band produziert, die alle - wie Sie es gesagt haben - nicht standgehalten haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Gleichzeitig ist auch bemerkenswert festzustellen, mit welcher Geduld ertragen worden ist, daß sie damit in der Öffentlichkeit ein falsches Bild auch über den Stand der Wissenschaft im Lande Schleswig-Holstein vermittelt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Diese Geduld ist bemerkenswert. Jetzt fragen wir uns natürlich schon, warum die schützende Hand der Landesregierung auf einmal von dieser Gutachterin abgezogen wird. Was ist der Hintergrund dafür? Daß sie ein falsches Gutachten, eine falsche Bewertung von Daten vorgelegt hat? Das hat sie immer gemacht. Warum jetzt auf einmal? Diese Frage bleibt für uns im Raum stehen. Und Frau Winking-Nikolay, das stimmt, ich habe alle Gegengutachten gelesen, und ich bin sehr gut darüber informiert, in welcher Weise sie gearbeitet hat.

(Zurufe)

- Das ist richtig. „Ein Gutachten zerfällt zu Staub“ titelten die „Lübecker Nachrichten“. Hinzuzufügen ist, daß es nicht das erste ist. Es ist eines von vielen, das im Zusammenhang mit angeblichen Ermittlungen der **Ursachen des Leukämieclusters** in der Elbmarsch der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und das einer unabhängigen Bewertung nicht standhielt. Soweit, Herr Minister, teilen wir Ihre Auffassung.

Die Menschen, die in der Region leben, waren anfangs von diesem „Wissenschaftlerzirkus“ verstört, inzwischen wird er nur noch geringfügig zur Kenntnis genommen. Das in den Jahren 1990 und 1991 in der südlichen Elbmarsch beobachtete Leukämiecluster veranlaßte die damalige Landesregierung, eine Kommission einzusetzen, die die Erforschung der Ursachen dieses Clusters vornehmen sollte. Etwa 10 Millionen DM wurden ausgegeben, ohne daß weitere Erkenntnisse über die Ursachen der Leukämieerkrankungen festgestellt wurden. Fazit: Nur Kosten und kein greifbares Ergebnis. Die F.D.P.-Fraktion hat deshalb wiederholt die Einstellung der Arbeit der Kommission gefordert.

Vier verschiedene Erkrankungen des Blutes werden unter dem Namen Leukämie zusammengefaßt. An der akuten lymphatischen Leukämie erkranken insbeson-

(Detlef Matthiessen)

dere sehr kleine Kinder. Heidelberger Forscher haben inzwischen neue Heilungsmethoden entwickelt, die die Chancen der Kinder, geheilt zu werden, deutlich erhöhen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir freuen uns darüber, Frau Winking-Nikolay. Die F.D.P.-Fraktion ist froh darüber, daß sich Wissenschaftler mit dieser Krankheit beschäftigen und auch endlich Lösungen gefunden haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Der lange Weg, die Ursache der verschiedenen Leukämieformen zu ermitteln, macht es dringlich, zwischenzeitlich auch daran zu arbeiten, die Heilungschancen dieser Krankheiten zu verbessern.

In einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ sagte die von der Landesregierung in die Fachkommission zur Ermittlung der Ursachen der Leukämiefälle in der Elbmarsch berufene Bremer Physikprofessorin, Frau Professor Schmitz-Feuerhake, folgendes. Ich zitiere:

„Ich finde es unglaublich, daß kleine Kinder in den Vorgärten umgebracht werden“.

Genau dieser Satz ist Anlaß für unseren Antrag. Wir schließen uns der Aussage an. Wir finden es auch unglaublich, wenn kleine Kinder in Vorgärten umgebracht werden.

Wenn die Landesregierung glaubt, wenn sie der festen Überzeugung ist - und das muß gar nicht wissenschaftlich bewiesen sein -, daß von dem Kernkraftwerk Krümmel eine akute Gefährdung ausgeht, daß kleine Kinder in den Vorgärten umgebracht werden, dann muß die Landesregierung verhindern, daß das Kernkraftwerk wieder angefahren wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Beifall bei der F.D.P.)

Dann hätte es längst und auf Dauer abgeschaltet werden müssen; die Kosten dürfen dann keine Rolle spielen. Die Landesregierung ist gefordert, eine klare Stellungnahme zur Sicherheit des Betriebes abzugeben und auch entsprechend zu handeln und nicht alles im Nebel zu lassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Frage ist nur: Teilt die Landesregierung diese Meinung? Vertraut sie dieser von ihr in die Kommission berufenen Wissenschaftlerin? Tatsächlich sind alle Hypothesen, die sie aufstellte, zu Staub zerfallen, wie Minister Möller treffend bemerkte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den untersucht er jetzt!)

Die Widerlegung ihrer Thesen: Störfallhypothese, Edelgashypothese, Tritiumhypothese und andere haben Geld gekostet, viel Geld, das für andere, sinnvollere Forschungen nicht zur Verfügung stand. Doch Geld spielt bei dem Versuch der Landesregierung, ein Kernkraftwerk in Mißkredit zu bringen, keine Rolle.

Wer fragt, warum gleichwohl eine Physikerin, deren Thesen nach Auffassung der Landesregierung nichts wert sind und keine Substanz haben, dennoch in der Kommission verbleibt, dem hat Staatssekretär Voigt eine Antwort gegeben. In seiner Pressekonferenz sagte er, sie sei die Ideengeberin in der Kommission. Ohne ihr Mitwirken hätte die Kommissionsarbeit spätestens nach der Vorlage des Gutachtens des Ökoinstituts in Darmstadt abgeschlossen werden müssen.

Den Menschen vor Ort wäre damit geholfen worden; doch auf diese kam es zu keinem Zeitpunkt an.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Doch was dann? Wie hätte die Landesregierung weiter ihren Willen zum Atomausstieg thematisieren sollen, das Thema weiter emotionalisieren können? Die an Leukämie erkrankten Kinder in der Elbmarsch, die Ängste der Familien hat die Landesregierung für ihre politischen Ziele instrumentalisiert.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Frechheit, was Sie da ausführen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist das, Frau Heinold!)

Und wenn Staatssekretär Voigt sagt, daß Frau Schmitz-Feuerhake als Ideengeberin gebraucht wurde, wird deutlich, daß auch sie instrumentalisiert wurde. Sie verdient allerdings kein Mitleid, denn sie hat sich der Landesregierung als Instrument angeboten.

In dem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ sagte sie weiter:

„Die Menge hat ausgereicht. Das wissen wir schon. Weil die Leukämien nämlich vorgekommen sind.“

Mit der Menge meinte sie die von ihr gefundenen Dosen von Americium 241.

Das heißt, die von der Landesregierung berufene Wissenschaftlerin geht den umgekehrten Weg. Sie weist nicht nach, daß das Kernkraftwerk Krümmel signifikant mehr Radioaktivität freisetzt, als einem Hundertstel der natürlichen Strahlenexposition entspricht - nein, sie sagt, wenn Leukämieerkrankungen

(Dr. Christel Happach-Kasan)

aufzutreten, dann ist **Radioaktivität** dafür die Ursache. Damit hat sie sich als Wissenschaftlerin disqualifiziert, die Ursachen des Leukämieclusters in der Elbmarsch zu ergründen.

Gleichzeitig hat sie ein weiteres Mal demonstriert, daß diese Landesregierung wie die vorige im wesentlichen nicht in die Erforschung der Ursachen von Leukämieerkrankungen investiert, sondern in die Forschungsförderung von Einrichtungen, die nach Auffassung der F.D.P. auf politisch motivierte Aufträge angewiesen sind.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Professor Greiser hat sich bei der SPD durch die Gründung einer die SPD unterstützenden Wählerinitiative der Besserverdienenden bedankt.

Die Landesregierung weiß, daß von dem Betrieb des Kernkraftwerks Krümmel keine Gefahr ausgeht. Das Gutachten des **Ökoinstituts Darmstadt** hat dies glaubwürdig belegt. Die Landesregierung, spricht Energieminister Möller, hat dies in ihrer Begründung der Ablehnung des Antrages auf einstweilige Einstellung des Betriebes der Kernkraftwerks Krümmel im September 1995 ausführlich dargelegt. In einer späteren Landtagssitzung hat Energieminister Möller diese Aussage bekräftigt.

Daraus ergibt sich, daß die seither von dieser Landesregierung getroffenen Maßnahmen und die in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebenen Gutachten im wesentlichen dem politischen Kampf gegen Kernkraftwerke dienen. Das heißt, die von der Partei verordnete Ideologie hat Vorrang vor dem eigenen Wissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! - Widerspruch bei der SPD)

Der Umweltminister ist sich nicht zu schade gewesen, zu diesem Zweck im Namen der Leukämiekommission und damit einiger verbliebener aufrechter Wissenschaftler in der Kommission eine Presseerklärung herauszugeben, die dem Ergebnis der Beratungen vollständig zuwiderlief. Die durch den Staatssekretär ausgesprochene Entschuldigung kann den Schaden für das Ansehen unseres Landes nicht wieder gutmachen.

(Konrad Nabel [SPD]: Kommen Sie endlich zur Sache!)

Im übrigen ist es ein einmaliger Vorgang, daß sich eine Landesregierung für eine Presseerklärung entschuldigen muß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Ich bin überrascht, Her Kollege Nabel, mit welcher Ruhe Sie dies von der von Ihnen getragenen Landesregierung hinnehmen.

Die Bewertung von Staatssekretär Voigt, daß mit Sicherheit eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung aufgrund der von Frau Professor Schmitz-Feuerhake gelieferten Daten auszuschließen sei, teilen wir. Die Interpretation der Herkunft des Americiums durch Professor Schmitz-Feuerhake ist genauso falsch, wie es ihre Bewertungen anderer Meßergebnisse vorher waren. Bis jetzt hatte sich die Landesregierung an den Fehlthesen der von ihr in die Kommission berufenen Bremer Physikerin nie gestört. Im Gegenteil. Ihre Rufmordkampagne gegen das Kernkraftwerk Krümmel wurde mit einem Gutachterauftrag belohnt. Eine Kündigung dieses Vertrages würde in dieser unendlichen Geschichte dem naturwissenschaftlichen Sachverstand den Vortritt geben. Ich bitte Sie, Herr Minister Möller, haben Sie diesen Mut.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Die Professorin sagte in dem erwähnten Interview in der „Süddeutschen Zeitung“:

„Wissenschaftler sind auch Menschen. Sie sind käuflich, korrumpierbar oder haben wenig Übersicht.“

Dem ist hinzuzufügen, daß es auch andere gibt.

Aufgabe der Politik ist es, den Wissenschaftlern Gehör zu verschaffen und sich von denen beraten zu lassen, die der wissenschaftlichen Arbeit und der Erzielung nachprüfbarer Ergebnisse den Vorrang geben vor der Durchsetzung ihrer politischen Ansichten unter dem Deckmantel der Wissenschaft.

Wer für die Politikberatung Wissenschaftler nach politischen Kriterien auswählt, zum Beispiel Kernkraftbefürworter beziehungsweise Kernkraftgegner, will die Wissenschaft für politische Ziele instrumentalisieren. Die Landesregierung ist nicht verantwortlich für die Aussagen einzelner Wissenschaftler. Aber sie ist dafür verantwortlich, unseriös arbeitende Wissenschaftler in der Kommission belassen zu haben und ihnen ein Forum für die Verbreitung von unhaltbaren, teilweise die Bevölkerung beunruhigenden Thesen geboten zu haben.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Reinhard Sager [CDU])

Ein Kreistagsabgeordneter forderte in einem Leserbrief im „Geesthachter Anzeiger“ die Landesregierung auf, die „offenbar psychopathisch veranlagte Geisterfahrerinnen aus Bremen zu stoppen“, das heißt ihr nicht mehr das Forum einer wissenschaftlichen Leu-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

kämiekommission zu bieten. Abschließend heißt es in seinem Leserbrief - ich zitiere -:

„Durch den Betrieb der Kernkraftwerke ist bisher in Deutschland noch kein Mensch erwiesenermaßen zu Tode gekommen.“

Dem ist nichts hinzuzufügen. Der Kreistagsabgeordnete gehört der SPD-Fraktion des Kreises Herzogtum Lauenburg an.

(Lothar Hay [SPD]: Die SPD hat ein großes Herz!)

Die jüngsten Vorgänge bestätigen, daß die Auflösung der Leukämiekommission überfällig ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Müllerwiebus das Wort für ihren ersten Redebeitrag in diesem hohen Hause.

(Beifall)

Roswitha Müllerwiebus [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Häufung von Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch ist seit vielen Jahren für die dort lebenden Menschen mehr als beunruhigend. Die Angst beeinträchtigt ihre Lebensqualität erheblich, und es ist ihr gutes Recht, die Ursachen dafür wissen zu wollen und diese Ursachen nach Möglichkeit beseitigt zu sehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Das Kernkraftwerk Krümmel steht seit langem im Verdacht, Verursacher zu sein, und mit ihrem Gutachten will Frau Professor Schmitz-Feuerhake es nun überführt haben.

Funde von Plutonium 241 und Americium 241 im Staub von Dachböden im Umkreis bis zu 5 km lassen sie zu dem Schluß kommen, daß dies nur Plutonium aus dem Reaktor sein könne und dieser somit eindeutig der Verursacher für die Leukämieerkrankungen sei.

Doch dieser Beweis hält, wie wir inzwischen alle wissen, einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Die gemessenen Werte waren an der Nachweisgrenze; ausreichende Referenzmessungen in anderen Gebieten fehlten, und andere radioaktive Quellen wurden kategorisch ausgeschlossen, und das, obwohl andere Wissenschaftler hinter den Plutonium- und Americiumfunden den Fallout von oberirdischen Atomwaffentests der sechziger Jahre sehen.

Das Gutachten von Frau Professor Schmitz-Feuerhake ist weder ein schlüssiger Beweis für Krümmel als Leukämieverursacher noch einer dagegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist das denn für eine Logik! Das ist beinahe wie früher die Hexenverbrennung!)

Es ist, weil nicht schlüssig, ein Bären dienst in zweierlei Hinsicht, zum einen für die betroffenen Menschen in der Elbmarsch, zum anderen für die Gegner der Atomkraftwerke. Für die Menschen in der Elbmarsch hätte dieses Gutachten, wenn es entgegen wissenschaftlicher Erkenntnis für bare Münze genommen worden wäre, gefährlich werden können. Die Menschen hätten geglaubt, die Ursache für die Leukämieerkrankungen sei gefunden. Die wirkliche Quelle oder die wirklichen Quellen wären nicht mehr erforscht worden und könnten somit auch nicht beseitigt werden. Die Menschen würden sich in einer trügerischen Sicherheit wiegen. Wir brauchen aber eine sachgerechte Ursachenaufklärung, die außer Radioaktivität auch andere möglichen Risiken untersucht.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Die Leukämie-Studie ist daher auch keinesfalls hin fällig. Die Menschen in der Elbmarsch haben einen Anspruch auf Aufklärung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz wichtig ist auch: Die aktuellen Untersuchungen beziehen sich ausschließlich auf das Kernkraftwerk Krümmel und fragen, ob es aufgrund von Störfällen dort zum Austritt von radioaktiven Stoffen kam. Ein Ergebnis dient ausschließlich der Entscheidung, dieses spezielle Kraftwerk weiterzubetreiben beziehungsweise wiederanzufahren oder nicht, natürlich nur, wenn alle sicherheitstechnischen Voraussetzungen erfüllt sind. Hier jedoch buchstäblich Staub aufzuwirbeln, um den Ausstieg aus der Kernenergie zu beschleunigen, ist der Sache alles andere als dienlich. Denn für den Beweis, wie gefährlich Kernenergie werden kann, brauchen wir kein Krümmel-Gutachten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Diese Gefährlichkeit hat spätestens Tschernobyl dramatisch bewiesen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das begreift Frau Happach-Kasan nicht!)

Der Glaube an die saubere Energieform Kernenergie hat sich als grausam falsch erwiesen. Hätte der Mensch neben Auge, Mund und Nase auch ein Sinnesorgan, das Geigerzähler heißt, wäre dieser Irrglaube wohl kaum entstanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat in den fünfziger und sechziger Jahren geglaubt, mit der Atomenergie das Ei des Kolumbus der Energieerzeugung gefunden zu haben. Doch dieses Ei hat sich als ein faules Ei entpuppt.

Der politische Wille zum Ausstieg aus der Kernenergie ist unabhängig vom Ergebnis in Krümmel, auch wenn von Oppositionsseite unterstellt wird, die Fallkontrollstudie diene eigentlich nur noch dazu, ein vorher festgelegtes Ergebnis zu finden, das einem bestimmten Zweck dient. Es ist nicht so, wie Frau Dr. Happach-Kasan behauptet - ich zitiere ihre Presseinformation vom 2. Dezember dieses Jahres -, daß die rot-grüne Landesregierung ihr politisches Spiel auf dem Rücken der betroffenen Menschen in der Elbmarsch austrage.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämt!)

Dies wird durch die sehr sachliche Zurückweisung des Gutachtens von Frau Professor Schmitz-Feuerhake aktuell widerlegt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist politisch gewollt, weil die Kernenergie wegen ihres großen Sicherheitsrisikos und der Gefahr unübersehbarer Schäden nicht zu verantworten ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen wir einmal sehen, wann Sie aussteigen!)

Der Ausstieg aus der Kernenergie ist politisch gewollt, weil die Menschen in unserem Land es wollen; 70 % wollen den Ausstieg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und 70 % wollen die Todesstrafe!)

Das sind bedeutend mehr als der Stimmenanteil bei der letzten Bundestagswahl von SPD und Grünen

zusammen. Das sollte auch der Opposition zu denken geben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fragen Sie einmal, was die Menschen hier im Jahre 2000 wollen!)

Der Ausstieg ist politisch gewollt, weil die Menschen in unserem Land die auch bei noch so großen Sicherheitsstandards vorhandenen Restrisiken fürchten, die im Fall des Falles zur Katastrophe führen. Die Menschen haben Angst vor dieser lauernden Gefahr, und Angst steigert nicht die Lebensqualität. Auch das haben wir zu respektieren.

Außerdem ist das Problem der radioaktiven Abfälle nicht gelöst. Die Nutzung von Kernenergie ist auch kein Prozeß im Sinne der **Agenda 21**, der auch wir uns 1992 in Rio verpflichtet haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn hier liegt kein Wirtschaften im Sinne der Nachhaltigkeit oder des Erhalts unserer Lebensgrundlagen vor. Im Gegenteil. Wir tragen bewußt unsere nicht gelösten Probleme mit dem radioaktiven Müll in die Zukunft und übertragen sie auf die nachfolgenden Generationen, auch wenn wir diesen Müll noch so tief verbuddeln. Der Nachhaltigkeit widerspricht auch, daß der Prozeß der Kernenergienutzung kein Kreislaufprozeß ist. Materie wird in Energie verwandelt, die im Endeffekt unwiderruflich als Wärmeenergie freigesetzt wird. Dies ist also eine unumkehrbare Verschiebung des natürlichen Gleichgewichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bei der Verbrennung von Steinkohle auch so!)

Alternativen gibt es, entgegen immer wiederkehrender Behauptungen, mittel- und langfristig sehr wohl, auch ohne den Zwang, auf die klimaschädigenden fossilen Brennstoffe auszuweichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen kann Deutschland seinen Energieverbrauch mittelfristig durch effizientere Nutzung halbieren. Zum anderen können regenerative Energien - vor allem Wind- und Sonnenenergie - eingesetzt werden, bei denen die Energieumwandlung in einem Kreislaufprozeß stattfindet. Dies ist im Hinblick auf die Stromversorgung auch im Zusammenhang mit der Wasserstofftechnologie und mit geothermaler Energie zu sehen.

Auf einen intelligenten Energiemix kommt es an, auch im Sinne von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

(Roswitha Müllerwiebus)

Über dieses Potential haben heute morgen schon unsere Ministerpräsidentin und Herr Hay gesprochen. Den Beweis haben wir in Schleswig-Holstein mit der Windkraft als Energiequelle und zugleich als Wirtschaftsfaktor längst angetreten. Auch brauchen wir nur über die Grenze nach Dänemark zu schauen.

Die ökologische Steuerreform ist notwendig; denn wir dürfen unseren Kindern und Enkeln nicht auch noch die Folgekosten der fossilen und atomaren Energie durch ökologische Belastungen und Zerstörungen aufbürden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Verbraucher sind hier in der Pflicht.

Unser noch gültiges Atomgesetz schreibt in § 1 fest, daß die Erforschung, die Entwicklung und die Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken zu fördern sei. Auch hier zeigt sich wieder, wie wichtig der Wechsel in Bonn war.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Koalitionsvertrag schreibt eine Novellierung des Atomgesetzes fest, in der auch die längst überfällige Streichung des Förderzwecks enthalten sein wird

(Zurufe von der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr gut!)

und die als Grundlage für den Ausstieg notwendig ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In unserem Koalitionsvertrag ist auch die Verpflichtung für die Zukunft enthalten. Die neue Bundesregierung wird die Entwicklung zukunftsfähiger Energieversorgungssysteme und wirksamer Maßnahmen zur Energieeinsparung fördern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Lassen Sie mich zusammenfassen.

Das Gutachten von Frau Schmitz-Feuerhake erklärt nicht die Ursache der Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch. Die Plutonium-/Americium-Funde stammen nicht eindeutig aus Reaktorplutonium. Das Gutachten ist für das Ziel, die Ursachen der Leukämieerkrankungen zu finden, kontraproduktiv. Das Gutachten kann weder als Argumentationshilfe für noch gegen den generellen Ausstieg aus der Kernenergie dienen. Die Gründe habe ich genannt. Das Gutachten kann nicht einmal für die Bewertung benutzt werden, in welcher Reihenfolge die Kernkraftwerke abgeschaltet werden sollen.

Im Sinne der Nachhaltigkeit gilt es, die Natur zu nutzen, ohne sie auszunutzen. Dieses Ziel läßt sich nur mit einem intelligenten Energiemix aufgrund von Kreislaufprozessen erreichen. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.

(Anhaltender Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile jetzt - nicht für seinen ersten Redebeitrag - dem Herrn Abgeordneten Sager das Wort.

(Heiterkeit)

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die CDU-Landtagsfraktion bedauere ich die emotionale, teilweise aufgeregte und vielfach auch unsachgemäße öffentliche Diskussion um das Kernkraftwerk Krümmel. Herr Matthiessen, Sie beweisen, daß man dieses Thema auch im Parlament unsachgemäß behandeln kann.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Denn jeder von uns weiß, daß sich die Einstellung der Menschen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie im Laufe der Jahre erheblich gewandelt hat. Machte noch in den sechziger und siebziger Jahren vielfach der Satz von Professor Haber „das Atom, mein Freund“ die Runde, so wird dies heute mit erheblicher Skepsis gesehen.

Insbesondere die Menschen, die in der Nähe von kerntechnischen Anlagen wohnen, machen sich subjektiv Sorgen, ob wirklich keinerlei gesundheitliche Gefahren vom Betrieb eines solchen Kernkraftwerkes ausgehen. Diese Sorgen gilt es ernst zu nehmen. Man wird diesen Menschen und insbesondere Familien, in denen Leukämieerkrankungen vorgekommen sind, aber nur dann gerecht, wenn sachgerecht mit den von ihnen berechtigt aufgeworfenen Fragen umgegangen wird. Ein eklatantes Beispiel dafür, wie man es nicht machen sollte und wie man es auch nicht machen darf, ist die Bremer Wissenschaftlerin Schmitz-Feuerhake.

Entweder ist es so, daß der Betrieb des Kernkraftwerkes Krümmel nachgewiesenermaßen für Mensch und Umwelt gefährlich ist. Dann müssen Fakten, aber keine Behauptungen auf den Tisch, und es müßten in einem solchen Fall natürlich selbstverständlich Konsequenzen gezogen werden, und zwar sofortige:

(Roswitha Müllerwiebus)

nämlich in einem solchen Fall das sofortige Abschalten von Krümmel.

Oder es ist aber so, daß immer wieder wissenschaftliche, pseudowissenschaftliche oder auch nur politisch motivierte Vorwürfe - und manchmal vermischen sich ja auch mehrere Motive miteinander - in den Raum gestellt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Konkret wird seit Jahren behauptet, von Krümmel gingen schädliche Strahlenbelastungen aus und im Umfeld von Krümmel seien radioaktive Belastungen vorhanden, die in erheblichem Maße gesundheitsgefährdend seien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb ist hier auch das „Krümmelmonster“!)

Festzustellen gilt es aber auch heute: In keinem einzigen Fall konnten derartige Behauptungen bewiesen werden. Dies gilt in besonderem Maße für Äußerungen der Bremerin Schmitz-Feuerhake. Alle ihre Thesen - immer zuerst öffentlichkeitswirksam auf den Markt gebracht - sind jeweils schon nach kurzer Zeit als unhaltbar enttarnt worden. Das war bei den Baumscheiben so, und das ist nun bei den Plutoniumfunden genauso.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist das!)

Aber in dieser Situation, Herr Minister Möller, stellen Sie sich hier in Ihrer Landtagsrede hin und tun so, als sei hier eine Wissenschaftlerin ganz allein auf dem Holzweg, und die Landesregierung habe damit überhaupt nichts zu tun. Deshalb frage ich Sie: Wer schafft eigentlich den Nährboden dafür, derart unhaltbare Thesen in die Öffentlichkeit zu bringen?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer hat denn Frau Schmitz-Feuerhake 1992 in die Leukämiekommission geholt? Wer ist es denn und schafft als rot-grüne Landesregierung einseitig eine Informationsstelle gegen die Gefahren der Kernenergie und informiert die Bevölkerung bewußt einseitig nur vor dem Hintergrund des engstirnigen Atomausstiegskurses? Wer macht denn diese Politik?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der SPD)

So einfach, Herr Möller, wie Sie sich das hier gemacht haben, nehmen Ihnen das auch die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land nicht ab.

Für die Umgebung des Kernkraftwerks Krümmel gilt aber festzuhalten, daß bisher alle nachgewiesene radioaktive Strahlung jeweils unterhalb der natürlichen Strahlenbelastung gelegen hat. Das ist der Fakt,

den wir auch heute hier im Landtag festzustellen haben.

Selbst die Landesregierung - diesmal der Herr Staatssekretär Voigt - gibt inzwischen zu, daß ein Zusammenhang zwischen Strahlenexpositionen und Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch nicht nachgewiesen ist.

Anstatt diese Erkenntnis aber vor Ort offensiv zu vertreten - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Vielleicht können wir uns noch ein bißchen konzentrieren!

(Konrad Nabel [SPD]: Muß das sein?)

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Nabel, das ist eigentlich ein sehr ernstes Thema. Es ist bedauerlich, mit solchen Zwischenrufen von Ihnen konfrontiert zu werden. Das dient den Menschen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Anstatt diese Erkenntnis vor Ort offensiv zu vertreten - vielleicht tut er das ja heute abend das erstmal bei der Bürgerinitiative - und damit einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung und gegen eine weitere Verunsicherung der Bevölkerung zu leisten, zieht Herr Voigt doch genau anders herum einen öffentlichen Schluß, in dem er nämlich feststellt: Die Ursache für die Leukämieerkrankungen könnte sehr wohl weiterhin im Atomkraftwerk Krümmel liegen; dies sei nicht auszuschließen. Dies ist die Botschaft, die er in die Öffentlichkeit gibt, und nicht die, die zum Beispiel Herr Harder als Mitglied der Leukämiekommission zu Protokoll gegeben hat, nämlich die, man solle endlich das Thema „Untersuchung der Häufigkeit von Leukämiefällen rund um Krümmel“ in bezug auf die Strahlentheorie abhaken und sich endlich vermehrt den wissenschaftlichen medizinischen und biologischen Ursachen der Strahlenbelastungen widmen.

Das ist ein ganz anderer Schluß, der von einem Fachmann gezogen wird. Politisch muß natürlich bei dem Kernkraftwerksausstiegskurs die andere Botschaft unter das Volk gestreut werden.

Ich werfe der Landesregierung vor, aus ideologischen Gründen die realen Fakten auszublenden oder zumindest niedrig zu hängen.

(Beifall bei der CDU)

(Reinhard Sager)

Dafür betonen Sie lieber fernerliegende Eventualitäten, und Sie tragen zumindest dazu bei, daß vor Ort weiterhin die Angst geschürt werden kann.

Wenn man dann noch sieht, wie die Frau Schmitz-Feuerhake hier den Energieminister in Kiel bloßstellt und auf eine Begründung ihrer zweifelhaften Argumentation schlicht und einfach verzichtet, dann drängt sich einem doch wirklich die Frage auf, Herr Möller: In welcher dubiosen Gesellschaft befinden Sie sich eigentlich, wenn Sie auf Ihrem Ausstiegskurs sind?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich stelle hier auch die Frage: Was sind denn eigentlich noch weitere strahlenbiologische Gutachten wert, an denen Frau Schmitz-Feuerhake mitarbeitet, Herr Möller?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gar nichts!)

Diese Frage müssen Sie doch dem Parlament und der Öffentlichkeit beantworten!

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Untersuchungsausschuß!)

Solange diese Landesregierung aber an mehr als zweifelhaften Gutachtenvergaben festhält, trägt sie auch Verantwortung für die Verunsicherung der Menschen.

Ich finde es unerträglich, wie hier das Leid von Familien, in denen es bedauernswerterweise Leukämieerkrankungen gibt oder gegeben hat, für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Das ist - finde ich - schlicht und einfach ein Skandal, und dies ist nicht hinnehmbar.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Für die CDU-Fraktion fordere ich endlich wieder einen seriösen Umgang mit dem Thema Sicherheit von Kernkraftwerken. Die Landesregierung ist nach dem Gesetz zuständig für die atomrechtliche Aufsicht der kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein.

(Konrad Nabel [SPD]: Und sie macht das sehr gut!)

Obwohl man zu Recht ihren ausstiegsorientierten Gesetzesvollzug auch einmal an dieser Stelle kritisieren muß, gilt doch weiterhin die Faktenlage. Und die Faktenlage ist eindeutig, trotz umfangreicher und präzisester Sicherheitsüberprüfungen - Sie haben davon auch dankenswerterweise gesprochen - wie man sie sich - auch das möchte ich an dieser Stelle einmal sagen - für manches Kernkraftwerk in Osteuropa wünschen würde. Obwohl es diese präzisieren

Sicherheitsüberprüfungen gibt, gibt es bis heute keinen einzigen sicherheitsrelevanten Grund für die Abschaltung von Krümmel.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und das wissen Sie auch. Am Ende haben Sie ja auch nie anders entschieden, und Sie haben auch nie anders entscheiden können.

Auch für einen grünen Staatssekretär gilt doch: Bei Parteitagen sonntags hübsch den Sofortausstieg fordern und im Alltag im Ministerium jedes Kernkraftwerk wieder anfahren.

Das ist doch auch der Alltag rot-grüner Regierungspolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie damit ein Problem?)

Ich gehe mit Ihnen jede Wette ein: Sie werden auch nach Ablauf einer kürzeren Frist das Kernkraftwerk in Krümmel wieder anfahren. Rot-grün oder grün, auf jeden Fall werden Sie dazu grünes Licht geben, Herr Möller und Herr Voigt! Das wissen Sie schon heute ganz genau.

Deshalb zum Schluß meine dringliche Bitte: Hören Sie endlich auf, den Menschen Sand in die Augen zu streuen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Informieren Sie als Landesregierung wieder objektiv über die Fakten, und schaffen Sie auch aus diesem Grund - man könnte noch hinzufügen, auch aus diesem finanzpolitischen Grund - die völlig überflüssige Informationsstelle der Landesregierung gegen die Kerntechnologie wieder ab!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Pressemitteilungen der letzten Wochen zu den Untersuchungen über Plutoniumnachweise im Hausstaub in der Nähe des Kernkraftwerkes Krümmel verfolgt hat, ist es begreiflich, daß man als Bürgerin oder Bürger verwirrt sein muß.

Die von Frau Professor Schmitz-Feuerhake veröffentlichte Studie über **Americiumfunde in der Elb-**

(Reinhard Sager)

marsch ließ zu Beginn der Veröffentlichung eindeutig auf einen Zusammenhang der Leukämiefälle mit dem Atomkraftwerk Krümmel schließen. Doch der weitere Verlauf in dieser Sache hat es jedem Laien schwergemacht, sich hiervon ein klares Bild zu machen.

Kurze Zeit nach der Veröffentlichung hatte es zum Beispiel geheißt, daß insgesamt drei Gründe für das Vorkommen von Americium 241 in Frage kämen: erstens durch das AKW, zweitens durch oberirdische Kernwaffen-Fallouts und drittens durch den GAU in Tschernobyl.

Mittlerweile wurde die wissenschaftliche Seriosität von Frau Schmitz-Feuerhake in diesem Fall in Zweifel gezogen. Die Theorie hat sich erhärtet, daß die Funde auf Kernwaffen-Fallouts aus den sechziger Jahren zurückzuführen sind.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Aber nach Einschätzung des Energieministeriums läßt sich jedoch nicht ausschließen, daß in den analysierten Proben auch Anteile von Reaktorplutonium gefunden wurden. Solange das Atomkraftwerk von Plutoniumemissionen nicht hundertprozentig freigesprochen werden kann, muß auch künftig weiter in diese Richtung geforscht werden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich halte dies für unverzichtbar angesichts einer so gefährlichen Risikotechnologie. Deshalb erwarte ich von der Landesregierung, daß sie weiterhin die nach ihrem Ermessen besten Wissenschaftler für die **Untersuchung der Leukämiefälle** einsetzt.

Laut Pressemitteilungen hat die Leukämiekommission ihre Untersuchungen abgeschlossen. Sie hat jedoch keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Leukämiefällen und dem Atomkraftwerk Krümmel festgestellt. Gleichzeitig wurde von einem Kommissionsmitglied empfohlen, die Strahlentheorie abzuhaken. Wenn das der Tenor der Untersuchung sein wird, dann fordere ich, auch nach anderen Ursachen zu forschen. Auch wenn aufgrund der neuesten Untersuchungen wahrscheinlich kein Zusammenhang zwischen den Americiumfunden und dem AKW Krümmel besteht, ist es doch bemerkenswert, daß in dessen

unmittelbarer Nähe solch ein hoher Leukämiecluster vorhanden ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben auch woanders Leukämiecluster, Anke!)

- Aber dieser Cluster ist eine Tatsache! Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß wir es in dieser Region mit Leukämiefällen zu tun haben, deren Zahl bedeutend höher ist als in anderen Regionen. Ich weiß, daß es auch andere Vorkommen gibt, aber das, was hier passiert, ist auch Realität. Deshalb ist es für den SSW wichtig, daß herausgefunden wird, welche **Ursachen** hierfür verantwortlich sind.

Es muß untersucht werden, ob die **Leukämiefälle** auf medizinische oder biologische Ursachen zurückzuführen sind. Nur so können wir den betroffenen Menschen in dieser Region die Angst vor den unerklärlichen Gründen für die häufig auftretenden Leukämiefälle nehmen.

Die Kollegin Happach-Kasan hat gefordert, daß die Leukämiekommission aufgelöst werden solle

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und daß die Landesregierung ihr politisches Spiel auf dem Rücken der betroffenen Menschen beenden müsse. Ich kann dazu nur sagen, daß eine solche Forderung nicht dazu beiträgt, der Ursachenforschung dienlich zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Seit jeher hat sich der SSW für einen **Ausstieg aus der Atomenergie** ausgesprochen. Daran halten wir weiterhin fest. Wir sehen unser Bemühen aber nicht darin bestärkt, wenn mit widerlegbaren Ergebnissen von Studien für dieses Vorhaben geworben wird. Ganz im Gegenteil: Wenn der Ausstieg aus der Atomenergie forciert werden soll, darf dies nur auf der Grundlage von wissenschaftlich einwandfreien Studien durchgeführt werden. Ansonsten schaden wir der Sache mehr, als wir ihr nützen. Doch letztlich gibt es nur den politischen Weg, wenn der Ausstieg ernstgenommen werden soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD])

Wir begrüßen daher ausdrücklich das geplante Vorhaben der neuen Bundesregierung, sich aus der Kernenergie herauszuziehen, und wir hoffen, daß hierzu auch bald die notwendigen Gesetzesänderungen erfolgen. Wir wissen, daß das dauert; wir wissen, daß das nicht einfach ist. Sobald die rechtliche Grundlage,

(Anke Spoorendonk)

Kernkraftwerke abzuschalten, geschaffen worden ist, muß unserer Ansicht nach das AKW Krümmel eines der ersten sein, das stillgelegt wird;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn die Sicherheit muß immer Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit haben.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wenn wir heute eine Umfrage zum Thema Ausstieg aus der Atomenergie in der Bevölkerung durchführen würden - das ist ja schon angesprochen worden -, gäbe es ein eindeutiges Votum für den Ausstieg. Das läßt doch erkennen, daß in der Bevölkerung Angst vor dieser Energieform und dessen mögliche Auswirkungen herrscht. Ich denke hierbei zum Beispiel auch an verstrahlte Castor-Transporte, über die wir hier ja auch debattiert haben. Es handelt sich nicht um irgendwelche irrationale Ängste, wie uns Kernkraftbefürworter immer glauben machen wollen. Wir alle kennen doch die möglichen Gefahren und Risiken, die von der Atomenergie ausgehen. Keiner von uns weiß genau, welch schweres Erbe wir nachfolgenden Generationen mit dem jahrtausendlang strahlenden Müll hinterlassen, wenn es nicht möglich ist, sichere Endlager für den gefährlichen Atommüll zu finden.

Ich hoffe, daß uns das Ergebnis der Leukämiekommision baldigst vorgelegt wird, und ich meine, daß wir uns erst nach einer Beratung im Ausschuß über das Kommissionsgutachten ein genaues Bild davon machen können, ob und wie das AKW auf die Elbmarsch wirkt. Aber man kann es drehen und wenden, wie man es will: Die Häufung von Leukämiefällen - ich sagte es vorhin schon - ist eine Realität, die nicht wegdiskutiert werden kann.

Wir wollen den Ausstieg aus der Kernenergie - das ist unsere politische Forderung, das ist unser politisches Ziel -, und wir wollen, daß den Ursachen für die Leukämieerkrankungen nachgegangen wird. Wenn die Leukämiekommision der Ansicht ist, daß nun auch nach medizinischen und biologischen Gründen geforscht werden muß, dann muß es so sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile zu einem Kurzbeitrag der Frau Abgeordneten Dr. Winking-Nikolay das Wort.

(Zuruf von der CDU: Nicht doch! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann müssen wir uns ja auch noch einmal melden! - Meinhard Füllner [CDU]: Die Arbeitsuchende!)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis aus einem **Bericht des TÜV** vom Februar 1997 im Zusammenhang mit **Kühlmittel-leckagen** im Kernkraftwerk Krümmel:

„Nach dem TÜV-Szenario würden die Plutonium- und Strontium-Isotope 73 % der Knochenmarkdosis ausmachen. Die größte Aktivität würde durch Plutonium 241 geliefert, das ein sehr niederenergetischer Betastrahler ist und deswegen im gesamten Umgebungsmonitoring“

- bitte zuhören! -

„nicht kontrolliert wird. Das Tochterprodukt davon ist Americium 241, das gammamäßig nachgewiesen werden kann, aber wegen der längeren Halbwertszeit sehr viel geringere Aktivität hat.“

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das heißt, der TÜV hält es in dieser Stellungnahme für möglich, daß sowohl Plutonium 241 als auch Americium 241 das Kernkraftwerk unbemerkt von der Überwachung verlassen könnten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das stimmt nicht! Er schließt es nicht aus!)

Bisher hat diese und hat auch die vorherige Landesregierung diverse Untersuchungsergebnisse der vielgescholtenen Bremer Wissenschaftlerin sowie andere erstaunliche **Meßergebnisse in der Umgebung des Kernkraftwerkes Krümmel** weder plausibel erklären noch widerlegen können,

(Zuruf von der CDU: Die hat ihre wissenschaftliche Reputation längst verspielt!)

zum Beispiel erhöhte Radioaktivität in Boden, Bewuchs und in Milch im Jahre 1988, nachdem die Werte 1987 - dem Jahr nach Tschernobyl - bereits abgefallen waren. Selbst offizielle Daten wie die Meßergebnisse von Dosimetern

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch bei der Halbwertszeit gar nicht möglich!)

der Nummern 12, 13, 14 auf dem Maschinenhausdach des Kernkraftwerkes, die in den Jahren 1984,

(Anke Spoorendonk)

1985 und 1988 erhöhte Werte anzeigten, wurden nicht ernstgenommen. Das Ministerium versuchte, sie mit möglicher Vertauschung der Dosimeter zu erklären.

Daten der Radioaktivität im Trinkwasser der Stadt Geesthacht 1996 - nach Tschernobyl, okay; dann wieder 1988; das sind offizielle Daten, nicht etwa Messungen der Bremer Wissenschaftlerin - wurden von der Aufsichtsbehörde als Verunreinigung bei der Messung abgetan. Gemessen wurde bei der GKSS.

Als 1996 erhöhte Cäsiumwerte in Regenauffangvorrichtungen bei Grünhof festgestellt wurden - das auch wieder auf Initiative der Bürgerinitiativen -, gab die Aufsichtsbehörde zunächst dem Kernkraftwerk selbst, danach der GKSS die Proben zur Überprüfung.

(Martin Kayenburg [CDU]: Selbst Herr Möller schüttelt den Kopf über soviel Blödsinn!)

Beides sind potentielle Verursacher. Und die GKSS hatte sich ja wohl bei der Trinkwasseruntersuchung als nicht sehr zuverlässig erwiesen.

Ursache der erhöhten Cäsium- und auch der Kobaltwerte in Grünhof war nach offizieller Lesart wieder einmal Tschernobyl, allerdings Tschernobyl nur in Hauptwindrichtung des Kernkraftwerkes Krümmel.

Diese Befunde und vieles mehr, wie zum Beispiel die dosiswirkungsabhängige Häufigkeit bestimmter Leukämiearten, und zwar nach den Daten des Mainzer Kinderkrebsregisters festgestellt, sowie Befunde von **erhöhten Leukämieraten** auch bei Erwachsenen sprechen eine eindeutige Sprache, wenn man sie wirklich verstehen will.

(Glocke des Präsidenten - Reinhard Sager [CDU]: Was heißt das im Ergebnis? Ihr Fazit!)

Ich möchte gern noch auf die Anregung eingehen, doch andere mögliche Ursachen zu hinterfragen. Es gibt eine Leukämiestudie aus Niedersachsen; dort sind sämtliche anderen Ursachen ausgeschlossen worden. Und ich frage Sie: Können Sie sich Viren vorstellen, die um so häufiger zuschlagen, je dichter die Kinder am Kernkraftwerk wohnen? - Ich nicht!

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu, daß ich von biologischen oder kerntechni-

schen Vorgängen mit Sicherheit weniger verstehe als die Kollegin Frau Dr. Winking-Nikolay und mit Sicherheit deutlich weniger verstehe als die Kollegin Frau Dr. Happach-Kasan, aber zwei Dinge sind mir bei der Debatte heute aufgefallen.

Ich bitte wirklich um eine klarstellende Stellungnahme. Der erste Punkt ist der, daß ich gerade die Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay dahin gehend verstanden habe, daß sie die Landesregierung, sprich den Energieminister, sprich die verantwortliche **Aufsichtsbehörde**, mittelbar dafür verantwortlich macht, daß Kinder in der Elbmarsch erkrankt sind oder sterben.

(Zurufe von der CDU)

Sie macht Sie mittelbar dafür verantwortlich, weil Sie nach ihrer Auffassung Ihren gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen. Das halte ich für die Abgeordnete eines Schleswig-Holsteinischen Landtages für bemerkenswert - um das vorsichtig zu formulieren -, jedenfalls halte ich das für aufklärungsbedürftig. Ich erwarte auch von der mitregierungstragenden Fraktion eine klärende Stellungnahme, ob ich das richtig verstanden habe oder ob die Ausführungen der Kollegin Winking-Nikolay insoweit nicht von Ihnen mitgetragen werden, Frau Fröhlich.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich persönlich kann mir viel vorstellen, und wir wissen, daß wir in verschiedenen Fragen unterschiedlicher Auffassung sind, aber daß dieser Vorwurf an Herrn Möller oder wen auch immer gerechtfertigt wäre, das kann ich mir nicht vorstellen, Frau Dr. Winking-Nikolay. Das will ich mir auch gar nicht vorstellen, weil das bei meinem Staatsverständnis Fundamente zum Einstürzen bringen würde.

Der zweite Punkt, und mit dem wende ich mich an Herrn Minister Möller, ist, daß ich Sie und Ihr Haus frage, ob Sie einmal ernsthaft darüber nachgedacht haben, daß eine weitere **Beauftragung** von Frau Schmitz-Feuerhake möglicherweise den Tatbestand der Untreue erfüllen könnte, weil Sie ja wissen, welche Ergebnisse oder „Nichtergebnisse“ Sie zu erwarten haben, und weil wir wissen, daß die Universität Bremen, der sie angehört - das ist auch ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland -, in einer Stellungnahme ausdrücklich erklärt hat, daß an der Wissenschaftlichkeit dieser Wissenschaftlerin erhebliche Zweifel angebracht sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wie lange wollen Sie sie eigentlich noch weiter beschäftigen? Wie würden Sie sich verhalten, wenn Sie

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

feststellten, daß ein Ingenieur, den Sie beschäftigen, dreimal einen Brückeneinsturz verursacht hat? Den würden Sie beauftragen, weiter an Brückenbaumaßnahmen teilzunehmen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Oder einen Arzt, von dem Sie wissen, daß er fünfmal gepfutscht hat, den würden Sie mit einer weiteren Operation beauftragen? - Das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Hier muß definitiv Schluß sein mit der Beauftragung von Wissenschaftlern, die sich nachweislich disqualifiziert haben, und die das nicht nur einmal, sondern mehrfach getan haben. Das Land Schleswig-Holstein hat nicht soviel Geld, daß wir es verschwenden könnten, um welche Befriedigung auch immer zu erreichen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kubicki, ich habe mich zu der Arbeit von Frau Professor Schmitz-Feuerhake ausführlich geäußert, auch was ihre Theorien, ihre Öffentlichkeitsarbeit angeht. Aber ich denke, es ist in unserem Rechtsstaat mehr als recht und billig, daß ich erst dann über ihre weitere Mitarbeit in der Kommission entscheide, wenn sie sich tatsächlich - da sie zu dem Termin nicht erschienen ist - schriftlich zu ihrer Arbeit geäußert hat. Ich denke, das ist ein Gebot der Fairneß.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich möchte aber auch keinen Zweifel daran lassen, daß ich den Mut habe, dann Entscheidungen zu treffen.

Zu dem Beitrag von Frau Winking-Nikolay will ich nur sagen: Ich freue mich, daß eine Vertreterin der Grünen hier in einer anderen Diktion gesprochen hat. Es kann sich nur um die persönliche Meinung von Frau Winking-Nikolay handeln.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Winking-Nikolay, ich habe mich hier sehr kritisch zu der Vorgehensweise von Frau Professor Schmitz-Feuerhake geäußert. Ich muß sagen, im Abgleich mit Ihrem Beitrag ist sie nahezu differenziert und wesentlich wissenschaftlicher als das Sammelsurium von alten Eiern, das Sie hier vorgetragen haben.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Nicht einmal Frau Schmitz-Feuerhake würde so etwas hier vorzutragen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier erklären, daß sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN intensiv mit den anstehenden Problemen auseinandergesetzt hat. Selbstverständlich hat jede Abgeordnete das Recht, ihre Meinung in diesem Haus zu sagen. Wir haben Frau Dr. Winking-Nikolay dieses Recht ausdrücklich zugebilligt.

Selbstverständlich gibt es in unserer Gesellschaft Sorgen und Ängste - auch irrationale - in dieser ganzen Debatte um die höchst gefährliche Atomenergie; denen sollte man auch hier im Haus zuhören.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war doch nicht irrational, das war eine Anschuldigung mittelbarer Täterschaft!)

Selbstverständlich ist es so, daß die Mehrheit der Fraktion - das hat Detlef Matthiessen ganz deutlich ausgedrückt - hinter den Auffassungen des Ministeriums steht und daß wir keinen Zweifel daran haben, daß der Minister in dieser Sache jederzeit nach Recht und Gesetz, vor allem nach dem Atomgesetz, verfahren ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

(Unruhe)

- Wir sind noch nicht ganz fertig!

Folgen Sie meiner geschäftsleitenden Bemerkung, daß der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1814, mit der Berichterstattung und der Debatte seinen Zweck erreicht hat und damit in der Sache erledigt ist? - Das ist so.

Diese geschäftsleitende Bemerkung möchte ich auch gern für den Antrag der F.D.P., Drucksache 14/1819, machen. Wird meine Meinung hierzu geteilt?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

(Wolfgang Kubicki)

- Dann ist auch dieser Antrag erledigt.

Dann sind wir am Ende der Beratung. Wir sind nicht fertig geworden. Den Tagesordnungspunkt 30 können wir jetzt nicht mehr aufrufen; wir müssen ihn schieben - wohin auch immer.

(Heiterkeit)

Das werden wir dann sehen.

Ich stelle nur noch fest, daß der Beginn der nächsten, außerordentlichen, Tagung, der 29. Tagung, am 21. Dezember 1998 ist.

Ich wünsche allen ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 18:18 Uhr